



Bericht zur Gleichstellung 2010

Frauen und Männer in Dresden

Bericht zur Gleichstellung 2010
Frauen und Männer in Dresden

Inhalt

Einleitung	5	3. Unaufhaltsam: Ein Blick auf den demografischen Wandel	30
1. Vielschichtig: Die Situation von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt	6	3.1 Dresden wächst und altert langsamer	30
1.1 Perspektive Berufswahl – traditionelles Verhalten weiter ausgeprägt	7	3.2 Dresden wird älter	30
1.2 Perspektive Berufsausbildung – alles beim Alten?	8	3.3 Das Arbeitskräftepotenzial verändert sich	31
1.3 Perspektive Arbeitsförderung – quo vadis Frauenförderquote?	8	3.4 Die Stadt lockt junge Menschen an	31
1.4 Perspektive Alleinerziehend – Lebensform mit höchstem Armutsrisiko	9	3.5 Es werden mehr Kinder geboren	32
1.5 Perspektive Führungspositionen – Frauen weiter unterrepräsentiert	12	3.6 Familienkonstellationen im Umbruch	33
In der Wissenschaft kein anderes Bild	13	3.7 Fazit	33
Exkurs: Unterschiede in Ost und West?	13	Handlungsbedarf in Dresden	33
1.6 Perspektive Existenzgründung – Nachholbedarf in der Förderung von Frauen	14	4. Verankert: Geschlechterbewusste Pädagogik in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Horten	35
1.7 Perspektive Aufsichtsräte kommunaler Unternehmen – der Anfang ist gemacht	16	4.1 Entwicklungsprozesse im Vorschulalter	35
Exkurs: Quotierungen ohne Alternative?!	17	4.2 Mädchen und Jungen in der Kita	35
1.8 Perspektive Elternzeit – Väter auf dem Vormarsch	18	4.3 Plädoyer für eine geschlechterbewusste Pädagogik – der Sächsische Bildungsplan	36
Exkurs: Familienarbeit im Spannungsfeld von Anspruch und Realität	19	4.4 Geschlechterbewusste Fachplanung umsetzen	36
Väterzeit in Sachsen und Dresden	19	4.5 Männer in der pädagogischen Arbeit	36
Elternzeit gleich Väterzeit in der Stadtverwaltung?	21	4.6 Kritisch betrachtet	37
1.9 Perspektive Frauenförderung in der Stadtverwaltung – schwerfällig, aber notwendig	21	Handlungsbedarf in Dresden	38
Handlungsbedarf in Dresden	23	5. Beschwerlich: Der Weg zu einer geschlechtersensiblen Schule	39
2. Unzureichend: Gesellschaftliche und politische Partizipation von Frauen und Männern	24	5.1 Fehlende Rollenvorbilder in allen Schularten	40
2.1 Beteiligung von Frauen und Männern an politischen Ämtern	24	5.2 Problemlagen aus Sicht der Schulsozialarbeit	40
2.2 Gründe für die unterschiedliche Beteiligung	26	5.3 Kooperationen vor Ort – Beispiele gelungener Praxis	41
2.3 Quoten können nützlich sein	27	Mädchenprojekt MAXI des MEDEA e. V.	41
2.4 Wahlbeteiligung und Wahlverhalten von Frauen und Männern	28	Fachstelle Jungen- und Männerarbeit des Männernetzwerk Dresden e. V.	41
2.5 Noch mal ein Blick zurück in die Kommune I	28	5.4 Projekt zur Erprobung von Gender-Mainstreaming-Strategien in der sächsischen Schule	42
Handlungsbedarf in Dresden	28	Handlungsbedarf in Dresden	43
		6. Nachgefragt: Zum Umsetzungsstand einer geschlechtersensiblen Arbeitsweise in der offenen Kinder- und Jugendarbeit	44
		6.1 Fachdokumente als solide Handlungsgrundlage	44
		6.2 Geschlechtersensible Arbeitsweise auf dem Prüfstand	45
		6.3 Professionalität im täglichen Handeln – Beispiele gelungener Praxis	46
		Kinder-, Jugend- & Familienhaus Plauener Bahnhof	46
		Männernetzwerk Dresden e. V.	47

6.4	Fazit	47	9. Vergessen? Problemlagen von Frauen und Männern mit Behinderungen	59	
	Handlungsbedarf in Dresden	47	9.1	Geschlechterdifferenzierte Problemlagen werden selten wahrgenommen	60
7. Betrachtet: Geschlechterdifferenzierte Problemlagen und Handlungsansätze in den Hilfen zur Erziehung		49	9.2	Problemlagen von Frauen und Männern mit Behinderungen	60
7.1	Problemlagen von Mädchen und Jungen, Müttern und Vätern	49		Anlage	62
7.2	Mädchen und Jungen in den Hilfen zur Erziehung in Sachsen und Dresden	50		Handlungsbedarf in Dresden	63
7.3	Neue Wege erprobt – nun gilt es, sie im Alltag zu beschreiten	50	10. Unterschätzt: Die Notwendigkeit einer geschlechter-sensiblen Seniorenarbeit und Altenhilfe	64	
7.4	Ein Blick auf die Inobhutnahme	51	10.1	Seniorenarbeit und Altenhilfe sind nicht geschlechtsneutral	64
	Handlungsbedarf in Dresden	52	10.2	Männlichkeit und Alter heute	64
8. Ermutigend: Psychosoziale Angebote für langzeit-arbeitslose Frauen und Männer		53		Alter	65
8.1	Für den Erfolg von Bedeutung – die Benennung des Angebotes	53		Verwitwung	65
8.2	Erwerbsarbeit ist (nur) eine Form von Arbeit	53		Gefahren	65
8.3	Geschlechtsspezifische Sozialisation beeinflusst den Umgang mit der Arbeitslosigkeit	53		Bewältigungsstrategien	65
8.4	Folgen der geschlechtsspezifischen Sozialisation	53	10.3	Geschlechterdifferenzierte Fachplanung entwickeln	66
8.5	Geschlechtersensible Ansätze zulassen	54	10.4	Von den Schwierigkeiten, das Recht auf gleichgeschlechtliche Pflege einzufordern	66
8.6	Arbeit der psychosozialen Angebote seit 2005	54	10.5	Partizipation von Seniorinnen verbessern	66
	Niedrigschwellige Treffs	54		Handlungsbedarf in Dresden	66
	Spezielle Angebote der geschlechtsspezifischen Beratungsstellen	54	11. Vorgekommen: Schutz vor häuslicher Gewalt. Entwicklungen, Tendenzen und Herausforderungen	68	
8.7	Vordergründige Problemlagen von Frauen	55	11.1	Zahlen und Fakten	68
	Entwertete Berufsqualifikationen	55	11.2	Situation in Dresden	69
	Alleinerziehende Mütter	55	11.3	Migrantinnen als Opfergruppe	70
	Fehlende Leistungsberechtigung	55	11.4	Situation der Angebote gegen häusliche Gewalt	71
	Trennung und Scheidung	55		Handlungsbedarf in Dresden	71
	Erwerbsunfähigkeit	55	12. Unbemerkt! Zwangsverheiratung in Dresden	72	
8.8	Vordergründige Problemlagen von Männern	55	12.1	Zwangsverheiratung kennt viele Facetten	73
	Selbstorganisation und Sorgeselbstständigkeit	55	12.2	Heirat unter Zwang – ein Thema für Sachsen und Dresden?	73
	Arbeitslose Väter	56	12.3	Motive als Ausdruck eines traditionellen Verständnisses	73
	Fehlendes Werkzeug für die Arbeitslosigkeit	56	12.4	Immense Folgen für Betroffene	73
	Alleinsein	56	12.5	Hilfe durch Netzwerke	74
8.9	Kooperationen, Erfolge und Probleme	56	12.6	Praxisprobleme heute	74
	Handlungsbedarf in Dresden	57	12.7	Schnelle Hilfe vor Ort	74
				Handlungsbedarf in Dresden	75

13. Verborgen: Die Lebenssituation von Lesben, Schwulen, bisexuell und transsexuell orientierten Menschen	76	16.3 Sport ist nicht geschlechtsneutral	94
13.1 Auf der Suche nach Akzeptanz – homosexuelle Jugendliche in einer (scheinbar) heterosexuellen Welt	76	16.4 Noch mal ein Blick zurück in die Kommune II	96
13.2 Ergebnisse relevanter Studien	77	Handlungsbedarf in Dresden	96
Sie liebt sie, er liebt ihn	77	17. Relevant: Geschlechtersensible Stadtentwicklung und Verkehrs(entwicklungs)planung	97
Uferlos. Jugendliche erleben sexuelle Orientierungen	77	17.1 Qualitätsgewinn mittels Geschlechterperspektive	97
Lamda will's wissen	77	17.2 Geschlechtergerechte Stadtentwicklung – (k)ein Thema?	97
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen – das Symptom Homophobie	77	17.3 Verkehrs(entwicklungs)planung ist nicht geschlechtsneutral	98
MANEO-Umfrage zu Gewalterfahrungen – Toleranzkampagne	78	17.4 Untersuchungen belegen Mobilitätsunterschiede	99
Bemerkenswerte Vielfalt – Homosexualität und Diversity Management	79	17.5 Unterschiede auch im ÖPNV	99
Sächsische Männerstudie	79	17.6 Noch mal ein Blick zurück in die Kommune III	100
Spannungsgeladen: Homosexualität und Kirche	79	Handlungsbedarf in Dresden	100
13.3 Fazit	79	18. Was ist hinter dem Bild? – Zur Lage Bildender Künstlerinnen und Künstler	101
Handlungsbedarf in Dresden	79	18.1 Die Situation von Künstlerinnen	102
14. Sichtbar: Geschlechterdifferenzierte Aspekte von Flucht und Asyl	81	18.2 Engagiert für mehr Geschlechtergerechtigkeit – Beispiele gelungener Praxis	103
14.1 Asylgründe von Frauen und Männern	82	Die Dresdner Sezession 89	103
14.2 Wirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes auf Frauen und Männer	83	Die Kreative Werkstatt Dresden	104
14.3 Fazit	84	18.3 Fazit	105
Anlagen	85	Handlungsbedarf in Dresden	105
Handlungsbedarf in Dresden	87	Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	106
15. Erschreckend! Frauen und Männer im Spiegel des Rechtsextremismus	88		
15.1 Frauen im Rechtsextremismus wahrnehmen	89		
15.2 Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Rassismus in Sachsen	90		
15.3 Rechtsextremistische Straftaten in Sachsen und Dresden	90		
15.4 Ausblick: Demokratie durch Aufklärungsarbeit	91		
Handlungsbedarf in Dresden	91		
16. Entdeckt: Frauen und Männer im Dresdner Sport	92		
16.1 Sportförderung – Potenziale für eine geschlechtergerechte Entwicklung	93		
Indirekte Förderung	93		
Direkte Förderung	93		
16.2 Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung als Chance	94		

Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,

fünf Jahre sind seit dem „Bericht zur Gleichstellung 2005“ mit seinen Einzelbroschüren „Frauen in Dresden“ und „Männer in Dresden“ vergangen. Bundesweit fanden die Publikationen viel Beachtung, besondere Anerkennung galt dabei der komplexen Perspektive auf beide Geschlechter. In diesem Selbstverständnis, welches in Dresdens kommunaler Gleichstellungsarbeit seit 2004 zum Tragen kommt, entstand auch die vorliegende Veröffentlichung. Sie geht dabei einen Schritt weiter und betrachtet die Geschlechterperspektiven in den ausgewählten Fachgebieten nun gemeinsam.

Der vorliegende Gleichstellungsbericht 2010 beschreibt Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre und der gegenwärtigen Situation in Dresden, aber auch in Sachsen beziehungsweise in der Bundesrepublik. Er zeigt Erfolge, Probleme und Handlungsansätze in unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern wie Arbeitsmarkt, Partizipation, soziale Arbeit, Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Sport, Stadtentwicklung und Bildender Kunst auf. Doch selbst diese kommunalpolitisch bedeutsamen Gebiete ergeben zusammengekommen nur einen Teilausschnitt. Denn Gleichstellungspolitik und -arbeit stellen sich als Querschnittsaufgaben und gehen somit weit über soziale Arbeit für vermeintliche Randgruppen hinaus. Das vielfältige Gestaltungspotenzial einer auf Kontinuität ausgelegten Gleichstellungspolitik und -arbeit für die Bewältigung zahlreicher politischer Herausforderungen, wie beispielsweise des demografischen Wandels, wird leider immer noch häufig unterschätzt. Sehr hartnäckig halten sich dabei Vorbehalte und Klischees, die eine fachliche Auseinandersetzung auf der Suche nach innovativen und nachhaltigen Lösungsstrategien erschweren. Hier bedarf es weiterer Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit sowie der vorurteils- und ideologiefreien Annäherung aller Seiten.

Parallel zu dieser Publikation erscheint der Tätigkeitsbericht meines Büros unter dem Titel: „Den Horizont verschoben. Aus der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten 2004 bis 2010“, auf den hier explizit verwiesen sei. Er berichtet sehr dezidiert von den Beiträgen, Errungenschaften und Hindernissen kommunaler Gleichstellungsarbeit zur Umsetzung des Verfassungsauftrages gemäß Grundgesetz und Sächsischer Verfassung.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und uns allen weiterhin die benötigte Kraft und Ausdauer für die Umsetzung einer schweren, aber wichtigen Aufgabe. Ich danke allen Autorinnen und Autoren sowie den Beschäftigten meines Büros für die Entstehung dieses umfangreichen und anspruchsvollen Berichtes sowie für ihr tägliches Engagement im Sinne von Chancengleichheit und Gerechtigkeit.



Kristina Winkler
Gleichstellungsbeauftragte
für Frau und Mann

1. Vielschichtig: Die Situation von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt

Laut dem Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Länderbericht Sachsen, und dessen Ergebnissen der zwölften Welle 2007 mit thematischer Schwerpunktsetzung auf die künftige Stellenbesetzung durch Fachkräfte, lag in Sachsen zwischen Juni 2005 und Juni 2007 ein deutlicher Beschäftigungszuwachs (vor allem in Klein- und Mittelbetrieben) um drei Prozent vor – mit einem Frauenanteil von insgesamt 47 Prozent.¹ Dieser verteilt sich höchst unterschiedlich auf einzelne Tätigkeits-/Qualifikationsgruppen, schwerpunktmäßig jedoch auf Handel/Gastgewerbe und Verkehr. Bei den Beschäftigten mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss entspricht der Frauenanteil mit 49 Prozent (Westdeutschland: 33 Prozent) demjenigen der Männer. Ein ähnlich ausgewogenes Ergebnis gilt für Beschäftigte, die einfache Tätigkeiten ausüben (58 Prozent) und für solche mit Berufsausbildung (47 Prozent). Lediglich 27 Prozent beträgt der Frauenanteil bei den tätigen Inhabern.² Die Anteile haben sich im Vergleich zu 2006 kaum verändert. Bei den Nicht-Standard-Beschäftigungsverhältnissen³, welche vor allem in sogenannten frauendominierten Branchen eine Rolle spielen, liegt der Frauenanteil in Sachsen wesentlich höher als im restlichen Deutschland.⁴ Hohe Teilzeitbeschäftigung (79 Prozent) und die Ausübung einer befristeten Tätigkeit (54 Prozent)⁵ bilden bei dieser Frauenquote die Elemente. In Sachsen war 2007 zirka jede zweite Frau standardmäßig beschäftigt (mithin abhängig in Vollzeit, als Beamtin, Inhaberin, mithelfende Familienangehörige), während dies auf 84 Prozent der Männer zutrifft, bei acht Prozent Teilzeitquote. Diese Ergebnisse spiegeln solche auf Bundesebene wider.

Die größten Wirtschaftsbranchen Sachsens liegen nach wie vor im Dienstleistungs- und verarbeitenden Gewerbe sowie in Handel und Reparatur. Dabei verdoppelte sich nahezu die Anzahl gesuchter Fachkräfte ebenso wie diejenige nicht besetzter Fachkräftestellen. Für Letztere machten die Betriebe qualifikatorische Defizite der Bewerber/-innen sowie die fachliche Verfügbarkeit spezifischer Zusatzqualifikationen geltend. Im Durchschnitt der Betriebe Sachsens konnte 2007 jede achte Stelle, für die Fachkräfte erforderlich waren, nicht besetzt werden. Für die folgenden zwei Jahre wurde eine Zuspitzung der Fachkräftesituation für bestimmte Teilarbeitsmärkte wie Wissenswirtschaft und

Erziehung/Unterricht prognostiziert; auch durch Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung ist die allgemeine Tendenz eines erhöhten Bedarfes an qualifizierten Arbeitskräften festzustellen.⁶

Vor dem Hintergrund großer demografischer Wandlungen, der erwarteten Halbierung der Anzahl von Schulabgängerinnen und -gängern, einem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie einer zunehmenden Überalterung der Gesellschaft⁷, muss ein wesentlicher Schlüssel zur Lösung des Problems in einem guten Betreuungsangebot für Kinder und einer entsprechenden Berufsorientierungsangebote für Jugendliche liegen. In Dresden verlässt fast jeder zehnte Junge und jedes 20. Mädchen die Schule ohne Abschluss. Diese hohen Zahlen, vor allem männlicher Schulabgänger ohne Abschluss (Dresden lag für das Schuljahr 2006/07 mit einem Jungenanteil von zirka 65 Prozent im bundesweiten Durchschnitt⁸), sowie die Divergenz zwischen den bei der Agentur für Arbeit Dresden aufgeführten unbesetzten Berufsausbildungsstellen und den dort gemeldeten Bewerberinnen und Bewerbern⁹ sind alarmierend.

Seit 2004 stieg der Betreuungsgrad der unter Dreijährigen in Dresden kontinuierlich auf 57 Prozent im Jahr 2008 an.¹⁰ In jenem Jahr standen in Dresden 35 477 Plätze in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung, die sich auf 21 477 Plätze in Krippe/Kindergärten/Tagespflege und 14 000 im Hort verteilen. Insgesamt wurden 33 686 Kinder betreut, davon 19 999 in Krippe und Kindergarten, 13 687 im Hort.¹¹ Stellt man dieses prozentuale Ergebnis demjenigen Westdeutschlands mit 14,6 Prozent und Ostdeutschlands mit 46 Prozent (Bundesdurchschnitt 18 Prozent)¹² gegenüber, so wird die Höhe des Dresdner Wertes überdeutlich. Auch im Vergleich zum Freistaat mit einer durchschnittlichen Betreuungsquote von 36,5 Prozent für die unter Dreijährigen 2008 steht Dresden weitaus besser dar. Anfang 2008 wurden im sachsenweiten Durchschnitt ein Viertel aller Kinder unter drei Jahren mehr als sieben Stunden in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut (bundesweit acht Prozent). Dresdens Anteil von

1 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB): Betriebspanel. Länderbericht Sachsen. Ergebnisse der zwölften Welle 2007. Berlin 2008

2 Ebenda, S. 20

3 Es handelt sich um Mini- und Midijobs, befristete Tätigkeiten, Teilzeit-, Kurz- und Leiharbeit und von der Arbeitsagentur geförderte Beschäftigungsverhältnisse.

4 Ebenda, S. 4

5 Ebenda, S. 25 f.

6 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): IAB-Forschungsbericht 4/2009. Nürnberg 2009. S. 30 ff.

7 Institut für Wirtschaftsforschung. Niederlassung Dresden: Arbeitsmarkt Dresden im demographischen Wandel. Zusammenfassung. Dresden 2007

8 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Rostock 2009. S. 21 ff.

9 Bundesagentur für Arbeit: Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Nürnberg 09/2009

10 Landeshauptstadt Dresden. Kommunale Statistikstelle: Plätze und betreute Kinder in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege und Horten (kommunale Träger) 1993 bis 2008. Dresden 2009

11 Ebenda

12 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Pressemitteilung vom 30.03.2010

knapp 34 Prozent hat auch hier die Nase vorn.¹³ Tendenziell wird der Betreuungsgrad der unter Dreijährigen aufgrund kommunalpolitischer Schwerpunktsetzungen und der Einführung des Rechtsanspruchs ab 2013 noch weiter wachsen, was im Umkehrschluss eine vereinfachte Rückkehr in den Beruf nach Inanspruchnahme der Elternzeit bedeuten kann. Dresden ist somit auf dem richtigen Weg; inwiefern sich diese intensiviertere Kindertagesbetreuung auf die Erwerbstätigkeit und auf die Dresdner Wirtschaft positiv auswirkt, wird sich zeigen.

Im Vergleich der Jahre 2007 und 2008 wird der Rückgang der Auszubildenden-Zahlen in den Betrieben um 6,5 Prozent evident. Lediglich noch 27 268 junge Leute unterzeichneten 2008 einen Ausbildungsvertrag, was einen Rückgang zum Vorjahr um zwölf Prozent bedeutete. Nach wie vor sind ein gutes Drittel der in beruflicher Ausbildung befindlichen Jugendlichen weiblich; knapp 40 Prozent junge Frauen (und somit rund 60 Prozent junge Männer) schlossen 2008 einen Ausbildungsvertrag ab. Allerdings lag bei den Frauen die Erfolgsquote an den Abschlussprüfungen mit 87 Prozent im gleichen Zeitraum um drei Punkte höher als bei den jungen Männern.¹⁴ Zu den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen zählen auf männlicher Seite nach wie vor die technischen Bereiche wie Kfz-Mechatroniker, Zerspanungsmechaniker oder Koch, während junge Frauen die Büro- und Dienstleistungsberufe bevorzugen.

■ 1.1 Perspektive Berufswahl – traditionelles Verhalten weiter ausgeprägt

Hinsichtlich einer gezielten Berufsorientierung für Mädchen könnten nach Ansicht des Beigeordneten für Wirtschaft der Landeshauptstadt Dresden, neben der jährlichen Infobörse für Frauen mit thematischem Schwerpunkt „Frau und Beruf“, Projekte seitens beispielsweise der Kooperationspartner Schule/Wirtschaft initiiert werden, welche vor allem Mädchen für technische Berufe interessieren. Ähnlich argumentiert die Agentur für Arbeit Dresden. Nach ihrem Beitrag zur Überwindung geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens befragt, nannte sie als (weitere) Informationsquellen zur Berufsbildung für Jugendliche entsprechende Orientierungsangebote in Schulen, den Handwerkeritag sowie die Präsentation der Agentur auf Messen. Zukünftiger Handlungsbedarf bestünde in weiteren beziehungsweise vertiefenden Angeboten, Programmen und Initiativen, welche beispielsweise Frauen für mathematisch-technische Berufe und/oder Studienrichtungen begeistern sollen. Die geradezu zwingende Alternative, auch jungen Männern Offerten hinsichtlich sozialer Berufe zu unterbreiten und ähnliche Programme zu initiieren, wurde sowohl vom Beigeordneten als auch der Agentur für Arbeit nicht explizit benannt. Ein solches Anliegen verfolgt bereits der seit zehn Jahren bundesweit und auch in Dresden mit Erfolg abgehaltene Girls' Day (seit 2003) bzw. Boys' Day (seit 2005), welcher Heranwachsenden der Klassen fünf bis zehn die Möglichkeit bietet, in Unternehmen und Einrichtungen verschiedener Branchen in „untypische Frauen- und Männerberufe“ hineinzuschnuppern. So sollen Schülerinnen praxisnahe Einblicke in handwerkliche, technische und naturwissenschaftliche Tätigkeitsfelder gewinnen, während Schüler in sozialen und pädagogischen Einrichtungen erste Eindrücke sammeln können. Allein im Jahr 2010 nutzten 560 Mädchen und 106 Jungen die Chance, in diversen Betrieben und Instituti-

onen einen Einblick in die praktische Arbeit zu bekommen.¹⁵ Die vom Freistaat getragene „Woche der offenen Unternehmen“ ermöglicht es Schülerinnen und Schülern ab der siebten Klasse, sich über den Arbeitsalltag in unterschiedlichsten Betrieben und Branchen sowie sonstigen Institutionen zu informieren. In der Landeshauptstadt nahmen 2010 rund 117 Schülerinnen und Schüler an dieser Veranstaltung teil, davon entfielen 53 Prozent auf Mädchen und 47 Prozent auf Jungen.¹⁶ Ein besonderer Schwerpunkt hinsichtlich einer geschlechtersensiblen Berufsorientierung, um stereotypes Berufswahlverhalten einzugrenzen, ist dort nicht vorhanden.

Die Sächsische Bildungsagentur Regionalstelle Dresden versucht verschiedenartig zur Überwindung eines geschlechtstypischen Berufswahlverhaltens beizutragen. Auf Anfrage der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann nannte die Institution die Einführung neuer Lehrpläne für den Fachbereich Wirtschaft-Technik-Haushalt an den Mittelschulen, welcher bereits Einfluss auf das Berufswahlverhalten genommen hätte. Des Weiteren wurden Qualitätskriterien für Maßnahmen der Berufs- und Studienorientierung entwickelt sowie im Jahr 2009 eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen der Sächsischen Staatsregierung und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Sachsen für den Bereich der Berufs- und Studienorientierung geschlossen. Letztere enthält als Ziel u. a. die Überwindung traditioneller Geschlechterrollen und die Stärkung von Maßnahmen zur geschlechtersensiblen Berufsorientierung.¹⁷

Entgegen dieser Vereinbarung und auch ihrem gesetzlichen Beratungsauftrag gemäß Paragraf 33 SGB III nicht vollumfänglich nachkommend, richtet sich allerdings nach Meinung der Sächsischen Bildungsagentur Regionalstelle Dresden die Berufsberatung der Agentur für Arbeit zu sehr nach den eher traditionell geprägten (Erst-)Wünschen der Schülerinnen und Schüler, ohne wirklichen Einfluss auf eine Erweiterung des Berufswahlspektrums zu nehmen.¹⁸ Um nachhaltiger wirksam zu werden, müsste, so die Bildungsagentur, eine geschlechtersensible Berufsorientierung bereits im frühen Schulalter (fünfte Klasse) beginnen und darüber hinaus die Qualität bestehender Angebote gesteigert werden, beispielsweise über eine bessere Einbindung der vielfältigen Tätigkeiten unterschiedlichster Akteurinnen und Akteure in die Berufsorientierungskonzepte der Schulen. Auch sollte eine (weitere) Sensibilisierung von Unternehmen bezüglich des Umgangs mit einer „untypischen“ Berufswahl Auszubildender folgen, welche diese in ihrer späteren Berufsausübung unterstützt. Weitere Handlungsbedarfe, auch hinsichtlich konkreter Verankerungen der Geschlechterperspektive innerhalb der eigenen Behörde (wie beispielsweise entsprechende Schulungen), existieren für die Bildungsagentur dem Anschein nach nicht. So erwecken ihre Angaben eher den Eindruck einer „Abarbeitung“ des Themas Geschlecht und Beruf im Rahmen der allgemeinen Berufsorientierung; die Integration von Gleichstellungsfragen beschränkt sich weitgehend auf die Planung und Förderung von Maßnahmen wie der Einführung neuer Lehrpläne, der Entwicklung von Qualitätskriterien für Regelungen der Berufs- und Studienordnung oder der organisatorischen Unterstützung des Girls' Day und Boys' Day. Geschlechterdifferenzierte Problemlagen von Mädchen und Jungen im schulischen Rahmen werden nicht erhoben, sodass sich auch die Bil-

13 Birgit Scheibe: Kindertagesbetreuung im Freistaat Sachsen 2008. In: Statistisches Landesamt Sachsen (Hrsg.): Statistik in Sachsen 2 (2009). S. 15 - 20

14 Statistisches Landesamt Sachsen: Auszubildende in Sachsen 2010. Kamenz 2010

15 Teilnahmezahlen ohne Rahmenveranstaltung im UFA-Kristallpalast nach eigenen Berechnungen der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann der Landeshauptstadt Dresden.

16 Landeshauptstadt Dresden. Amt für Wirtschaftsförderung: Zuarbeit des Amtes für Wirtschaftsförderung per E-Mail vom 21.05.2010

17 Der Text der Vereinbarung ist einzusehen unter http://www.sachsen-macht-schule.de/schule/download/download_smk/lsw_vereinbarung.pdf.

18 Vgl. dazu ausführlich: Sächsische Bildungsagentur. Regionalstelle Dresden: Zuarbeit der Sächsischen Bildungsagentur per Brief vom 13.01.2010

dungsagentur auf die allgemeine, in vielen Zuarbeiten der angefragten Ämter und Institutionen zum Gleichstellungsbericht 2010 angeführte Position der „grundsätzlichen Gleichbehandlung der Jungen und Mädchen“ zurückzieht. Hinsichtlich ihres Beitrages zur Überwindung eines geschlechtsspezifischen Arbeits- und Ausbildungsmarktes befragt, äußerte hingegen die ARGE Dresden, dass in der Stadt Dresden keine entsprechenden Benachteiligungen bekannt seien.¹⁹

■ 1.2 Perspektive Berufsausbildung – alles beim Alten?

Laut den Statistiken der Agentur für Arbeit Dresden ging in den vergangenen Jahren die Zahl der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz kontinuierlich zurück. Auch die gemeldeten Berufsausbildungsstellen haben eine Abnahme zu verzeichnen, hier muss man allerdings zwischen den betrieblichen und den – durch die Agentur für Arbeit und ARGE Dresden gemäß Paragraf 241 Absatz 2 SGB III geförderten – außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen unterscheiden. Erstgenannte blieben seit 2006 erstmals hinter der Nachfrage zurück und überstiegen 2008/09 das Angebot; Gründe für diese Veränderungen sind sicher im demografischen Wandel sowie in den sinkenden Schulabgangszahlen zu suchen, was mit einem Schwund an Fachkräften und deren Nachwuchs einhergeht. 2005 bis 2007 überwog beständig sowohl bei den gemeldeten als auch bei den nicht vermittelten Bewerbern der männliche Part. Noch deutlicher wird diese Diskrepanz zwischen Männern und Frauen, wenn man den Aspekt der nicht vollendeten schulischen Ausbildung hinzuzieht. Hier liegt der Anteil der gemeldeten männlichen Bewerber ohne Schulabschluss bei der Agentur für Arbeit Dresden nahezu dreimal höher als derjenige der weiblichen.²⁰

Laut Angaben von Agentur für Arbeit und ARGE Dresden wurde im Berichtsjahr 2006/07 das Ausbildungsangebot gemäß Paragraf 241 Absatz 2 SGB III in diesen Institutionen mit fast 600 Stellen sowie mit rund 400 Stellen des Ausbildungsplatzprogrammes „Gemeinschaftsinitiative Sachsen“ (GISA) gefördert. Letztere beruht auf einer Bundesländer-Vereinbarung „Ausbildungsprogramm Ost 2007“ und hat in den vergangenen Jahren zusätzlich betriebsnahe Ausbildungsplätze geschaffen. Des Weiteren erfolgt eine intensive Berufsberatung aller nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber inklusive aufeinander abgestimmter Nachvermittlungsaktionen der Kammern und der Agentur für Arbeit. Ebenfalls im Rahmen des Ausbildungspaktes werden solchen Betroffenen Angebote wie die betriebliche Einstiegsqualifizierung für Jugendliche und berufsvorbereitende Maßnahmen unterbreitet.²¹ Allerdings findet keine geschlechterdifferenzierte Auswertung dieser Daten statt, sodass entsprechende Interpretationen nicht möglich sind.

Bei den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen in der Agentur für Arbeit Dresden steht bereits seit mehreren Jahren der Wunschberuf Kaufmann/-frau im Einzelhandel an der Spitze, gefolgt von den Ausbildungen zum/-r Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-frau sowie Koch/Köchin. Sie spiegeln somit in großen Teilen die am stärksten besetzten Ausbildungsberufe wider.²² Aus den Angaben der Agentur für Arbeit für das Berichtsjahr 2006/07 geht hervor, wie viele Frauen und Männer sich jeweils für diese Berufswege interessieren. Ähnlich wie bei den besetzten Ausbildungsstellen lag das weibliche Interesse ver-

mehrt auf den Büro- und Verwaltungstätigkeiten, während der Beruf des Kochs eindeutig von den Männern bevorzugt wurde. Zieht man die im „Berufsranking“ weiter unten platzierten Arbeitsbereiche wie Kfz-Mechatroniker/-in, Maler/-in und Lackierer/-in, Restaurantfachmann/-frau, Gärtner/-in und Friseur/-in noch hinzu, so verdeutlichen die letzten drei Berufe Vorlieben von Frauen, während die technischen Bereiche wiederum den Männern eher zusagten. Es handelt sich somit nach wie vor um die traditionellen Berufswünsche.

Ein ähnliches Bild ergibt die Ausbildungssituation in der Dresdner Stadtverwaltung zum Stichtag 30. Juni 2009.²³ Auch hier liegt der Frauenanteil in den Feldern Bürokommunikation, Medien und allgemeine Verwaltung zwischen 72 und 100 Prozent, während die technischen und handwerklichen Gebiete wie Vermessungstechnik, Fachinformatik oder Gärtnerei maximal ein Drittel, teilweise sogar überhaupt keine weiblichen Auszubildenden vorweisen können. Hier ist eine grundlegende Ursachenforschung vonnöten, um konkrete Handlungsbedarfe abzuleiten. Im Übrigen haben sich im Vergleich zum selben Stichtag des Jahres 2005 bezüglich der Ausbildungsprioritäten von Männern und Frauen in der Stadtverwaltung so gut wie keine maßgeblichen Veränderungen ergeben.

Im Hinblick auf die Berufsausbildung haben sich die Übernahmequoten beider Geschlechter in Sachsen im Jahr 2007 angeglichen. Anteilig gelangten fast genauso viele Frauen wie Männer in ein Arbeitsverhältnis, wobei die Ergebnisse je nach Branche sehr unterschiedlich sind; den höchsten Quotienten erreichten weibliche Auszubildende in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Bergbau/Energie/Wasser, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe, wohingegen der männliche Part neben den beiden letztgenannten Branchen noch im verarbeitenden Gewerbe vorn lag.²⁴

■ 1.3 Perspektive Arbeitsförderung – quo vadis Frauenförderquote?

Im Vergleich der Jahresdurchschnitte 2006 bis 2009 waren laut Statistiken der Agentur für Arbeit Dresden im Rechtskreis SGB II mehr Männer als Frauen (56 Prozent zu 44 Prozent), im Rechtskreis SGB III dagegen mehr Frauen als Männer (52 Prozent zu 48 Prozent) arbeitslos gemeldet.²⁵ In beiden Rechtskreisen waren jedoch die weiblichen Arbeitslosen deutlich länger ohne Erwerbstätigkeit als die männlichen. Bezogen auf eine altersdifferenzierte Auswertung blieb darüber hinaus der Anteil erwerbsloser Frauen im Alter von 15 bis 25 Jahren überwiegend konstant, während derjenige arbeitsloser Männer kontinuierlich leicht zurückging. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frauenförderquote besondere Bedeutung.

Die Rechtskreise SGB II und SGB III sehen mit dieser ein Instrument vor, welches für arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen vorschreibt, dass Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtarbeitslosenzahl und ihrer relativen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit einbezogen werden sollen. Tatsächlich wird die Frauenförderquote nicht nur auf Bundesebene, sondern auch differenziert für Ost- und Westdeutschland sowie in den Leistungsbilanzen jeder einzelnen

19 Landeshauptstadt Dresden. Geschäftsbereich Soziales: Zuarbeit der ARGE Dresden per Brief vom 14.01.2010

20 Agentur für Arbeit Dresden (Hrsg.): Der Ausbildungsmarkt im Bezirk der Agentur für Arbeit Dresden. Jahreszahlen. Berichtsjahr 2006/07. Dresden 2008

21 Ebenda, S. 1

22 Statistisches Landesamt Sachsen: Auszubildende in Sachsen 2010. Kamenz 2010

23 Landeshauptstadt Dresden. Haupt- und Personalamt: Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen in der Landeshauptstadt Dresden (Frauenförderplan) vom 20.09.2010. Anlage

24 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB): Betriebspanel. Länderbericht Sachsen. Ergebnisse der zwölften Welle 2007. Berlin 2008. S. 51

25 Bundesagentur für Arbeit: Bestand an Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und Rechtskreis SGB III nach ausgewählten Merkmalen. Zeitreihe. Nürnberg. Zuarbeiten der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südost per E-Mails vom 24. und 27.11.2009

Grundsicherungsstelle ausgewiesen. Allerdings teilen verschiedene Institutionen die Auffassung, gleichstellungspolitische Anforderungen als nachrangig gegenüber der Eingliederung in Erwerbsarbeit und der Überwindung von Hilfebedürftigkeit behandeln zu dürfen.²⁶

Die regelmäßige bundesweite Unterschreitung der Quote im SGB III, deren Minusanteil in Ostdeutschland stärker ist als im Westen, zeigt sich auch in Sachsen und Dresden. Dabei schneidet der Freistaat im Vergleich mit Deutschland insgesamt noch deutlich schlechter ab, seine Negativwerte befinden sich durchgängig im zweistelligen Bereich. Die Landeshauptstadt Dresden hingegen weist bessere Zahlen als die bundesdeutschen oder sächsischen Ergebnisse aus, auch wenn deren Frauenförderquote ebenso ausnahmslos negative Vorzeichen verbucht. Zu diesem Dresdner Ergebnis trug, neben den Maßnahmen der Agentur für Arbeit, allerdings zusätzlich der 2008 erfolgte wirtschaftliche Abschwung bei, welcher mit einer Aufhebung von Vollzeitstellen hauptsächlich im technischen Bereich einherging und daher Männer in stärkerem Maße traf als die überwiegend im Dienstleistungssektor und in Teilzeit arbeitenden Frauen. Laut Aussage der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Agentur für Arbeit Dresden setzte sich die steigende Tendenz zur Erfüllung der Frauenförderquote im Jahr 2009 fort.

Tabelle 1: Frauenförderquote im Rechtskreis SGB III (einschließlich Förderung der Berufsausbildung) im Jahresdurchschnitt

Jahr	Bund in %	West in %	Ost in %	Sachsen in %	Dresden in %
2005	-9,0	-8,6	-9,4	-11,9	-7,8
2006	-12,9	-11,0	-16,5	-19,3	-12,4
2007	-16,0	-14,3	-19,5	-23,5	-13,6
2008	-8,4	-6,8	-11,3	-14,2	-8,2

Quelle: Statistiken der Bundesagentur für Arbeit der Berichtsjahre 2005 bis 2008. Zuarbeit der Agentur für Arbeit Dresden, Abteilung Presse und Marketing sowie der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt per E-Mail vom 22.10.2009

Ähnlich sieht es beim SGB II aus. Auch hier waren Frauen im Untersuchungszeitraum bundesweit unterdurchschnittlich in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen involviert. Ihre Quote auf Bundesebene verschlechterte sich von 2005 bis 2008 sogar kontinuierlich. Differenziert man zwischen West- und Ostdeutschland, so wird deutlich, dass die Unterschreitung der Quote allein auf die stark unterproportionale Förderung von Frauen in Westdeutschland zurückgeht. Einen besonders geringen Frauenanteil wiesen die Eingliederungszuschüsse auf, obwohl Analysen, welche den möglichen Einfluss von Teilnehmenden-Strukturen methodisch berücksichtigen, ergaben, dass solche Förderungen die stärksten positiven Effekte auf die Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben und diese für Frauen wirksamer sind als für Männer.²⁷ Wenn auch die Werte für Ostdeutschland im positiven Bereich liegen, ist eine Tendenz nach unten nicht zu verhehlen, wie die „schwarze Null“

für 2008 zeigt. Während dieser Negativ-Trend in Sachsen bereits 2007 begann und sich noch weiter fortsetzt, ist die Frauenquote für Dresden dagegen im Steigen begriffen.

Tabelle 2: Frauenförderquote im Rechtskreis SGB II (einschließlich Förderung der Berufsausbildung) im Jahresdurchschnitt*

Jahr	Bund in %	West in %	Ost in %	Sachsen in %	Dresden in %
2005	-1,2	-4,6	2,4	1,4	-0,1
2006	-3,2	-6,6	2,1	0,5	0,7
2007	-5,3	-8,7	0,4	-1,8	1,3
2008	-5,8	-9,1	0,0	-2,3	1,9

* ohne zugelassene kommunale Träger

Quelle: Statistiken der Bundesagentur für Arbeit der Berichtsjahre 2005 bis 2008. Zuarbeit der Agentur für Arbeit Dresden, Abteilung Presse und Marketing sowie der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt per E-Mail vom 22.10.2009

Für das Jahr 2009 ist gemäß der Information seitens der ARGE Dresden eine konstante Zielerreichung der Frauenförderquote „mit stetiger Steigerung seit Jahresbeginn“ zu verbuchen. Somit scheint sie als gleichstellungspolitisches Steuerungsinstrument im Rechtskreis SGB II zu greifen, während im SGB III noch Verbesserungsbedarf besteht.

■ 1.4 Perspektive Alleinerziehend – Lebensform mit höchstem Armutsrisiko

Die Gruppe der Alleinerziehenden ist gesellschaftlich und arbeitsmarktpolitisch von besonderer Bedeutung.²⁸ Während traditionelle Familienformen in Deutschland weiter abnehmen, wachsen immer mehr Kinder zumindest zeitweise in Ein-Eltern-Familien auf. In den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) liegt ihr Anteil an den Familienhaushalten mit 27 Prozent deutlich höher als in den alten Bundesländern (17 Prozent). Rund 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, der Anteil alleinerziehender Väter ist dagegen rückläufig. Die Lebenslage „alleinerziehend“ (2009 waren es im Bundesgebiet 1,6 Millionen Menschen) bringt häufig Belastungen mit sich, die in die Hilfebedürftigkeit führen. Laut den neuesten Zahlen des Familienreports 2010 sind davon etwa 660 000 alleinerziehende Mütter und Väter (rund 41 Prozent) mit insgesamt einer Million Kindern auf Leistungen gemäß SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende²⁹) angewiesen und nahezu jeder dritte Alleinerziehenden-Haushalt erhält trotz Erwerbstätigkeit zusätzliche Leistungen nach SGB II.³⁰ Allerdings variiert der Anteil der

26 Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg Essen; Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt (FIA); GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie, Geschlecht am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg; Bewertung der SGB-II-Umsetzung aus gleichstellungspolitischer Sicht. Abschlussbericht. Duisburg, Berlin, Marburg 2009. S. XVIII; vgl. dazu auch die Beschlüsse der 20. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister/-innen am 10./11.06.2010 in Dresden, http://www.soziales.sachsen.de/download/Beschluesse_20_GFMK_gesamt.pdf, verfügbar am 04.08.2010

27 Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg Essen; Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt (FIA); GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie, Geschlecht am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg; Bewertung der SGB-II-Umsetzung aus gleichstellungspolitischer Sicht. Abschlussbericht. Duisburg, Berlin, Marburg 2009. S. XX

28 Vgl.: Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Arbeitsmarktberichterstattung Alleinerziehende im SGB II. Nürnberg 2008. S. 4; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familienreport 2010. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin 2010. S. 70; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alleinerziehende in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 29.07.2010. Wiesbaden 2010. S. 8, S. 14

29 (1) „Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können. Sie soll erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt sichern, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können. (...)“ (2) „Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst Leistungen zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit und zur Sicherung des Lebensunterhalts.“, <http://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbii/1.html>, verfügbar am 12.08.2010

30 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familienreport 2010. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin 2010. S. 25

hilfebedürftigen Alleinerziehenden nach Region des Heimatortes und Zahl der Kinder. Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung belegen, dass Alleinerziehende gegenüber anderen Bedarfsgemeinschaften das höchste Risiko einer dauerhaften Hilfebedürftigkeit tragen. Zudem üben sie innerhalb der Gruppe der Hilfebedürftigen mit ergänzenden SGB-II-Leistungen überproportional häufig nur einen Minijob oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem monatlichen Entgelt von unter 800 Euro aus. Dies bestätigt, dass Alleinerziehende in Deutschland die Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Armutsrisiko stellen. Besonders betroffen hiervon sind deren Kinder. Für viele Einzelkämpfer, die gerne arbeiten möchten, stellt sich zusätzlich das Problem der Kindertagesbetreuung, vor allem in Randzeiten oder für bestimmte Altersgruppen (z. B. Kinder unter drei Jahren). In einer diesbezüglichen Befragung von arbeitssuchenden Alleinerziehenden gaben 43 Prozent an, dass sie Kindertagesbetreuung benötigen; lediglich drei Prozent hatten bei der Jobsuche Betreuungsangebote durch ihre Grundsicherungsstelle erhalten.³¹

Regional scheint die Hilfebedürftigkeit von Alleinerziehenden in städtischen Gebieten höher zu sein als in eher ländlich geprägten Regionen; in Westdeutschland ist sie zudem niedriger ausgeprägt als in Ostdeutschland. Hier variieren die Hilfequoten zwischen knapp 46 Prozent in Thüringen und nahezu 59 Prozent in Sachsen-Anhalt; Sachsen lag 2008 mit knapp 51 Prozent alleinerziehender Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfänger auf dem dritten Platz der neuen Bundesländer und bundesweit an vierter Stelle.³² Laut Mikrozensus, einer Stichprobenerhebung, für die jährlich rund ein Prozent der sächsischen Haushalte befragt wird, gab es im Jahr 2005 insgesamt 18,1 Prozent Alleinerziehender in Dresden (bezogen auf die Gesamthaushalte); davon waren 84,5 Prozent weiblich. Drei Jahre später haben sich die Zahlen erhöht: 2008 waren unter den 20,9 Prozent Alleinerziehenden (Gesamthaushalte) 85,6 Prozent Frauen.³³ Damit befindet sich Dresden in Bezug auf den prozentualen Anteil Alleinerziehender an den Gesamthaushalten über dem Bundesdurchschnitt, welcher bei 19 Prozent angesiedelt

ist. Der Anteil Alleinerziehender, welche trotz Erwerbsarbeit weitere Leistungen nach dem SGB II in Dresden beziehen, lag laut Aussage der ARGE im Januar 2010 bei 27,4 Prozent (2008: 31 Prozent in Deutschland).³⁴ Zur Höhe der Einkommen aus Erwerbstätigkeit liegen für Dresden allerdings keine spezifizierten Daten für diese Gruppe vor, sodass auch hier ein Vergleich mit anderen Bundesländern unterbleiben muss. Die deutschlandweite Frauenquote von rund 90 Prozent an den Alleinerziehenden wird hingegen in der sächsischen Landeshauptstadt noch um wenige Prozentpunkte unterschritten. Ein dem bundesdeutschen Wert entsprechender Anteil alleinerziehender Mütter mit Kindern an der Gesamtsumme Alleinerziehender zeigt sich statistisch in Dresden auch in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II.

Tabelle 3: Alleinerziehende Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahresdurchschnitt

Jahr	gesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in %
2006	5284	243	5041	95,4
2007	5527	241	5286	95,6
2008	5636	243	5393	95,7
01 - 07/ 2009*	5533	253	5280	95,4

* Die durchschnittlichen Werte für 2009 wurden von der Verfasserin ermittelt. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Alleinerziehende Personen in der Grundsicherung. Nürnberg. Zeitreihe. Zuarbeiten der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südost per E-Mails vom 24. und 27.11.2009

Ähnlich deutlich hoch ist der Frauenanteil an Alleinerziehenden im Stadtgebiet, wenn man die zur Verfügung stehenden Daten zum Bestand an arbeitslosen Alleinerziehenden noch einmal nach den Rechtskreisen SGB II und SGB III unterteilt.

Tabelle 4: Bestand an arbeitslosen Alleinerziehenden nach Rechtskreis im Jahresdurchschnitt

Jahr	SGB III gesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in %	SGB II gesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in %
2006	372	37	335	90,1	2549	170	2379	93,3
2007	274	28	246	89,8	2530	188	2343	92,6
2008	264	27	238	90,2	2386	156	2230	93,5
01 - 07/2009*	266	32	234	88,0	2447	173	2274	92,9

* Die durchschnittlichen Werte für 2009 wurden von der Verfasserin ermittelt. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Bestand an arbeitslosen Alleinerziehenden nach Rechtskreis und Geschlecht. Nürnberg. Zeitreihe. Zuarbeiten der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südost per E-Mails vom 24. und 27.11.2009

31 660 000 Alleinerziehende leben von Hartz IV. In: Spiegel online vom 16.02.2009
 32 Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Arbeitsmarktberichterstattung Alleinerziehende im SGB II. Nürnberg 2008. S. 5
 33 Statistisches Landesamt Sachsen: Alleinerziehende in der Stadt Dresden 2005 und 2008 nach Geschlecht. Ergebnisse des Mikrozensus. Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 10.12.2009

34 ARGE Dresden: Zuarbeit der ARGE (ohne Datum) auf Anfrage der Gleichstellungsauftragten vom 08.04.2010

Der hohe Frauenanteil an den alleinerziehenden Arbeitslosen Dresdens – auch in den ersten Monaten des Jahres 2010 lag er im Rechtskreis SGB II zwischen 92 und 93 Prozent, im SGB III ging er dagegen auf Werte von immerhin noch 85 bis 86 Prozent zurück – kann stellvertretend für die Gesamtsituation Deutschlands angesehen werden.³⁵

Laut der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit erhöhte sich bundesweit die Zahl arbeitsloser Alleinerziehender auch dann, wenn die Gesamtarbeitslosenzahl leicht zurückging, wie dies beispielsweise die Jahresdurchschnitte 2006 (2921 Personen) und 2007 (2804 Personen) im Stadtgebiet Dresden zeigen.³⁶ Dieser beständig hohe Anteil von Alleinerziehenden im SGB II lässt sich mit der besonderen Lebenssituation der Betroffenen erklären. Sie haben es durch die während der Erziehungszeiten teilweise entstehenden langen Pausen in der Berufstätigkeit bzw. die fehlende Ausbildung und/oder Berufserfahrung, die häufig eingeschränkte zeitliche und örtliche Flexibilität und das oftmals unzureichende Angebot an Tagesbetreuung schwerer, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ohne Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende auszukommen. Dies betrifft im Besonderen, wie die Statistiken zeigen, Frauen.

Nach der Umsetzung der „Handlungsempfehlungen des Deutschen Vereins zur Förderung Alleinerziehender im Rahmen des SGB II“ befragt, welche geschlechterübergreifend besondere Rahmenbedingungen in der ARGE, spezifischen Beratungsbedarf, die Förderung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen sowie die Unterstützung von Teilzeitqualifizierung und -beschäftigung vorsehen, führte die ARGE Dresden auf Anfrage der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann zumeist sehr allgemeine Aussagen an.³⁷ Demnach sind keine zielgruppenspezifischen Maßnahmen geplant; das beschäftigungsorientierte Fallmanagement stellt diesbezüglich die alleinige Handlungsgrundlage der Vermittelnden dar. Dabei wird auf die „jeweils spezifischen Problemlagen“ der Betroffenen und ein „breites Spektrum von Eingliederungsleistungen“ verwiesen.³⁸

Etwas ausführlicher geriet die Antwort auf die Frage nach dem Einsatz solcher Maßnahmen, welche bei Alleinerziehenden lange Kinderbetreuungsphasen vermeiden sollen. Hier führte die ARGE die Problematik des Paragraphen 10 SGB II an, nach dem erwerbslosen Hilfebedürftigen eine Arbeit nicht zumutbar ist, wenn dadurch die Betreuung eines Kindes unter drei Jahren gefährdet würde. Dies schließt jedoch nicht aus, dass das Fallmanagement auf freiwilliger Basis der betroffenen Person Informationen, Beratung und Integrationsangebote in dieser Zeit unterbreite. Für unter 25-jährige (U25) Alleinerziehende bemühen sich zudem die Fallmanager/-innen, möglichst früh Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten. Dazu zählen solche in der Elternzeit mit Vorbereitung auf den Wiedereinstieg in den Beruf an der Volkshochschule Dresden (Förderung durch den Europäischen Sozialfonds) und Kurse zur beruflichen Orientierung für Frauen im Frauenbildungszentrum „Hilfe zur Selbsthilfe“, die das Sozialamt unterstützt.

Im Hinblick auf die Betreuung von Kindern gibt es laut Aussage der ARGE eine sehr kurzfristige Fürsorgesicherstellung durch den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen für solche Alleinerziehende, denen ein

Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzangebot vorliegt. Allerdings muss hier, wie bei sonstigen Arbeitnehmern/-nehmerinnen auch, das Problem zu kurzer Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen beispielsweise für Schichtdienstleistende oder Tätigkeiten, die sich auf das Wochenende erstrecken, zumeist über private Netzwerke gelöst werden.³⁹

Die von der ARGE Dresden genannten Zahlen der Zu- und Abgänge von Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender weisen im Vergleichsmonat Januar der Jahre 2008 bis 2010 mehr Ab- als Zugänge auf, ohne jedoch geschlechterdifferenzierte Aussagen zu enthalten.⁴⁰ Auch fehlt die Information, wohin die Alleinerziehenden aus der Hilfebedürftigkeit abgingen. Vergleichende Daten anderer Bundesländer oder eine Ost/West-Gegenüberstellung existieren nicht. Die Quintessenz dieser Statistik resümiert die ARGE Dresden lediglich dahingehend, dass nicht gesagt werden könne, „(...) dass das Merkmal ‚Alleinerziehend‘ in Dresden grundsätzlich längerfristige Abhängigkeit von Hilfe bedeutet“⁴¹, wobei die Statistik selbst keinerlei Aussagen zur Dauer der Hilfebedürftigkeit enthält und hinlänglich nachgewiesen ist, dass bundesweit etwa ein Drittel Alleinerziehender erst nach einem Jahr in der Lage ist, den Leistungsbezug wieder zu verlassen, während etwa die Hälfte der Betroffenen den Bezug nach drei Jahren beendet.⁴² Somit lässt sich das von der ARGE getroffene Fazit faktisch nicht belegen.

Die ARGE Dresden nimmt demzufolge anscheinend weder die besondere und sehr heterogene Problemlage Alleinerziehender wahr, noch ist sie in der Lage, darin eine geschlechterdifferenzierte Dimension zu erkennen. Beratungs- und Vermittlungsangebote werden vorrangig auf die individuelle Familiensituation zurückgeführt, während deren geschlechtlich strukturierte Realität und die bekannte Benachteiligung von Frauen in hilfebedürftigen alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften⁴³ nicht problematisiert werden. Es zeigt sich, dass eine Sensibilität für das Merkmal Geschlecht so gut wie gar nicht als wichtiger Faktor im Aktivierungsprozess wahrgenommen und das eigene Handeln als geschlechtsneutral interpretiert wird. Dies entspricht nicht dem gesetzlichen Auftrag nach Paragraph 1 SGB II, der besagt, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen als durchgängiges Prinzip zu verfolgen ist und geschlechtsspezifischen Nachteilen von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen entgegengewirkt werden muss. Individuelle Förderung und geschlechtersensibles Agieren schließen einander nicht aus. Bereits die Erkenntnis, dass alleinerziehende Mütter offensivere Unterstützung gegenüber dem Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen benötigen, um das Problem der Kinderbetreuung in Randzeiten zu klären, wohingegen alleinerziehende Väter eher einem erhöhten Aktivierungsdruck als „Ernährer“ unterliegen, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus könnten und sollten Analysen beispielsweise über die Arbeitsmarktintegration von alleinerziehenden Frauen mit schlechten Zugangschancen durch Ausweitung von geringfügiger Beschäftigung, wie sie bereits in der Forschung vorgenommen wurden,⁴⁴ zu neuen Erkenntnissen bezüglich

35 Bundesagentur für Arbeit: Gender Mainstreaming. Berichtsmonat Januar 2010; Bundesagentur für Arbeit: Bestand an Arbeitslosen nach Personengruppen. 01/02 2010; Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Frauen und Männer. Nürnberg 01/02 2010

36 Bundesagentur für Arbeit: Bestand an arbeitslosen Alleinerziehenden nach Rechtskreis und Geschlecht. Zeitreihe. Nürnberg. Zuarbeit der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südost per E-Mail vom 24.11.2009

37 Landeshauptstadt Dresden. Geschäftsbereich Soziales: Zuarbeit der ARGE Dresden per Brief vom 14.01.2010

38 Ebenda; ARGE Dresden: Zuarbeit der ARGE (ohne Datum) auf Anfrage der Gleichstellungsbeauftragten vom 08.04.2010

39 ARGE Dresden: Zuarbeit der ARGE (ohne Datum) auf Anfrage der Gleichstellungsbeauftragten vom 08.04.2010

40 Ebenda

41 Landeshauptstadt Dresden. Geschäftsbereich Soziales: Zuarbeit der ARGE Dresden per Brief vom 14.01.2010

42 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familienreport 2010. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin 2010. S. 58 unter Berufung auf IAB-Kurzbericht 5/2009: Dynamik im SGB II 2005 - 2007. Viele Bedarfsgemeinschaften bleiben lange bedürftig.

43 Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg Essen; Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt (FIA); GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie, Geschlecht am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg: Bewertung der SGB-II-Umsetzung aus gleichstellungspolitischer Sicht. Abschlussbericht. Duisburg, Berlin, Marburg 2009. S. XVIII, S. 245 - 255

44 Silke Kull; Barbara Riedmüller: Auf dem Weg zur Arbeitsmarktbürgerin? Neue Konzepte der Arbeitsmarktpolitik am Beispiel allein erziehender Frauen. Berlin 2007

entsprechender Maßnahmen führen. Eine offensivere Unterstützung von alleinerziehenden Müttern und Vätern auf der Basis geschlechterdifferenzierter Handlungsansätze des Fallmanagements, ein nachdrückliches Beharren auf arbeitnehmer(innen)freundliche Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen, ein stärker wahrnehmbarer Beitrag zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Alleinerziehenden in der Wirtschaft und der Einsatz für verbesserte Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf allgemein würden dazu beitragen, dem gesetzlichen Auftrag besser gerecht zu werden.

■ 1.5 Perspektive Führungspositionen – Frauen weiter unterrepräsentiert

Vorstände und Aufsichtsräte großer Unternehmen in Deutschland werden nach wie vor mit übergroßer Mehrheit von Männern dominiert. Das zeigt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW) Berlin.⁴⁵ 2,5 Prozent aller Vorstandsmitglieder (833 Personen, davon 21 weiblich) der 200 größten Wirtschaftsunternehmen (ohne Finanzsektor) sind gegenwärtig Frauen. Davon nimmt lediglich eine Frau den Vorstandsvorsitz ein. Schreitet man in der hierarchischen Pyramide weiter voran, befindet sich in den 100 größten Unternehmen noch nicht einmal ein Prozent Frauen in der Direktion (das entspricht vier der 41 Sitze). In den Vorständen der 50 größten Unternehmen ist schließlich nur noch eine einzelne Frau in der leitenden Ebene vertreten. In den Aufsichtsräten nehmen Frauen knapp ein Zehntel aller Sitze ein, bei mehr als einem Viertel sämtlicher Unternehmen sitzt keine einzige Frau im Aufsichtsrat.

Ähnlich sieht die Lage in Vorständen und Aufsichtsräten des Finanzsektors aus: In den 100 größten Banken sind 2,6 Prozent, in den 62 größten Versicherungen 2,8 Prozent aller Vorstandsmitglieder weiblichen Geschlechts. Damit spiegelt sich in keiner Weise wider, dass Frauen weit mehr als die Hälfte der Beschäftigten in dieser Branche stellen. Von insgesamt 418 Vorstandsposten bei den 100 größten Banken und Sparkassen sind lediglich elf mit Frauen besetzt. In den Vorständen der 62 größten Versicherungen stehen elf Frauen 392 Männern gegenüber. Wie schon im Vorjahr hatte auch 2009 keine Frau dort den Vorsitz inne. Der Frauenanteil in den Aufsichtsräten liegt jedoch höher als bei den Top-200-Unternehmen. Er beträgt 16,8 Prozent bei den Banken und Sparkassen und 12,4 Prozent bei den Versicherungen. Insgesamt sind rund drei Viertel der Frauen mit Sitz in einem Aufsichtsrat von Arbeitnehmervertretungen entsandt und erhalten damit aufgrund von Mitbestimmungsregelungen ihr Mandat.⁴⁶

Trotz einiger positiver Beispiele hat sich die Situation in den Spitzengremien insgesamt in den vergangenen Jahren kaum geändert. Es bleibt abzuwarten, ob der im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien 2009 vereinbarte Stufenplan zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen ein größerer Erfolg wird als die Selbstverpflichtung der Wirtschafts-Spitzenverbände aus dem Jahr 2001, „(...) ihren Mitgliedern betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie der Familien-

freundlichkeit zu empfehlen.“⁴⁷ Deren Umsetzung kann in Bezug auf die Besetzung von Spitzengremien in den großen Unternehmen der Privatwirtschaft mittlerweile als gescheitert gelten. Des Weiteren lassen die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung seitens des Bundes verlautbaren, er habe sich zum Ziel gesetzt, „(...) über Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung die Leitung und Überwachung des Unternehmens durch seine Organe“ zu verbessern. Im Rahmen der Vorschläge zur Wahl von Mitgliedern des Überwachungsorgans sei auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ausdrücklich hinzuwirken, die darüber hinaus im jährlichen Bericht von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan der Unternehmen dokumentiert werden solle.⁴⁸ Auch hier sind allerdings bisher keine erkennbaren Fortschritte im Hinblick auf die Besetzung von Spitzenpositionen mit Frauen benennbar. Es besteht somit eine krasse Unterrepräsentanz von Frauen in den Spitzengremien großer Wirtschaftsunternehmen, Banken und Sparkassen sowie Versicherungen. Dass es zudem in der vergangenen Dekade allgemein keinen signifikanten Zuwachs an weiblichen Führungskräften im weiteren Sinne (leitende Angestellte, hoch qualifizierte Fachkräfte mit Hochschulabschluss, Direktorium/Geschäftsführung) gab und deren Zahl immer noch deutlich unterdurchschnittlich ist, bestätigen auch andere Forschungen.⁴⁹ Laut der Studie „Geschäftsführer Demografie 2009“ des Unternehmens Bürgel Wirtschaftsinformationen leiten 16,6 Prozent Frauen in Deutschland als Geschäftsführerin ein im Handelsregister eingetragenes Unternehmen und sehen sich 83,4 Prozent männlichen Leitern gegenüber. Selbst bei Differenzierung nach Altersgruppen kommen Frauen über ein knappes Viertel in Führungspositionen nicht hinaus.⁵⁰ An diesem geringen Anteil von weiblicher Leitung und dem bis zu einem Viertel geringeren Verdienst von Frauen bei gleicher Position⁵¹ hat sich folglich trotz Fördermaßnahmen und Ausbildungsprogrammen für (weibliche) Führungskräfte nichts Wesentliches geändert.⁵² Die Vorstände sind nahezu ausschließlich in Männerhand. Hoffnungen, durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verursachte Umstrukturierungen könnten mehr Frauen in die Top-Positionen bringen, haben sich nicht erfüllt. Eine erhebliche Medienpräsenz des Themas, Beiträge zu einzelnen Frauen, die 2009 in Spitzengremien vorgerückt sind, sowie die durch Studien belegte Tatsache, dass gemischte Führungsteams den

45 Vgl.: Elke Holst; Anne-Katrin Stahn: Spitzenpositionen in großen Unternehmen fest in der Hand von Männern. In: Wochenbericht des DIW Berlin 7. Berlin 2007. S. 89 - 93; Elke Holst; Anne-Katrin Stahn: Zu wenige Frauen in Spitzenpositionen der großen Banken und Versicherungen. In: Wochenbericht des DIW Berlin 26. Berlin 2007. S. 405 - 408; Elke Holst; Julia Schmieta: Nach wie vor kaum Frauen in den Top-Gremien großer Unternehmen. In: Wochenbericht des DIW Berlin 18. Berlin 2009. S. 302 - 310; Elke Holst; Anita Wiemer: Frauen in Spitzengremien großer Unternehmen weiterhin massiv unterrepräsentiert. In: Wochenbericht des DIW Berlin 4. Berlin 2010. S. 1 - 11

46 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Pressemitteilung vom 18.03.2009

47 Auszüge aus dem Koalitionsvertrag unter <http://www.bmfsfj.de/mag/root.did=129838.html?referrerDocId=129886>, verfügbar am 01.06.2010; Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vom 02.07.2001, <http://www.dihk.de/inhalt/download/chancengleichheit.pdf>, verfügbar am 14.06.2010

48 Die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Bundes mit Stand vom 30.06.2009 sind abrufbar unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_39808/DE/Wirtschaft___und___Verwaltung/Bundesliegenschaften___und___Bundesbeteiligungen/Public_corporate_governance_Kodex/010709__publGov__anl.templateId=raw,property=publicationFile.pdf

49 Corinna Kleinert: Frauen in Führungspositionen – Karriere mit Hindernissen. In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)-Kurzbericht 9. Berlin 2006. S. 1 - 4; Doris Brader; Julia Lewerenz: Frauen in Führungspositionen – An der Spitze wird die Luft dünn. In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)-Kurzbericht 2. Berlin 2006. S. 1 - 4; Chefetagen in Männerhand. In: Böcklerimpuls 7 (2008). S. 1; Frauen in Führungspositionen: je höher, desto seltener. In: Böcklerimpuls 7 (2009). S. 4; Marion Weckes: Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten (März) 2008 und 2009. Zum Thema Chancengleichheit in Spitzenpositionen vgl. auch Gertraude Krell: Führungspositionen. In: Projektgruppe GiB (Hrsg.): Geschlechterungleichheiten im Betrieb. Arbeit, Entlohnung und Gleichstellung in der Privatwirtschaft. Berlin 2009. S. 423 - 484

50 Bürgel Wirtschaftsinformationen GmbH & Co. KG (Hrsg.): Geschäftsführer Demografie 2009. Hamburg 2009

51 Elke Holst: Unterrepräsentanz in Führungspositionen und Entgelt. Forum 2 der 5. HBS-Gleichstellungstagung „Wege zur Entgeltgleichheit“ am 01./02.10.2009 in Berlin

52 Peter Schelling; Viktoria Unterreiner: Nur jeder zehnte Chef in Deutschland ist eine Frau. In: Welt online vom 03.01.2009

wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens befördern,⁵³ haben keine nachhaltige Wirkung erzielt. Wenn überhaupt, dann finden sich weibliche Führungskräfte der deutschen Privatwirtschaft weiterhin eher in den Ebenen unterhalb der Geschäftsführung, in „frauentypischen“ Branchen wie dem Gesundheits- und Sozialwesen, dem Einzelhandel, dem öffentlichen Dienst sowie überwiegend in kleinen und mittleren (Familien-)Unternehmen. Selten sind sie in Führungspositionen von Großbetrieben (mit mehr als 500 Beschäftigten) und im Baugewerbe beziehungsweise Kfz-Handel anzutreffen.⁵⁴

In der Wissenschaft kein anderes Bild

Der Frauenanteil an der Professorenschaft an deutschen Hochschulen stieg von elf Prozent im Jahr 2000 auf 17 Prozent 2008. Im selben Zeitraum nahm er bei den Habilitationen um fünf Prozentpunkte auf 23 Prozent und bei den Promotionen um acht Prozentpunkte auf 42 Prozent zu. Unter den wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigten an den Hochschulen erhöhte sich der Anteil der Frauen in diesen acht Jahren von 30 auf 38 Prozent. Auch bei den Absolventinnen und Absolventen stieg der Frauenanteil im Jahr 2008 im Vergleich zu 2000 um sechs auf 51 Prozent. Bei den Studienberechtigten (53 Prozent) und Studienanfängerinnen und -anfängern (50 Prozent) sind die Frauenanteile seit 2000 auf relativ hohem Niveau annähernd konstant geblieben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes zum Thema Hochschulstandort Deutschland 2009. Wenn sich somit im Vergleich der Strukturen 2008 mit denjenigen des Jahres 2000 auch der Frauenanteil in den höheren Stufen der akademischen Karriere vergrößert hat, so gilt nach wie vor: Je höher die Position auf der akademischen Karriereleiter, desto weniger Frauen arbeiten dort.⁵⁵

Das Ursachenspektrum für eine derartig anhaltend starke Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen in Wirt- und Wissenschaft ist breit gefächert. Es reicht von der schlechten Vereinbarkeit von Karriere mit familiären Verpflichtungen (nachgewiesenermaßen verringert das Vorhandensein von Kindern nur für Frauen die Wahrscheinlichkeit, eine Führungsposition einzunehmen) über fehlende weibliche Vorbilder und Rollenmuster bis zu (männlich geprägten) Rollenklischees bezüglich der Eignung von Frauen für Spitzenpositionen und der an maskulinen Lebenswirklichkeiten orientierten Ausgestaltung von Leitungsfunktionen.⁵⁶ Darüber hinaus bilden Männer einflussreiche Netzwerke in Vorständen und Aufsichtsräten, in welche Frauen als Außenseiterinnen kaum vordringen können.⁵⁷

Exkurs: Unterschiede in Ost und West?

Der IAB-Betriebspanel Ost 2008 errechnete in einem Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern der Jahre 2004 und 2008 den prozentualen Anteil von Frauen in Führungspositionen in Betrieben sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors. Überproportional zum Westen stiegen die Prozentzahlen für den Osten innerhalb dieser vier Jahre an. Dabei waren 2008 im Osten 30 Prozent Frauen allgemein in Betrieben auf der ersten Führungsebene (West 24 Prozent) und 44 Prozent auf der zweiten Führungsebene (West 34 Prozent) zu finden. Die Betriebe des öffentlichen Sektors im Osten wiesen 41 Prozent (erste Ebene) und 45 Prozent (zweite Ebene) weiblicher Leitungspersonen auf; diejenigen im privatwirtschaftlichen Sektor 29 Prozent (erste Ebene) und 42 Prozent (zweite Ebene).⁵⁸ Ist im Osten demzufolge für Frauen alles besser, sind sie stärker akzeptiert und werden ihnen mehr Kompetenzen zugesprochen? Wie sieht die Situation in Sachsen aus?

Frauen promovieren in Sachsen prozentual nur in durchschnittlicher Höhe (42,4 Prozent; Bundesdurchschnitt 42,2 Prozent) und habilitieren sich (18,8 Prozent; Bundesdurchschnitt 24,3 Prozent) anschließend sogar weitaus weniger. Der Freistaat liegt hier im bundesweiten Vergleich auf dem vorletzten Platz, was perspektivische Wirkungen auf den Zugang von Frauen zu Spitzenpositionen in Wissenschaft und Forschung mit sich bringt. Die Negativspirale schreibt sich bei der Ernennung weiblicher Professoren fort, wo Sachsen leicht unterdurchschnittlich mit 15,8 Prozent im unteren Mittelfeld zu finden ist (Bundesdurchschnitt 16,2 Prozent).⁵⁹ Demzufolge ist Sachsen von einer ausgewogenen Beteiligung von Frauen im Hinblick auf eine wissenschaftliche Karriere mit späterem Zugang zu Spitzenpositionen weit entfernt.

Dies gilt, obwohl der Anteil von Frauen in Spitzenpositionen seit 2007 in Sachsen im Steigen begriffen ist.⁶⁰ 17,3 Prozent Geschäftsführungspositionen der im Handelsregister eingetragenen Unternehmen fanden sich 2009 in weiblicher Hand.⁶¹ Sachsen liegt damit bundesweit hinter Berlin und dem Saarland zusammen mit Brandenburg an dritter Position.⁶² Allerdings sind es nicht die großen GmbHs, welche von Chefinnen geführt werden, sondern eher kleinere Familienbetriebe, in denen Frauen häufig sehr früh und bis ins hohe Alter aktiv in die Leitung einbezogen werden.

Einen Prozentsatz von mittlerweile 29 Prozent Frauen mit Leitungs- und Führungstätigkeiten sämtlicher Sparten ergeben die neuesten, anlässlich des Internationalen Frauentages 2009, bereitgestellten Daten des Statistischen Landesamtes des Freistaates zu „Frauen in Sachsen“.⁶³ Im Verhältnis besonders hoch ist der Frauenanteil auf Leitungsebene für Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu bewerten;⁶⁴ laut dem

53 Zur These, dass mit Frauen an den Schalthebeln der Macht die Finanzkrise nicht die bekannten Ausmaße angenommen hätte, vgl. Monika Schulz-Strelow: Kampf für weibliche Aufsichtsräte. Warum Frauen die Finanzkrise managen sollten. In: Spiegel online vom 04.01.2009

54 Susanne Kohaut; Iris Möller: Frauen kommen auf den Chefetagen nicht voran. In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)-Kurzbericht 6. Berlin 2010. S. 1 - 6

55 Statistisches Bundesamt: Frauen nutzen Karrierechancen an Hochschulen. Pressemitteilung Nr. 478 vom 09.12.2009

56 Zur schwierigen Vereinbarkeit von familiären Pflichten und langen Arbeitszeiten vgl. beispielsweise Angelika Koch: Elternzeit Teilzeit Aus(zeit)? Teilzeitrechte in Führungspositionen. In: WSI Mitteilungen 11+12 (2008). S. 612 - 618

57 Vgl.: Bettina Blass: Männlich, deutsch und um die 60. In: Pressemitteilung Handelsblatt vom 31.01.2005; Frauen in die Aufsichtsräte. In: Mitbestimmung 10 (2005). S. 32 - 36; Annette von Alemann: Unterrepräsentanz ohne Ende? Geschlechterungleichheit bei Führungseliten der deutschen Wirtschaft. In: WSI Mitteilungen 9 (2007). S. 487 - 493

58 Uta Bauer; Susanne Dähler: Frauen machen neue Länder. Frauen in den neuen Bundesländern – gut positioniert in der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Eine Studie von Familienservice/Partner für Mitarbeiter Entwicklung, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Berlin 2009. S. 4

59 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Rostock 2009

60 Das Statistische Landesamt Sachsen, Pressemitteilung Nr. 48/2008 vom 05.03.2008, ermittelte 22 Prozent weibliche Arbeitnehmer mit Leitungs- und Führungstätigkeiten.

61 Bürgel Wirtschaftsinformationen GmbH & Co. KG (Hrsg.): Geschäftsführer Demografie 2009. Hamburg 2009

62 Laut einer Analyse der regionalen Geschlechterverteilung von über 1,2 Millionen Führungskräften, welche die databyte GmbH im Juli 2010 durchführte, rangiert Sachsen mit 18,59 Prozent Frauen in Führungspositionen auf Platz zwei hinter Berlin. Presseinformation vom 04.08.2010

63 Statistisches Landesamt Sachsen: Medieninformation Nr. 40/2010 vom 05.03.2010. Beatrice Mensch: Frauen in Führungspositionen – was sagt die Statistik? Vortrag vom 14.12.2009

64 Ebenda

Ergebnis der Frauenförderstatistik liegt er immerhin bei 65,9 Prozent (zweite Ebene) beziehungsweise 43,4 Prozent (oberste Leitungsfunktion/erste Ebene). Fächert man diese Zahlen jedoch weiter auf, werden sehr schnell große Unterschiede und statistische Effekte deutlich. So fällt der prozentuale weibliche Anteil an obersten Leitungsfunktionen beispielsweise bei Hochschulen, der Polizei, der Justiz sowie in den Spitzenpositionen von Landkreisen und Gemeinden überwiegend sehr gering aus und liegt im Durchschnitt bei gut 15 Prozent. Und noch etwas wird deutlich: Je höher der Grad einer Bildungseinrichtung ist, umso niedriger liegt der weibliche Anteil an der ersten Leitungsebene. Dieser Logik zufolge finden sich in sächsischen Kindertageseinrichtungen die meisten weiblichen Beschäftigten mit Führungsfunktionen (98 Prozent), während ihr Anteil in berufsbildenden Schulen lediglich noch bei knapp einem Viertel liegt. Selbstverständlich lässt sich jedoch die Leitung einer Kindertageseinrichtung schon allein aus Vergütungsgründen nicht mit einer Schul- oder Amtsleitung vergleichen, sodass die Statistik hier sehr unscharf ist und nur eine Tendenz zeigt. Daher muss an dieser Stelle auch auf die Vielschichtigkeit der Begriffe „erste Leitungsebene/oberste Leitungsfunktion“ in der sächsischen Statistik hingewiesen werden. Es sieht also bei näherer Betrachtung der hohen Frauenanteile in der obersten Leitungsebene bei Weitem nicht so gut aus, wie es zunächst scheint.

■ 1.6 Perspektive Existenzgründung – Nachholbedarf in der Förderung von Frauen

Mehrere Untersuchungen und Studien berichten übereinstimmend, dass Frauen überwiegend im mittleren Lebensalter (35 bis 55 Jahre) Unternehmen gründen, wenn die Kinder „aus dem Größten raus sind“. ⁶⁵ Ein Existenzaufbau folgt häufig als Konsequenz aus fehlender Berufserfahrung und -alternative aufgrund von Familienphasen. Des Weiteren errichten Frauen ihre selbstständigen Existenzen vor allem im Sektor „haushaltsbezogene Dienstleistungen“, der Gesundheit, Wellness, Gastronomie, Erziehung und Einzelhandel umfasst und häufig auf den lokalen oder regionalen Markt ausgerichtet ist. Männliche Gründungswillige dominieren dagegen in den Branchen der „unternehmensbezogenen Dienstleistungen“ wie im Rechts-, Steuer- sowie technischen und EDV-Bereich, dem verarbeitenden Gewerbe, Großhandel und Verkehr. Im Vergleich zu abhängig beschäftigten Kolleginnen und männlichen Selbstständigen weisen (künftige) Unternehmerinnen häufig eine höhere Schulbildung auf, dabei ist die Gründungsneigung bei Akademikerinnen am stärksten ausgeprägt.

Frauen benötigen für ihren Schritt in die Selbstständigkeit durchschnittlich einen deutlich geringeren Kapitalbedarf als Männer; ihre Eigenkapitalbasis liegt signifikant unter derjenigen der männlichen Kollegen, was auch mit fehlendem bzw. sehr wenigem eigenen Einkommen aufgrund von familiär bedingten Unterbrechungen und damit verknüpfter wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Lebenspartner zusammenhängt. Abweichend von Männern bevorzugen weibliche

Gründungswillige informelle Kreditquellen beispielsweise aus der Familie oder dem Bekanntenkreis. Dies liegt auch u. a. in der Tatsache begründet, dass Banken kaum in kleinere Gründungen mit geringeren Wachstumsaussichten und demzufolge kaum zu erwartenden zusätzlichen Arbeitsplätzen investieren und Frauen immer noch mangelnder Akzeptanz in Kreditinstituten ausgesetzt sind. Da Frauen darüber hinaus überwiegend im Neben- oder Zuerwerb bzw. solosebstständig sind, weisen ihre Unternehmen auch einen geringeren Umsatz auf und ein demzufolge niedriges Nettoeinkommen für die Gründerinnen selbst. Hinsichtlich rechtlicher und wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen übt das deutsche Steuer- und Abgabensystem immer noch einen restriktiven Einfluss auf weibliche Erwerbstätigkeit aus. Regelungen wie das Ehegattensplitting, welches für die Beschäftigungsaufnahme des Ehepartners keinerlei Anreiz bietet und damit das Entstehen hoher Erwerbs- oder Selbstständigenraten besonders unter Frauen behindert, oder die soziale „Mitversicherung“ der Ehefrau unterstützen eine traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen informeller, nicht marktmäßiger Arbeit, die vorwiegend Frauen ausüben, und formeller, bezahlter Tätigkeit von Männern.

Wenn somit ein unterschiedliches Gründungsverhalten zwischen Frauen und Männern hinlänglich dokumentiert ist – wie schlägt sich diese Divergenz nun statistisch nieder und was bedeutet sie für die Wirtschaft? Seit dem Beginn des Global Entrepreneurship Monitor im Jahre 1999 dokumentieren seine Daten die zwischen den Geschlechtern unterschiedlichen Arten und Umfänge von Gründungsaktivitäten. Demzufolge lag der Anteil der Gründerinnen in Deutschland in den Jahren 2004 bis 2006 durchschnittlich bei 32 Prozent. ⁶⁶ Aus der Furcht vor Arbeitslosigkeit heraus und aufgrund potenziell schlechterer Chancen auf dem Arbeitsmarkt planten 2006 im Osten der Republik 57 Prozent aller Frauen den Schritt in die Selbstständigkeit, während dies lediglich 26 Prozent in Westdeutschland taten. ⁶⁷ Im Jahr 2008 wurde knapp die Hälfte (45 Prozent) der Unternehmen von Frauen gegründet. Allerdings ist dies nicht als ein Fortschritt im weiblichen Gründungsverhalten zu interpretieren, sondern diese relative Ausgewogenheit – welche sich 2009 statistisch in einer „TEA-Quote“ ⁶⁸ von männlichen 4,5 Prozent zu weiblichen 3,6 Prozent festschreibt, während 2006 noch 4,2 Prozent Männer und 2,5 Prozent Frauen Unternehmen gründeten – basiert in erster Linie auf einem Rückgang männlicher Gründungswilligkeit. ⁶⁹ Frauen gründen dabei immer noch seltener als Männer. Ein solcher allgemeiner Trend zur niedrigen Gründungsneigung setzte bereits 2006, kurz nach Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs, ein. Die-

65 Vgl.: Rolf Sternberg; Heiko Bergmann; Ingo Lückgen: Global Entrepreneurship Monitor. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich. Länderbericht Deutschland 2003. Sonderthema: Gründungen durch Frauen. Herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit/KfW Bankengruppe. Köln 2004; KfW Bankengruppe (Hrsg.): Chefinnensache. Frauen in der unternehmerischen Praxis. Heidelberg 2004 mit weiterführender Literatur: KfW Bankengruppe: Frauen starten bevorzugt im Nebenerwerb in die Selbstständigkeit. Presseerklärung vom 20.09.2005; Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah: Steine im Weg?! Zur Situation von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen in Dresden. Herausgegeben von der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann der Landeshauptstadt Dresden. Dresden 2006

66 Udo Brixy; Jolanda Hessels; Christian Hundt; Rolf Sternberg; Heiko Stüber: Global Entrepreneurship Monitor. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich. Länderbericht Deutschland 2008. Herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit/Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover. Hannover, Nürnberg 2009. S. 15. Dazu auch Rolf Sternberg; Heiko Bergmann; Ingo Lückgen: Global Entrepreneurship Monitor. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich. Länderbericht Deutschland 2003. Sonderthema: Gründungen durch Frauen. Herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit/KfW Bankengruppe. Köln 2004

67 Rolf Sternberg; Udo Brixy; Christian Hundt: Global Entrepreneurship Monitor. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich. Länderbericht Deutschland 2006. Herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit/Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover. Hannover, Nürnberg 2007. S. 18

68 Es handelt sich bei TEA um eine „Total Early-Stage Entrepreneurship Activity“, welche prozentual in Bezug auf die Gesamtbevölkerung eines Landes ermittelt wird. Sie setzt sich zusammen aus aktuell „werdenden“ Gründerinnen und Gründern sowie den Gründungsaktivitäten der vorangegangenen dreieinhalb Jahre.

69 Rolf Sternberg; Udo Brixy; Christian Hundt: Global Entrepreneurship Monitor. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich. Länderbericht Deutschland 2006. Herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit/Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover. Hannover, Nürnberg 2007. S. 15 - 16

se Entwicklung korrespondierte mit einer seit Mitte 2007 verstärkt spürbaren Erholung auf dem Arbeitsmarkt.

Eine Erhöhung der Gründerinnenquote sollte vor diesem Hintergrund weiterhin zu den Zielen der nationalen Gründungsförderung gehören – schließlich liegt Deutschland im internationalen Vergleich mit seinen weiblichen Gründungsaktivitäten deutlich hinter anderen Nationen zurück.⁷⁰ Und nicht nur das: Deutschland belegt mit der Rahmenbedingung „Unterstützung weiblicher Unternehmensgründungen“ und denjenigen der „gründungsbezogenen Ausbildung in der Schule“ sowie den „gesellschaftlichen Normen und Werten (Kultur)“ seit Jahren im internationalen Ranking einen der hintersten Plätze.⁷¹ Hier hat offensichtlich kein Umdenken stattgefunden, Potenziale werden nicht erkannt, geschweige denn ausgeschöpft. Wenn junge Frauen hingegen bereits in Schule/Ausbildung/Studium an das Thema Unternehmensführung herangeführt würden, könnte dies nicht nur mögliche Abhilfe im Bereich schulischer Förderung, sondern auch im Hinblick auf geschlechterstereotype Verhaltensweisen schaffen, welche Mädchen und junge Frauen immer noch von einer Selbstständigkeit absehen lässt. Gerade im Zusammenhang mit einer sinkenden Gründungsdynamik wäre die Beteiligung von Frauen gefragt. Zu diesem Zweck adäquate Rahmenbedingungen in Form von Finanzierung, öffentlicher Infrastruktur und eben einer gründungsbezogenen Ausbildung an Schulen und Hochschulen zu gestalten, muss als wesentliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe gelten und akzeptiert werden.

Nach wie vor wird die geschlechterdifferenzierte Perspektive von Entrepreneurship und Unternehmensgründungen in der allgemeinen Forschung allerdings weitgehend vernachlässigt und sind geschlechterdifferenzierte Aspekte in den allgemeinen Statistiken kaum präsent.⁷² Diese Tatsache gilt auch für Sachsen. In den regelmäßig erhobenen Daten des Statistischen Landesamtes wie beispielsweise dem Sächsischen Unternehmensregister oder den Gewerbeanzeigen, welche neben Neuerrichtungen auch Zuzüge und Übernahmen dokumentieren, sind keine geschlechterdifferenzierten Erhebungen vorhanden. Demzufolge fehlen spezifische Informationen über weibliche und männliche Unternehmensführungen, welche dieses „(...) wichtige Auswertungsinstrument in der Möglichkeit zu kombinierten Angaben von Umsatz und Beschäftigten über nahezu alle Wirtschaftsbereiche“⁷³ um bedeutsame Faktoren ergänzen könnten. Selbst der vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst herausgegebene Sächsische Technologiebericht 2009,⁷⁴ der mit Blick auf den internationalen Standortwettbewerb eine entsprechende Leistungsfähigkeit Sachsens präsentiert, berücksichtigt in seinen Grundsätzen, Entwicklungen, Zielen und Fördermaßnahmen der sächsischen Forschungs- und Technologiepolitik die nachweislich unterschiedlichen Herangehensweisen und Umsetzungen von Gründungen durch Frauen und Männer in keiner Weise. Immerhin gibt es an anderer Stelle einen mageren Hinweis: Gemäß dem Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland waren im Jahr 2007 mehr als

ein Drittel aller Selbstständigen (30,8 Prozent) in Sachsen weiblichen Geschlechts, was in Bezug auf die Bundesebene (31,1 Prozent) einen Platz im Mittelfeld bedeutet.⁷⁵ Ein Vergleich weiblicher Existenzgründungen zwischen Sachsen und Dresden kann somit wegen des Fehlens statistischer Grundlagen geschweige denn systematischer Evaluationsstudien nicht geleistet werden. Für Dresden selbst lassen sich allerdings einige Angaben machen. Im Zuge der Bitte um Zuarbeit für den Gleichstellungsbericht 2010 wurden von der Abteilung Gewerbeangelegenheiten des Ordnungsamtes der Stadtverwaltung folgende Informationen bereitgestellt:

Tabelle 5: Gewerbebestand durch Frauen und Männer

gesamt	Männer (in %)	Frauen (in %)
46 850*	33 490 (71,5)	13 360 (28,5)

* Stand 13.11.2009

Quelle: Landeshauptstadt Dresden, Ordnungsamt: Zuarbeit des Ordnungsamtes per E-Mail vom 13.11.2009

Tabelle 6: Gewerbebeanmeldungen durch Frauen und Männer im Jahr 2009

gesamt	Männer (in %)	Frauen (in %)
5900*	3890 (65,9)	2010 (34,1)

* Stand 13.11.2009

Quelle: Landeshauptstadt Dresden, Ordnungsamt: Zuarbeit des Ordnungsamtes per E-Mail vom 13.11.2009

Diesen Zahlen zufolge liegt der Frauenanteil an gewerblichen Anmeldungen des Standortes Dresden über dem Durchschnitt der weiblichen Unternehmensgründungen in Sachsen. Fächert man dazu noch die Angaben der Agentur für Arbeit Dresden weiter auf, welche getrennt nach den Rechtskreisen SGB II und III über den Schritt in die Selbstständigkeit aus der Arbeitslosigkeit heraus informieren, formt sich folgendes Bild: Im Rechtskreis SGB II ließen sich für das Jahr 2008 im Rahmen der Statistik „recherchierbare Austritte geförderter Arbeitnehmer/-innen insgesamt“ 410 Personen ermitteln, welche Einstiegsgeld bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit erhielten. Davon waren 257 (62,7 Prozent) Männer und 153 (37,3 Prozent) Frauen. Im Rechtskreis SGB III erhielten 2008 insgesamt 1150 Personen Existenzgründungszuschüsse (Restabwicklung), davon 617 (53,7 Prozent) Männer und 533 (46,3 Prozent) Frauen. Einen Gründungszuschuss beanspruchten 448 männliche (57 Prozent) und 338 weibliche (43 Prozent) von 786 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.⁷⁶ Darüber hinaus wird für beide Rechtskreise und im Vergleich der Abgänge von Arbeitslosen – insgesamt und hinsichtlich des Frauenanteils – in selbstständige Tätigkeit (mit und ohne Förderung) deutlich, dass nahezu sämtliche Berufsrückkehrende, die aus der Arbeitslosigkeit heraus gründen, weiblichen Geschlechts sind. Die Quote der selbstständigen Arbeitnehmerinnen über 50 Jahre liegt im Rechtskreis SGB II bei knapp zehn Prozent, im SGB III dagegen zwischen 14 und 18 Prozent, während die gründungswilligen langzeitarbeitslosen Frauen im Rechtskreis SGB II weitaus stärker (um 33 Prozent) als im Rechtskreis SGB III (zwischen 4,7 und neun Prozent) vertreten sind.

70 Ebenda, S. 13; siehe dazu auch: Udo Brixy; Christian Hundt; Rolf Sternberg: Unternehmensgründungen in Krisenzeiten. In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)-Kurzbericht 8. Berlin 2010. S. 1 - 8, hier S. 3

71 Rolf Sternberg; Udo Brixy; Christian Hundt: Global Entrepreneurship Monitor. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich. Länderbericht Deutschland 2006. Herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit/Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover. Hannover, Nürnberg 2007. S. 6

72 Vgl.: Informationen der bundesweiten Gründerinnenagentur, http://www.gruendung-aktuell.de/cms/index.php?page=pwefa-xs&content_id=954, verfügbar am 01.06.2010

73 Statistisches Landesamt Sachsen (Hrsg.): Statistischer Bericht. Auswertung aus dem sächsischen Unternehmensregister. Stand 30. September 2009. Kamenz 2010. S. 3

74 Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.): Sächsischer Technologiebericht 2009. Dresden 2010

75 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Rostock 2009. S. 57

76 Gemäß der Bundesagentur für Arbeit wird der Gründungszuschuss geleistet, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zur Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit Anspruch auf Entgeltersatzleistungen nach dem SGB III hatten oder in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nach dem SGB III beschäftigt waren.

Fazit: In der Landeshauptstadt liegt sowohl hinsichtlich der Gewerbeanmeldungen als auch bezüglich des (geförderten oder nicht geförderten) Schrittes in die Selbstständigkeit der jeweils weibliche Anteil über der sächsischen Frauengründungsquote. Ein Schwerpunkt der Gründerinnen ist sicherlich bei denjenigen Frauen auszumachen, welche nach einer Familienpause auf den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen. Auch das Alter spielt dabei eine Rolle, wenn jedoch nicht derartig geschlechterdifferenziert ausgeprägt, wie vielleicht vermutet werden könnte. Eine Gründung aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus scheint den Statistiken zufolge für immerhin ein Drittel der Frauen die passende Alternative zu bilden. Inwiefern diese unterschiedlichen Motivationen auch anhand der durchschnittlichen finanziellen Leistungen für Frauen und Männer deutlich werden, lässt sich nicht ermitteln, da die Agentur für Arbeit dazu keine geschlechterdifferenzierten Angaben ausweist.

Im Hinblick auf die Größe der Dresdner Unternehmen 2009 führte die Abteilung Gewerbeangelegenheiten an, dass es sich zu zwei Dritteln um Kleinunternehmen mit einer bis zu fünf Arbeitskräften handelt. Darüber hinaus gründeten Männer vorwiegend in den Branchen Technikbedarf, Getränkeversorgung, Elektroartikel, Auto, Gastgewerbe (Handel), Kfz und Baugewerbe, in industriellen Produktionsbetrieben sowie als Dienstleister im Hausmeister-, Veranstaltungs- und Bauleistungsservice. Frauen hingegen bauten sich in der Kosmetik- und Textilbranche (Handel), im Friseur- und Wellnessgeschäft sowie in der Schneiderei (Handwerk), in industriellen Beratungsbetrieben und in den Dienstleistungssektoren Reisebüro, Büroservice und Promotion eine selbstständige Existenz auf. Zumindest einen „typisch männlichen“ Trend im Produzierenden Gewerbe/Produktionsnahe Dienstleistungen und bei Personenbezogenen Dienstleistungen/Handel weisen auch geschlechterdifferenzierte Erhebungen aus, die im Zuge von Existenzgründungsberatungen der sächsischen Landeshauptstadt geführt werden.⁷⁷

Kleinstbetriebe prägen somit in Dresden wie in Sachsen die wirtschaftliche Landschaft, wo mittlerweile 91 Prozent sämtlicher Unternehmen eine Beschäftigungsgröße von null bis neun sozialversicherungspflichtigen Personen aufweisen.⁷⁸ Zum Stichtag 30. September 2009 waren auf Landesebene die meisten Unternehmen im „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ beziehungsweise im Baugewerbe tätig,⁷⁹ was der vorwiegend männlich besetzten Branche des Standortes Dresden entspricht.

Eine zielgerichtete Gründerinnenpolitik und -förderung bedarf, neben weiteren Kenntnissen, eben eines ausreichenden Wissens um Zusammenhänge und Wirkungen. Kaum zu beurteilen sind der Zugang von potenziellen Gründerinnen zur Finanzierung und zur Förderung sowie die Wirkungen der Gründungsförderung auf den Erfolg von frauengeführten Betrieben. Es fehlt überwiegend an systematischen Evaluationsstudien und geschlechterdifferenzierten Untersuchungen, welche in Bezug auf die Gründungsdynamik auch die Realisierungsquote von Gründungsvorhaben durch Frauen berücksichtigen. Wünschenswert wäre eine Studie, die ein Konzept für ein nachhaltiges statistisches Informationssystem über die Gründungsaktivitäten von Frauen entwickelt. Dies gilt sowohl für Dresden als auch für Sachsen und sogar bundesweit. Da sich Geschlechterdifferenzen nicht erst beim Schritt in

die Selbstständigkeit, sondern bereits beim Gründungswunsch zeigen, sind die bisherigen sozial- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beständig zu hinterfragen. So muss in den gesellschaftlichen Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schul- und Berufsausbildung immer noch an der kritischen Auseinandersetzung mit traditionellen Geschlechterrollen und Verhaltensweisen gearbeitet werden. Sollen, gerade vor dem Hintergrund sinkender Gründungszahlen, Neigungen zur Selbstständigkeit geweckt und Potenziale aktiviert werden, dann ist die Perspektive der beruflichen Selbstständigkeit geschlechterdifferenziert in Programmen zur Berufsorientierung als langfristige Option verstärkt mitzudenken und entsprechend in die Strategien einzuarbeiten.

■ 1.7 Perspektive Aufsichtsräte kommunaler Unternehmen – der Anfang ist gemacht

Im Folgenden soll das Verhältnis von Frauen und Männern in Verwaltungs- und Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen/Beteiligungsgesellschaften der Landeshauptstadt näher dargestellt werden. Die 20 exemplarisch aufgeführten Firmen zeigen ein breit gefächertes Bild, welches von einer Null-Prozent-Beteiligung (sechs Unternehmen) bis zu einer überproportionalen weiblichen Besetzung von Verwaltungs- und Aufsichtsräten (einmal über 55 Prozent, zweimal paritätisch) reicht. Die Hälfte der Betriebe weist allerdings einen prozentualen Frauenanteil zwischen 14 und rund 30 Prozent aus.

Tabelle 7: Frauen und Männer in Verwaltungs- und Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften*

Aufsichts-/Verwaltungsrat	Anzahl Mandate	Männer	Frauen	Frauenanteil in %
Flughafen Dresden GmbH	2	1	1	50
Mitteldeutsche Flughafen AG	1	1	0	0
Ostsächsische Sparkasse Dresden	6	4	2	33,33
Zweckverband für die Verbundsparkasse „OSD“	6	3	3	50
Cultus gGmbH	7	4	3	42,86
DGI Gesellschaft für Immobilienwirtschaft mbH Dresden	6	6	0	0
Stadtentwässerung Dresden GmbH	4	4	0	0
Technische Werke Dresden GmbH	10	9	1	10
Dresden-IT GmbH	7	6	1	14,29
DGH-Dresdner Gewerbehofgesellschaft mbH	5	5	0	0
Dresden Marketing GmbH	7	5	2	28,57
Konzert- und Kongressgesellschaft mbH Dresden	7	6	1	14,29
Messe Dresden GmbH	7	6	1	14,29

77 Landeshauptstadt Dresden. Amt für Wirtschaftsförderung: Zuarbeit des Amtes für Wirtschaftsförderung per Brief vom 04.11.2009

78 Statistisches Landesamt Sachsen: Sächsische Unternehmen arbeiten vorwiegend in Kleinstrukturen. Pressemitteilung Nr. 212/2004 vom 20.08.2004; Statistisches Landesamt Sachsen (Hrsg.): Statistischer Bericht. Auswertung aus dem sächsischen Unternehmensregister. Stand 30.09.2009. Kamenz 2010. S. 9

79 Ebenda, S. 8

Qualifizierungs- und Arbeitsförderungs-gesellschaft Dresden mbH	7	6	1	14,29
Stadtreinigung Dresden GmbH	5	4	1	20
STESAD GmbH	9	7	2	22,22
Zoo Dresden GmbH	9	4	5	55,56
DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH	7	5	2	28,57
Dresdner Verkehrs-betriebe AG	10	7	3	30
gesamt	122	93	29	23,77

* Stand 09.02.2010

Quelle: Landeshauptstadt Dresden. Stadtkämmerei: Zuarbeit der Stadtkämmerei per E-Mail vom 09.02.2010

Aus der Besetzung der Aufsichtsräte dieser Unternehmen geht hervor, dass, neben Flughafen und Zweckverband Verbundsparkasse, ein erhöhter Frauenanteil in den „traditionell weiblichen“ Zuständigkeiten wie Soziales und Tierhaltung zu erkennen ist. Ein ähnliches Bild zeigt die Besetzung der Ausschüsse des Dresdner Stadtrates, wo die den Frauen zugeordneten Sparten Soziales, Gesundheit, Wohnen sowie Kultur die höchsten prozentualen Quoten aufweisen. Setzt man diese Daten mit dem prozentualen Anteil von Frauen in Verwaltungs- und Aufsichtsratsgremien kommunaler Unternehmen/Beteiligungsgesellschaften Dresdens der Jahre 2006 bis 2009 in Beziehung, so wird deutlich, dass dieser in besagtem Zeitraum durchschnittlich regelmäßig zwischen 13 und gut 15 Prozent lag, 2010 jedoch deutlich auf rund 24 Prozent stieg.

dass in Dresden lediglich 15 Prozent Frauen in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten vertreten waren. Damit belegte die Landeshauptstadt im Großstädte-Ranking den letzten Platz. Nach zahlreichen Sensibilisierungsaktivitäten der Dresdner Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann und ihrer Kollegin, der Frauenbeauftragten, konnten die im Januar 2010 planmäßig anberaumten Neuwahlen der Aufsichtsräte einen Fortschritt verbuchen: Der Anteil weiblicher Verwaltungs- und Aufsichtsratsmitglieder stieg um neun auf rund 24 Prozent.

Exkurs: Quotierungen ohne Alternative?!

Dresden spiegelt in weiten Teilen die bundesdeutsche Gesamtsituation von Frauen in Führungspositionen wider. Wenn auch detaillierte Untersuchungen zum Frauenanteil in Aufsichtsräten und Vorständen der Dresdner Wirtschafts- und Finanzlandschaft insgesamt fehlen⁸², so wird doch deutlich, dass er, bis auf einige Gremien im öffentlichen Dienst, maximal ein Drittel beträgt, in vielen Sparten jedoch deutlich darunter angesiedelt ist. Um den vielschichtigen Ursachen entgegenzutreten, sind bereits auf Bundesebene Handlungsempfehlungen ausgesprochen worden. So werden die nach wie vor umstrittenen Frauenquoten, wie sie beispielsweise Norwegens Regierung eingeführt hat – 40 Prozent Frauen in Vorstandsgremien staatlicher Betriebe sowie börsennotierter Unternehmen waren das Ziel und wurden erreicht –, von verschiedenen Seiten ins Feld geführt. Wie effektiv diese Vorgabe ist, zeigt das damit einhergehende norwegische Wirtschaftswachstum von zwei Prozent.⁸³ In dieser Hinsicht beispielhaft geht im Bundesgebiet die Deutsche Telekom voran; das selbstgesteckte Ziel, bis zum Jahr 2015 eine Frauenquote von 30 Prozent zu erreichen, kommentierte Telekom-Personalvorstand Thomas Sattelberger folgendermaßen: „Wer sagt, Unternehmen wählen nur nach Qualifikation und Leistung aus, tut dies wider besseren Wissens oder ist naiv. Aber

Tabelle 8: Frauen und Männer in Verwaltungs- und Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften⁸⁰

Jahr	2006		2007		2008		2009	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Anzahl Mandate	32	183	31	193	34	187	34	187
in %	14,9	85,1	13,8	86,2	15,4	84,6	15,4	84,6

Quelle: Landeshauptstadt Dresden. Stadtkämmerei: Zuarbeit der Stadtkämmerei per Brief an den Deutschen Städtetag vom 03.12.2009

In einem diesbezüglichen Vergleich mit anderen Städten, welchen der Deutsche Städtetag in einer Umfrage 2009 bei seinen Mitgliedsstädten anstellte, liegt Dresden heute bei den Großstädten (über 450 000 Einwohner/-innen, zwölf ausgezählte Städte) zwei Prozentpunkte über dem ermittelten Durchschnitt von rund 21 Prozent. In der Gesamtschau aller Städte wird die Marke von 23 bis 24 Prozent allerdings nicht überschritten, sodass sich eine tendenzielle Beteiligung von Frauen mit maximal einem Viertel festhalten lässt.⁸¹ Diese relativ hohe Frauenbeteiligung an Verwaltungs- und Aufsichtsratspositionen stellte sich zum Zeitpunkt der Untersuchung für die Landeshauptstadt noch ganz anders dar: Im Ergebnis der Umfrage wurde offiziell bekannt,

an Frauenförderung wird der Schwindel des Purismus exerziert. Das wollte ich ändern. Erst Diversity schafft leistungs-, kompetenz- und potentialorientierte Beförderungspolitik. (...) Die Quote ist als Instrument wichtig, sie fördert Vielfalt und hilft, Einseitigkeiten bei der Suche nach Talenten abzumildern.“⁸⁴ Darüber hinaus sprechen sich der Katholische Deutsche Frauen Bund e. V. und der Deutsche Frauenrat

80 Der Auswertung der Jahre 2006 bis 2009 lagen zwei Unternehmen mehr zugrunde (Dresden-Werbung und Tourismus GmbH i. L. sowie Schacholympiade 2008 – Chess Foundation GmbH) als für 2010. Die prozentualen Anteile hat die Verfasserin ermittelt.
81 Deutscher Städtetag: Erhebung zum Anteil von Frauen in den Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen. Abfrage vom 03.09.2009. Auswertung vom 15.12.2009

82 Dies bestätigte der Beigeordnete für Wirtschaft schriftlich am 26.10.2009 auf eine Anfrage der Gleichstellungsbeauftragten im Zusammenhang mit der Zuarbeit des Geschäftsbereiches Wirtschaft für den Gleichstellungsbericht 2010.
83 Kerstin Bund; Arne Storn: Frauenquote – Mit ihr geht's besser. In: Die Zeit Nr. 32 vom 05.08.2010
84 Frauen in Führungspositionen. Attacke auf die Arbeitsorganisation. Telekom-Personalvorstand Thomas Sattelberger über Frauenquoten, Quotenfrauen und neue Entwicklungen in der Arbeitswelt. In: Financial Times Deutschland online vom 18.06.2010. Diversity ist eine Führungsstrategie, welche bewusst die Heterogenität bzw. Vielfalt der Belegschaft im Unternehmen in ihr Handeln einbezieht. Sie geht über den Ansatz der Strategie des Gender Mainstreaming hinaus, welche sich vordergründig auf die Kategorie Geschlecht bezieht.

e. V. für eine Frauenquote von 50 Prozent aus, der Verbund Frauen in die Aufsichtsräte e. V. fordert eine solche von 25 Prozent. Auch in der Politik ist die Quotierung ein Thema; im Bundestag stellte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag, welcher (nach norwegischem Vorbild) nach einer freiwilligen Phase von drei Jahren per Gesetz ab 2015 Unternehmen zu einer Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen verpflichten sollte. Der Antrag wurde im März 2009 allerdings abgelehnt. Auch eine Datenbank, wo sich Frauen, die bereit sind ein Aufsichtsmandat zu übernehmen, registrieren lassen konnten, ist nicht mehr zugänglich.

Seit Neuestem fordern, neben den Frauen der Unionsfraktion im Bundestag sowie den Landesjustizministern/-ministerinnen, die Gleichstellungs- und Frauenminister/-ministerinnen der Bundesländer eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent in Aufsichtsräten deutscher Unternehmen, allerdings bei strittigem Zeitpunkt der Einführung und Fristen der Umsetzung. Mit dieser Forderung steht die Gleichstellungsministerkonferenz jedoch im Widerspruch zur Position der Bundesministerin Kristina Schröder, die weiterhin auf die Freiwilligkeit der Unternehmen setzt.⁸⁵ Da dessen ungeachtet Appelle an die Vernunft oder Mahnungen zur freiwilligen Erhöhung der Anzahl von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten offensichtlich häufig überhört oder halbherzig umgesetzt werden, scheint die Einführung einer gesetzlichen Quotenregelung wohl die einzige wirksame Maßnahme zu sein. Die hitzigen Diskussionen im Zuge der Telekom-Frauenquote zeigen, wie umstritten eine derartige Regelung in der Öffentlichkeit nach wie vor ist.

■ 1.8 Perspektive Elternzeit – Väter auf dem Vormarsch

Alle Arbeitnehmer/-innen in Deutschland haben gemäß dem im Januar 2007 neu eingeführten Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz ein Anrecht auf Elternzeit. Dabei handelt es sich um eine bis zu dreijährige unbezahlte Freistellung von der Arbeit, die für die Erziehung von Kindern im selben Haushalt beansprucht werden kann. Ziel der rechtlichen Regelungen zur Elternzeit ist es, Müttern wie Vätern gleichermaßen zu ermöglichen, sich um ihre Kinder zu kümmern, ohne dabei den Kontakt zu ihrem Beruf zu verlieren. Besonders die Chance auf Teilzeitarbeit soll für Väter einen Anreiz bilden, sich mehr an der Erziehung zu beteiligen.⁸⁶ In den ersten zwölf bis maximal 14 Monaten nach der Geburt eines Kindes kann zudem Elterngeld beantragt werden, was die Betreuung des Nachwuchses ohne allzu große Einkommenseinbußen gewährleisten soll. Der Elterngeldsatz bildet derzeit 67 Prozent des durchschnittlich vor der Geburt des Kindes monatlich verfügbaren bereinigten Nettoerwerbseinkommens, höchstens jedoch 1800 Euro. Die neuesten vorliegenden Zahlen zur Höhe der gemeldeten beendeten Leistungsbezüge von Elterngeld zeichnen ein bekannt differenziertes Bild: Während vor der Geburt erwerbstätige Mütter 2008 im Durchschnitt einen Anspruch auf 844 Euro hatten, lag dieser für Väter durchschnittlich bei 1131 Euro.⁸⁷ Aber nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern auch zwischen West- und Ostdeutschland sind die Unterschiede evident: Mehr als jede fünfte Mutter (22 Prozent), die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig war, besaß einen Elterngeldanspruch im ersten Bezugsmonat von weniger als 750 Euro. Der Anteil solcher Mütter lag 2008 in Ostdeutschland

mit 56 Prozent deutlich höher als in Westdeutschland (14 Prozent). Bei bundesweit jeder vierten Mutter mit Elterngeldbezug bestand der monatliche Elterngeldanspruch in mindestens 850 Euro; hier stehen 31 Prozent in Westdeutschland lediglich vier Prozent in Ostdeutschland gegenüber.⁸⁸

Des Weiteren ergibt sich im Hinblick auf die Bezugsgrundlage des Elterngeldes der Mütter ein gänzlich anderes Bild als bei den Vätern. So erhielt 2008 annähernd jede zweite Mutter ohne Erwerbseinkommen Elterngeld in Höhe des Mindestbetrages von 300 Euro,⁸⁹ bei den Vätern war es rund jeder Vierte. Der Anteil derjenigen Väter, welche Elterngeld als Ersatz vom Erwerbseinkommen bekamen, lag mehr als doppelt so hoch wie bei den Müttern. Mit einem Geringverdienstzuschlag erhielten 24 Prozent der Mütter Elterngeld, im Gegensatz zu elf Prozent der Väter. In Ostdeutschland (ohne Berlin) betraf dies 31 Prozent der Mütter und 20 Prozent der Väter. Frauen und Männer verfügten in Ostdeutschland somit in überdurchschnittlichem Maße über ein geringeres Einkommen als 1000 Euro, obwohl diese Frauen vor der Geburt ihres Kindes häufiger erwerbstätig waren als ihre westdeutschen Geschlechtsgenossinnen. Insgesamt steigt jedoch der Anteil derjenigen Elterngeldbeziehenden, welche vor der Geburt des Kindes einer Erwerbstätigkeit nachgehen und mit dem Elterngeld einen Ersatz für entfallendes Einkommen statt des Mindestsatzes erhalten; im Jahresvergleich von 2008 zu 2009 bekamen bundesweit drei Prozent mehr Frauen einen solchen Einkommensersatz.⁹⁰

Obwohl die Elternzeitbeteiligung von Vätern nach Angaben des Statistischen Bundesamtes seit 2007 von damals knapp sieben Prozent auf heute 21 Prozent (Ostdeutschland ohne Berlin 24 Prozent, Westdeutschland 20 Prozent) gestiegen ist, gehen zum einen immer noch relativ wenige Männer, zum anderen für sehr viel kürzere Zeit, vorwiegend die vorgeschriebene Mindestanzahl von zwei Monaten, in Elternzeit; 2009 lag deren Anteil bundesweit bei 73 Prozent.⁹¹ Hauptgründe dafür liegen gemäß dem 2008 erstellten Evaluationsbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im männlichen Erwerbsleben selbst begründet. So gaben 48 Prozent der Männer an, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit finanziell nicht möglich ist, 35 Prozent sprachen von beruflichen und betrieblichen Schwierigkeiten bei längerer Inanspruchnahme von Elternzeit, beispielsweise bei selbstständiger Tätigkeit oder der Undurchführbarkeit von Teilzeitschäftigung in einem Kleinunternehmen.⁹² Teilzeit scheint des Weiteren mit Führungspositionen nicht vereinbar zu sein. Überdies trauen sich viele Männer die Kindererziehung weniger zu, was zum Teil durch fehlende Vorrichtungen für familienorientierte Väter in der Öffentlichkeit, wie z. B. Wickeltische auf Herrentoiletten, unbewusst gefördert wird, und überlassen sie deshalb der Partnerin, so die Meinung von 20 Prozent der Befragten. Gründe für die Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter bestehen hingegen laut den Ergebnissen einer entsprechenden Studie des Berliner Instituts für sozialwissenschaftlichen Transfer⁹³ zum einen in einer zunehmenden Familienorientierung von Männern, welche die Erweiterung ihrer Familie bewusst miterleben wollen. Zum anderen liegen sie in der Unterstützung der Partnerin in

85 Nora Miethke: Gleichstellungsminister fordern eine Frauen-Quote für Aufsichtsräte. In: Sächsische Zeitung vom 12.06.2010

86 Vgl.: Arbeits-abc. Väter in der Elternzeit. 01.09.2009

87 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Elterngeld für Geburten 2008 nach Kreisen. Wiesbaden 2010. S. 8

88 Ebenda

89 Ebenda, S. 7

90 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Pressemitteilung Nr. 19/2010 vom 04.03.2010

91 Ebenda

92 Vgl.: Janina Galvagni: Väter in Elternzeit. Eine qualitative Studie zu einem neuen sozialen Phänomen. Diplomarbeit. Berlin 2006. Humboldt Universität. S. 49 ff.

93 Svenja Pfahl; Stefan Reuyß: Das neue Elterngeld. Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern – eine explorative Studie. Zusammenfassung der Projektergebnisse. Die vollständigen Auswertungen bei: Svenja Pfahl; Stefan Reuyß: Das neue Elterngeld. Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern. Düsseldorf 2009

der stressigen Anfangszeit bzw. bei deren beruflichem Wiedereinstieg am Ende der Elternzeit und drittens in der (männlichen) Erfahrung jenseits der Arbeitswelt.

Nach wie vor müssen in der Privatwirtschaft wesentliche Elemente einer väterfreundlichen Personalpolitik noch implementiert werden; diese bestehen vor allem in der innerbetrieblichen Kommunikation der Maßnahmen, ihrer Legitimation und einer Sensibilisierung von Belegschaft und Führungskräften für dieses Thema.⁹⁴ Insgesamt steigt die Akzeptanz der Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft indes kontinuierlich an.⁹⁵

Exkurs: Familienarbeit im Spannungsfeld von Anspruch und Realität

Wie sieht es nun generell mit männlichen und weiblichen Erziehungsanteilen innerhalb von Familien aus? Eine repräsentative Erhebung zur Familienarbeit in Deutschland⁹⁶ bietet Aufschlüsse zum Selbstbild deutscher Mütter und Väter. Gefragt nach dem Anteil, den sie an der Erziehung der Kinder und der täglichen Hausarbeit übernehmen, antworteten 76 Prozent der Mütter „alles“ oder „das Meiste“. 68 Prozent der befragten Väter gaben hingegen an, „gar nichts“ oder „nur einen kleinen Teil“ zu Hause beizutragen. Männer bzw. Väter in Deutschland verfolgen bei der Kindererziehung somit weiterhin traditionelle Rollenbilder.⁹⁷ Entscheidendes Kriterium, ob sie „mithelfen“, ist ihr Job: Die Mütter, die nach eigener Aussage „alles“ oder „das Meiste“ der Familienarbeit allein bewältigen und dabei den wesentlichen Anteil an der Kinderbetreuung schultern, haben zu 94 Prozent einen Mann, der ganztags berufstätig ist. Das Versprechen der Vätermomente, nach einer kurzen Babypause langfristig Aufgaben zu Hause und im Büro zu übernehmen, ist also (noch) Utopie.⁹⁸ Dazu liegt die Vollbeschäftigungsquote der Väter vor und nach der Elternzeit auf nahezu gleicher Ebene, während bei Müttern bundesweit nur jede fünfte der vorher Erwerbstätigen bereits nach einem halben Jahr und jede zweite nach einem Jahr wieder in ihren Beruf zurückkehren.⁹⁹ Allerdings sind hier deutliche Unterschiede zwischen Ost und West zu beobachten: Frauen in den neuen Bundesländern stiegen im Vergleich zu Müttern der alten Bundesländer deutlich häufiger wieder in den Beruf ein. Bei der Aufnahme der Erwerbstätigkeit stellt das geringere Kinderbetreuungsangebot im Westen eine nicht zu unterschätzende Barriere dar.¹⁰⁰

Bieten Sachsens Männer bezüglich Elterngeld und Rollenverteilung innerhalb der Familie ein differenziertes Bild? Zu den Lebensthemen von Männern in Sachsen gibt es nur wenige verwertbare empirische Erkenntnisse. Den Fragen nach ihrer Auseinandersetzung mit den in unserer Gesellschaft vorherrschenden Bildern und den damit verbundenen Rollenansprüchen und -erwartungen widmet sich, basierend auf einer empirischen Datenerhebung des Jahres 2008 in

Sachsen, nun eine Sächsische Männerstudie.¹⁰¹ Neben dem bundesweit schlechteren schulischen Abschneiden von Jungen gegenüber Mädchen bringt der Übergang von einer Industrie- zu einer Informations- und Dienstleistungsgesellschaft einen Wandel der Strukturen von Erwerbsarbeit mit sich, deren Veränderung vor allem diejenigen Personen spüren, deren Biografien auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung ausgelegt sind, und das sind in erster Linie noch die Männer. Ein häufiger Wechsel zwischen Phasen der Vollbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung und Minijobs, geringe(r) Aufstiegschancen sowie eine entsprechend schwankende Höhe des Arbeitsentgeltes charakterisierten bisher vor allem weibliche Lebensläufe. Um die Bedeutung dessen für Männer einzuschätzen, ist zu berücksichtigen, in welchem Maße männliche Geschlechtsidentität und Hegemonie auf der festen Verankerung in einem Beruf beruhen, welche enorme Bedeutung der Erwerbstätigkeit des Mannes für sein Selbstwertgefühl zugeschrieben werden muss. 70 Prozent der in der Studie befragten Männer setzen Arbeitslosigkeit mit sozialem Abstieg gleich.¹⁰² Betroffen von den krisenhaften Tendenzen sind in erster Linie sozial- und bildungsbenachteiligte Männer. Von einer kollektiven Krise der Männlichkeit kann allerdings schon aus dem Grund keine Rede sein, da sich vorherrschende Männlichkeitsmuster immer noch erfolgreich durchsetzen: Stärke, Belastbarkeit, Durchsetzungskraft, Konkurrenzverhalten und Verfügbarkeit stellen nach wie vor die wesentlichen Merkmale auf der Karriereleiter dar und werden vor allem Männern als Charakteristika zugesprochen. Auch bei den für die Studie interviewten Männern aus verschiedenen gesellschaftlichen Gebieten und Gegenden Sachsens wurde die Differenz zwischen eigenem Anspruch und gelebter Realität deutlich. So unterstützt ein beträchtlicher Teil der Befragten die Partnerin zu Hause nur in geringem Maße und die väterlichen Pflichten wurden häufig auf den Freizeitbereich (Erlebnisse, Aktivitäten) beschränkt, wobei die Anforderungen des Alltags in erster Linie den Müttern obliegen. Des Weiteren würde die Mehrheit der befragten Männer zwar in Elternzeit, auch über zwölf Monate, gehen, betonte aber zugleich die erschwerte Umsetzung dieses Wunsches aus finanziellen und beruflichen Gründen.¹⁰³

Väterzeit in Sachsen und Dresden

Die Zahlen sprechen jedoch für sich: In Sachsen steigt der Anteil männlicher Elterngeldbezieher seit Einführung des Elterngeldes kontinuierlich an; die gemeldeten beendeten Bezüge von Januar 2008 bis März 2010 weisen für das Jahr 2008 einen durchschnittlichen Väteranteil von 26,7 Prozent aus. Damit befindet sich der Freistaat im bundesweiten Ranking knapp auf Position drei hinter Berlin (26,9 Prozent) und Bayern (27 Prozent).¹⁰⁴

94 Väterfreundliche Maßnahmen im Unternehmen. Ansatzpunkte – Erfolgsfaktoren – Praxisbeispiele. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt durch Prognos AG. Basel 2005. S. 5 ff., S. 12 - 15

95 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Erfolgsfaktor Familie. Elterngeld ein Jahr nach Einführung in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft akzeptiert. Material für die Presse. Berlin Mai 2008

96 Vorwerk & Co. KG (Hrsg.): Familienstudie 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland. Wuppertal 2008

97 Financial Times Deutschland: Pressemitteilung vom 13.04.2010 unter Berufung auf eine Studie vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels.

98 Robin Alexander: Junge Männer haben keine Lust auf Elternzeit. In: Welt online vom 23.08.2008; dazu auch Robert Habeck: Verwirrte Väter. Gütersloh 2008

99 Caroline Wörmann: Jeder vierte Münchner Vater macht Babypause. In: Merkur-online vom 02.02.2010; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Evaluationsbericht Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz 2009. Berlin 2009. S. 8 ff.

100 Ebenda, S. 45

101 Das Folgende nach: Patrik Seigerschmidt: Lebensthemen von Männern in Sachsen. Diplomarbeit. Dresden 2009. Technische Universität. Veröffentlicht als Männernetzwerk Dresden e. V. (Hrsg.): Sächsische Männerstudie. Lebensthemen von Männern in Sachsen. Eine Kooperation zwischen der Technischen Universität und der Fachstelle für Jungen- und Männerarbeit. Dresden 2009

102 Patrik Seigerschmidt: Lebensthemen von Männern in Sachsen. Diplomarbeit. Dresden 2009. Technische Universität. S. 59

103 Ebenda, S. 42, S. 79, S. 80

104 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Elterngeld für Geburten 2008 nach Kreisen. Wiesbaden 2010. S. 5

Tabelle 9: Bewilligte Elterngeldanträge in Sachsen

Jahr	gesamt	Männer (in %)	Frauen (in %)
2007	28 182	2749 (9,8)	25 433 (90,2)
2008	39 862	7181 (18,0)	32 681 (82,0)
2009	43 070	9675 (22,5)	33 395 (77,5)

Quelle: Statistisches Bundesamt: Gemeldete beendete Anträge Januar bis Dezember 2007; Beendete Leistungsbezüge 2008; Gemeldete beendete Leistungsbezüge 2009, <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1025404>, <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1023699>, <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021712>, verfügbar am 11.08.2010

Auch in der sächsischen Landeshauptstadt ist das von Vätern beanspruchte Elterngeld auf dem Vormarsch und kann noch höhere Zahlen vorweisen als der Freistaat. Gemäß der Zahl der 2008 geborenen Kinder bezogen 34,5 Prozent der Dresdner Väter Elterngeld,¹⁰⁵ sie lagen damit hinter Jena (42,7 Prozent), Potsdam (39,3 Prozent) und dem Landkreis Donau-Ries (34,7 Prozent) bundesweit auf dem vierten Platz. Hinsichtlich der Elterngeldanträge hatte Dresden im dritten Quartal des Jahres 2009 im Städtevergleich sogar die Nase vorn; hier beantragten 31,7 Prozent Männer Elterngeld, gefolgt von München, Berlin, Köln, Hamburg und Frankfurt.¹⁰⁶ Der Dresdner Jahresdurchschnitt 2009 lag bei 28,2 Prozent, während er noch 2007 bei 11,3 Prozent angesiedelt war.

Im Jahr 2009 waren in Sachsen 83,3 Prozent der Männer vor der Geburt des Kindes und dem Bezug von Elterngeld erwerbstätig; auch dieser Wert stieg leicht im Vergleich zu demjenigen des Vorjahres an (2008: 82,9 Prozent). Gleiches trifft, jedoch auf niedrigerem Niveau, auf die weibliche Berufstätigkeit zu; 2009 gingen 61,7 Prozent Frauen einer Beschäftigung nach, während es ein Jahr zuvor noch 58,9 Prozent waren.¹⁰⁷ In Dresden hingegen wurden laut Statistischem Bundesamt von Januar 2007 bis Juni 2008 80,2 Prozent männliche und 62,1 Prozent weibliche Personen registriert, welche vor der Inanspruchnahme von Elterngeld erwerbstätig waren.¹⁰⁸ Der Anteil der Dresdner Männer liegt somit unter dem sächsischen Wert, während die Frauenquote ein paar Prozentpunkte über derjenigen des Freistaates angesiedelt ist. Inwiefern sich dieser Trend für 2009 bestätigt beziehungsweise in welche Richtung sich beide Zahlen entwickeln, konnte jedoch nicht ermittelt werden. Entsprechende Daten des Jahres 2009 fehlen für die Landeshauptstadt Dresden, da sie dort offensichtlich nicht statistisch erhoben werden.

Das Statistische Bundesamt ermittelte von Januar 2007 bis Juni 2008 60,4 Prozent Dresdner Väter, denen die Bezugshöhe des Elterngeldes auf der Basis des Erwerbseinkommens berechnet wurde. 40,7 Prozent der Mütter erhielten dagegen den Mindestbetrag.¹⁰⁹ Gemessen an dem durchschnittlichen Elterngeldanspruch der vor der Geburt erwerbstätigen Mütter und Väter, rangierte Dresden 2008 mit 838 Euro für Frauen und 1049 Euro für Männer in der Hierarchie der Bundesländer auf den hinteren Plätzen.¹¹⁰ Für das Jahr 2009 ist in der

Landeshauptstadt lediglich bekannt, dass 29 Prozent der Antragstellenden den Mindestbetrag von 300 Euro bezogen, während 71 Prozent Elterngeld als Ersatz für Erwerbseinkommen erhielten. Diese Auskunft des Dresdner Jugendamtes, Sachgebiet Elterngeld/Erziehungsgeld, ist allerdings nicht geschlechterdifferenziert aufgeschlüsselt, demzufolge müssen weitere Interpretationen (auch im Vergleich mit dem Freistaat) unterbleiben.¹¹¹ Nichtsdestotrotz soll zumindest erwähnt werden, dass sowohl 2008 als auch 2009 der überwiegende Anteil der sächsischen Väter, zwischen 60 und 63 Prozent, Elterngeld auf Grundlage des Ersatzes von Erwerbseinkommen erhielt, während bei den Müttern jeweils in erster Linie der Mindestbetrag mit durchschnittlich 44 Prozent zu Buche schlug.¹¹² Aus diesen Werten lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass sowohl Sachsen als auch Dresden keine Ausnahmen bezüglich der geschlechterdifferenzierten Wirkungen von Elterngeld aufgrund der jeweiligen Erwerbssituation von Vätern und Müttern darstellen.

Im Hinblick auf die Bezugsdauer des Elterngeldes in Sachsen nahmen 77,9 Prozent der Männer 2009 bis zu zwei Monate Elterngeld in Anspruch, lagen somit auch hier im bundesweiten Trend. Demgegenüber bezogen zu 91,2 Prozent Frauen für zehn bis zwölf Monate Elterngeld, was ebenfalls die Situation in Deutschland widerspiegelt. Beide Zahlen lagen über denjenigen des Vorjahres (Männer 69,2 Prozent; Frauen 89,9 Prozent).¹¹³ Für die Zeit von Januar 2007 bis Juni 2008 lagen die Dresdner Werte unter den sächsischen; wenn auch in der Landeshauptstadt die überwiegende Zahl der Väter bis zu zwei Monate Elternzeit absolvierte, so befand sich der prozentuale Anteil bei 71 Prozent, während 86 Prozent der Mütter nahezu ein Jahr Elterngeld erhielten.¹¹⁴

Auch hier fehlen für das Jahr 2009 in Dresden konkrete Zahlen, die eine Entwicklung hätten erkennen lassen können. Laut Auskunft des Sachgebietes Elterngeld/Erziehungsgeld bewegen sich die Elterngeldzeiten der Väter im Durchschnitt bei 3,4 Monaten. Für welche Zeiträume hingegen Mütter Elterngeld beantragten, ist statistisch nicht konkret ausgewiesen, wird vom Sachgebiet jedoch mit schätzungsweise elf bis zwölf Monaten angegeben.¹¹⁵ Es lässt sich somit nur das grobe Fazit ziehen, dass die vorgeschriebene Mindestanzahl von zwei Monaten Elternzeit für Männer nach wie vor die sicherste Variante darstellt, um sich, den Lohnersatz im Rücken, der Erziehung des Nachwuchses zu widmen. Um diesen gesetzlich verankerten Ansatz für gleichberechtigte Familienfürsorge weiterhin zu fördern, braucht es zum einen aussagefähige Statistiken, zum anderen entsprechende Informationen, beispielsweise über Kombinationsmöglichkeiten des Elterngeldes, sowie eine väter- und mütterfreundliche Personalpolitik.

105 Ebenda, S. 7

106 Caroline Wörmann: Jeder vierte Münchner Vater macht Babypause. In: Merkur-online vom 02.02.2010

107 Statistisches Bundesamt: Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge 2008, beendete Leistungsbezüge im Jahr 2008. Wiesbaden 2009; Statistisches Bundesamt: Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld. Gemeldete beendete Leistungsbezüge, Jahr 2009. Wiesbaden 2010

108 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Elterngeld für Geburten 2007 nach Kreisen. Wiesbaden 2008

109 Ebenda

110 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Elterngeld für Geburten 2008 nach Kreisen. Wiesbaden 2010. S. 10 ff.

111 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt. Sachgebiet Elterngeld/Erziehungsgeld: Zuarbeit des Jugendamtes per E-Mail vom 15.06.2010

112 Statistisches Bundesamt: Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge 2008, beendete Leistungsbezüge im Jahr 2008. Wiesbaden 2009; Statistisches Bundesamt: Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld. Gemeldete beendete Leistungsbezüge, Jahr 2009. Wiesbaden 2010, <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1025404>; <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1023699>, verfügbar am 11.08.2010

113 Ebenda

114 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Elterngeld für Geburten 2007 nach Kreisen. Wiesbaden 2008

115 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt. Sachgebiet Elterngeld/Erziehungsgeld: Zuarbeit des Jugendamtes per E-Mail vom 15.06.2010

Elternzeit gleich Väterzeit in der Stadtverwaltung?

Die Dresdner Stadtverwaltung gliedert sich, neben dem Bereich der Oberbürgermeisterin, in sieben Geschäftsbereiche plus einen Teilbereich der ARGE. Bei durchschnittlicher Elternzeitdauer von einem Jahr und neun Monaten (kürzeste ein Monat; längste fünf Jahre acht Monate) nahmen in den Jahren 2004 bis 2006 zwischen 94 und 97 Prozent Frauen Elternzeit. Die Geschäftsbereiche Kultur (GB 4), Soziales (GB 5) und Stadtentwicklung (GB 6) verzeichneten in diesen Jahren die jeweils höchsten Zahlen von Mitarbeiterinnen in Erziehungszeit, die geringsten Anteile lagen in den Bereichen Oberbürgermeister, Wirtschaft (GB 7) und ARGE. Während solche Mütter in sämtlichen Geschäftsbereichen der Stadtverwaltung anzutreffen waren, fanden sich ihre wenigen männlichen Pendanten in den Geschäftsbereichen Ordnung und Sicherheit (GB 3), Kultur, Soziales sowie Stadtentwicklung. Des Weiteren gingen 2004 bis 2006 durchschnittlich 90 Prozent der Arbeitnehmerinnen während ihrer Elternzeit einer wöchentlichen Teilzeittätigkeit zwischen zehn und 30 Stunden nach. Dem standen auf männlicher Seite durchschnittlich knapp neun Prozent gegenüber. Eine gemischte Variante, in welcher Elternzeit teilweise ohne, teilweise mit Teilzeit in Anspruch genommen wurde, muss sogar zu 100 Prozent als weibliche Angelegenheit gelten. Auch in diesen Fällen lassen sich die Beschäftigten in erster Linie den Geschäftsbereichen Soziales und Stadtentwicklung zuordnen.

Blieb der männliche Part in Elternzeit der Jahre 2004 bis 2006 noch überwiegend einstellig (2006 drei Prozent), so ist er seit Einführung des Elterngeldes im Jahre 2009 auf nahezu das Vierfache (18 Prozent) angestiegen. Damit einhergeht nun auch eine Diffusion der Beschäftigten in fast sämtliche Geschäftsbereiche, wobei wiederum die Bereiche Kultur auf männlicher und Soziales auf weiblicher Seite die höchsten Zahlen verzeichnen. Die Eckdaten der Teilzeitarbeit innerhalb der Elternzeit nähern sich ebenfalls langsam einander an; 2009 übten dies 77,3 Prozent Mütter und 22,7 Prozent Väter innerhalb der Dresdner Stadtverwaltung aus. Hinsichtlich der Dauer der Elternzeit scheint sich seit Herbst 2008 ein Trend abzuzeichnen; Männer wählten überwiegend die Mindestanzahl von zwei Monaten, während sie in früheren Jahren durchschnittlich bis zu einem Jahr zu Hause blieben. Demgegenüber steht die nach wie vor lange Dauer bei Frauen von deutlich über einem Jahr (knapp 60 Prozent) bis hin zu drei Jahren (gut zehn Prozent), wobei auch hier für 2009 die Tendenz zu einer zwischen einem und zwei Jahren liegenden Elternzeit erkennbar wird.

Die Tendenz der Väter zu kürzeren Elternzeiten im Vergleich zu den Müttern spiegelt sich auch in der Dauer der Elternzeit wider, welche die betreffenden Angestellten zum Zeitpunkt der Datenerhebung angemeldet hatten. Dass darüber hinaus die von weiblichen Angestellten bereits eingeplante Elternzeit dann verkürzt wird, wenn beispielsweise eine Tagesbetreuung für das Kind gefunden werden konnte, geht aus der Zuarbeit des Haupt- und Personalamtes an die Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann zusätzlich hervor.¹¹⁶ Die von Frauen in Anspruch genommenen längeren Arbeitspausen scheinen somit anteilig dem logistischen Problem der Unterbringung des Nachwuchses geschuldet zu sein.

Die Dresdner Verwaltung liegt mit dieser zeitlichen Entwicklung von Elternzeit sowie mit deren zunehmender Inanspruchnahme durch Männer/Väter auf bundesdeutscher und sächsischer Linie. Die Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 hat hier offensichtlich Positives bewirkt und beginnt berufliche wie finanzielle Vorbehalte aufzuwei-

chen. Dies bezeugt auch die 2009 zu verzeichnende breitere Streuung männlicher Elternzeitnehmer innerhalb der Geschäftsbereiche. Allerdings bestätigt sich aufs Neue, dass eine Teilzeitbeschäftigung während der Elternzeit in erster Linie Frauensache zu sein scheint, wenn sich auch die in der ersten Hälfte des Jahrzehnts weit auseinander liegenden diesbezüglichen Werte von Frauen und Männern mittlerweile aufeinanderzubewegen. Darüber hinaus zeigt die sich abzeichnende Tendenz sowohl von Müttern als auch von Vätern zu einer (im jeweiligen Rahmen) kürzeren Elternzeit, dass finanzielle und wohl ebenso berufliche Schwierigkeiten einer längeren Inanspruchnahme von Familienpausen im Weg zu stehen scheinen. Außerdem zeigt sich, dass finanzielle und wohl ebenso berufliche Schwierigkeiten einer längeren Inanspruchnahme von Familienphasen im Weg zu stehen scheinen. Die Stadtverwaltung geht im Hinblick auf diese Tatsache keinen „Sonderweg“ innerhalb Dresdens. Laut jüngsten Erkenntnissen im Rahmen des Frauenförderplans der Stadtverwaltung Dresden hat sich dazu auch die Rückkehrsituation nach der Elternzeit nicht verändert. So sind es nach wie vor traditionell Frauen, welche die Stelle wechseln und/oder die Arbeitszeit variieren; Männer hingegen behielten ihren Arbeitsplatz in Vollbeschäftigung während des Berichtszeitraumes (1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009) unverändert zu 100 Prozent bei.¹¹⁷

■ 1.9 Perspektive Frauenförderung in der Stadtverwaltung – schwerfällig, aber notwendig

Die neuen Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Dresden (Frauenförderplan), welche uneingeschränkt für sämtliche Führungskräfte der Stadtverwaltung (ohne Eigenbetriebe) gelten, haben sich folgende Ziele gesteckt:¹¹⁸

- Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als ein Bestandteil zur Förderung der Chancengleichheit
- Förderung von Frauen unter Beachtung des Vorrangs von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung
- Beseitigung der Unterrepräsentanz des Frauenanteils in einzelnen Bereichen

Zu den geplanten Maßnahmen gehören beispielsweise die Reduzierung der Unterrepräsentanz von Frauen in bestimmten Aufgabengebieten, eine schrittweise Erhöhung des weiblichen Anteils in Amtsleitungspositionen und die Motivation durch Vorgesetzte, sich auf höherwertige Stellen zu bewerben. Die in der Stadtverwaltung vorhandenen Gremien werden hinsichtlich ihrer geschlechterparitätischen Zusammensetzung überprüft und gegebenenfalls Handlungsbedarf abgeleitet. Soweit die Vorgaben.

Was aber haben solche Frauenförderpläne in der Praxis bisher für Wirkungen gezeigt? Zunächst die Fakten: 2009 betrug der Frauenanteil in der Dresdner Stadtverwaltung (ohne Eigenbetriebe) 61 Prozent. Ausgehend von 60,3 Prozent weiblichen Beschäftigten am 30. Juni 2005 bedeutete dies eine Steigerung innerhalb dieser vier Jahre um insgesamt 0,7 Prozent. Lediglich im Brand- und Katastrophenschutzamt (7,5 Prozent), Regiebetrieb Zentrale Technische Dienstleistung-

117 Landeshauptstadt Dresden. Haupt- und Personalamt: Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen in der Landeshauptstadt Dresden (Frauenförderplan) vom 20.09.2010. Anlage (Berichtszeitraum 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009)

118 Landeshauptstadt Dresden. Haupt- und Personalamt: Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen in der Landeshauptstadt Dresden (Frauenförderplan) vom 20.09.2010. S. 2

116 Vgl. gesamter Abschnitt: Landeshauptstadt Dresden. Haupt- und Personalamt: Zuarbeiten des Haupt- und Personalamtes per Brief vom 13.07.2006 und 15.12.2009

gen (22,9 Prozent) und im Amt für Kultur und Denkmalschutz (unter 50 Prozent) sind Frauen bislang unterproportional vertreten. Untergliedert in Leitungspositionen der Abteilungen und Sachgebiete, ergab sich folgendes Bild:

satz 1 des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes „(...) insbesondere zur Erhöhung des Frauenanteils Maßnahmen zur Durchsetzung notwendiger personeller und organisatorischer Verbesserungen im Rahmen von Zielvorgaben“ entwickeln soll, haben somit bislang nur ge-

Tabelle 10: Personalbestand in Vorgesetzten- und Führungsfunktionen der Stadtverwaltung*

Geschäftsbereich	Abteilungsleitung				Sachgebietsleitung			
	gesamt	Frauen	Männer	Frauenanteil in %	gesamt	Frauen	Männer	Frauenanteil in %
GB Oberbürgermeisterin	8	6	2	75,0	9	8	1	88,9
GB 1	8	5	3	62,5	30	19	11	63,3
GB 2	19	13	6	68,4	27	16	11	59,3
GB 3	18	9	9	52,6	49	20	29	48,4
GB 4	12	3	9	25,0	37	22	15	59,5
GB 5	18	14	4	77,8	81	56	25	69,1
GB 6	25	4	21	16,0	92	42	50	45,7
GB 7	11	6	5	54,5	35	16	19	45,7
gesamt	120	61	59	50,8	378	213	165	56,3

* Stand 30.06.2009

Quelle: Landeshauptstadt Dresden. Haupt- und Personalamt: Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen in der Landeshauptstadt Dresden (Frauenförderplan) vom 20.09.2010. Anlage

Finden sich in der Stadtverwaltung somit im Durchschnitt sowohl auf Abteilungs- als auch auf Sachgebietsleitungsebene über 50 Prozent Frauen, so ist doch sehr auf die prozentualen Verteilungen innerhalb einzelner Geschäftsbereiche zu achten, wo Frauen in Leitungsebenen zwischen 16 Prozent (Abteilungsleitungen Geschäftsbereich Stadtentwicklung – GB 6) und knapp 78 Prozent (Abteilungsleitungen Geschäftsbereich Soziales – GB 5) respektive zwischen gut 45 Prozent (Sachgebietsleitung Geschäftsbereiche Stadtentwicklung und Wirtschaft – GB 7) und fast 89 Prozent (Sachgebietsleitung Geschäftsbereich Oberbürgermeisterin) angesiedelt sind. Die Ebene Abteilungsleiter/-innen unterlag in den vier Jahren einer Steigerung des Frauenanteils um rund zehn Prozent, wobei er im Brand- und Katastrophenschutzamt jedoch von acht auf aktuell 4,8 Prozent gesunken ist. Im Amt für Kultur und Denkmalschutz wie auch im Geschäftsbereich Stadtentwicklung blieben Steigerungen aus. Auf der Ebene der Sachgebietsleitung hielt sich der Frauenanteil dagegen mit 56,3 Prozent im Vergleich zu 2005 auf nahezu konstantem Niveau.¹¹⁹ Innerhalb der Amtsleitungen sind Frauen allerdings nach wie vor mit 22,6 Prozent erheblich unterrepräsentiert. Wenn sich auch eine Erhöhung um knapp sieben Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 (15,8 Prozent) verzeichnen lässt, ist diese jedoch – und damit wird der scheinbare Erfolg sogleich relativiert – überwiegend auf strukturelle Veränderungen beziehungsweise Zusammenlegungen innerhalb der Verwaltung zurückzuführen. Da dies ausschließlich Ämter mit männlichen Stelleninhabern betraf, stieg der Anteil der Amtsleiterinnen prozentual. Daher besteht hier nach wie vor erhöhter Handlungsbedarf.

Die Handlungsansätze des jeweils für vier Jahre festgelegten Dresdener Frauenförderplans für die Verwaltung, welcher nach Paragraph 4 Ab-

ringe Wirkungen erzielt. Es bestehen nach wie vor Handlungsbedarfe in einigen Geschäftsbereichen mit geringen prozentualen Frauenanteilen in Führungspositionen vor allem der technischen und Wirtschaftsbereiche; darüber hinaus tragen Umgestaltungen innerhalb der Verwaltung lediglich formal zur Verbesserung der weiblichen Anteile bei.

Vonnöten sind weiterhin die Erhöhung der allgemeinen Gleichstellungsmotivation und -kompetenz der Führungskräfte sowie die Verbesserung der Transparenz bei der Besetzung von Spitzenpositionen. Und nicht zuletzt sollten die Rahmenbedingungen für Mütter, aber auch für Väter, in leitenden Stellungen weiter verbessert (mithin flexibilisiert) werden: elastische Arbeitsorganisation, variabler Arbeitsort, angepasste Arbeitsmodelle, Abbau von Anwesenheitskultur, aber auch verstärkte familienorientierte Angebote müssen es Frauen und Männern leichter machen, Familie und berufliche Spitzenposition zu vereinbaren. Diese Vorschläge sind allesamt nicht neu und müssen doch immer wieder vorgebracht werden. Frauen fehlen in den obersten Gremien auch als Vorbilder für weibliche Führungskräfte der unteren Ebenen, wie die Präsidentin des Vereins Frauen in die Aufsichtsräte e. V., Monika Schulz-Strelow, jüngst feststellte.¹²⁰ Wenn das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dazu noch die offensichtlich unbeachtet gebliebene und daher fehlgeschlagene Vereinbarung der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft aus dem Jahr 2001 als allgemeinen Erfolg verkauft,¹²¹ wird nur allzu deutlich, warum Anspruch und Wirklichkeit noch so stark auseinanderklaffen.

Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

119 Ebenda, S. 6

120 Woman to watch: Netzwerkerinnen. In: Lufthansa woman's world 2 (2010). S. 66

121 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Pressemitteilung vom 18.06.2009

■ Handlungsbedarf in Dresden

- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen und Diensten sowie bei den Leistungserbringern nach SGB II und SGB III
- verstärkte Qualifizierung der Führungskräfte sowie der Beschäftigten in Ämtern/Einrichtungen/Diensten sowie der Leistungserbringer nach SGB II und SGB III zu geschlechtersensibler Arbeit
- bedarfsgerechter Ausbau und Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung
- verbesserte Ausgestaltung einer prozessorientierten geschlechtersensiblen Berufsorientierung durch alle Leistungserbringer
- Stärkung des Girls' Day und Boys' Day und verbesserte Verzahnung mit anderen Angeboten der Berufsorientierung
- Umfangs- und Qualitätsintensivierung von Programmen zur Interessenförderung mathematisch-technischer Berufe bei Mädchen und sozial-geisteswissenschaftlicher Tätigkeitsfelder bei Jungen
- verstärkte städtische Bemühungen, Mädchen und Jungen für eine Ausbildung in Berufen zu gewinnen, in denen weibliche bzw. männliche Auszubildende unterrepräsentiert sind
- Sensibilisierung von Unternehmen durch das Amt für Wirtschaftsförderung und den Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit im Hinblick auf die Förderung von Frauen und Männern in „untypischen“ Berufen
- verbesserte Einbindung des Themas Unternehmensgründung in den Unterricht sowie in Maßnahmen der Berufsorientierung
- gezielte Ansprache/Motivation gründungsinteressierter Frauen durch das Amt für Wirtschaftsförderung sowie weitere Institutionen
- verstärkte und systematische Unterstützung von Unternehmensgründerinnen durch das Amt für Wirtschaftsförderung sowie weitere Institutionen
- Anregung/Einführung von systematischen Evaluationsstudien (z. B. im Hinblick auf den Erfolg von frauengeführten Unternehmen)
- systematische Erhöhung des Frauenanteils in Verwaltungs- und Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften
- konsequente Umsetzung der „Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen in der Landeshauptstadt Dresden“ (Frauenförderplan) vom 20.09.2010
- weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mütter und Väter in städtischen Leitungsebenen sowie für Alleinerziehende (Familienfreundlichkeit)
- Verbesserung der Transparenz bei der personellen Auswahl zur Besetzung von Spitzenpositionen in der Stadtverwaltung und ihrer Eigenbetriebe/Gesellschaften
- verstärkter kommunaler Einsatz (Sensibilisierungsmaßnahmen) für die weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen der Wirtschaft
- verstärkter kommunaler Einsatz für die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mütter und Väter sowie für Alleinerziehende in Führungspositionen der Wirtschaft (Familienfreundlichkeit)
- konsequente geschlechterdifferenzierte Erhebung/Auswertung der Statistiken, hier insbesondere in den Bereichen Führungspositionen, Existenzgründung, Elterngeld
- systematische kommunale Sensibilisierungsmaßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von Elternzeit für Väter in Unternehmen durch das Amt für Wirtschaftsförderung sowie weitere Institutionen
- verbesserte Öffentlichkeitsarbeit zu den Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Elternzeit und Elterngeld, beispielsweise in Kombination mit Teilzeitarbeit
- Schaffung von passgenaueren Qualifikationsangeboten für Mütter und Väter in Elternzeit
- konsequente ganzheitliche und geschlechtersensible Umsetzung der Fördermöglichkeiten für Alleinerziehende in der ARGE¹²², verbesserte Informationen der Betroffenen zu deren Rechten, auch bezogen auf weiterführende Möglichkeiten der Kinderbetreuung in Randzeiten
- Evaluation des (nachhaltigen) Integrationserfolges Alleinerziehender mittels Maßnahmen der ARGE
- Suche von Möglichkeiten für die Optimierung des Betreuungsschlüssels im Fallmanagement, Verbesserung der personellen Betreuungskontinuität
- Gleichbehandlung von Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern mit Leistungsbeziehenden hinsichtlich der Vermittlung auf dem 1. Arbeitsmarkt

¹²² Im Januar 2011 tritt an die Stelle der ARGE das sogenannte Kooperative Jobcenter nach SGB II. Die auf die ARGE bezogenen Handlungsbedarfe behalten ihre Gültigkeit für die neue Institution.

2. Unzureichend: Gesellschaftliche und politische Partizipation von Frauen und Männern

In der Landeshauptstadt Dresden sind zirka 27 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich tätig (24 Prozent der Frauen und 30 Prozent der Männer). Dieses freiwillige Engagement stieg seit 2002 auf allen Gebieten leicht an. Geschlechterdifferenzierte Unterschiede finden sich im sozialen sowie gesundheitlichen Bereich, beim Sport, in der Freizeit und im Umweltschutz. Frauen sind auf sozialem und gesundheitlichem Gebiet mit rund neun Prozent der Dresdnerinnen vertreten und stellen damit über 57 Prozent der Ehrenamtlichen in diesem Feld. Mit einem Anteil von 41 Prozent engagieren sich die Dresdner Frauen auch in Kultur und Politik, dort ging ihr prozentualer Anteil im Vergleich zu 2002 etwas zurück, was allerdings darauf zurückzuführen ist, dass die Anzahl der engagierten Männer stärker stieg. Sport, Freizeit und Umweltschutz sind Männerdomänen mit rund zwei Dritteln der dort Tätigen.¹²³

■ 2.1 Beteiligung von Frauen und Männern an politischen Ämtern

In einem 2009 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegebenen Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, welcher anhand eines ländereinheitlichen Indikatorensystems Entwicklungen der Chancengleichheitspolitik abbildet, wird die Repräsentanz von Frauen in politischen Führungs- und Entscheidungspositionen, in Verwaltungen, der Wirtschaft sowie Forschung und Lehre untersucht. Demzufolge liegt der prozentuale Anteil von Frauen des sächsischen Länderparlamentes bei unterdurchschnittlichen 27 bis 30 Prozent (Bundesdurchschnitt: 32 Prozent) und wird lediglich von Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern unterschritten. Ähnlich schlecht mit einem prozentualen Wert von unter 20 Prozent (Bundesdurchschnitt: 25,6 Prozent) stellt sich für Sachsen 2008 der Frauenanteil an den Mandaten in den kommunalen Vertretungen dar; der Freistaat liegt hier knapp vor Baden-Württemberg auf dem vorletzten Platz. Die Negativ-Spirale schreibt sich im Hinblick auf die Prozentzahl der Ministerinnen und Senatorinnen in den Landesregierungen 2008 fort: Sachsen belegt mit 22,2 Prozent Platz 13 im bundesinternen Ranking (Bundesdurchschnitt: 30,4 Prozent). Besser sieht es hingegen bei der Besetzung von Verwaltungsspitzenpositionen (Oberbürgermeister/-innen, Landräte/Landrätinnen) mit Frauen aus. Hier liegt Sachsen an zweiter Stelle der neuen Bundesländer (15,4 Prozent) und bundesweit an fünfter

Position (Bundesdurchschnitt: 10,5 Prozent). Demzufolge ist Sachsen von einer ausgewogenen Beteiligung der Frauen an landespolitischen Meinungsbildungs- und Entwicklungsprozessen sowie an politischer Einflussnahme auf kommunaler Ebene noch weit entfernt.¹²⁴

Auch in der Landeshauptstadt Dresden blieben politische Ämter eine männlich besetzte Domäne. Im Dresdner Stadtrat sank der Frauenanteil nach der jüngsten Kommunalwahl um etwa einen Prozentpunkt und liegt nun bei rund 31 Prozent.¹²⁵ Zugleich hat Dresden seit 2008 erstmals in seiner Geschichte eine Oberbürgermeisterin; ein Fakt, der vor wenigen Jahren noch schwer vorstellbar war. Allerdings sind nach wie vor alle Beigeordneten, welche das jeweilige Stadtoberhaupt in ihren Geschäftsbereichen vertreten, männlich. Hier agierte seit 1990 keine einzige Frau.

Im Vergleich der Besetzung des aktuellen Stadtrates mit der vorherigen Wahlperiode (2004 bis 2009), sind folgende Veränderungen im Geschlechterverhältnis zu nennen: Dass der Rückgang des Frauenanteils gering geblieben ist, ist vor allem auf die überproportionale Erhöhung des Frauenanteils bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückzuführen. Während in dieser Fraktion zwischen 2004 und 2009 nur ein Drittel der Plätze mit Frauen besetzt war, hat sich das Verhältnis im aktuellen Stadtrat umgekehrt. Nun dominieren mit 64 Prozent die Frauen in der Fraktion. Rein statistisch hat sich auch der Frauenanteil in der Bürgerfraktion erhöht, dies ist jedoch nur ein scheinbarer Effekt, da die Fraktion zwei Sitze verlor und der Bürgerfraktion weiterhin (nur) eine Frau angehört.

Aufgrund der Teilung der ehemaligen PDS-Fraktion in der vergangenen Wahlperiode des Stadtrates und anschließender Austritte aus den neuen Fraktionen sind Aussagen zum dortigen Frauenanteil schwierig zu treffen. Betrachtet man die ursprünglich im Stadtrat vorhandene Fraktion, lag der Frauenanteil bei knapp über 50 Prozent. Direkt nach der Spaltung betrug er bei der Linksfraktion.PDS 55,5 Prozent und bei der neuen Fraktion DIE LINKE 43 Prozent. In der heutigen Fraktion sind nur noch 42 Prozent Frauen vertreten, sodass der Rückgang des Frauenanteils je nach Perspektive zwischen acht und einem Prozent liegt. Der Gewinn von jeweils zwei Sitzen im Stadtrat bei SPD, CDU und FDP nach der Wahl 2009 hat zu keiner Erhöhung des Frauenanteils geführt, da diese Plätze ausschließlich an Männer gingen. Ein ähnliches Bild zur Partizipation von Frauen und Männern ergibt sich mit Blick auf einzelne Ausschüsse des Dresdner Stadtrates.

¹²³ Landeshauptstadt Dresden. Kommunale Statistikstelle: Zuarbeit der Kommunalen Statistikstelle per Brief vom 02.09.2009

¹²⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Rostock 2009. S. 8 - 15

¹²⁵ Ratsinformationssystem der Landeshauptstadt Dresden: Gremien, <http://ratsinfo.dresden.de/kp0041.php>, verfügbar am 06.04.2010

Tabelle 11: Sitzverteilung im Dresdner Stadtrat*

	Sitze gesamt	Männer	Männeranteil in %	Frauen	Frauenanteil in %
Oberbürgermeisterin	1	0	0	1	100
CDU	23	17	74	6	26
DIE LINKE	12	7	58	5	42
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11	4	36	7	64
SPD	9	8	89	1	11
FDP	9	8	89	1	11
Bürger Bündnis/Freie Bürger (Bürgerfraktion)	4	3	75	1	25
Fraktionslose	2	2	100	0	0
gesamt	71	49	69	22	31

* Stand 06.04.2010

Quelle: <http://ratsinfo.dresden.de/kp0041.php>, verfügbar am 06.04.2010

Tabelle 12: Besetzung der Ausschüsse des Stadtrates*

	gesamt	Männer	Männeranteil in %	Frauen	Frauenanteil in %
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit	11	8	72,7	3	27,3
Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften	11	8	72,7	3	27,3
Ausschuss für Kultur	11	5	45,5	6	54,5
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen	11	5	45,5	6	54,5
Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau	11	9	81,8	2	18,2
Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft	11	7	63,6	4	36,4
Ausschuss für Wirtschaftsförderung	11	9	81,8	2	18,2
Betriebsausschuss für IT-Dienstleistungen, Stadtentwässerung und Friedhofswesen	11	8	72,7	3	27,3
Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder	9	6	66,7	3	33,3
Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertagesstätten	11	7	63,6	4	36,4
Jugendhilfeausschuss**	15	10	66,7	5	33,3
Petitionsausschuss	11	7	63,6	4	36,4

* Stand 06.04.2010

** nur beschließende Mitglieder

Quelle: <http://ratsinfo.dresden.de/kp0041.php>, verfügbar am 06.04.2010

Hier zeigt sich in der Besetzung der Ausschüsse deutlich eine traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern. Das den Frauen zugeordnete/zugewiesene Aufgabengebiet Soziales, Gesundheit und Wohnen weist mit 54,5 Prozent den höchsten Frauenanteil auf. Mit gleich hohem Anteil überrascht hingegen der Ausschuss für Kultur, der einer stark männlich dominierten Verwaltungsstruktur im Geschäftsbereich Kultur gegenübersteht. Die Ausschüsse für Wirtschaftsförderung sowie Stadtentwicklung und Bau mit einem Männeranteil von fast 82 Prozent spiegeln wiederum das männliche traditionelle Rollenver-

ständnis wider. Sie werden gefolgt von den Ausschüssen für Finanzen und Liegenschaften sowie Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit mit einem Männeranteil von nahezu 73 Prozent.

In der Besetzung der Ortschaftsräte für den Zeitraum 2009 bis 2014 ist der Frauenanteil besonders gering. In sechs der neun Ortschaftsräte stellen Männer zwischen 75 und 100 Prozent der Mitglieder, in zwei Ortschaftsräten liegt der Frauenanteil über einem Viertel, aber unter einem Drittel. Lediglich im Ortschaftsrat Altfranken stellen Frauen ein Drittel der Mitglieder. In den Ortsbeiräten, deren

Mitglieder abweichend von den direkt gewählten Ortschaftsräten vom Stadtrat gewählt werden, kommt der Frauenanteil in der Regel auf höhere Werte. Immerhin fünf der zehn Ortsbeiräte beteiligen mindestens ein Drittel Frauen, in dreien davon liegt ihr Anteil sogar zwischen 40 und 53 Prozent. In den übrigen fünf Ortsbeiräten beträgt der Frauenanteil zwischen 18 und 29 Prozent.¹²⁶

Bei einem Genderranking deutscher Großstädte des Jahres 2008, welches die weiblichen Ratsanteile und Anteile in kommunalen Führungspositionen (Ratsmandat, Fraktionsvorsitz, Dezernatsleitung bzw. Beigeordnete, Ausschussvorsitz, [Ober]-Bürgermeisteramt) erhob, landete Dresden auf einem abgeschlagenen 63. Platz der insgesamt 79 herangezogenen Großstädte.¹²⁷ Im 2010 wiederholten Ranking verschlechterte sich die Landeshauptstadt nach der Oberbürgermeister(innen)wahl 2008 und der Kommunalwahl im Folgejahr sogar um weitere sechs Plätze und liegt nun auf Position 69. Andere ostdeutsche Städte schnitten bis auf Magdeburg (Platz 72) deutlich besser ab. Potsdam belegte Platz 9 (2008: 22), Rostock 16, Chemnitz 18 (2008: 26), Gera schaffte es auf Platz 19 (2008: 35), Leipzig auf 26 (2008: 69!) und Erfurt rangiert nun auf Platz 30 (2008: 44). Jena nahm Platz 52 (2008: 78) ein, gefolgt von Halle an 62. Stelle. Tendenziell ist damit sogar in Ostdeutschland eine Verbesserung des Abschneidens der Großstädte erkennbar. Dies gilt allerdings (noch) nicht für die sächsische Landeshauptstadt. Ihr fehlen weiterhin vordergründig Stadträtinnen sowie weibliche Beigeordnete und Fraktionsvorsitzende.¹²⁸

■ 2.2 Gründe für die unterschiedliche Beteiligung

Als relativ gleichrangige Ursachen für die niedrigere Partizipationsrate von Frauen werden institutionelle und sozioökonomische Faktoren sowie die politische Kultur benannt.¹²⁹ Nach Erkenntnissen von Professor Dr. Ulrike Gräbel bewegen Frauen zwei Hauptgründe, sich gegen ein politisches Engagement zu entscheiden: Zum einen die Unvereinbarkeit von Familie, Beruf und freiwilligem Engagement und zum anderen ein spezifisches Verhältnis von Frauen zur Macht. Frauen assoziierten damit häufig vor allem Negatives, wie deren Missbrauch, Gewalt und Ohnmacht. Öffentliche Macht funktioniere nicht nach weiblichen, sondern nach männlichen Spielregeln. Ulrike Gräbel zufolge wird diese nach klaren Spielregeln innerhalb klar strukturierter, vorgegebener Hierarchien praktiziert. Von Männern bestimmte Machtbeziehungen seien durch Verkehrsnormen geprägt und in ihnen gelte der Anspruch, dass Positions- und Machtkämpfe auf einer rationalen Argumentationsebene, frei von Gefühlen, die die Beziehung der involvierten Person betreffen, auszutragen seien, d. h. Frauen hätten größere Schwierigkeiten, sich diese Regeln zu eigen zu machen. Dabei stehe ihnen häufig ihre Sozialisation im Weg, die eher auf andere Werte, Umgangs- und Beziehungsformen ziele als diejenigen, die in öffentlichen Funktionen gefragt seien. Frauen wissen das und haben Bedenken, in dieses System einzusteigen. Weibliche Machtstrategien seien oftmals indirekter Art, ihnen fehle sogar die Erfahrung mit direkter Macht. Diese Differenzen ergäben sich aus einer traditionellen geschlechtsspezifischen

Sozialisation, die ebenfalls dazu führe, dass Frauen oftmals öffentliche Ämter ablehnten, weil sie Schwierigkeiten mit der Konkretisierung der Macht in Alltagssituationen hätten. Dies resultiert nach Ulrike Gräbel aus deren fehlendem oder abtrainiertem Statusdenken, sodass sie diesen Status nicht ausreichend nach außen repräsentieren, beispielsweise durch eine angemessene Verfügung über Raum und Zeit, Körperhaltung, Sprache, Kleidung u. a. m.¹³⁰

Diese Erklärungsansätze decken teilweise die Befragungsergebnisse der kürzlich veröffentlichten Studie zur Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik: „Fragt man konkret nach der Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie, dann tun sich nahezu alle Politiker(-innen), insbesondere aber Ratsfrauen (im Vergleich zu den Parteivorsitzenden), schwer und antworteten auf zwei Ebenen gleichzeitig: Zum einen können sie ihr kommunalpolitisches Engagement gut mit der Berufstätigkeit und der Familie verwirklichen, womit sie aber gleichzeitig auf eine notwendige sehr dezidierte (Tagesablauf-) Planung verweisen. Dieselben Frauen antworten zum anderen, dass diese ‚Megaanstrengung‘ allerdings nicht bis zur Rente durchzuhalten ist und auch seinen Preis hat: Die Aufgabe eigener Freiräume und Interessen oder Einschränkungen im Hinblick auf die Sozialkontakte. Frauen differenzieren die Vereinbarkeit in eine Außen- und eine Innenperspektive. Das heißt, nach außen können sie hervorragend managen – das Ehrenamt gelingt ihnen, die Familie ist vorbildlich und auch beruflich zeigen sie sich leistungsstark. Die Innensicht sieht allerdings anders aus (...).“¹³¹

Andererseits zeigen die Befragungsergebnisse, dass „(...) Macht für Frauen kein Ausschlusskriterium (ist – d. A.), um in die Politik zu gehen. Allerdings verstehen sie etwas anderes unter Macht: Gestalten, lokale Entscheidungen treffen und verantworten, aber auch durch Macht per Mandat gesellschaftlich wichtig sein und Anerkennung erhalten, das ist für sie ein Leitmotiv. Das möchten sie alles möglichst zeitökonomisch umsetzen. Wenn Macht mit Machtkampf einhergeht, wird die Sache komplizierter. Der Kampf (Wahlkampf, Kandidatenkür etc.) wird solange für politisch selbstverständlich erachtet, wie er nicht als Intrige im ‚eigenen‘ politischen Lager wahrgenommen wird. Dieser manchmal nur feine Unterschied wird von Frauen weit sensibler wahrgenommen als von Männern.“¹³² Neben diesen Faktoren wurden als für die Repräsentanz von Frauen besonders einflussreiche Faktoren nachgewiesen:

- Der Organisationsgrad der Parteien (niedriger Organisationsgrad führt zu geringem Frauenanteil) und
- das Wahlrecht (ein personenorientiertes Wahlrecht, wie es für Sachsen gilt, das Kumulieren und Panaschieren erlaubt, führt zu einem höheren Frauenanteil).¹³³

Da in Dresden der Organisationsgrad der Parteien gering und damit der innerparteiliche Kandidatinnen-Pool beschränkt ist, heben sich die Vorteile des sächsischen Wahlrechts wieder auf. In Sachsen sind nur 0,8 Prozent der Bevölkerung Mitglied einer Partei, das bedeutet acht von 1000 Personen! Frauen scheinen sich dabei noch seltener für eine Parteimitgliedschaft zu entscheiden als Männer.

126 <http://ratsinfo.dresden.de/kp0041.php>, verfügbar am 06.04.2010

127 Lars Holtkamp; Elke Wiechmann; Sonja Schnittke: Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Parteien machen den feinen Unterschied. Praxisbericht. Hagen 2009. S. 36 - 39

128 Heinrich-Böll-Stiftung: Zweites Genderranking deutscher Großstädte, http://boell.de/downloads/wirtschaftssoziales/Zweites_Genderranking_deutscher_Grossstaedte.pdf, verfügbar am 12.08.2010

129 Beate Hoecker: Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen 2008; Beate Hoecker; Alexandra Scheele: Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation. In: *Femina Politica* 2/08. S. 9 - 20

130 Ulrike Gräbel: Wahlverhalten von Frauen. In: Landesfrauenrat Sachsen. Sonderrundbrief 1/2009, Dresden 2009. S. 38 - 43

131 Lars Holtkamp; Elke Wiechmann; Sonja Schnittke: Vorläufiger Abschlussbericht des Forschungsprojektes Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Heinrich-Böll-Stiftung 2009. S. 56

132 Ebenda, S. 52

133 Ebenda, S. 45

Tabelle 13: Frauenanteile einzelner Parteien in Bund, Land und Dresden*

Partei	Ebene	Mitgliederzahl	Frauenanteil in %
CDU	Bund	528 972	25,5
	Land	13 092	28,2
	Dresden	1 952	11,9
SPD	Bund	520 969	31,1
	Land	4 280	23,9
	Dresden	697	22,1
FDP	Bund	65 600	22,8
	Land	2 481	20,1
	Dresden	328	17,7
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Bund	44 981	37,4
	Land	996	29,8
	Dresden	261	28,7
DIE LINKE	Bund	75 968	37,7
	Land	12 682	46,1
	Dresden	1 447	47,8

* Stand Ende 2008

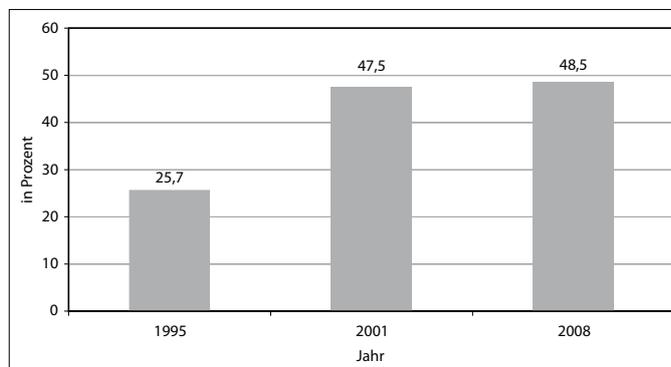
Quelle: Einzelanfragen bei den Parteien durch das Büro der Gleichstellungsbeauftragten

■ 2.3 Quoten können nützlich sein

Als ebenfalls außerordentlich einflussreich für den Frauenanteil in politischen Ämtern erweist sich, inwieweit sich die Parteien an ihre Quotenregelungen bzw. ihr Quorum halten.¹³⁴ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zielen auf eine Frauenquote von 50 Prozent, die SPD strebt 40 Prozent an, während die CDU ein Quorum von 33 Prozent verfolgt. Die FDP hat hingegen keine Regelung, was sich auch in den besonders geringen Frauenanteilen niederschlägt. Die Studie zur Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zeigt, dass keine Partei ihre Quoten bzw. Quoren tatsächlich einhält.¹³⁵ Das gilt auch für Dresden, mit Ausnahme der GRÜNEN im jetzigen Stadtrat sowie der ehemaligen PDS in der vergangenen Wahlperiode. Damit ist die Landeshauptstadt Dresden noch weit davon entfernt, der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene gerecht zu werden, die 2006 verabschiedet wurde. Diese Charta wurde vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und seinen Partnern, zu denen auch die Deutsche Sektion des RGRE gehört, erarbeitet. Die der Charta beigetretenen Kommunen verpflichten sich, zu einer ausgewogenen Vertretung der Geschlechter in den Kommunalparlamenten, Parteien und Gruppierungen aufzufordern und alle gesetzlich zulässigen Schritte zu unternehmen, wozu – falls erforderlich – auch Quotenregelungen zählen, um die Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungen zu erhöhen.¹³⁶ Ein Beitritt der Landeshauptstadt Dresden zur Charta steht noch aus.

Die Bedeutung einer verbindlichen Frauenquote zeigt auch das bisher umfassendste europäische Forschungsprojekt zur Repräsentanz von Frauen in Kommunal- und Nationalparlamenten.¹³⁷ Demnach üben Frauenquoten in Verbindung mit informellen Gleichstellungsnormen in den Parteien den stärksten Einfluss auf die Förderung von Frauen aus. Bei klarer Quotierung in den Parteiorganisationen bildeten weder Rekrutierungsprobleme noch das Wahlverhalten unüberbrückbare Hürden für eine geschlechterparitätische Repräsentanz¹³⁸, wie am Beispiel der französischen Kommunen gezeigt werden konnte. „Nach dem Paritätsgesetz müssen in Frankreich (seit 2001 – d. A.) die Parteien zu den Kommunalwahlen 50 Prozent Frauen auf den Wahllisten aufstellen. Können oder wollen die Parteien nicht die Kandidatinnen-Quote erfüllen, werden sie zur Wahl nicht zugelassen. Damit ist der Anreiz für die Parteien ungleich höher, Kandidatinnen aufzustellen als in Deutschland. Geht es um das eigene politische Überleben, dann sind auch männlich dominierte Lokalparteien schlagartig bereit, genügend Plätze für Frauen in der ersten und zweiten Reihe zu reservieren. Entscheidend für den Erfolg des Paritätsgesetzes in den französischen Kommunen war, neben der möglichen Verweigerung der Zulassung zur Kommunalwahl, die Festlegung, dass sich diese Quotierung auch auf die oberen Listenplätze beziehen muss. Damit konnten die Parteien das Gesetz auch nicht dadurch unterlaufen (wie anfangs in anderen Ländern mit gesetzlich vorgeschriebenen Kandidatinnen-Quoten, z. B. in Belgien oder Argentinien), dass sie die 50 Prozent Kandidatinnen überwiegend nur am Ende der Liste platzieren. Besonders günstig für Quotenregelungen ist im französischen Fall auch das Wahlrecht. Der Wählerschaft wird im Zuge der reinen Verhältniswahl eine feste Liste vorgelegt, sodass die Kandidatinnen-Quote direkt auf die Verteilung der Ratsmandate durchschlägt.“¹³⁹

Abbildung 1: Entwicklung des Frauenanteils in französischen Kommunalparlamenten



Quelle: Drude Dahlerup; Lenita Freidenvall: Electoral Gender Quota Systems and their Implementation in Europe. European Parliament PE 408.309. Brussels 2008. S. 37. In: Lars Holtkamp; Elke Wiechmann; Sonja Schnittke: Vorläufiger Abschlussbericht des Forschungsprojektes Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Heinrich-Böll-Stiftung 2009. S. 12

In der internationalen Diskussion gilt eine geschlechtergerechte Repräsentanz und Quotierung als ein wesentlicher Indikator für die Modernität eines Landes bzw. einer Kommune. Mehr als 100 Länder auf allen Kontinenten haben inzwischen Formen der Quotierung eingeführt. Deutschland ist mit seinen ausschließlich empfehlenden Quotenregelungen weit weniger verbindlich als andere europäische Länder

134 Ebenda, S. 55

135 Ebenda, S. 46

136 Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene. Eine Charta für die Lokal- und Regionalregierungen Europas zur Förderung des Einsatzes ihrer Kompetenzen und Partnerschaften mit dem Ziel der Schaffung von mehr Gleichheit für ihre Bevölkerung, http://www.rgre.de/pdf/charta_gleichstellung.pdf, verfügbar am 14.06.2010

137 Drude Dahlerup; Lenita Freidenvall: Electoral Gender Quota Systems and their Implementation in Europe. European Parliament PE 408.309. Brussels. S. 37. In: Lars Holtkamp; Elke Wiechmann; Sonja Schnittke: Vorläufiger Abschlussbericht des Forschungsprojektes Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Heinrich-Böll-Stiftung 2009. S. 14

138 Ebenda

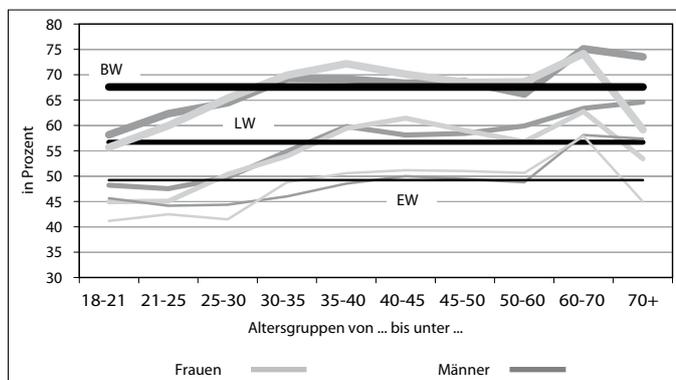
139 Ebenda, S. 12

wie Frankreich oder Norwegen (gesetzlich festgelegte Frauenquote für Aufsichtsräte bei 40 Prozent). Selbst Indien hat im März 2010 eine gesetzlich festgelegte Mindestquote für Frauen im Nationalparlament sowie den Bundesstaaten von einem Drittel beschlossen.¹⁴⁰

■ 2.4 Wahlbeteiligung und Wahlverhalten von Frauen und Männern

Wie die folgende Grafik zeigt, waren 2009 bei den jungen und den älteren Wahlberechtigten die Männer beteiligungsfreudiger, während im mittleren Alter die Frauen eher zur Wahl gingen. Bemerkenswert ist die relativ niedrige Wahlbeteiligung der über 70-jährigen Frauen gegenüber den gleichaltrigen Männern. Insgesamt übertraf die Beteiligung der Männer an den Wahltagen des Jahres 2009 zur Europa- (EW), Landtags- (LW) und Bundestagswahl (BW) um etwa zwei Prozentpunkte die der Frauen. Die höchste Beteiligung war bei den 60- bis 69-jährigen Männern, die niedrigste bei den 18- bis 20-jährigen Frauen zu verzeichnen.¹⁴¹

Abbildung 2: Wahlen 2009 – Wahlbeteiligung nach Altersgruppen – Differenz zwischen Frauen und Männern



Quelle: Landeshauptstadt Dresden. Kommunale Statistikstelle. Dresden 2009. Unverföfentlichte Darstellung

Auch im Wahlverhalten bezüglich der zu wählenden Parteien bestanden Unterschiede zwischen Frauen und Männern, die am Beispiel der Landtagswahlen 2004 und 2009 verdeutlicht werden sollen, da für die Kommunalwahlen keine geschlechterdifferenzierten Daten vorliegen. Bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag 2004 entschieden sich 42,4 Prozent der zur Wahl gegangenen sächsischen Frauen für die CDU, das sind 2,7 Prozentpunkte mehr als bei den Männern. Mit 6,2 Prozent wählten Frauen jene sonstigen Parteien, welche die fünf Prozent Hürde nicht überschritten. Männer hingegen wählten mehr als doppelt so oft die NPD, der Wert lag bei 12,6 Prozent (Frauen 5,9 Prozent).¹⁴²

Auch bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag 2009 war der Hauptteil der NPD-Wähler männlich. Mit 8,1 Prozent (also einem Drittel weniger als in der vorangegangenen Legislaturperiode) wählten Männer die NPD, bei den Frauen halbierte sich die Zahl auf 3,2 Prozent. Dass die Ergebnisse der CDU relativ stabil blieben, verdankt sie

vor allem ihren Wählerinnen, deren Zahl im Jahr 2009 um 1,3 Prozentpunkte stieg, während sich die Zahl der männlichen CDU-Wähler um drei Prozentpunkte verringerte. Die Verluste der LINKEN gehen vor allem auf den sinkenden Rückhalt bei den Wählerinnen zurück. Während der Anteil der Männer, die für DIE LINKE votierten, um lediglich 1,7 Prozentpunkte sank, betrug der Verlust bei den Frauen 4,3 Prozent. Die starken Zuwächse der FDP verteilen sich nahezu paritätisch, wobei die Männer mit 10,4 Prozent sich etwas häufiger für die FDP entschieden als die Frauen mit 9,5 Prozent. Auch die sonstigen Parteien erhielten 2009 mehr Stimmen, wobei dieser Anstieg fast ausschließlich auf die Zustimmung der männlichen Wähler zurückzuführen ist, die mit 6,8 Prozent mit den Frauen gleichzogen. Der Zugewinn für die GRÜNEN ist ein wenig stärker mit der Wahlentscheidung der Frauen zu begründen. Den Zuwachs um ein halbes Prozent verdankte die SPD fast ausschließlich den Männern. Fast 50 Prozent der Frauen, die 60 Jahre und älter sind, wählten 2009 die CDU, hingegen nur knapp 40 Prozent der Männer dieser Altersgruppe. Die Wahrscheinlichkeit, CDU oder DIE LINKE, teilweise auch die SPD zu wählen, stieg geschlechtsunabhängig mit dem Alter. Die Wahrscheinlichkeit, FDP, GRÜNE, NPD oder sonstige Parteien zu wählen, sank mit zunehmendem Alter. Die meisten Stimmen (15 Prozent) erhielt die FDP von Menschen zwischen 25 und 35. Die größten Stimmenanteile bekamen die GRÜNEN ebenfalls von dieser Gruppe, wovon 13 Prozent auf weibliche und 9,7 Prozent auf männliche Stimmen entfielen.¹⁴³

■ 2.5 Noch mal ein Blick zurück in die Kommune I

Die kommunale Würdigung besonderer Verdienste engagierter Persönlichkeiten für das Allgemeinwohl kann ein Motor sein, mehr Frauen und Männer zu gesellschaftlicher und politischer Verantwortungsübernahme – ob hauptberuflich oder im Ehrenamt – zu motivieren. Daher sollte auch bei der Auswahl zu Ehrender eine geschlechtersensible, von unreflektierten Rollenstereotypen oder politischen Präferenzen freie Entscheidungsfindung stattfinden. Ob dies in Dresden der Fall ist, muss erst noch bewiesen werden. Denn mit der Ehrenbürgerschaft für besondere Verdienste wurden seit 1990 ausschließlich Männer gewürdigt. Die Ehrenmedaille, erstmals im Jahr 2004 verliehen, konnte noch keine Frau entgegennehmen. Die bisher letzte Ehrenbürgerin dieser Stadt ist Liesel Schuch-Ganzel. Sie wurde 1988 ausgezeichnet, davor Gret Palucca 1978.

Janett Schmiedgen, Dr. Kristina Wopat, Kristina Winkler

■ Handlungsbedarf in Dresden

- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen und in Gremien der Kommunalpolitik
- gleiche Beteiligung von Frauen und Männern bei der Würdigung ehrenamtlichen Engagements sowie bei Auszeichnungen/Preisverleihungen
- Förderung einer stärkeren Partizipation beider Geschlechter am gesellschaftlichen Leben, zum Beispiel durch Unterstützung von

140 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-03/indien-frauenquote-parlament>, verfügbar am 14.06.2010

141 Landeshauptstadt Dresden. Kommunale Statistikstelle: Dresdner Zahlen aktuell. 16. Jahrgang Nr. 06/2009

142 Statistisches Landesamt Sachsen: Repräsentative Wahlstatistik. Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht für die Landtagswahlen 2004, http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW04, verfügbar am 06.04.2010

143 Ebenda; Statistisches Landesamt Sachsen: Repräsentative Wahlstatistik. Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht für die Landtagswahlen 2009, http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09, verfügbar am 06.04.2010

Initiativen zur Erhöhung des Anteils Ehrenamtlicher in den Bereichen wo Frauen oder Männer unterrepräsentiert sind

- Beitritt der Landeshauptstadt Dresden zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
- konsequente geschlechterdifferenzierte Erhebung/Auswertung der Statistiken, hier insbesondere im Bereich ehrenamtlichen Engagements und politischer Partizipation
- konsequentere Umsetzung der Quotenregelungen innerhalb der Parteien
- verstärkte und gerechtere Berücksichtigung der Frauen auf vorderen Listenpositionen bei Wahlen, Verstärkung der Anstrengungen zur Erhöhung des Frauenanteils an den Stadtratsmandaten, unter den Beigeordneten und Fraktionsvorsitzenden
- Anregung der Auseinandersetzung innerhalb der Parteien mit Mechanismen, welche die gleichberechtigte Partizipation von Frauen beeinträchtigen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Ehrenamt/politischer Verantwortungsübernahme, insbesondere für Frauen
- zielgerichtete und systematische Förderung von Mädchen und jungen Frauen in der außerschulischen Jugendbildung, Ermutigung zur Übernahme von politischer Verantwortung

3. Unaufhaltsam: Ein Blick auf den demografischen Wandel

Der Begriff „demografischer Wandel“ bezeichnet die gegenwärtige tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft aufgrund einer höheren Lebenserwartung, sinkender Geburtenzahlen, Veränderungen der traditionellen Familienstrukturen und des Wanderungsverhaltens. Die Worte sind dabei weder positiv, noch negativ behaftet und können sowohl eine Bevölkerungszunahme als auch -abnahme bezeichnen. Die demografische Entwicklung beeinflussen drei Faktoren: die Fertilität/Geburtenrate, die Lebenserwartung der Bevölkerung und der Wanderungssaldo. Die Bevölkerungszahl ergibt sich aus der Summe von Wanderungssaldo und Geburten- oder Sterbeüberschuss.¹⁴⁴

Der demografische Wandel betrifft die Altersstruktur, Familienstrukturen, das Potenzial an Personen im erwerbsfähigen Alter, die öffentliche Kinderbetreuung, Bildung, Pflege, Frauen- bzw. Männerüberschüsse, eine längere aktive Lebenszeit sowie die Entstehung eines Fünf-Generationen-Zyklus. Eine Veränderung dieser Entwicklungen erfordert ein Umdenken in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft; wir alle sind zur kreativen Mitgestaltung aufgefordert.

Im Freistaat Sachsen findet seit 1990 eine deutliche Abnahme der Bevölkerung statt. Hatte Sachsen damals noch 4,9 Millionen Einwohner/-innen, zählte es Ende 2008 nur noch 4,2 Millionen. Für 2020 soll diese Zahl auf 3,9 Millionen sinken.¹⁴⁵ Das entspräche einem Einwohnerverlust von mehr als 20 Prozent gegenüber dem Jahr 1990.

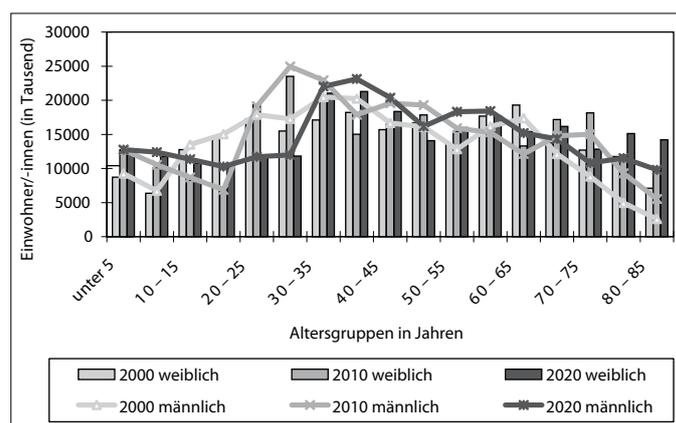
■ 3.1 Dresden wächst und altert langsamer

Für die Landeshauptstadt sind dagegen andere Entwicklungen zu erkennen. War der Bevölkerungsverlust in den 1990er-Jahren ebenso deutlich wie für den Freistaat ausgefallen, steigt die Einwohnerschaft in Dresden seit dem Jahr 2000 kontinuierlich an. Lebten 1999 hier noch 476 700 Menschen, sind es 2010 bereits rund 517 700. Eine weitere Zunahme ist bis 2020 prognostiziert – auf 519 900.¹⁴⁶

Auch die Altersstruktur der Bevölkerung verändert sich. Allerdings zeigen die Voraussagen, dass Dresden eine bei Weitem geringere Alterung erfahren wird als die sächsische Umgebung. Lag das Medianalter, das die Bevölkerung nach ihrem Alter in zwei gleich große Gruppen teilt, im Jahr 2008 noch bei 43,1 Jahren¹⁴⁷, wird für 2025 ein Durch-

schnittsalter von 43,3 Jahren erwartet. Für die meisten Landkreise in Sachsen wird ein Medianalter von über 50 Jahren vorausgesagt.¹⁴⁸ Zudem hat Dresden nicht mit einem so hohen Männerüberschuss in der Altersgruppe der 15- bis 35-Jährigen zu kämpfen wie viele andere Regionen. Das bedeutet gleichzeitig, dass die Landeshauptstadt für Frauen, vor allem für junge Frauen, attraktiver als das Umland ist.

Abbildung 3: Weibliche und männliche Bevölkerung in Dresden 2000, 2010 und 2020



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Männliche und weibliche Bevölkerung 2000 bis 2020 nach Altersgruppen (in 1000). Gebietsstand 1. Januar 2009. Stadt Dresden. 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020. Variante 3, <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog>, verfügbar am 04.01.2010

■ 3.2 Dresden wird älter

Dennoch steigt die Zahl der Hochbetagten, die das 80. Lebensjahr überschritten haben, in den nächsten zehn Jahren in Dresden deutlich an. Waren es im Jahr 2000 noch 2,1 Prozent der Männer und 6,4 Prozent der Frauen, so werden 2020 immerhin 6,2 Prozent der Männer und 10,1 Prozent der Frauen dazu gehören.¹⁴⁹ Einerseits ist die steigende Lebenserwartung als positive Entwicklung zu sehen, die mehr Lebenszeit bedeutet und für viele mit einem Gewinn an Lebensqualität gegenüber vorangegangenen Generationen einhergeht. Andererseits ist mit dem Älterwerden der Bevölkerung auch eine Zunahme an Men-

144 <http://www.foerderland.de/1066.0.html>, verfügbar am 08.05.2010

145 <http://www.demografie.sachsen.de/5404.htm>, verfügbar am 08.05.2010

146 Statistisches Landesamt Sachsen: Bevölkerungsfortschreibung 1990 - 2008. 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020 – Variante 3

147 Landeshauptstadt Dresden. Kommunale Statistikstelle: Bevölkerung und Haushalte 2008. Dresden 2009

148 Bertelsmann Stiftung: Länderbericht Sachsen. S. 6, http://www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/laenderberichte/download/pdf/Laenderbericht_Sachsen.pdf, verfügbar am 16.05.2010

149 Statistisches Landesamt Sachsen: Bevölkerungsfortschreibung 1990 - 2008. 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020 – Variante 3

schen mit altersbedingten Behinderungen und/oder Pflegebedürftigkeit verbunden. Für Dresden ergäbe sich dann folgendes Bild: 2005 gab es auf 1000 Einwohner/-innen noch 74 Menschen mit schwerer Behinderung, 2020 sollen es bereits 81 sein.¹⁵⁰ Nach der Prognose des Statistischen Landesamtes würde die Pflegebedürftigkeit in der Landeshauptstadt Dresden seit 2005 bis zum Jahr 2020 ansteigen, und zwar bei den 65- bis 80-Jährigen um drei Prozent und bei den über 80-Jährigen um 77,5 Prozent.¹⁵¹

■ 3.3 Das Arbeitskräftepotenzial verändert sich

Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis 65 Jahre) wird sich im kommenden Jahrzehnt verringern. Befanden sich 2000 noch 73,8 Prozent der Männer und 66,9 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter, so werden es im Jahr 2020 nur noch 65,3 Prozent der Männer und 60 Prozent der Frauen sein.¹⁵² Zudem ist Dresden mit der Entwicklung im Umland verbunden, da gegenwärtig rund ein Drittel aller hier Erwerbstätigen ihren Wohnsitz in den umliegenden Landkreisen haben und täglich pendeln.¹⁵³ Allerdings zeigt eine Studie der Bertelsmann Stiftung altersabhängige Unterschiede bis 2025 auf: Dresden und Leipzig werden demnach „(...) mit mehr älteren potenziellen Erwerbstätigen planen können; deren Bedeutung für die Betriebe nimmt im ganzen Bundesgebiet zu. In den übrigen Kreisen mit Ausnahme des Alt-Kreises Meißen und den kreisfreien Städten Sachsens nimmt der Anteil dieser 45 bis 64 Jahre alten Bevölkerungsgruppe jedoch ab.“¹⁵⁴

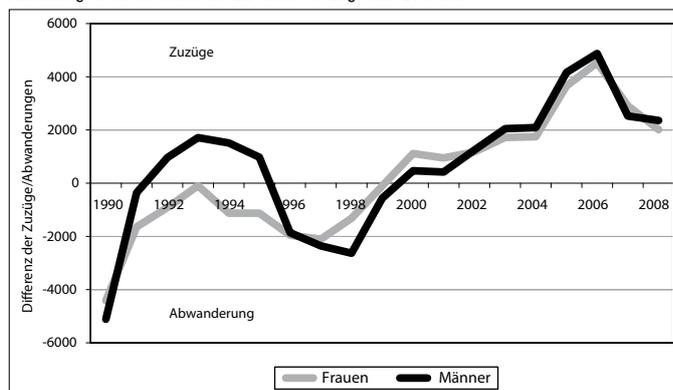
Die Prognose für Teilarbeitsmärkte kommt zu differenzierten Ergebnissen: Bei den Geringqualifizierten wird ein leichter Abbau der Arbeitslosigkeit vermutet, ohne dass steigende Personalnachfrage und demografisch bedingter Rückgang des Arbeitskräfteangebots das Arbeitslosigkeitsproblem allein lösen würden. Für Personen mit höheren Berufsabschlüssen bis hin zum Hochschulabschluss sind in einzelnen Qualifikationsanforderungen Engpässe in den Unternehmen zu erwarten. Diese stehen demnach künftig mit Firmen an anderen attraktiven Standorten im innerdeutschen Wettbewerb um die Fachkräfte.¹⁵⁵ Eine geschlechterdifferenzierte Voraussage liegt dazu leider nicht vor. Dennoch ergeben sich daraus attraktive Chancen für Frauen, da der bereits erkennbare Fachkräftebedarf im naturwissenschaftlich-technischen und Ingenieurbereich allein durch junge Männer voraussichtlich nicht gedeckt werden kann. Dies setzt allerdings voraus, dass künftig mehr Mädchen sich für eine berufliche Ausbildung oder ein Studium in diesen Fächern entscheiden. Bislang wählt die Mehrheit der Mädchen ihren Beruf nach dem klassischen Rollenbild. Die Berufsorientierung in Kombination mit guten geschlechtersensiblen Ansätzen zum Girls' Day allein scheint bisher nicht zu einer nachhaltigen Veränderung des

Berufswahlverhaltens von Mädchen zu führen. Hier sind künftig weitere Maßnahmen erforderlich.

■ 3.4 Die Stadt lockt junge Menschen an

Dresden zählt nicht nur in Sachsen zu den relativ jungen Städten, sondern auch in den neuen Bundesländern allgemein, da die Stadt aufgrund guter, verhältnismäßig stabiler Wirtschaftsentwicklung und hoher Lebensqualität im Vergleich ostdeutscher Städte junge Frauen und Männer hält und seit dem Jahr 2000 sogar anzieht. Anders als für den Freistaat als Ganzes, in dem die Abwanderungsbewegung insbesondere junger Frauen ungebrochen stark ist, lockt Dresden seit zehn Jahren mehr Menschen in die Stadt als wegziehen. Dem ist auch die positive Bevölkerungsentwicklung der Landeshauptstadt zu verdanken, denn die Geburtenzahlen allein decken bei Weitem nicht die Bevölkerungsverluste durch Tod und Wegzug. Wie die folgende Grafik zeigt, hat sich das Wanderungsverhalten von Frauen und Männern in den vergangenen Jahren weitgehend angeglichen, während die geschlechterdifferenzierten Unterschiede bis zum Jahr 2002 ausgeprägter waren.

Abbildung 4: Überschuss der Zu- und Fortzüge aus Dresden



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Zu- und Fortzüge von Frauen und Männern über die Gebietsgrenze 1990 bis 2008. Stadt Dresden. Gebietsstand 1. Januar 2010. Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 17.08.2010

Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung unter dem Titel „www.wegweiser-kommune.de“ vom Januar 2006 gehört Dresden zu den Großstädten, die aufgrund ihrer Attraktivität in hohem Maße Bildungswanderer und Berufseinsteiger/-innen, insbesondere in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, anziehen. Der entspannte Wohnungsmarkt trägt ebenso zu diesem Trend bei, da er Re-Urbanisierungstendenzen unterstützt. Wohnen in der Stadt wurde in den vergangenen Jahren gerade für junge Familien mit Kindern wieder attraktiv und finanziell erschwinglich.¹⁵⁶ Interessant ist ein Blick auf die Wanderungsbewegungen: Woher kamen die Menschen, die 2008 nach Dresden zogen?

150 Sächsisches Staatsministerium für Soziales: 4. Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Anzahl der schwerbehinderten Menschen am 31.12.2005 in der Landeshauptstadt Dresden. Dresden 2009. S. 38 - 39

151 Sächsisches Staatsministerium für Soziales: Sächsischer Seniorenbericht 2009. Dresden 2009. S. 139

152 Statistisches Landesamt Sachsen: Quoten zum Erwerbsleben in der Stadt Dresden 2005 bis 2008 nach Geschlecht. Ergebnisse des Mikrozensus. Gebietsstand 1. Januar 2009. Kamenz 2010

153 Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden: Zusammenfassung Arbeitsmarkt Dresden im demografischen Wandel. Gutachten im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden. Dresden 2007. S. 1

154 Bertelsmann Stiftung: www.wegweiser-kommune.de / Demografietypp G6: Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotentialen. S. 3, http://www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/demografietyppen/download/pdf/C1-G6_lfd6.pdf, verfügbar am 16.05.2010

155 Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden: Zusammenfassung Arbeitsmarkt Dresden im demografischen Wandel. Gutachten im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden. Dresden 2007. S. 2

156 Bertelsmann Stiftung: Länderbericht Sachsen. S. 2, http://www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/laenderberichte/download/pdf/Laenderbericht_Sachsen.pdf, verfügbar am 16.05.2010

Tabelle 14: Zuzüge von Frauen und Männern

Zuzüge	Sachsen (in %)	alte Bundesländer und Berlin (in %)	neue Bundesländer (in %)	Ausland (in %)	gesamt
Männer	6202 (44,4)	3010 (21,5)	2258 (16,2)	2508 (17,9)	13 978
Frauen	6222 (48,0)	2846 (22,0)	1960 (15,1)	1938 (14,9)	12 966

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Zu- und Fortzüge von Frauen und Männern über die Gebietsgrenze 1990 bis 2008. Stadt Dresden. Kamenz 2010

Tabelle 15: Fortzüge von Frauen und Männern

Fortzüge	Sachsen (in %)	alte Bundesländer und Berlin (in %)	neue Bundesländer (in %)	Ausland (in %)	gesamt
Männer	4120 (35,6)	3790 (32,5)	1090 (9,4)	2620 (22,5)	11 620
Frauen	4242 (38,7)	3536 (32,3)	1109 (10,2)	2062 (18,8)	10 949

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Zu- und Fortzüge von Frauen und Männern über die Gebietsgrenze 1990 bis 2008. Stadt Dresden. Kamenz 2010

Die Zahlen von 2008 zeigen, dass 60,6 Prozent der Männer und 63,1 Prozent der Frauen, die nach Dresden zogen, aus Sachsen und den anderen neuen Bundesländern kamen. Etwas mehr als ein Fünftel der Zugewanderten wohnten zuvor in den alten Bundesländern und Berlin.¹⁵⁷ Besonders hoch ist der Frauenanteil an den Zuzügen aus Sachsen, während in allen anderen Kategorien die Männer überwogen. Diese Zahlen sind für Strategien der Ansprache potenzieller Neu-Dresdner/-innen interessant, auch für die Hochschulen und Universitäten bzw. andere Bildungseinrichtungen. Es lohnt sich, mit Blick auf die Sicherung des Fachkräftepotenzials, die Werbebotschaften der Hochschulen stärker auf die jungen Frauen aus Sachsen auszurichten und frühzeitig Berufsorientierung anzubieten.

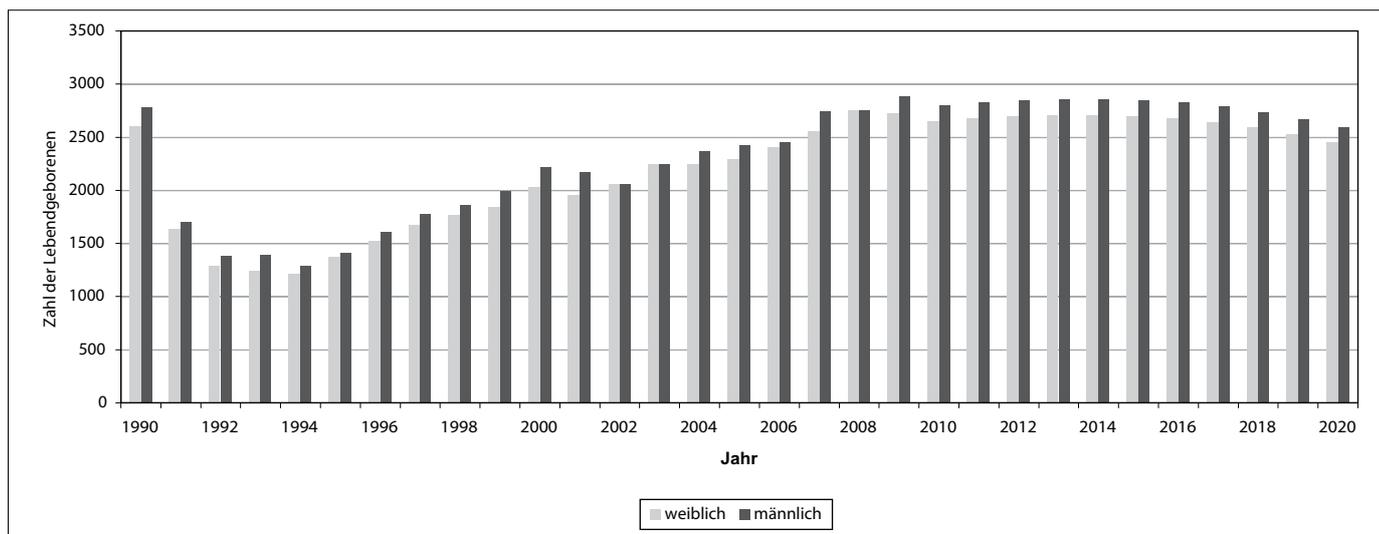
Wohin gingen die Dresdnerinnen und Dresdner 2008, wenn sie die Stadt verließen? (siehe Tabelle 15)

Knapp ein Drittel von ihnen zog in die alten Bundesländer und Berlin. 45 Prozent der Männer und knapp die Hälfte aller Frauen, die aus Dresden weggingen, zogen innerhalb der neuen Bundesländer und Sachsens um.¹⁵⁸ Frauen sind etwas stärker als die Männer auf Sachsen und die neuen Bundesländer orientiert, während etwas mehr Männer ihren Wohnsitz ins Ausland verlagerten.

3.5 Es werden mehr Kinder geboren

Zum Phänomen „Dresden als junge Stadt in den neuen Bundesländern“ trägt auch die zu erwartende leichte Steigerung der Geburtenzahlen bis zum Jahr 2016 bei. Ab 2017 wird wieder ein allmähliches Sinken der Geburtenzahlen prognostiziert, die im Jahr 2020 annähernd den Stand von 2006/07 erreichen sollen.¹⁵⁹

Abbildung 5: Geburtenentwicklung in Dresden 1990 bis 2020



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Männliche und weibliche Bevölkerung 2000 bis 2020 nach Altersgruppen. Gebietsstand 1. Januar 2009. Stadt Dresden. In: 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020. Variante 3, <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog>, verfügbar am 04.01.2010

157 Statistisches Landesamt Sachsen: Zu- und Fortzüge von Frauen und Männern über die Gebietsgrenze 1990 bis 2008, Stadt Dresden. Kamenz 2010

158 Ebenda
159 Statistisches Landesamt Sachsen: Männliche und weibliche Bevölkerung 2000 bis 2020 nach Altersgruppen. Gebietsstand 1. Januar 2009. Stadt Dresden. Kamenz 2010

In den kommenden Jahren wird vor allem die Zahl der Kinder im späteren Kindergarten- und Schulalter erheblich steigen, was für die Planung der Kindertagesbetreuung und Schulen sowie für die Jugendhilfeplanung von Bedeutung sein wird. Eine gute Versorgung steht in engem Zusammenhang mit einer hohen Lebensqualität der Heranwachsenden, aber auch ihrer Eltern. Sie wird zukünftig im Wettbewerb um hochqualifizierte Arbeitskräfte weiter an Bedeutung gewinnen.

Tabelle 16: Prognose der Anzahl von Kindern und Jugendlichen in Dresden

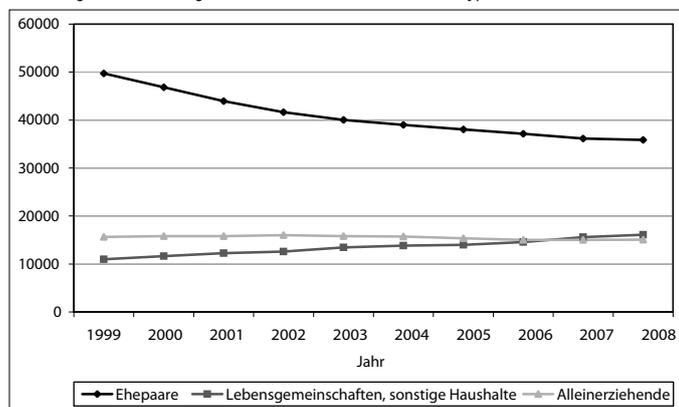
Alter	Anzahl in 1000		
	2010	2015	2020
unter 5	24,8	26,1	24,9
5 bis 10	20,7	23,2	24,1
10 bis 15	17,0	20,0	22,1
15 bis 20	13,7	17,6	20,5

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Bevölkerungsfortschreibung 1990 - 2008. 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020. Variante 3, <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog>, verfügbar am 04.01.2010

3.6 Familienkonstellationen im Umbruch

Ähnlich wie die Altersstruktur verändern sich auch Familienstrukturen und Wohnformen. Die Konstellationen, in denen Mädchen und Jungen aufwachsen, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewandelt. Der Anteil jener Kinder, welche bei verheirateten Eltern leben, sinkt stetig. Immer mehr Kinder gehören zu Lebensgemeinschaften. Die Zahl der Kinder in Einelternhaushalten bleibt in Dresden seit mehr als zehn Jahren weitestgehend konstant. Deutlich wird das in der folgenden Darstellung:

Abbildung 6: Entwicklung der Kinderanzahl nach Haushaltstyp 1999 bis 2008

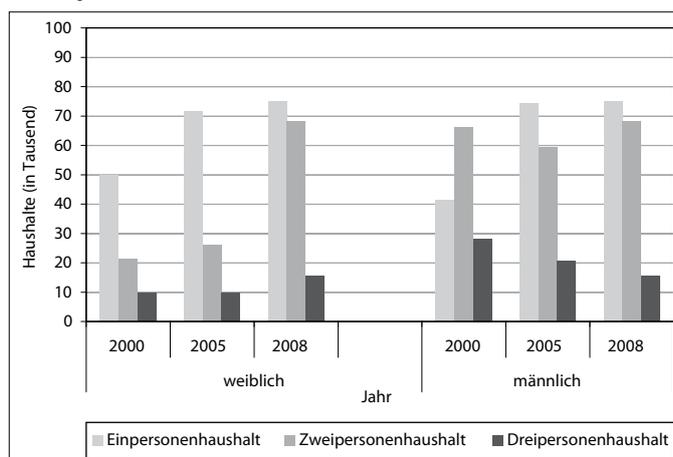


Quelle: Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle: Statistische Mitteilungen. Bevölkerung und Haushalte 2008. Dresden 2009. S. 45

Die Zahl der Single-Haushalte ist sowohl bei Männern als auch Frauen in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Im Jahr 2000 lebten in Dresden zirka 41 200 Männer und rund 50 000 Frauen in einem Einpersonenhaushalt. Im Jahr 2008 waren es bereits 75 000 Männer und 72 900 Frauen. Umgekehrt war die Zahl der Drei- und Vierpersonenhaushalte rückläufig. Auch die Zahl der Männer, die ohne Kinder im Haushalt lebten, wuchs rasant: von etwa 113 200 im Jahr 2000 auf 151 100 im Jahr 2008. Bei den Frauen war ebenfalls ein

deutlicher Anstieg zu verzeichnen, allerdings weniger gravierend: von 123 000 im Jahr 2000 auf 149 600 im Jahr 2008.¹⁶⁰

Abbildung 7: Haushaltsformen von Frauen und Männern 2000 bis 2008



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Haushalte in der Kreisfreien Stadt Dresden 1991 - 2009 nach Haushaltsgröße und Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers (in Tausend). Ergebnisse des Mikrozensus (Gebietsstand 01.01.2010). Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 13.08.2010

3.7 Fazit

Für Dresden ergibt sich zusammenfassend ein sehr differenziertes Bild mit zahlreichen Tendenzen, die positiver ausfallen als im sächsischen Umland. Dies darf jedoch nicht dazu führen, sich den Anforderungen des Wandels nicht oder nur partiell zu stellen. Auf Teile der anstehenden Aufgaben wird mit dieser Publikation vertiefend eingegangen.

Benigna Jakisch, Dr. Kristina Wopat

Handlungsbedarf in Dresden

- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen, Diensten und in Gremien der Kommunalpolitik
- bedarfsgerechter Ausbau und Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung
- spürbare Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher in Kindertageseinrichtungen
- konsequentere Umsetzung einer familienfreundlichen Stadtplanung und Ausgestaltung von Mobilität
- bedarfsgerechte Entwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stärkung der geschlechtersensiblen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe
- verbesserte Ausgestaltung einer prozessorientierten geschlechtersensiblen Berufsorientierung durch alle Leistungserbringer
- Stärkung des Girls' Day und Boys' Day sowie verbesserte Verzahnung mit anderen Angeboten der Berufsorientierung
- Einrichtung eines „Welcome-Centers“ für Fachkräfte, welches nach einem geschlechtersensiblen Konzept arbeitet
- Schaffung von passgenaueren Qualifikationsangeboten für Mütter und Väter in Elternzeit

160 Statistisches Landesamt Sachsen: Bevölkerungsfortschreibung 1990 - 2008. 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020 - Variante 3

- systematische kommunale Sensibilisierungsmaßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von Elternzeit für Väter in Unternehmen durch das Amt für Wirtschaftsförderung und weitere Institutionen
- bedarfsgerechter Ausbau und Sicherstellung der Pflegekapazitäten für ältere Menschen
- Information über das Recht auf gleichgeschlechtliche Pflege innerhalb der öffentlichen und freien Senioren- und Pflegeberatung sowie innerhalb der städtischen Cultus gGmbH
- Umsetzung des Rechts auf gleichgeschlechtliche Pflege nach SGB XI in der städtischen Cultus gGmbH als Qualitätsstandard
- Einflussnahme auf die Bekanntmachung und/oder Umsetzung des Rechts auf gleichgeschlechtliche Pflege bei den verschiedenen Leistungsträgern und Aufsichtsbehörden durch das Sozialamt
- Ausbau der Angebote für sinnstiftende ehrenamtliche Mitarbeit von älteren Frauen und Männern sowie weitere Verbesserung des Images ehrenamtlicher Arbeit

4. Verankert: Geschlechterbewusste Pädagogik in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Horten

Das Geschlecht stellt in der Gesellschaft eine biologische und eine soziale Kategorie dar. An die Geschlechtszugehörigkeit sind eine Vielzahl von Erwartungen und Zuschreibungen geknüpft. Kinder nehmen die Differenzierungen in der sozialen Umwelt sehr zeitig wahr und verarbeiten sie. Noch bevor die Kleinen wissen, ob sie ein Mädchen oder Junge sind, machen sie mit der unterschiedlichen Behandlung durch Bezugspersonen erste geschlechtsspezifische Erfahrungen. Das Kind erkennt mit der Zeit die Aufteilung der Menschen in zwei Geschlechter und lernt, dass Geschlechtszugehörigkeit nicht variabel und mit bestimmten Merkmalen versehen ist. Dabei erwirbt der heranwachsende Mensch positive und negative Einstellungen zu den Merkmalen und Geschlechtergruppen und verhält sich mehr oder weniger geschlechtstypisch. Während die biologischen Kategorien feststehen, sind andere im Laufe der Persönlichkeitsentwicklung veränderbar und bei jeder Person unterschiedlich stark ausgeprägt.¹⁶¹

■ 4.1 Entwicklungsprozesse im Vorschulalter

Kleinkinder und junge Vorschulkinder erwerben zunächst in Ansätzen die Geschlechtsidentität, d. h. sie lernen, sich korrekt als Mädchen oder Junge zu bezeichnen. Ab dieser Entwicklungsstufe beginnen sie, Interesse an Informationen über soziale Erwartungen bezüglich der Geschlechter zu zeigen. Studien konnten nachweisen, dass bereits Zwei- und Dreijährige Materialien und Spiele auswählen, welche durch Rollenstereotype, d. h. klischeehaft gefasste Vorstellungen von männlichen und weiblichen Verhaltensvorschriften, gekennzeichnet sind und ihrem Geschlecht zugeordnet werden. Dies resultiert u. a. aus der mit der Geburt beginnenden starken sozialen Betonung der Geschlechtszugehörigkeit, aus der Belohnung für geschlechtsangemessenes Verhalten durch Erwachsene, aus der bereits sehr früh einsetzenden verschiedenartigen Behandlung von Jungen und Mädchen sowie aus den noch bestehenden Unzulänglichkeiten des Denkens beim Vorschulkind. Mit ungefähr vier Jahren gelangen die Kinder zur Einsicht, dass sich das Geschlecht mit der Zeit nicht ändert. Fünf- bis Sechsjährige können verstehen, dass das Geschlecht unabhängig von Veränderungen im Aussehen, den Aktivitäten und der Kleidung immer bestehen bleibt. Vorschulkinder erweitern ständig ihr Wissen

über Geschlechtsrollenmerkmale und orientieren sich in Tätigkeiten wie der Wahl oder Ablehnung von Personen und Gegenständen an der Geschlechtsangemessenheit. Rollenkonzepte bilden für sie Schemata, mit denen sich Informationen aus der sozialen Umwelt organisieren und strukturieren lassen. Aufgrund des noch nicht ausgereiften Denkvermögens (Zentrierung, geringe Klassifikationsfähigkeiten und Absolutismus) fassen sie Stereotype und geschlechtsbezogene Einstellungen sehr eng. So wie sie begreifen, dass eine Person nur männlich oder weiblich sein kann, ordnen sie bestimmte Einstellungen und Verhaltensweisen ausschließlich dem einen oder anderen Geschlecht zu. So entwickeln sich die gefassten Vorstellungen zu Verhaltensvorschriften, welche sie starr auf sich und Gleichaltrige beziehen. Mit vier bis fünf Jahren kennen die Heranwachsenden Klischees zu geschlechtsspezifischem Aussehen und ordnen Berufe stereotyp dem einen oder anderen Geschlecht zu. Ab etwa fünf Jahren erwerben sie das Wissen zu Rollenbildern hinsichtlich Sozialverhalten und Persönlichkeit. Jungen werden als groß, laut, aggressiv und kompetent; Mädchen hingegen als klein, ruhig, gefühlvoll und gehorsam angesehen.¹⁶² Zu den Ursachen, warum Klischees von Persönlichkeitsmerkmalen und Sozialverhalten in einer späteren Entwicklungsstufe erlernt werden als Schemata hinsichtlich Berufen und Aussehen, zählt der Umstand, dass geschlechtsspezifische Verhaltensweisen weniger deutlich sichtbar sind als Unterschiede im Aussehen, Beruf oder Spiel. Im Vorschulalter beginnen Spielkameraden, das gleiche Geschlecht vorzuziehen. Zusammenfassend kann gesagt werden: „Das Grundwissen über die in unserer Gesellschaft gegebenen Rollenerwartungen und Verhaltensdifferenzierungen von Jungen und Mädchen bzw. Männern und Frauen ist offensichtlich bis zum Ende des Vorschulalters vorhanden.“¹⁶³

■ 4.2 Mädchen und Jungen in der Kita

Jungen und Mädchen sollen vielfältige Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer individuellen Persönlichkeit in der Kindertageseinrichtung, Kindertagespflegestelle sowie im Hort erhalten. Dabei bilden diese Einrichtungen wichtige Erfahrungsfelder für die Interaktion und Kommunikation in gleich- und gemischtgeschlechtlichen Gruppen sowie in solchen, in denen sich Kinder selbst organisiert zusammenfinden. Sie bieten Anregungen für Mädchen und Jungen mit vielfältigen Mög-

161 Hanns Martin Trautner: Entwicklung der Geschlechtstypisierung. In: Manfred Markelka; Bernhard Nauck (Hrsg.): Handbuch der Kindheitsforschung. Berlin 1993. S. 289 - 291; Paul Henry Mussen; John Conger; Kagan Janeway; Huston Jerome; Carol Aletha: Lehrbuch der Kinderpsychologie. Band 2. Stuttgart 1993. S. 13 - 46

162 Hanns Martin Trautner: Entwicklung der Geschlechtstypisierung. In: Manfred Markelka; Bernhard Nauck (Hrsg.): Handbuch der Kindheitsforschung. Berlin 1993. S. 289 - 291

163 Ebenda, S. 298

lichkeiten zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit und individuellen Geschlechtsidentität. Eine Aufgabe der Kindertageseinrichtung besteht darin, Mädchen und Jungen in der Entwicklung der eigenen Weiblichkeit bzw. Männlichkeit zu unterstützen und individuelle Unterschiede zuzulassen. Kinder in diesem Prozess verantwortungsvoll zu begleiten, erfordert nicht nur Wissen über die Entwicklungsphasen von Mädchen und Jungen auf dem Weg zu ihrer eigenen Identität, es erfordert auch eine Reflexion der Bedeutung des erwachsenen Vorbildes und damit der eigenen persönlichen Haltungen sowie zu verinnerlichten Rollenbildern und alltäglichen Verhaltensweisen. Die Reflektion des eigenen pädagogischen Handelns ist notwendig, um überholte stereotype Zuschreibungen und Ideologien zu vermeiden.¹⁶⁴

■ 4.3 Plädoyer für eine geschlechterbewusste Pädagogik – der Sächsische Bildungsplan

Seit seiner Einführung im Januar 2007 ist der Sächsische Bildungsplan eine verbindliche Arbeitsgrundlage für die Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Horte im Freistaat. Ihm liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Kinder innerhalb gesellschaftlich vorgegebener Bedingungen aufwachsen und dass die unterschiedliche, entlang von Geschlechtsrollenstereotypen verlaufende Wahrnehmung von Mädchen und Jungen auch die Interaktionsabläufe zwischen Erzieher/-innen und Kindern beeinflusst.¹⁶⁵ Der Sächsische Bildungsplan fordert und fördert die gleichwertige und gleichberechtigte Entwicklung von Mädchen und Jungen und beschreibt dies als Querschnittsaufgabe. Er definiert dabei zwei Prinzipien für eine geschlechterbewusste pädagogische Grundhaltung:

- „Im Vergleich der Geschlechter sind die Gemeinsamkeiten bei der Intelligenz, den Begabungen, Fähigkeiten und anderen Persönlichkeitsmerkmalen größer als die Unterschiede. Die Unterschiede werden mit Wertschätzung behandelt. Sie fordern bildungs- und erziehungszielorientiert geschlechterdifferenzierte Ansätze.“¹⁶⁶
- „Das soziale Geschlecht ist kein stabiles Persönlichkeitsmerkmal. Es ist das Ergebnis sozialer Interaktionen und somit flexibel und veränderbar. Beide Geschlechter werden durch Stereotypisierungen und pädagogische Praktiken, die ihnen nicht gerecht werden, benachteiligt. Es besteht die Gefahr, dass Entwicklungspotenziale eingeschränkt werden.“¹⁶⁷

Einer geschlechterreflektierenden pädagogischen Perspektive geht es dabei „(...) weder um Rollentausch noch um vermeintliche Gleichmacherei von Mädchen und Jungen. Ziel ist, Mädchen und Jungen eine Vielfalt von geschlechtlichen Ausdrucksmöglichkeiten anzubieten und sie in ihrem Eigen-Sinn zu fördern, statt sie auf das zu reduzieren, was gerade als typisch männlich und typisch weiblich gilt.“¹⁶⁸ Die sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten bei der Umsetzung sind

ebenso klar beschrieben. Sie umfassen die Vermittlung von Wissen, die kritische Reflexion des eigenen Verständnisses und Verhaltens sowie den fachlichen Dialog. Die Umsetzung des Bildungsplans und einer geschlechterbewussten Pädagogik unterliegt bei öffentlichen und freien Trägern den gleichen Prämissen.

■ 4.4 Geschlechterbewusste Fachplanung umsetzen

Die „Fortschreibung des Fachplans Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2010/2011“ definiert die Erhöhung der Geschlechtersensibilität als Querschnittsaufgabe. Sie soll den gesamten Planungsprozess und die Konzeption der Kindertageseinrichtung bestimmen. Dabei werden folgende Handlungsnotwendigkeiten formuliert:¹⁶⁹

- Erhöhung der Bereitschaft der Fachkräfte, neue Perspektiven in der geschlechterbewussten Arbeit zuzulassen, Selbstreflexion, Teamreflexion, Unterstützung des Prozesses durch die Fachberatung
- Auseinandersetzung der Fachkräfte mit dem eigenen Berufsbild sowie verinnerlichten Werten und Normen, Überprüfung der Alltagspraxis
- Diskussion neuer Arbeitsstrukturen mit den Fachkräften und den Fachberaterinnen und Fachberatern zur Verbesserung der Reflexion des eigenen pädagogischen Handelns
- gezielte und systematische Beobachtung sowie Dokumentation von Lern- und Entwicklungsprozessen, auch in Zusammenhang mit der Herausbildung einer individuellen Geschlechtsidentität
- Verbesserung der Zusammenarbeit mit Müttern und Vätern, Dialog über geschlechterbewusste Ansätze und Entwicklung einer Perspektive für die differenzierten Bedarfe von Müttern und Vätern

Wenn es gelingt, die Väter verstärkt in die Elternarbeit und in Aktivitäten mit ihren Kindern einzubeziehen, können die Kindertagesstätten, Kindertagespflegestellen und Horte einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung eines positiven Vater-Kind-Verhältnisses leisten.

■ 4.5 Männer in der pädagogischen Arbeit

Manche schwierigen Verhaltensweisen von Jungen hängen damit zusammen, dass sie beweisen wollen, wie männlich sie sind – wobei sie viel zu wenig darüber wissen, wie Männer wirklich sind; nämlich durchaus nicht immer stark, überlegen, erfolgreich und ohne Angst.¹⁷⁰ Um das herauszufinden, brauchen sie mehr Männer in ihrem Alltag, mit denen sie die ganze Bandbreite menschlicher Gefühle und Verhaltensweisen erleben könnten.¹⁷¹ Umgekehrt benötigen Mädchen auch Männer im Prozess des Aufwachsens. Sie werden selbstbewusster, wenn sie von ihren Vätern und anderen Männern ernst genommen und unterstützt werden. Auf den Punkt gebracht: Einen partnerschaftlichen Umgang, in dem Frauen und Männer einander mit Wertschätzung und Respekt begegnen, können Mädchen und Jungen nur dann erlernen,

164 Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2010/11. S. 60

165 Sächsischer Bildungsplan. S. 29, http://www.slfs.sachsen.de/lja/service/pdf/lja_sms_bildungsplan_kita_06.pdf, verfügbar am 07.07.2010

166 Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Zuarbeit des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen per Brief vom 10.11.2009

167 Sächsischer Bildungsplan. S. 36, http://www.slfs.sachsen.de/lja/service/pdf/lja_sms_bildungsplan_kita_06.pdf, verfügbar am 07.07.2010; Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Zuarbeit des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen per Brief vom 10.11.2009

168 Sächsischer Bildungsplan, S. 30, http://www.slfs.sachsen.de/lja/service/pdf/lja_sms_bildungsplan_kita_06.pdf, verfügbar am 07.07.2010

169 Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2010/11. S. 60 - 62

170 Tim Rohrmann: Wofür ein Mann gebraucht wird... In: Kindertageseinrichtungen aktuell KiTa spezial Nr. 2/2001. S. 35 - 38. überarbeitete Fassung von 2005, <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1352.html>, verfügbar am 07.07.2010

171 Tim Rohrmann: Echte Kerle. Jungen und ihre Helden. Reinbek 2001

wenn sie diesen in ihrem Alltag auch erleben.¹⁷² Für eine professionelle geschlechterbewusste Arbeit kommt also einem (möglichst) ausgewogenen Verhältnis von weiblichen und männlichen Vorbildern große Bedeutung zu. Deutschlandweit liegt der Anteil männlicher pädagogischer Fachkräfte gegenwärtig bei rund 2,4 Prozent.¹⁷³ Dabei existieren jedoch große regionale Unterschiede. Auch in Dresden ist eine paritätische Besetzung der Teams längst noch nicht erreicht, obwohl einige Fortschritte zu verzeichnen sind. So vervierfachte sich die Anzahl männlicher Fachkräfte im Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen in den Jahren 2005 bis 2008 von zwölf auf 45 Personen. Gleichzeitig verdoppelte sich die Zahl männlicher Tagespflegepersonen von vier auf acht.

Tabelle 17: Anzahl der Erzieherinnen und Erzieher im Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen sowie der Tagespflegepersonen

Erzieher/-innen	gesamt	Frauen	Männer
07/2005	1267	1255	12
07/2008	1379	1334	45
Tagespflegepersonen	gesamt	Frauen	Männer
12/2005	209	205	4
12/2008	294	286	8

Quelle: Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Zuarbeit des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen per Brief vom 10.11.2009

Eine Befragung der freien Träger in Dresden 2008 ergab, dass sich unter den 1540 pädagogischen Fachkräften 110 männliche Erzieher befanden. Von ihnen arbeiteten 60 in Horten, 45 in Kindergärten sowie fünf in Kinderkrippen. Da sich nicht alle freien Träger an der Befragung beteiligten, bilden diese Zahlen nur einen Ausschnitt der städtischen Realität ab.¹⁷⁴ Vergleicht man die Anteile der männlichen Erzieher, wird trotz der ungenauen Datenbasis sichtbar, dass der Männeranteil bei freien Trägern heute bereits wesentlich höher ist als beim öffentlichen. Dies könnte ein Indiz dafür liefern, dass die geschlechterbewusste Pädagogik bei freien Trägern weiter vorangeschritten ist. Dafür bedarf es jedoch weiterer Untersuchungen und keiner vorzeitigen Rückschlüsse.

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Fachkräften in Kindertagesstätten, Kindertagespflegestellen und Horten allein bildet noch keinen Garanten einer geschlechterbewussten Pädagogik, jedoch eine der Voraussetzungen, um voll zum Tragen zu kommen. Erzieher in den Dresdner Einrichtungen berichten von Vorbehalten gegenüber ihrer Fachlichkeit und Kompetenz seitens der Leiterinnen, Kolleginnen und Eltern sowie von der Zuweisung traditioneller Tätigkeiten (Holzwerkstatt, Fußball-AG usw.), teilweise auch mit berufsfremden Charakter (Ersatz des Hausmeisters), bis hin zum Mobbing in zuvor langjährigen Frauentams. Diese Erfahrungen stellen Indikatoren dafür dar, dass geschlechterreflektierendes Arbeiten als Grundlage einer geschlechterbewussten Pädagogik noch längst nicht flächendeckend Einzug in die erzieherische Praxis gehalten hat, selbst dann nicht, wenn in einer steigenden Anzahl von Einrichtungen gemischte Teams arbeiten. Daher gehören diese Themen in Teamge-

sprächen, Fachberatungen und Fortbildungen immer wieder auf die Tagesordnung und in den Alltag. Um den Beruf des Erziehers dauerhaft attraktiver zu machen und mehr Männer für einen pädagogischen Beruf zu gewinnen, initiierte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gemeinsam mit dem Europäischen Sozialfonds, im Sommer 2010 das auf drei Jahre angelegte Modellprogramm „Mehr Männer in Kitas“. Es sollen dabei in mindestens zehn Modellregionen innovative Strategien und Wege erprobt werden. Da zu Redaktionsschluss die Bewerbungsfrist für Träger oder deren Verbände noch lief, bleibt abzuwarten, ob die Landeshauptstadt Dresden in die nähere Auswahl kommt.

■ 4.6 Kritisch betrachtet

Die Fortbildungskonzeption des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen ist eine sehr moderne und subjektorientierte. Denn sie sieht in der Erwachsenenbildung das eigenmotivierte lebenslange Lernen und Erfahrungslernen als verknüpft an. Das damit zum Tragen kommende Verständnis spricht von einer selbstorganisiert lernenden Fachkraft, die ihre eigenen Lernziele und -wege bestimmt. Dieser Ansatz durchzieht alle Qualifizierungsangebote und überträgt den Fachkräften eine hohe Verantwortung im selbstbestimmten Lernprozess. Dies ist zunächst als positiv zu bewerten. In der „Fortschreibung des Fachplans Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2010/2011“ wird u. a. als eine zentrale Aufgabenstellung die Qualifizierung des pädagogischen Personals beschrieben. So sollen beispielsweise bis Mitte 2011 alle Einrichtungsteams die berufsbegleitende Qualifizierung nach dem Curriculum zur Umsetzung des Bildungsauftrages in Sächsischen Kindertageseinrichtungen durchlaufen.¹⁷⁵ Auf Nachfrage zur Bedeutung einer geschlechterbewussten Pädagogik innerhalb dieser Qualifizierungen erhielt das Büro der Gleichstellungsbeauftragten folgende Information:

„Bei der Planung des Bildungscurriculums wurde besonders auf den Einsatz von Referentinnen und Referenten mit unterschiedlichen Spezialisierungen geachtet (z. B. Spezialisierung auf geschlechterbewusste Arbeiten in der Kindertageseinrichtung). Die Arbeit mit den Kursteilnehmer/-innen verläuft prozessorientiert, sodass die Themen abgestimmt mit den beteiligten Personen bearbeitet werden. Die Themen können je nach Interessenslage und Bedarf geändert und/oder ergänzt werden. Somit kann im Kurs auf das Thema geschlechterbewusste Pädagogik je nach Bedarf eingegangen werden.“¹⁷⁶ Zusätzlich besteht für die Beschäftigten des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen die Möglichkeit der Weiterbildung auf Grundlage eines Fort- und Weiterbildungsangebotes. Dabei können sie aus verschiedenen Sparten wählen und zusätzlichen Bedarf artikulieren. In der Praxis bedeutet das, dass Fachkräfte auch hier angehalten sind, ihr Interesse am Thema geschlechterbewusste Pädagogik explizit als „individuellen Bedarf“ zu benennen.¹⁷⁷ In der Vergangenheit geschah dies nur sehr selten.¹⁷⁸ Darüber hinaus ist es für pädagogische Fachkräfte möglich, sich durch den Besuch von Einzelfortbildungen bei externen Bildungsträgern zu qualifizieren. So wurden 2009 „(...) zum Beispiel folgende

172 Tim Rohrmann: Wofür ein Mann gebraucht wird... In: Kindertageseinrichtungen aktuell KiTa spezial Nr. 2/2001. S. 35 - 38. überarbeitete Fassung von 2005, <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1352.html>, verfügbar am 07.07.2010

173 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): ESF-Modellprogramm „Mehr Männer in Kitas“. Förderleitlinien. Juli 2010. S. 3

174 Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Zuarbeit des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen per Brief vom 10.11.2009

175 Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Fortbildungskonzeption des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen vom Januar 2010, Bildungscurriculum

176 Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Zuarbeit des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen per E-Mail vom 07.07.2010

177 Ebenda, organisatorische Hinweise

178 Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Aussagen des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen am 07.07.2010

Fortbildungen von einzelnen Beschäftigten im Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen in Anspruch genommen:

- ‚Jungen sind anders, Mädchen auch‘ (geschlechtergerechte Erziehung) und
- Männliche Erzieher in Kindertageseinrichtungen.“¹⁷⁹

Da geschlechtersensible Arbeit allgemein ein Feld darstellt, dessen Notwendigkeit häufig von den Akteuren/Akteurinnen unterschätzt wird und für viele Fachkräfte eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschlechterrolle unbekannt und problematisch erscheint, verwundert diese dem Vernehmen nach nur sehr geringe und möglicherweise auf Jungen fokussierte Beschäftigung mit geschlechterbewusster Arbeit nicht. Es liegt im Thema selbst begründet, dass der fortschrittliche Ansatz der Fortbildungskonzeption ohne gezielte Steuerung schnell an seine Grenzen gerät. Somit besteht die Gefahr, dass einer Qualifizierung zu geschlechterbewusster Pädagogik nicht die vorgesehene Praxisbedeutung zukommt, sodass die klaren Aussagen im Bildungsplan und in der Fortschreibung des Fachplans Bekenntnisse bleiben. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn auch bei einer Bedarfsabfrage 2010 benannten die Einrichtungsteams die Themen „geschlechtsspezifische Erziehung“, „geschlechtsbezogene Arbeit“ und „geschlechterbewusste Pädagogik“ nur ab und zu.

Claudia Joseit, Kristina Winkler

■ Handlungsbedarf in Dresden

- konsequente Umsetzung der Maßgaben des Sächsischen Bildungsplans und der „Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2010/2011“ zur Verankerung geschlechtersensibler Arbeit als Querschnittsaufgabe in allen Einrichtungen
- Auseinandersetzung mit dem Ansatz der Fortbildungskonzeption zu deren Anwendbarkeit im Bereich geschlechterbewusster Arbeit, Ableitung und Umsetzung des entsprechenden Handlungsbedarfs
- spürbare Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher in Kindertageseinrichtungen
- regelmäßiger Austausch in Teamgesprächen, mit der Fachberatung und in Fortbildungen zu Chancen und Problemlagen gemischtgeschlechtlicher Teams
- Entwicklung einer geschlechtersensiblen Elternarbeit
- Stärkung des Girls‘ Day und Boys‘ Day und verbesserte Verzahnung mit anderen Angeboten der Berufsorientierung
- Umfangs- und Qualitätsintensivierung von Programmen zur Interessenförderung mathematisch-technischer Berufe bei Mädchen und sozial-geisteswissenschaftlicher Tätigkeitsfelder bei Jungen

179 Landeshauptstadt Dresden. Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen: Zuarbeit des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen per E-Mail vom 07.07.2010

5. Beschwerlich: Der Weg zu einer geschlechtersensiblen Schule

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 36 917 Dresdner Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule (ohne zweiten Bildungsweg), davon 48,6 Prozent Mädchen und 51,4 Prozent Jungen.¹⁸⁰ Die Zahl der Lernenden verteilte sich auf die Schularten:

Tabelle 18: Anzahl der Jungen und Mädchen an Dresdner Schulen*

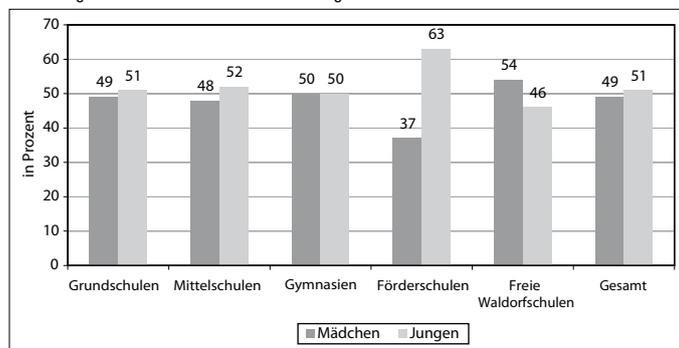
Schulart	Jungen	Mädchen
Grundschule	7549	7296
Mittelschule	4055	3755
Gymnasium	5548	5612
Förderschulen	1479	890
Freie Waldorfschulen	336	397

* Stand Schuljahr 2009/10

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 im Freistaat Sachsen und in der Stadt Dresden nach Schularten. Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 01.12.2009

Die Angaben belegen eine relative Gleichverteilung von Mädchen und Jungen insgesamt an Dresdner Schulen. Die geschlechterdifferenzierten Anteile der Lernenden liegen zwischen 46 und 54 Prozent. Einzige Ausnahme bilden die Förderschulen, hier beträgt der Jungenanteil rund zwei Drittel (63 Prozent).¹⁸¹

Abbildung 8: Anteile der Mädchen und Jungen an Dresdner Schulen*

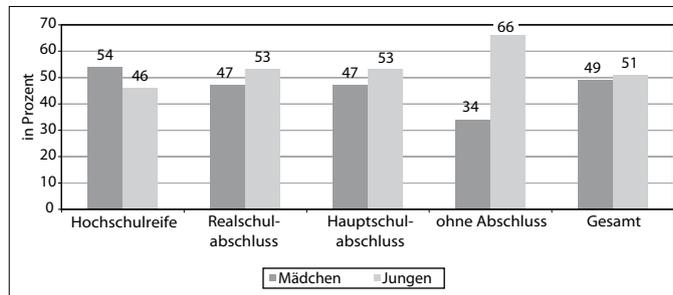


* Stand Schuljahr 2009/10

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 im Freistaat Sachsen und in der Stadt Dresden nach Schularten. Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 01.12.2009

Im Jahr 2009 verließen in der Landeshauptstadt Dresden 3403 Jugendliche (49 Prozent Mädchen, 51 Prozent Jungen) die Schule. Die geschlechterdifferenzierte Betrachtung der Schulabschlüsse zeigt, dass Jungen einen Anteil von jeweils 53 Prozent an den Haupt- und Realschulabschlüssen stellen, während 54 Prozent der Abgänger mit allgemeiner Hochschulreife Mädchen sind. Auffällig ist der hohe Anteil von Jungen, welche die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen: Dort sind zwei Drittel männlich (66 Prozent). Insgesamt acht Prozent aller Jugendlichen verlassen die Schule ohne; sieben Prozent mit Hauptschulabschluss. Einen Realschulabschluss erreichten 40 Prozent des Abschlussjahrganges, 45 Prozent erhielten die allgemeine Hochschulreife.

Abbildung 9: Anteil der Mädchen und Jungen nach erreichtem Abschluss*



* Stand Schuljahr 2008/09

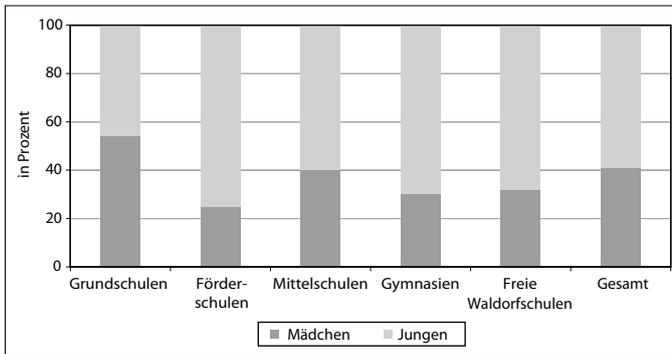
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Absolventen/Abgänger an allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges 2009 im Freistaat Sachsen und der Stadt Dresden nach Abschlussarten und Schularten. Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 01.12.2009

Eine Klasse wiederholt haben 2009 in Dresden 669 Schülerinnen und Schüler (41 Prozent Mädchen, 59 Prozent Jungen). Gemessen an der Gesamtheit sind das 1,8 Prozent aller Lernenden. An Mittelschulen, Gymnasien, Förderschulen und Freien Waldorfschulen nahmen Mädchen durchweg einen geringeren Anteil an der Anzahl der Wiederholenden ein (25 bis 40 Prozent). In den Grundschulen jedoch ergab sich ein umgekehrtes Bild, hier waren 54 Prozent der Wiederholenden Mädchen.

180 Statistisches Landesamt Sachsen: Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 01.12.2009

181 Ebenda

Abbildung 10: Wiederholende Mädchen und Jungen*



* Stand Schuljahr 2009/10

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Wiederholer an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 im Freistaat Sachsen und in der Stadt Dresden nach Schularten. Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 01.12.2009

Die genannten Zahlen sind vor allem im landesweiten Vergleich interessant. So stimmt die Verteilung der Mädchen und Jungen auf die verschiedenen Schularten in Sachsen mit der an Dresdner Schulen überein. Im Freistaat beträgt der Anteil an Abgängerinnen und Abgängern ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss 18 Prozent, in Dresden sind es nur 15 Prozent. Die Anzahl der Absolventen/Absolventinnen mit allgemeiner Hochschulreife hingegen liegt in Dresden höher (45 Prozent) als im sächsischen Durchschnitt (39 Prozent). Die geschlechterdifferenzierte Verteilung von Absolventen/Absolventinnen im Freistaat ähnelt weitgehend derjenigen in Dresden. Die hohe Zahl von Jungen ohne Schulabschluss indes stimmt nachdenklich: In Sachsen stellen sie einen Anteil von 61 Prozent, in Dresden sogar 65 Prozent. So wird bei der genauen Analyse deutlich, dass elf Prozent der Jungen in Sachsen, knapp darunter neun Prozent der Jungen in Dresden, die Schule ohne Abschluss verlassen (Mädchen: sieben Prozent in Sachsen bzw. fünf Prozent in Dresden). Diese alarmierenden Zahlen zeugen von dringendem Handlungsbedarf, wenn in Dresden fast jeder zehnte Junge und jedes 20. Mädchen die Schule ohne Abschluss verlässt. Bei den Hauptschulabschlüssen ist die Verteilung zwischen Jungen und Mädchen (53 Prozent Jungen zu 47 Prozent Mädchen) in der Stadt ausgewogener als im sächsischen Durchschnitt (60 Prozent Jungen zu 40 Prozent Mädchen).

Da die Landeshauptstadt Dresden bei den Schulen nur bedingte Gestaltungshoheit besitzt, sollen im vorliegenden Bericht zur Gleichstellung 2010 vor allem diejenigen Faktoren und Felder angerissen werden, auf welche die Kommune Einfluss nehmen kann. Lehrpläne, Methodik des Unterrichts sowie Ausbildung der Lehrkräfte zum geschlechtersensiblen Unterrichten entziehen sich ihrem Zugriff. Obwohl diese Größen wesentliche Faktoren beinhalten, die Mädchen und Jungen benachteiligen bzw. fördern, kann daher darauf nicht differenziert eingegangen werden. Im Schwerpunkt bestehen kommunale Handlungsansätze zur geschlechtersensiblen Gestaltung von schulischen Prozessen nur über die Schulsozialarbeit und Kooperationsprojekte mit freien Trägern. Darüber hinaus können in der Zusammenarbeit der geschlechtersensibel arbeitenden Dresdner Jugend- bzw. Frauen- und Männereinrichtungen mit dem Sächsischen Bildungsinstitut Erfahrungen und Perspektiven der geschlechtersensiblen Gestaltung pädagogischer Arbeit lang- und mittelfristig in Schulversuche und in die Fortbildung der Lehrenden sowie Schulleitungen einfließen.

■ 5.1 Fehlende Rollenvorbilder in allen Schularten

Für die Identitätsentwicklung und Rollenfindung der Mädchen und Jungen ist es unablässig, beide Geschlechter als Lehrkräfte zu erfahren. Aus der Perspektive einer geschlechtergerechten Bildung sieht daher die Personalsituation an den Dresdner Grundschulen am problematischsten aus, da dort beispielsweise im Schuljahr 2009/10 insgesamt 93,3 Prozent der Lehrenden Frauen waren. An manchen Dresdner Grundschulen unterrichten sogar ausschließlich Lehrerinnen. Die Situation an weiterführenden Schulen stellt sich ähnlich unausgewogen dar (Frauenanteil an Mittelschulen 75,6 Prozent, an Förderschulen 89,3 Prozent, an Gymnasien 72,8 Prozent)¹⁸². Darüber hinaus verkörpern die Lehrpersonen Geschlechtsrollenstereotype, indem Sprachen überwiegend Frauen unterrichten und die Lehrer größtenteils in Mathematik und Naturwissenschaften sowie häufiger in Leitungsfunktionen vertreten sind. Diese Konstellation wird sich nur langfristig verändern lassen. Umso wichtiger ist es, in der Berufsorientierung gezielt Jungen für den Lehrerberuf, besonders auch an Grundschulen, zu gewinnen, um für künftige Generationen bessere Voraussetzungen zu gestalten. Mit dem Boys' Day, bei dem Jungen die Möglichkeit haben, für Männer „untypische“ Berufe kennenzulernen und unter sozialpädagogischer Anleitung über berufliche Perspektiven in bisher „mädchentypischen“ Bereichen nachzudenken, hat die Landeshauptstadt Dresden ein bundesweit beachtetes Signal gesetzt.

■ 5.2 Problemlagen aus Sicht der Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit wird an Dresdens Schulen unterschiedlich gestaltet. Angebote der Schulsozialarbeit werden von freien Trägern umgesetzt, aber vom Jugendamt finanziert sowie fachlich begleitet.¹⁸³ Aktuell sind in der Landeshauptstadt Schulsozialarbeiter/-innen an elf Schulen (eine Grundschule, eine Förderschule, neun Mittelschulen) im Einsatz.¹⁸⁴ Diese sind für alle Schülerinnen und Schüler Ansprechpartner/-innen bei Problemen, suchen mit ihnen nach Lösungsmöglichkeiten oder vermitteln gegebenenfalls Kontakte zu weiteren Jugendhilfeeinrichtungen oder -beratungsstellen. Neben der alltäglichen Arbeit bieten sie vielfältige Projekte in Kooperation zwischen freien Trägern und Schulen an. Diese Projekte umfassen Einzel- und Gruppenangebote speziell für Mädchen oder Jungen. Meist werden sie als Projektstage oder einzelne bzw. regelmäßige Veranstaltungen nachmittags abgehalten. Beispielsweise existieren Mädchentreffs, Klettergruppen für Jungen, thematische Projekte zu Sexualität oder ergänzende Angebote zum Girls' Day und Boys' Day.

Aus verschiedenen Trägern der Schulsozialarbeit und weiterer Einrichtungen hat sich die „AG Jugendhilfe-Schule“ (Facharbeitsgemeinschaft nach Paragraph 78 SGB VIII) gebildet, in welcher die verantwortlichen Pädagoginnen und Pädagogen zusammenarbeiten. Sie fasst ihre pädagogischen Grundsätze in Bezug auf geschlechterdifferenzierte Arbeit folgendermaßen zusammen: Um dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter gerecht zu werden, versuchen alle Träger, in paritätisch besetzten Teams an den Schulen zu arbeiten. Beratung wird somit auch, wenn gewünscht, geschlechterdifferenziert angeboten. Auch werden die Geschlechterrollen der verschiedenen Kulturkreise in der Beratung von Migrantinnen und Migranten ebenso wie besondere Pro-

182 Ebenda

183 http://www.fachkraefteportal.info/templates/tyTP_standard_large.php?topic=fkp_Schulsozialarbeit, verfügbar am 31.03.2010

184 Landeshauptstadt Dresden. Schulverwaltungsamt: Schule ist doof...aber macht schlau. Die Schullandschaft in Dresden. Dresden 2009. S. 29

blemlagen berücksichtigt.¹⁸⁵ Die „AG Jugendhilfe-Schule“ konstatiert zu den geschlechterdifferenzierten Problemlagen:

„Unterschiede in der kognitiven Entwicklung von Mädchen und Jungen finden an den Schulen bisher nicht ausreichend Beachtung. So lassen die Lehrpläne zu wenig Raum und Zeit für Bewegung. Die Möglichkeit zu Bewegung und zu Freiräumen stellt aber für Mädchen und Jungen einen wichtigen Grundstein auf dem Weg zu einer gesunden, positiven Körperentwicklung dar. Die Lehrpläne sowie die Methodik des Unterrichts sind aus Sicht der AG nicht optimal auf diese geschlechterdifferenzierten Entwicklungen abgestimmt. Auch unter dem Aspekt der steigenden verbalen und körperlichen Gewalt an Schulen ist die Raumfrage zu berücksichtigen. Vor allem Jungen als vorherrschende Verursacher der Gewaltdelikte muss mehr Raum gegeben werden, um Rücksichtnahme und Empathie zu entwickeln. Die Schulsozialarbeiter/-innen können jedoch in den vergangenen Jahren einen Anstieg der verbalen und körperlichen Gewalt auch bei Mädchen beobachten. Ebenso ist der Konsum von Alkohol und Zigaretten, Schuldistanz und -verweigerung bei Mädchen angestiegen. Mädchen müssen in der Stärkung ihres Selbstbewusstseins auch im Bereich von Körperlichkeit und -ausdruck gefördert werden. Hierfür eignen sich die z. T. schon laufenden Mädchen-AGs zu Selbstbehauptung und -verteidigung an einigen Schulen.“¹⁸⁶ Beispiele wie das Modell des offenen Unterrichts setzen aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft positive Signale: Fächerübergreifende Ziele können somit verwirklicht werden; selbstbestimmtes, angstfreies Lernen sowie die geschlechterdifferenzierte Förderung wird ermöglicht. Mädchen können durch diese Arbeitsform ihr Selbstbewusstsein stärken, Jungen sozialkompetentes Verhalten erwerben und verbessern. Wenn Mädchen und Jungen die Wahlfreiheit zwischen bestimmten Themen haben, ermöglicht man ihnen, Interessen für „geschlechtsuntypische“ Bereiche zu entwickeln und auszuleben, fernab der Klassenöffentlichkeit und dem Erwartungsdruck von Lehrenden. Freiarbeit als methodisches Prinzip kann somit Gleichstellung in der Schule unterstützen.¹⁸⁷ Mit der Einführung von Wirtschaft-Technik-Haushalt (WTH) als Unterrichtsfach sowie Neigungskursen vor einigen Jahren geht positiv einher, dass „(...) alle Schüler/-innen eine Grundausbildung in Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft im Unterricht erhalten. Aber bei den Angeboten der Schulen im Bereich der Neigungskurse stehen sehr häufig die Neigungen der Lehrerschaft im Mittelpunkt, was dazu führt, dass wenige spezifische Angebote für Jungen und Mädchen gemacht werden.“¹⁸⁸

■ 5.3 Kooperationen vor Ort – Beispiele gelungener Praxis

Mädchenprojekt MAXI des MEDEA e. V.

Im Expertinnen-Interview sagt Kathrin Bein, Diplom-Sozialpädagogin und Mitarbeiterin für Mädchenarbeit im Frauen- und Mädchengesundheitszentrum MEDEA e. V., über ihre Arbeit: „Wir bieten für Mädchen ab zehn Jahren Workshops und Kurse zu den Schwerpunkten Gesundheitsförderung, Gewaltprävention und Sexualpädagogik an. Thematisch gehen wir dabei u. a. auf Geschlechterrollen, Gleichberechtigung, weibliche Identität, aber auch auf Ernährung, Essstörungen, Verhütung, Pubertät, Gewalt, Mobbing, Konfliktlösungsstrategien, Selbstbewusst-

sein, Kinderrechte und Mitbestimmung ein.“¹⁸⁹ Ziele der pädagogischen Arbeit in geschlechtshomogenen Gruppen sind die Förderung und Stärkung der Mädchen in ihrem Gesundheitsbewusstsein und in einer gesunden Lebensweise. Gleichzeitig sollen sie bei einer selbstbestimmten Lebensplanung unterstützt werden und in der Gestaltung von zwischenmenschlichen Beziehungen Stärkung erfahren. Das Angebot gibt eine Antwort auf spezifische Problemlagen von Mädchen, die Kathrin Bein aus ihrer Erfahrung folgendermaßen beschreibt:¹⁹⁰

- Schwierigkeiten, Grenzen zu setzen
- Gewalterfahrungen (u. a. sexualisierte Gewalt, Gewalt in der Schule, Mobbing)
- gestörte Körperwahrnehmung, mangelnde Akzeptanz des weiblichen werdenden Körpers, Essstörungen und psychosomatische Störungen (Stress, Angstzustände)
- frühes Eingehen von (sexuellen) Beziehungen, häufig mit Gewalterfahrungen
- Unsicherheit im Umgang mit Sexualität, Gefühlen und körperlichen sowie seelischen Veränderungen während der Pubertät
- gesundheitliche Störungen
- gesundheitsgefährdende Lebensweise (ungesunde Ernährung, Medikamenten-, Tabak- und Alkoholkonsum)
- Angst vor gewalttätigen Übergriffen durch Fremde
- geschlechterstereotyp keine Akzeptanz eigener Aggressivität
- Leistungsdruck

Fachstelle Jungen- und Männerarbeit des Männernetzwerk Dresden e. V.

Die Fachstelle Jungen- und Männerarbeit des Männernetzwerk Dresden e. V. gestaltet Workshops und Jungengruppen an Schulen, Jungentage sowie die Rahmenveranstaltung zum Boys' Day speziell für die Zielgruppe der Jungen. Die Arbeit der Fachstelle an Schulen bezieht sich auf Sexualität, Selbstbehauptung, Pubertät, Berufsorientierung oder ähnliche jungenspezifische Themen. Im Zentrum steht die Sensibilisierung für deren Geschlechterdifferenziertheit sowie die Entwicklung sozialer Kompetenzen.¹⁹¹ Im Experten-Interview beschreibt Diplom-Soziologe Uwe Liskowsky, Mitarbeiter der Fachstelle, geschlechterdifferenzierte Problemlagen von Jungen an Dresdner Schulen:¹⁹²

- zu wenig männliche Ansprechpartner/Vorbilder, fehlende Möglichkeiten zu männlicher Geschlechtsidentifikation
- Unsicherheit im Umgang mit Sexualität und körperlichen sowie seelischen Veränderungen während der Pubertät
- gesellschaftlich veränderte männliche Rollenbilder führen zu Verunsicherung bezüglich der eigenen Geschlechtsrollenidentität, Berufs- und Lebensplanung
- Schwierigkeit, Befindlichkeiten und Gefühle zu thematisieren bzw. auszudrücken
- ein konstruktiver Umgang mit Aggressivität muss erlernt werden, um Dominanz- und Gewaltverhalten vorzubeugen

185 AG Jugendhilfe-Schule: Zuarbeit der AG Jugendhilfe-Schule per Brief vom 08.12.2009

186 Ebenda

187 Ebenda

188 Ebenda

189 Expertinnen-Interview mit Kathrin Bein, Diplom-Sozialpädagogin und Mitarbeiterin im Mädchenprojekt MAXI des Frauen- und Mädchengesundheitszentrums MEDEA e. V. am 01.04.2010

190 Ebenda

191 Männernetzwerk Dresden e. V.: Flyer der Fachstelle für Jungen- und Männerarbeit. Stand 06/2009

192 Experten-Interview mit Uwe Liskowsky, Diplom-Soziologe und Mitarbeiter der Fachstelle für Jungen- und Männerarbeit des Männernetzwerk Dresden e. V. am 07.04.2010

■ 5.4 Projekt zur Erprobung von Gender-Mainstreaming-Strategien in der sächsischen Schule

Im Folgenden wird ein gelungenes Beispiel der Kooperation bei einem Schulversuch des Sächsischen Bildungsinstitutes mit der LAG „Mädchen und junge Frauen Sachsen“ e. V. und dem Männernetzwerk Dresden e. V. vorgestellt, bei dem eine Konzeption zur Umsetzung des Gender Mainstreaming¹⁹³ an sächsischen Schulen in die Praxis überführt wurde. Im Ergebnis erfolgten seit 2007 an insgesamt elf beteiligten Schulen Schulversuche mit zwei Projektschwerpunkten. Seit Beginn der Laufzeit finden regelmäßige Evaluationen durch Befragungen der Schüler- und Lehrerschaft statt. Abgeschlossen werden beide Projekte 2012 mit der Evaluation und einem Abschlussbericht.¹⁹⁴

Das Projekt „Verbesserung der Genderrelation beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten“ wird aktuell an sechs sächsischen Grundschulen erprobt. Die erläuterten Faktoren wie beispielsweise die hohe Zahl männlicher Wiederholender, Schulabgänger ohne Abschluss sowie die durch PISA und ähnliche Studien ermittelten geschlechterdifferenzierten Ergebnisse standen am Ausgangspunkt der Konzeptionsentwicklung. Im Zentrum stand die Lesekompetenz als Schlüsselfunktion, die bei Jungen oft schlechter entwickelt ist als bei Mädchen. Umgekehrt ist das Selbstbild von Mädchen in Mathematik und Naturwissenschaften zu bescheiden, obwohl sie z. T. bessere Leistungen als Jungen vorweisen. Die Potenziale von Mädchen und Jungen sollen mithilfe des Projektes besser ausgeschöpft werden. Das Augenmerk liegt daher vor allem auf der Steigerung der Lesekompetenz und -motivation der Jungen sowie auf der Stärkung der Sozialkompetenz und der Entwicklung eines realistischen Selbstbildes beider Geschlechter. Die am Projekt beteiligten Grundschulen arbeiten auf der Grundlage schulspezifischer Konzeptionen an oben genannten Zielen. Vor allem die Herangehensweise und Auseinandersetzung mit Literatur soll dabei die Lesemotivation steigern, u. a. durch:

- zeitweilige Monoedukation
- permanente Koedukation (geschlechterdifferenzierter Zugang zu gleichem literarischem Inhalt)
- Verknüpfung von literarischer, filmästhetischer und medialer Bildung durch Kooperation mit Außenpartnern/-partnerinnen
- Elternarbeit („Väter lesen vor“)
- Kooperation mit Kindergärten und weiterführenden Schulen (Grundschüler/-innen als Vorlesende in Kindergärten etc.)

Das literarische Themenspektrum reicht dabei von Klassikern wie Märchen und Sagen bis zur Auseinandersetzung mit aktuellen, vermeintlich geschlechtsspezifischen Büchern (z. B. „Wilde Kerle“, „Hexe Lilli“). Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von Professor Dr. Karin Richter und Dr. Monika Plath von der Universität Erfurt; beide Spezialistinnen auf dem Gebiet der geschlechterdifferenzierten Leseförderung.

Am zweiten Projekt mit dem Titel „Förderung der Persönlichkeitsentwicklung der Mädchen und Jungen an sächsischen Schulen durch Implementierung von Mädchen- und Jungen-Konferenzen in der 5. und 6. Klasse...“ nehmen fünf weiterführende Schulen teil. Die Mädchen-

und Jungen-Konferenzen sind in vier Schulen in unterschiedlicher Weise in den Unterricht integriert. Die Konzeption nimmt die unterschiedlichen Rollenbilder und daran geknüpfte Erwartungen sowie damit einhergehende Geschlechterrollenidentifikation, welche durch Massenmedien geprägt und gesellschaftlichen Zwängen unterworfen sind, zum Ausgangspunkt. Die Auseinandersetzung damit soll zu einer Sensibilisierung und zu mehr gegenseitigem Verständnis und Akzeptanz führen. Die Stärkung des Selbstvertrauens, die Ausbildung von Empathie sowie die soziale Kompetenzförderung der Mädchen und Jungen gehören zu den weiteren Zielen. Auch die geschlechtersensible Förderung nach individuellen Voraussetzungen, ein tolerantes Lernklima und die Etablierung von Konfliktlösungsstrategien sind verankert. Zudem steht die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Mittelpunkt: Diesen wird geschlechtersensibles Verhalten nähergebracht und sie werden bei der Anwendung von geschlechtersensiblen Konzepten unterstützt. Die Mädchen- und Jungen-Konferenzen wählen sich verschiedene Themen zur Diskussion und Bearbeitung wie:

- Geschlechterrollen
- Schönheitsideale
- Gewalt/Gewaltprävention
- weibliche/männliche Identität
- Lebensplanung
- Berufsorientierung
- Reflexion von Geschlechterrollenstereotypen
- aktuelle/schulspezifische Themen

Die Mädchen-Konferenzen leiten Lehrerinnen, die Jungen-Konferenzen Lehrer oder männliche Sozialpädagogen. Das Gender-Institut Sachsen-Anhalt begleitet dieses Projekt wissenschaftlich.¹⁹⁵ Eine abschließende Evaluation der beiden Projekte wird 2012 vorliegen. Jedoch ist bereits nach zwei aktuell erfolgten Befragungsrunden eine positive Wirkung anzunehmen: Sowohl die beteiligte Schülerschaft als auch die Lehrkräfte äußerten sich dahingehend. Neben der größeren Sozialkompetenz können die Lehrkräfte einen besseren Umgang mit ihren Schülerinnen und Schülern verzeichnen. Auch die Schulleitungen berichten von großem Interesse der noch nicht in das Projekt eingebundenen Lehrkräfte. Diese, teils auch von anderen Schulen kommend, werden nun in „Transfer-Tandems“, bestehend aus jeweils einer schon teilnehmenden und einer interessierten Lehrkraft, auf das Projekt vorbereitet, um es zukünftig in ihren Klassen zu verwirklichen. Diese Entwicklung ist beachtlich, da anfangs große Skepsis von den Lehrenden aufgrund der zusätzlichen Arbeit und des nicht, wie in obligatorischen Unterrichtsfächern üblich, vorhandenen Lehrplans herrschte. Die intensive Auseinandersetzung mit Gender Mainstreaming hat einen reflektierten geschlechtersensibleren Umgang mit und zwischen Schülerinnen und Schülern ermöglicht. Die Erarbeitung tragfähiger Transferkonzepte wie die „Transfer-Tandems“ und das Erstellen einer audiovisuellen Dokumentation bilden künftige Schwerpunkte in der Weiterführung. Außerdem wird eine verstärkte Verknüpfung mit anderen Projekten ähnlicher Thematik angestrebt.¹⁹⁶ Ab dem Schuljahr 2010/11 ist ein Transfer an Dresdner Schulen vorgesehen.

Benigna Jakisch, Jessica Schülein

193 „Gender Mainstreaming bedeutet, dass in allen Phasen des (politischen) Prozesses – Planung, Durchführung, Monitoring und Evaluation – der Geschlechterperspektive Rechnung getragen wird. Ziel ist die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern.“ Europäische Kommission. Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=421&langId=de>, verfügbar am 20.08.2010

194 Expertinnen-Interview mit Sibylle Mackenroth, Referentin Schulbuchzulassung, Kompetenztests Mathematik, Projekt Mädchen-Jungen Konferenzen am Sächsischen Bildungsinstitut am 25.03.2010

195 Sächsisches Bildungsinstitut. Abteilung 2. Referat 21: Vorlage des Projektes zur Erprobung von Gender-Mainstreaming-Strategien in der sächsischen Schule an das Sächsische Staatsministerium für Kultus. Arbeitsmaterial vom 27.11.2008

196 Expertinnen-Interview mit Sibylle Mackenroth, Referentin Schulbuchzulassung, Kompetenztests Mathematik, Projekt Mädchen-Jungen Konferenzen am Sächsischen Bildungsinstitut am 25.03.2010

■ Handlungsbedarf in Dresden

- Ausbau der Kooperation geschlechtersensibel arbeitender Träger der Kinder- und Jugendhilfe bzw. der Frauen- und Männereinrichtungen mit dem Sächsischen Bildungsinstitut und der Sächsischen Bildungsagentur Regionalstelle Dresden in der Lehrkräftefortbildung sowie geschlechtersensiblen Arbeit in der Schule
- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise aller Akteure/Akteurinnen in Schule und Jugendhilfe
- verbesserte Anerkennung von geschlechtersensiblen Fachtagungen als Fortbildung für die Lehrerschaft durch die Sächsische Bildungsagentur Regionalstelle Dresden
- Einbindung von Lehramt-Studierenden als Praktikanten/Praktikantinnen in geschlechtersensibel arbeitende Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, um sie besser an geschlechtergerechte Arbeitsansätze heranzuführen
- Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit für geschlechtersensible Angebote an Schulen
- Nutzung des Boys' Day durch Grund- und Mittelschulen als Praxis-einrichtungen, um Jungen für den Beruf des Lehrers zu gewinnen; Unterstützung der Werbung von Praxiseinrichtungen am Boys' Day durch das Schulverwaltungsamt sowie die Sächsische Bildungsagentur Regionalstelle Dresden
- verbesserte Ausgestaltung einer prozessorientierten geschlechtersensiblen Berufsorientierung durch alle Leistungserbringer
- weiterer Ausbau und Stärkung der Schulsozialarbeit bei jugendhilfeplanerischer Bedarfsermittlung

6. Nachgefragt: Zum Umsetzungsstand einer geschlechtersensiblen Arbeitsweise in der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Wenn Kinder und Jugendliche ihre Lebenswege in das erwachsene Dasein gehen, sind sie immer mit der eigenen Identität als Mädchen oder junge Frau, Junge oder junger Mann konfrontiert. Es ist also wichtig, bereits in diesem Alter die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnisse sowie die vorhandenen und sich entwickelnden Benachteiligungen in die professionelle Sicht einzubeziehen. Dies gilt besonders für Freizeit- und Hilfeangebote. Als gesetzlicher Rahmen gilt das Sozialgesetzbuch VIII. Die offene Kinder- und Jugendarbeit wird im Paragraf 11 SGB VIII beschrieben:

„Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“¹⁹⁷ Zu den Schwerpunkten gehören dabei:

- außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit
- arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit
- internationale Jugendarbeit
- Kinder- und Jugendberufshilfe und Jugendberufshilfe

Die Förderung der Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen formuliert Paragraf 9 Absatz 3 SGB VIII: „Bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben sind die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern.“¹⁹⁹

■ 6.1 Fachdokumente als solide Handlungsgrundlage

In diesem Sinne benennt der 2006 als verbindliches Arbeitsdokument verabschiedete Dresdner Wirkungszielkatalog für die Kinder- und Jugendhilfe als zweite Zieldimension die „Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen“. Dabei sollen die unterschiedlichen

Lebenslagen von Mädchen und Jungen berücksichtigt, geschlechtsspezifische Benachteiligungen abgebaut und gleichberechtigte Handlungschancen für beide Geschlechter eröffnet werden.²⁰⁰ Die sozialpädagogische Arbeit soll dazu beitragen, dass sich die jeweilige Zielgruppe reflektierend mit den bestehenden Geschlechterverhältnissen und Rollenstereotypen auseinandersetzt und sich pluralistische Lebensentwürfe eröffnen. In den spezifischen Wirkungszielen für das Geschlechterbewusstsein stellt der Wirkungszielkatalog für die Förderung der weiblichen Identität Handlungsfähigkeit, Stärke, Selbstbewusstsein, gegenseitige Wertschätzung sowie Selbstbestimmung und Aktivität in der Planung der eigenen beruflichen Laufbahn in den Mittelpunkt. Als Ziele bezüglich der männlichen Identität sieht er die Achtung gegenüber Mädchen und Frauen, die Aneignung eines erweiterten beruflichen, partnerschaftlichen und familiären Rollenverständnisses und darauf fußende Lebensentwürfe.²⁰¹

Diese rechtlichen Grundlagen zielen auf die Beseitigung der bestehenden Ungleichheiten zwischen Mädchen und Jungen ab und dienen gleichzeitig der Sensibilisierung für die verschiedenen Lebenslagen von Jungen und Mädchen. Daraus entsteht die Anforderung an sozialpädagogisches Handeln, diese Ungleichheiten in den Blick zu nehmen, ihre gesellschaftlichen und sozialen Ursachen zu analysieren und entsprechend ausgleichende, d. h. geschlechtersensible Angebote und Projekte zu entwickeln. Diese Perspektive hat sich (bis heute) noch immer nicht als selbstverständliche Normalität innerhalb der allgemeinen sozialpädagogischen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe durchgesetzt.²⁰²

Für die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in Dresden entwarf der „Förderkreis Mädchen und junge Frauen“ (Facharbeitsgemeinschaft nach Paragraf 78 SGB VIII) bereits im Jahr 2000 Leitlinien, die als grundlegendes Kriterium und Qualitätsstandard aller Kinder- und Jugendhilfeangebote in Dresden gelten sollen und eine Basis für die geschlechtersensible Arbeit bilden. Die Leitlinien beziehen sich vor allem darauf, kontinuierlich bedarfsgerechte Angebote für Mädchen und junge Frauen zu etablieren und gegebenenfalls zu konzipieren. Denn diese unterstützen sie bei der Bewältigung verschiedener Lebenslagen. Als wichtige fachliche Schwerpunkte wurden genannt:

197 http://www.sozialgesetzbuch.de/gesetze/08/index.php?norm_ID=0800900, verfügbar am 20.04.2010

198 Ebenda

199 Ebenda

200 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Programmatische Jugendhilfeplanung. Dresdner Wirkungszielkatalog für die Kinder- und Jugendhilfe. Dresden 2006. S. 13

201 Ebenda, S. 16

202 Förderkreis Mädchen und junge Frauen in Dresden: Leitlinien Mädchenarbeit in Dresden. April 2000

- Einbeziehung von und Annäherung an Kunst und Kultur
- niedrigschwellige Freizeitangebote
- Beratung in unterschiedlichen Lebenssituationen
- Gesundheit und Sexualität: Unterstützung bei der Entwicklung eines positiven Selbstwert- und Körpergefühls
- Bildungsarbeit
- Jugendberufshilfe: Unterstützung bei der ganzheitlichen Planung der beruflichen Lebensentwürfe, besonders Berufsvorbereitung und Entwicklung neuer Ausbildungsprofile und -wege
- Berufsorientierung und Lebensplanung: Unterstützung bei der eigenständigen und verantwortlichen Entscheidungsfindung für den weiteren Lebensweg
- Wohnen: in angemessenen Lebensräumen selbstständige und eigenverantwortliche Lebensführung erlernen
- Hilfen zur Erziehung: von der Alltagsbegleitung bis zur Organisation des alltäglichen Lebens
- Gewaltprävention
- Krisenintervention bei Erfahrungen psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt²⁰³

Im selben Jahr verabschiedete der Landesjugendhilfeausschuss die „Handlungsempfehlungen zur Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in Sachsen“. In beiden Konzepten wird den vor Ort handelnden Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen eine große Bedeutung als Vorbild und Orientierungsperson zugeordnet. Die Aneignung von Geschlechterkompetenz wird als Voraussetzung für eine professionelle Sozialarbeit gesehen und flächendeckend gefordert, um geschlechterreflektierende und identitätsstiftende Angebote überhaupt erst entwickeln zu können. Die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse, Zuschreibungen, Rollenerwartungen und Lebenslagen bleibt sonst immer abhängig von der jeweils subjektiven Einschätzung oder der persönlichen Einstellung der Fachkräfte.

Für die Jungenarbeit in Sachsen wurden Qualitätsstandards erstmals im Jahr 2009 beschrieben und am 3. September 2009 vom Landesjugendhilfeausschuss verabschiedet. Die Festlegung dieser Standards resultiert vor allem aus mehrjährigen praktischen Erfahrungen einzelner Angebote der Jungenarbeit sowie aus Erfahrungen des diesbezüglichen Modellprojektes Jungenarbeit.²⁰⁴ Die beschlossenen Fachstandards sollen für eine Pluralisierung der Rollenbilder sorgen und Jungen und jungen Männern bei ihrer Entwicklung zum Junge- und Mann-Sein unterstützen. Vor allem gilt es, traditionelle Verhaltensmuster aufzubrechen und die Klienten auf ihren Lebenswegen zu begleiten. Für die Umsetzung dieser grundlegenden Ziele wird als besonders relevant betrachtet, dass die Jungenarbeiter eine positive Grundhaltung gegenüber Jungen und jungen Männern haben, als exemplarische Identifikationspersonen wahrgenommen werden sowie ressourcen- und beziehungsorientiert arbeiten.²⁰⁵ Innerhalb der Jungenarbeit werden die folgenden Themenschwerpunkte und Aufgaben behandelt:

- Auseinandersetzung mit einengenden Männlichkeitsbildern und individuellem Junge- und Mann-Sein; pädagogische Begleitung bei der Erweiterung von Männlichkeitsentwürfen
- Stärkung von männlichem Selbstwertgefühl, Selbstbewusstsein und Selbstachtung, die nicht auf Abwertung anderer angewiesen sind
- sensibler Umgang mit Sexualität und Gesundheit; Auseinandersetzung mit pluralistischen Formen von Sexualität
- Berufs- und Lebensplanung
- Abbau von Dominanz- und Gewaltverhalten; Begleitung beim Ausprobieren und Erlernen alternativer Verhaltensweisen; Vermittlung gewaltfreier Konfliktlösungs- und Kommunikationsstrategien
- Übergangsgestaltung²⁰⁶

Das erstmalige Vorliegen von Qualitätsstandards für die Jungenarbeit im Freistaat ist sehr zu begrüßen und sollte zum Anlass dienen, die bereits im Jahr 2000 verabschiedeten „Handlungsempfehlungen zur Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in Sachsen“ sowie die „Leitlinien Mädchenarbeit in Dresden“ zu überarbeiten und sie in ähnlicher Weise zum verbindlichen Qualitätsstandard aufzuwerten.

■ 6.2 Geschlechtersensible Arbeitsweise auf dem Prüfstand

Die Umsetzung der Maßgaben des Paragraphen 9 Absatz 3 SGB VIII überwacht in Dresden das Jugendamt über die jährlichen Sachberichte der Träger. Mittels einer regelmäßigen Fachberatung und im Wirksamkeitsdialog halten dessen Fachberaterinnen und Fachberater die Beschäftigten der Einrichtungen zusätzlich zu einer geschlechtersensiblen Arbeitsweise an.²⁰⁷ Für das Jahr 2008 analysierte das Jugendamt die Sachberichte von insgesamt 122 kommunal geförderten freien Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit spezifisch auf die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen hin. Das betraf folgende Leistungsbereiche:

Tabelle 19: Analytierte Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendarbeit zum Vorhandensein einer geschlechtersensiblen Arbeitsweise

Leistungsbereich	Anzahl der Angebote
offene Arbeit mit Kindern in Einrichtungen	7
offene Arbeit mit Jugendlichen in Einrichtungen	18
offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen	17
offene Arbeit auf Aktivspielplätzen/Jugendfarmen	5
außerschulische Kinder- und Jugendbildung	8
Kinder- und Jugenderholung	30
Internationale Begegnungen	1
Angebote für Mädchen und junge Frauen	1
Angebote für Jungen und junge Männer	1
spezielle Angebote für junge Menschen mit nichtheterosexueller und transgener Lebensweise	1

203 Förderkreis Mädchen und junge Frauen in Dresden: Leitlinien Mädchenarbeit in Dresden. April 2000. S. 10 - 13

204 Um den Ansatz der geschlechtersensiblen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe zu stärken, fand von 2007 bis 2009 im Freistaat Sachsen das Modellprojekt „Weiterentwicklung und Professionalisierung der Jungenarbeit in ausgewählten Bereichen der Jugendhilfe in Sachsen“, auch als Modellprojekt Jungenarbeit bezeichnet, statt.

205 Sächsisches Staatsministerium für Soziales. Landesjugendamt: Qualitätsstandards Jungenarbeit. Beschlossene Fassung vom 03.09.2009. S. 4 - 6

206 Ebenda, S. 5

207 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Zuarbeit des Jugendamtes per Brief vom 12.11.2009

spezielle Angebote zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund	4
aufsuchende soziale Arbeit	13
Schulsozialarbeit	8
arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit – Beratung	2
arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit	1
Kinder- und Jugendschutz	1
allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	4
gesamt	122

Quelle: Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Zuarbeit des Jugendamtes per Brief vom 12.11.2009

Allgemein zeigte sich, dass die spezifischen Lebenslagen von Jungen und Mädchen in allen untersuchten Angeboten der freien Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigt wurden, wenn auch mit unterschiedlicher Qualität und Tiefe.²⁰⁸ In der weiteren Betrachtung wird auf die drei erstgenannten Leistungsarten und ihre 42 Angebote Bezug genommen, da ausschließlich sie in den Wirkungsbereich des Paragraphen 11 SGB VIII fallen.²⁰⁹ Die folgende Übersicht zeigt eine Zusammenfassung der Indikatoren, anhand derer die Umsetzung einer geschlechtersensiblen Arbeitsweise geprüft wurde und in welcher Häufigkeit einzelne Nennungen zutrafen.

Tabelle 20: Untersuchte Indikatoren

Indikatoren	Nennungen	Anzahl in %
situationsorientierter Ansatz mit Mädchen und Jungen	39	93
geschlechtsparitätisch besetztes Team	37	88
geschlechterdifferenzierte Zielgruppenanalyse	20	48
Raumkonzept auf geschlechtsspezifische Bedürfnisse	16	38
geschlechterdifferenzierte Evaluation	42	100
geschlechterdifferenzierte inhaltliche Ausrichtung der Angebote (Jahresarbeitsplanung)	25	60
Gender Mainstreaming als Qualitätskriterium	6	14

Quelle: Landeshauptstadt Dresden, Jugendamt: Zuarbeit des Jugendamtes per Brief vom 12.11.2009

Die Daten veranschaulichen, dass sich eine geschlechtersensible Arbeitsweise als Qualitätskriterium und Fachstandard noch nicht umfassend durchgesetzt hat und nur 25 der 42 Träger diese in ihrer Jahresarbeitsplanung verankert haben.²¹⁰ Ebenso ist festzustellen, dass

208 Ebenda

209 Zusätzlich zu diesen Leistungsarten bietet je ein Träger ausschließlich geschlechtshomogene Angebote für Mädchen und junge Frauen (*sowieso* Beratung Bildung Kultur, Träger Frauen für Frauen e. V.) bzw. für Jungen und junge Männer (Männernetzwerk Dresden e. V.) an. Ein geschlechterdifferenzierter Blick wird hierbei vorausgesetzt, weswegen die Angebote nicht in die hiesige Betrachtung einfließen.

210 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Zuarbeit des Jugendamtes per Brief vom 12.11.2009

weniger als die Hälfte der Einrichtungen ein geeignetes Raumkonzept für geschlechterdifferenzierte Arbeit haben, was diese folglich erschwert. Dennoch zeigt die Übersicht, dass der überwiegende Teil der Träger situationsorientierte Arbeit mit Jungen und Mädchen umsetzt. Immerhin sind 37 von 42 Teams sowohl mit Frauen als auch Männern besetzt. Allerdings garantiert die gemischte Zusammensetzung eines Teams noch nicht automatisch ein fortschrittliches Geschlechterbewusstsein. Inwieweit diese Zusammensetzung also als Potenzial verstanden wird, bleibt offen. Die Zahlen zeigen darüber hinaus einen deutlichen Widerspruch: Rund 20 Prozent mehr Träger planten ihre Angebote geschlechterdifferenziert als überhaupt die spezifischen Bedürfnisse der Mädchen und Jungen analysierten. Deshalb sind deren Angaben zur Umsetzung einer geschlechtersensiblen Arbeitsweise „(...) mit Vorsicht zu genießen.“²¹¹ Bei näherer Betrachtung des von den Trägern auszufüllenden Sachberichtes für das Jugendamt stellt sich allerdings heraus, dass das Formular gar keine Fragen zur konkreten geschlechtersensiblen Arbeit stellt. Vor allem fehlen detaillierte Abfragen zu den folgenden Aspekten:

- Das Vorhandensein geschlechtshomogener Angebote wird nicht evaluiert; es wird nicht ersichtlich, ob Mädchen und Jungen als Zielgruppe in Konzepten explizit benannt werden.
- Weiterhin wird nicht deutlich, ob es eine geschlechterorientierte Sprachanwendung, beispielsweise in der Moderation und Öffentlichkeitsarbeit, gibt und ob eine Teamsensibilisierung in Form von thematischen Weiterbildungen stattfindet.

Somit bedarf es einer ausführlicheren Abfrage zur Evaluation der Umsetzung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise sowie einer stichprobenartigen Überprüfung der Aussagen. Ein positiver Schritt in diese Richtung war die Weiterentwicklung des Erhebungsformulars für das Förderjahr 2010. In diesen Prozess sind die Facharbeitsgemeinschaften entsprechend ihrer Leistungsarten einbezogen, folglich wird hier der Zugang zu differenzierteren Aussagen geschaffen.²¹² Nachfolgend werden zwei Dresdner Einrichtungen, die in vielfältiger Weise die Umsetzung einer geschlechtersensiblen Arbeitsweise erfolgreich und durchgängig praktizieren, vorgestellt.

■ 6.3 Professionalität im täglichen Handeln – Beispiele gelungener Praxis

Kinder-, Jugend- & Familienhaus Plauener Bahnhof

1995 wurde das Kinder-, Jugend- und Familienhaus Plauener Bahnhof vom Verbund sozialpädagogischer Projekte e. V. gegründet.²¹³ Die Leitideen dieser Einrichtungen betrachten Kinder- und Jugendarbeit als nicht geschlechtsneutral, da sich Jungen und Mädchen bezüglich ihrer Bedürfniszuschreibungen, Rollenerwartungen und Lebenslagen unterscheiden (können). Diese Differenzierungen muss die Arbeit berücksichtigen, um keines der beiden Geschlechter zu benachteiligen. Ziel ist es, die Mädchen, Jungen und deren Familien für eine Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Geschlechter aufzuschließen.

211 Expertinnen-Interview mit Claudia Döring, Diplom-Sozialpädagogin im Kinder-, Jugend- und Familienhaus Plauener Bahnhof am 29.03.2010

212 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Zuarbeit des Jugendamtes per E-Mail vom 13.01.2010

213 Verbund sozialpädagogischer Projekte e. V.: http://www.vsp-dresden.de/v_geschichte.htm, verfügbar am 23.04.2010

Dies vollzieht sich unter anderem in der Freizeitgestaltung und der Bewältigung ihres Alltags, aber auch in der Unterstützung bei Problemen in der Schule und/oder der Familie. Das Haus und die offenen Angebote sind vorrangig für Mädchen und Jungen im Alter von sieben bis 14 Jahren und deren Familien gestaltet. Dort können sie beispielsweise ihre freie Zeit verbringen oder die Hilfestellung der Sozialarbeiter/-innen in Anspruch nehmen. Den geschlechtersensiblen Ansatz unterstützt unter anderem auch die Raumaufteilung. So gibt es jeweils ein separates Mädchen- und Jungenzimmer, die getrennt voneinander liegen und für jedes Geschlecht eigene Rückzugsmöglichkeiten bieten. Hinzu kommen gemeinsame Räumlichkeiten, wie das Kino, die Küche mit Café-Charakter und die große, ehemalige Bahnhofshalle, in der gespielt, getobt, getanzt und geklettert wird. Zudem achtet die Einrichtungsleitung auf die paritätische Besetzung der Personalstellen. Beschäftigt sind zwei Sozialarbeiterinnen und zwei Sozialarbeiter. So steht Mädchen und Jungen die Wahl der bevorzugten Bezugsperson frei. Die Arbeit der vier Betreuer/-innen bezieht sich vor allem auf die geschlechterdifferenzierte Analyse der Bedürfnisse der Besucher/-innen bzw. die Konzipierung geeigneter Angebote. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen verfügen über vielfältige Zusatzqualifikationen (z. B. Ausbildung zum Jungenarbeiter, Trainerin für Selbstverteidigung/Selbstbehauptung, Erlebnispädagogik) und Berufserfahrung in unterschiedlichen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe (z. B. Umgang mit sexualisierter Gewalt, Arbeit mit Familien, Medienpädagogik etc.). Das Kinder-, Jugend- und Familienhaus Plauener Bahnhof versteht sich als Ort, an dem sich Mädchen und Jungen gleichermaßen wohl, verstanden und aufgehoben fühlen und Unterstützung finden. In einem geschlechtersensiblen Kontext finden Jungen und Mädchen hier besondere Beachtung für ihre aktuelle Lebenslage. Geschlechterdifferenzierte Projekte, wie die Teilnahme am Girls' Day und Boys' Day, konkretisieren die Arbeit weiter. Zudem gibt es wöchentlich Mädchen- und Jungentage, an denen die jeweils angesprochenen unterschiedliche Angebote in Anspruch nehmen können. So haben Mädchen im MädchenTreff WALLi die Möglichkeit, Selbstverteidigungskurse zu belegen, beim Fotoshooting oder der Kleiderkiste in andere Rollen zu schlüpfen oder an der Kletterwand „ganz nach oben“ zu kommen. Jungen können unter anderem an Abenteuerausflügen teilnehmen oder probieren, wie selbstgemachter Nudelsalat schmeckt. Für gemeinsame Unternehmungen dienen beispielsweise Schulprojektstage, die Kletterwand, kleine Partys und vieles mehr.²¹⁴ Der Plauener Bahnhof ist über den „Förderkreis Mädchen und junge Frauen“ vernetzt. Dort finden sich nicht nur Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, sondern auch „(...) Träger, die sich in ihrem Arbeitsfeld besonders dem Schwerpunkt Mädchen und junge Frauen widmen und entsprechende Angebote entwickeln.“²¹⁵ Dies sind zum Beispiel Wohngruppen oder außerschulische Jugendgruppen. Der Plauener Bahnhof stellt ein sehr gelungenes Beispiel für eine wirksame sowie durchgängige geschlechtersensible Arbeit mit Mädchen, Jungen und deren Familien dar. Durch die Kooperation mit weiteren Kinder- und Jugendeinrichtungen wird das Konzept geschlechtersensibler Arbeit weiter verbreitet und in Dresden bekannter gemacht.

Männernetzwerk Dresden e. V.

Als weiteres positives Beispiel für die geschlechtersensible Arbeit ist das Männernetzwerk Dresden e. V. zu nennen. Neben vielen anderen Angeboten wendet es sich direkt an Jungen, junge Männer und Männer.²¹⁶ Gemeinsam mit Trägern und Schulen betreut es Jungengruppen, in denen die Teilnehmer alternative Formen des Umgangs miteinander lernen. Bezogen auf die Gleichstellung der Geschlechter wird in den Seminaren und Projekten darauf geachtet, dass das veraltete Rollenbild, unter dem auch Jungen und junge Männer leiden, aufgebrochen und durch neue Strukturen ersetzt wird. Das erfordert, konkrete Alternativen zu den traditionellen Geschlechterrollen und dem bestehenden Geschlechterverhältnis, das von Ungleichheit geprägt ist, aufzuzeigen. In Zusammenarbeit mit weiteren Einrichtungen, wie dem Frauen- und Mädchengesundheitszentrum MEDEA e. V. oder dem Plauener Bahnhof, gestaltet das Männernetzwerk auch Kooperationsprojekte, wie die Rahmenveranstaltungen zum Girls' Day und Boys' Day, mit. Weiterhin bietet es Weiterbildungen für Jungenarbeiter an sowie Supervision und Beratungen für Pädagogen, die in der Jungenarbeit tätig sind.

■ 6.4 Fazit

Betrachtet man die bisherige Umsetzung des Paragraphen 9 Absatz 3 SGB VIII in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, wird erkennbar, dass die wesentlichen fachlichen Impulse für die geschlechtersensible Arbeit in der Vergangenheit aus den thematischen Facharbeitsgemeinschaften und den geschlechtshomogen bzw. -sensibel arbeitenden Einrichtungen der Mädchen- und Jungenarbeit kamen. Dank der von dort ausgegangenen Multiplikation greifen heute auch einzelne koedukativ arbeitende Angebote diesen Ansatz auf. Ungeachtet dessen besteht weiterhin ein im Anschluss aufgelisteter großer Handlungsbedarf.

Benigna Jakisch, Stephanie Schmidt sowie die Kolleginnen des „Förderkreises Mädchen und junge Frauen“

■ Handlungsbedarf in Dresden

- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise im Jugendamt, in den Einrichtungen und bei freien Trägern/Diensten sowie deren regelmäßige stichprobenartige Kontrolle/Thematisierung durch Jugendamt und Jugendhilfeausschuss
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen/ bei freien Trägern zu geschlechtersensibler Arbeit
- Überarbeitung der Evaluationsinstrumente, besonders der durch das Jugendamt vorgegebenen Sachberichtsformulare, gemeinsam mit den Facharbeitsgemeinschaften und der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann
- Bildung eines Förderkriteriums für die verbindliche Verankerung einer geschlechtersensiblen Arbeitsweise der Träger bei Mehrjahrsförderung, Erarbeitung eines GenderChecks

214 aktueller Flyer des Kinder-, Jugend- und Familienhauses Plauener Bahnhof

215 Expertinnen-Interview mit Claudia Döring, Diplom-Sozialpädagogin im Kinder-, Jugend- und Familienhaus Plauener Bahnhof am 29.03.2010

216 Weitere Angebote für Jungen, junge Männer und Männer sind auch in folgender Broschüre vorgestellt: Landeshauptstadt Dresden. Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann: Jungen- und Männerarbeit in Dresden. Stand Juli 2010. Insgesamt sind 24 Angebote darin benannt, die sich unterschiedlichsten Themen widmen.

- Einsatz für eine Überarbeitung der „Handlungsempfehlungen zur Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in Sachsen“ sowie Überarbeitung der „Leitlinien Mädchenarbeit Dresden“, Aufwertung der Dokumente zu verbindlichen Qualitätsstandards
- bedarfsgerechte Entwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stärkung der geschlechtersensiblen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe
- weitere Professionalisierung des situationsorientierten Ansatzes innerhalb der offenen Kinder- und Jugendarbeit bezogen auf die Arbeit mit Mädchen und Jungen sowie auf die Zusammenarbeit mit heranwachsenden lesbisch, schwul, bisexuell und transsexuell orientierten Menschen, Verbesserung der Reaktionen auf Tendenzen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, hier insbesondere Homophobie
- Entwicklung von spezifischen auf die aktuellen Gegebenheiten der rechtsextremen Szene zugeschnittenen Angeboten der Jugendarbeit, besonders auch für Mädchen und junge Frauen, um die demokratischen Kräfte zu stärken
- zielgerichtete und systematische Förderung von Mädchen und jungen Frauen in der außerschulischen Jugendbildung, Ermutigung zur Übernahme von politischer Verantwortung
- weitere Professionalisierung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe für die Erscheinungsformen von Zwangsverheiratung sowie Vermittlung von Kenntnissen zu vorhandenen Interventionsmöglichkeiten und -ketten

7. Betrachtet: Geschlechterdifferenzierte Problemlagen und Handlungsansätze in den Hilfen zur Erziehung

Die Hilfen zur Erziehung regeln die Paragraphen 27 bis 35 SGB VIII. Einen Rechtsanspruch haben die Eltern oder sonstigen Sorgeberechtigten, wenn ohne diese Hilfe eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet und die Hilfe für die individuelle Entwicklung notwendig und geeignet ist.

Hilfe zur Erziehung umfasst pädagogische und damit verbundene therapeutische Leistungen. Sie ist nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ ausgerichtet. Nach Art und Umfang der Hilfen wird im Einzelfall entschieden. Haben die Personensorgeberechtigten den Antrag gestellt, entscheidet das Fachteam bzw. die zuständige Fachkraft des Stadtteilsozialdienstes über Art, Umfang und Dauer der Hilfe. Das breite Spektrum verschiedener Hilfen reicht von der Erziehungsberatung bis zur intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung. Die Entscheidung darüber, ob und welche Hilfe erbracht wird, soll gemeinsam mit den Sorgeberechtigten und den Kindern oder Jugendlichen getroffen werden. Voraussetzung hierfür ist eine ausführliche Information und Beratung durch das zuständige Jugendamt.²¹⁷ Paragraph 36 SGB VIII regelt den Hilfeplan. Vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe berät das Jugendamt die Personensorgeberechtigten und den/die Betroffene(n) und weist auf mögliche Entwicklungen des/der Heranwachsenden hin. Der Hilfeplan umfasst die grundlegende Planung der zu gewährenden Hilfe und die regelmäßige Überprüfung der getroffenen Absprachen.²¹⁸

■ 7.1 Problemlagen von Mädchen und Jungen, Müttern und Vätern

2006 hat der Jugendhilfeausschuss den Dresdner Wirkungszielkatalog als verbindliches Dokument verabschiedet. Dieser hält als übergreifende Zieldimension die „Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen“ fest und präzisiert sie mit den spezifischen Wirkungszielen für das Geschlechterbewusstsein. Geschlechtersensibilität und eine entsprechende Arbeitsweise bilden also wesentliche Faktoren in der Kinder- und Jugendhilfe und damit auch für die Entwicklung von Angeboten in den Hilfen zur Erziehung.²¹⁹ Daher wurde auf Vorschlag der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann in die mit den Leistungserbringern nach den Paragraphen 27 ff., 35 a und

41 SGB VIII abzuschließenden Verträge ein Passus aufgenommen, der die Träger verpflichtet, ihren geschlechtersensiblen Arbeitsansatz und die Umsetzung der Prinzipien des Gender Mainstreaming in einem Qualitätsentwicklungskonzept zu beschreiben.²²⁰ Gleiches gilt für die Erziehungsberatung. Zusätzlich legen die Verantwortlichen großen Wert auf eine paritätische Zusammensetzung des Personals aus Frauen und Männern. Nur so kann eine qualitativ hochwertige, fokussierte Arbeit stattfinden.²²¹ In den Hilfen zur Erziehung erfassen die Leistungserbringenden geschlechterdifferenzierte Problemlagen und berücksichtigen diese bei der Umsetzung. Claus Lippmann, Amtsleiter des Dresdner Jugendamtes, bestätigt: „Die Erziehungsberatungsstellen nach Paragraph 28 SGB VIII erheben beispielsweise Daten, die deutliche Unterschiede der Probleme von Mädchen und Jungen aufzeigen.“²²² Vor allem in der Häufigkeit der auftretenden Probleme bestehen demnach Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Grundsätzlich sind jedoch Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts mit den gleichen Problemlagen konfrontiert.²²³ Das Jugendamt empfiehlt spezifische Evaluationen, um weiterführende Interpretationen zu ermöglichen und die sichtbar gewordenen spezifischen Problemlagen expliziter berücksichtigen zu können.²²⁴ Die Fachabteilung des Jugendamtes, Soziale Jugenddienste, benennt weiterhin folgende, verallgemeinerte Problemlagen:

- In der Altersgruppe der 0- bis 6-Jährigen zeigen Jungen häufiger aggressives Verhalten, Hyperaktivität und Entwicklungsverzögerungen. Mädchen in diesem Alter neigen eher zu ängstlichem und zurückgezogenem Verhalten.
- In der Gruppe der 7- bis 14-Jährigen nehmen bei beiden Geschlechtern die Ladendiebstähle zu. Bei Jungen steigert sich das aggressive Verhalten. Deren verbale und physische Gewalt verstärkt sich. Bei den Mädchen erhöht sich die Zahl derer, die psychische Auffälligkeiten zeigen. Unter anderem leiden mehr Mädchen an Essstörungen oder/und selbstverletzendem Verhalten.
- Bei den 14- bis 18-Jährigen manifestieren sich die vorhandenen Problemlagen. Dazu kommt ein erhöhter Alkohol- und Drogenkonsum beider Geschlechter.²²⁵

220 Siehe dazu: Musterverträge nach Paragraph 77 SGB VIII für die Leistungsbereiche Ambulante Leistungen der Hilfe zur Erziehung und Erziehungsberatungsstelle.

221 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Zuarbeit des Jugendamtes per Brief vom 27.10.2009

222 Ebenda

223 Ebenda

224 Ebenda

225 Ebenda

217 <http://www.familie.sachsen.de/80.html>, verfügbar am 13.04.2010

218 <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/spfh/01-Redaktion/PDF-Anlagen/was-ein-hilfeplan-enthalten-sollte>, property=pdf,bereich=spfhsprache=de,rwb=true.pdf, verfügbar am 06.07.2010

219 Ebenda

Ebenso schätzt die Fachabteilung ein, dass Problemlagen von Müttern und Vätern häufig Einfluss auf die Hilfebedürftigkeit der Kinder und Jugendlichen nehmen. Es existiert jedoch keine differenzierte Erhebung zur Geschlechtsspezifität dieser Einflüsse. Exemplarisch wurden folgende Problemlagen benannt:

- Überforderung der Eltern bei der Erziehung der Kinder, dies betrifft hauptsächlich den Elternteil, der die Haupterziehungsarbeit leistet, also meistens die Mütter
- physische und/oder psychische Gewalt, die häufiger vom Vater ausgeht
- Alkohol- und Drogenkonsum der Eltern, wobei es bei denen, die zusammenleben keinen geschlechterdifferenzierten Unterschied ergibt; eine Steigerung der Problematik ist allerdings bei jungen, alleinsorgeberechtigten Müttern zu beobachten
- psychische Erkrankungen, vor allem der Mütter²²⁶

■ 7.2 Mädchen und Jungen in den Hilfen zur Erziehung in Sachsen und Dresden

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 2455 Hilfen zur Erziehung in Dresden gewährt. Davon entfielen 48,2 Prozent (1183) auf weibliche und 51,8 Prozent (1272) auf männliche Kinder und Jugendliche. Die Anzahl an Hilfen für Jungen liegt damit nur gering über der für Mädchen. Nach Aussagen des Jugendamtes Dresden bestehen wesentliche Unterschiede in der Inanspruchnahme von spezifischen Hilfen zur Erziehung und erweiterten Leistungen. Hilfen nach den Paragraphen 19 (gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder) und 40 (Krankenhilfe) SGB VIII haben die Angestellten öfter für Mädchen und junge Frauen gewährt. An Jungen und junge Männer vergab das Amt häufiger Hilfen nach den Paragraphen 30 (Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer), 32 (Erziehung in einer Tagesgruppe), 35 a (Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche) und Paragraf 41 (Hilfe für junge Volljährige/Nachbetreuung) SGB VIII.²²⁷ Ein ähnliches Bild zeichnet sich für den gesamten Direktionsbezirk Dresden.²²⁸

Tabelle 21: Gewährte Hilfen (Auswahl) im Landesdirektionsbezirk Dresden*

Form der Hilfe	gesamt	weiblich (in %)	männlich (in %)
Hilfe zur Erziehung	74	34 (46,0)	40 (54,0)
Erziehungsberatung	2507	1124 (44,8)	1383 (55,2)
soziale Gruppenarbeit	31	12 (38,7)	19 (61,3)
Einzelbetreuung	413	151 (36,6)	262 (63,4)
Erziehung in einer Tagesgruppe	162	40 (24,7)	122 (75,3)
Vollzeitpflege	728	362 (49,7)	366 (51,3)
Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform	909	416 (45,8)	493 (54,2)
intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	37	22 (59,5)	15 (40,5)

226 Ebenda

227 Ebenda

228 Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen gibt keine Daten für die Stadt Dresden bekannt, daher wird auf die Daten für den Direktionsbezirk Dresden zurückgegriffen.

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen	276	93 (33,7)	183 (66,3)
gesamt	5137	2254	2883

* Stand 31.12.2008

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen: Statistisches Jahrbuch Sachsen 2009. Öffentliche Sozialleistungen. Kamenz 2008. S. 387

Mädchen und junge Frauen erhalten auch im Landesdirektionsbezirk Dresden insgesamt weniger Hilfen zur Erziehung als Jungen und junge Männer. Große Unterschiede werden in den Formen der Hilfestellung zwischen beiden Geschlechtern deutlich. Einige Ursachen finden sich nach Erfahrungen aus der Praxis in geschlechtsspezifischen Bewältigungsmechanismen in mehrfachbelasteten Familiensituationen. Diesen versuchen Jungen und Mädchen in unterschiedlicher Weise zu begegnen und/oder zu entfliehen: Während Jungen und junge Männer auf innerfamiliäre Konflikte noch immer häufig mit nach außen gerichteter Aggression und auffälligem Verhalten (Schulschwierigkeiten etc.) reagieren²²⁹, versuchen Mädchen und junge Frauen den elterlichen Mangel an Erziehungsverantwortung durch Fürsorge für kleinere Geschwister und Haushaltsführung zu kompensieren. Sie übernehmen damit die ganz klassische Rollenvorstellung von Weiblichkeit als Zuständigkeit und verhalten sich entsprechend der Zuschreibung, die sie jedoch nicht nur altersmäßig überfordern muss. Diese Funktionalisierung behindert sowohl eine altersangemessene Adoleszenz mit dem Bedürfnis nach Freiheit, Selbststeuerung und Identitätsentwicklung, sie verhindert auch die Entwicklung eines selbstbestimmten Lebensentwurfs, der frei von familiären Verstrickungen und Konflikten ist. Bleiben an dieser Stelle geschlechtersensible und reflektierende Hilfeangebote aus, gelingt es Mädchen und Frauen – wenn überhaupt – nur schwer, die Muster des sozialen Herkunftsmilieus zu überwinden und Autonomie für eine eigenständige Biografie zu entwickeln. Unbeachtet, weil häufig übersehen, bleiben die eher nach innen, gegen sich selbst gerichteten Impulse, mit Überforderung, Aggressivität und Resignation umzugehen. Essstörungen, selbstverletzendes Verhalten, Tablettenmissbrauch etc. können noch immer als geschlechtsspezifische Bewältigungsstrategien verstanden und benannt werden. Daher braucht es vor allem geschulte, geschlechtersensible Fachkräfte, die hinter der Fassade der „großen, verantwortungsvollen Schwester“ und/oder dem „vernünftigen Mädchen“ deren stabilisierende Wirkung auf das Familiensystem erkennen, aber dabei nicht deren Recht auf geschlechtergerechte Verantwortungsverteilung bzw. deren Bedürfnis nach Entlastung und kindgemäßen Entwicklungsbedingungen aus dem Blick verlieren.²³⁰

■ 7.3 Neue Wege erprobt – nun gilt es, sie im Alltag zu beschreiten

Um perspektivisch im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe den Ansatz der geschlechtersensiblen Arbeit zu stärken, fand von 2007 bis 2009 im Freistaat das Modellprojekt „Weiterentwicklung und Professionalisierung der Jungenarbeit in ausgewählten Bereichen der Jugendhilfe

229 Anlässe von Erziehungshilfen sind bei Jungen häufig individuelle Entwicklungsauffälligkeiten wie aggressives Verhalten, Hyperaktivität, Schulschwierigkeiten; während Mädchen eher aufgrund von starken Beziehungsproblemen wie Belastung der Familie durch Arbeitslosigkeit, Suchtproblematik, psychische Erkrankung der Eltern, sexualisierte oder physische Gewalt in der Familie Unterstützung erhalten. (Expertinnen-Interview mit Claudia Döring, Diplom-Sozialpädagogin im Kinder-, Jugend- und Familienhaus Plauener Bahnhof am 29.03.2010)

230 Expertinnen-Interview mit Claudia Döring, Diplom-Sozialpädagogin im Kinder-, Jugend- und Familienhaus Plauener Bahnhof am 29.03.2010

in Sachsen“ (Modellprojekt Jungenarbeit) statt. Zu den Modellstandorten gehörte auch Dresden; die Diakonie (Stadtmission Dresden e. V.) beteiligte sich aktiv und erprobte im Arbeitsfeld Hilfen zur Erziehung neue Wege. Zu den gewonnenen Erkenntnissen in der Arbeit mit den Klienten gehören:

- Jungen bedürfen einer gewissen Routine, um sich dem Thema „männliche Identitätsbildung“ zu nähern.
- Sie brauchen die Entscheidungsgewalt, um sich freiwillig auf ihre Themen einlassen zu können und feste Rahmenbedingungen für ihre Freiwilligkeit.
- Sie benötigen körperliche Bewegung, um über „schwere“ Themen reden zu können, ebenso Beziehungskontinuität und männliche Vorbilder im Alltag.
- Es muss eine offene Thematisierung der Diskrepanz zwischen dem Zwangskontext stationäre Hilfen und dem freiwilligen Kontext der Jungenarbeit stattfinden.²³¹

Darüber hinaus kam das Modellprojekt Jungenarbeit zu folgenden fachlichen Schlussfolgerungen:

- Alle Mitarbeiter/-innen in den Teams sollen in das Thema Mädchen-/Jungenarbeit einbezogen werden.
- Zeitliche Ressourcen zur Umsetzung von Mädchen-/Jungenarbeit müssen verfügbar sein.
- Geschlechterbewusste Arbeit bedarf der Verankerung in den Konzeptionen, die Rolle des Geschlechts soll als Strukturmerkmal definiert werden.
- Die Leistungsträger im Hilfesystem müssen die Rahmenbedingungen für geschlechtshomogene Gruppenarbeit unterstützen.
- Mitarbeiter/-innen müssen mit den theoretischen Grundlagen der Jungenarbeit vertraut sein, Sozialisationsbedingungen und alters-typische Entwicklungsaufgaben von Jungen kennen und ihre eigene Geschlechtszugehörigkeit als methodisches Mittel berücksichtigen.
- Jungen müssen als Jungen wahrgenommen werden; es ist wichtig, ihnen Wege für eine männliche Identitätsbildung aufzuzeigen.²³²

Im Jahr 2009 veröffentlichte die LAG Mädchenpolitik Baden-Württemberg eine Arbeitshilfe für Fachkräfte, die sich mit den neuen Herausforderungen und Chancen in den Hilfen zur Erziehung für die Mädchenarbeit auseinandersetzte und dabei feststellte:

- Mädchen lernen oft, eher auf die Bedürfnisse anderer einzugehen als auf ihre eigenen und stellen diese zurück.
- Es ist wichtig, Mädchen den Zugang zu ihren Wünschen und Anliegen zu ermöglichen und deutlich zu machen, dass sie Gültigkeit haben.
- Dabei geht es sowohl um die Grenzen von außen als auch um die eigenen inneren Grenzen der Mädchen.²³³

Mädchengerechte Hilfen erfordern deshalb:

- das Wissen um die Erkenntnisse der Mädchenforschung, spezifische Problemlagen von Mädchen, besondere Merkmale ihrer Lebenswelt und ihrer Sozialisationsbedingungen
- Mädchenarbeit als ein selbstverständliches Qualitätsmerkmal pädagogischer Arbeit in den Konzeptionen zu verankern
- Personal, das über Kompetenzen in der geschlechtersensiblen Arbeit verfügt und regelmäßige Fort- und Weiterbildungsangebote besucht
- Ressourcen für die konzeptionelle Arbeit und ihre Umsetzung
- geschlechtshomogene Angebote, da diese bedeutsam bleiben und nicht durch (ausschließlich – d. A.) koedukative Formen zu ersetzen sind²³⁴

Es sind viele Überschneidungen in den Erkenntnissen des Modellversuches, den Erfahrungen der LAG Mädchenpolitik und den Erkenntnissen von Praktikerinnen und Praktikern festzustellen. Und obwohl in Dresden geschlechterbewusste Arbeit im Wirkungszielkatalog der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich verankert ist sowie das Jugendamt zahlreiche Anstrengungen unternimmt, diese in den Hilfen zur Erziehung zu implementieren, ist sie trotz positiver Beispiele in der Trägerlandschaft noch nicht immer und überall durchgesetzt und professionell am Wirken. Hier bedarf es weiterer Anstrengungen von allen Seiten.

■ 7.4 Ein Blick auf die Inobhutnahme

Paragraf 42 SGB VIII setzt Inhalte und Voraussetzungen der „Inobhutnahme“ genannten sozialpädagogischen Krisenintervention durch das Jugendamt fest. Damit ermöglicht er vorübergehende Maßnahmen in Eil- und Notfällen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Deren Gründe liegen beispielsweise in der Überforderung der Sorgeberechtigten aufgrund von Multiproblemlagen, Beziehungsstörungen, in Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch. Kinder und Jugendliche können sich selbst melden bzw. nach Fremdmeldung durch das Jugendamt in Obhut genommen werden. Dann wird grundsätzlich eine Kindeswohlgefährdung impliziert; darauf muss immer eine Form der Hilfen zur Erziehung nach den Paragrafen 27 bis 35 SGB VIII folgen.²³⁵

In Dresden gibt es spezielle Zufluchtsorte und Wohnmöglichkeiten für Mädchen und junge Frauen, unter anderem die Anonyme Mädchenzuflucht des Verbundes Sozialpädagogischer Projekte e. V. und die Flexi-WGs[®] Mädchenwohnen der Outlaw gGmbH. Sie bieten ihrer Klientel einen verlässlichen Schutz- und Wohnraum. Die Outlaw gGmbH gewährleistet darüber hinaus Hilfen zur Erziehung in kombinierter Form in ihren Mädchenwohngemeinschaften.²³⁶ Sie unterbreitet ein engmaschig strukturiertes Betreuungsangebot und ermöglicht das Kennenlernen von Konfliktlösungsstrategien, die begleitete Aufarbeitung der persönlichen Lebenssituation, ein stabilisierendes und konstantes Wohnumfeld und die aufsuchende Arbeit mit Müttern, Vätern und dem sozialen Bezugssystem.²³⁷

Die Anonyme Mädchenzuflucht ist eine Inobhutnahme-Einrichtung. „Die Ausführung der Inobhutnahme beinhaltet die Krisenintervention und Perspektiventwicklung, eine intensive Alltagsbegleitung und

231 AGJF Sachsen e. V., Sächsisches Modellprojekt: Abschlussbericht zum Modellprojekt Jungenarbeit. Chemnitz 2009. S. 85

232 Ebenda

233 LAG Mädchenpolitik Baden-Württemberg (Hrsg.): Mädchen in den Hilfen zur Erziehung – Neue Herausforderungen und Chancen?! Arbeitshilfe für Fachkräfte. Stuttgart 2009. S. 27 ff.

234 Ebenda

235 <http://www.sgbviii.de/S124.html>, verfügbar am 06.07.2010

236 <http://www.outlaw-jugendhilfe.de/flexi-wg-bischofsweg.html>, verfügbar am 13.04.2010

237 Ebenda

-strukturierung, eine Anamnese sowie ressourcenorientierte sozialpädagogische Arbeit.²³⁸ Die Anonyme Mädchenzuflucht arbeitet nach den Prinzipien der Ganzheitlichkeit, Parteilichkeit und Eigenverantwortlichkeit.²³⁹ Sie stellt sechs Plätze für Mädchen und junge Frauen zwischen zwölf und 21 Jahren bereit.²⁴⁰ Der Standort der Zuflucht ist anonym und nur nach telefonischem Erstgespräch erreichbar. Dafür gewährleistet sie den bestmöglichen Schutz vor fortgesetzter Gewalt, beispielsweise im familiären Kontext. Im Jahr 2008 nahm die Anonyme Mädchenzuflucht 32 Personen auf. Sie alle kamen als Selbstmelderinnen. Als Ursachen ihrer Flucht gaben die Mädchen und jungen Frauen Miss-handlung und sexuellen Missbrauch an. Die Zahl der in der Einrichtung in Obhut Genommenen sinkt seit 2006.²⁴¹ Gleichzeitig erhöhte sich die durchschnittliche Verweildauer von elf (2005) auf 25 Tage (2008).²⁴² Dies lässt sich zum einen aus der Zunahme von Multiproblemlagen bei den Klientinnen ableiten. Es besteht dann Bedarf nach längerfristigen Hilfen, die eine komplexere sozialpädagogische Begleitung erfordern. Häufig verzögern sich auch komplizierte Klärungsprozesse und familiengerichtliche Entscheidungen, z. B. zur Aberkennung der elterlichen Sorge und/oder der außerfamiliären Unterbringung. Zum anderen entwickelte die Anonyme Mädchenzuflucht ihr Konzept für eine nachhaltigere Perspektivplanung und -umsetzung qualitativ weiter. Auch dies führte zu einem Anstieg der Verweildauer.²⁴³

Der Kinder- und Jugendnotdienst fungiert als zentrale Inobhutnahme-Stelle des Dresdner Jugendamtes und verfügt über 15 Plätze für 0- bis 17-Jährige, darunter auch Jungen und junge Männer. Zusätzlich übernehmen seit 2005 qualifizierte familiäre Bereitschaftspflegestellen die Betreuung von Kindern im Alter von null bis sechs Jahren. Aufgrund des steigenden Bedarfs an Plätzen für kleine Kinder wurde die Anzahl dieser Familien 2008 von neun auf zehn erhöht.²⁴⁴

Tabelle 22: Anzahl der Inobhutnahmen in Dresden

Einrichtung	2005	2006	2007	2008
Kinder- und Jugendnotdienst	313	289	285	338
Anonyme Mädchenzuflucht	56	61	45	32
Familiäre Bereitschaftsbetreuung	40	49	47	62
Sonstige	19	11	7	13
gesamt	428	410	384	445

Quelle: Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Planungsbericht zur Inobhutnahme 2008. Dresden 2009. S. 6

238 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Planungsbericht zur Inobhutnahme 2008. Dresden 2009. S. 3

239 <http://www.maedchenzuflucht-dresden.de>, verfügbar am 13.04.2010

240 Junge Frauen, die bereits vor der Vollendung des 18. Lebensjahres Hilfen über das Jugendamt erhielten, können mit Eintritt der Volljährigkeit dort einen Antrag zur Hilfe für junge Volljährige stellen. Das Jugendamt bildet gemeinsam mit einer Person aus der Praxis ein Fachteam. Dieses entscheidet dann auf der Grundlage des aktuellen Hilfeplans über die weitere Unterstützung im Rahmen der Hilfen zur Erziehung.

241 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Planungsbericht zur Inobhutnahme 2008. Dresden 2009. S. 6

242 Ebenda, S. 9

243 Expertinnen-Interview mit Claudia Döring, Diplom-Sozialpädagogin im Kinder-, Jugend- und Familienhaus Plauener Bahnhof am 29.03.2010; Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Planungsbericht zur Inobhutnahme 2008. Dresden 2009. S. 10

244 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Planungsbericht zur Inobhutnahme 2008. Dresden 2009. S. 3

Eine kontinuierliche Zunahme der Inobhutnahmen ist an nahezu allen Dresdner Schutz- und Zufluchtsorten zu verzeichnen. Von den 2008 betreuten Kindern und Jugendlichen waren 188 männlich und 257 weiblich. Ähnlich wie in den Vorjahren haben deutlich mehr Mädchen und junge Frauen selber Schutz gesucht oder benötigt. Außerdem erhöhte sich in den vergangenen vier Jahren der Bedarf der Null- bis Sechsjährigen stark.²⁴⁵ Auf Nachfrage teilte das Jugendamt dafür mehrere Gründe mit: Zum einen wächst die Anzahl der Kinder in dieser Altersgruppe, zum anderen erfolgen mehr Fremdmeldungen aufgrund einer gestiegenen Sensibilität der Fachkräfte und der Bevölkerung.²⁴⁶

Benigna Jakisch, Kristina Winkler sowie die Kolleginnen des „Förderkreises Mädchen und junge Frauen“

■ Handlungsbedarf in Dresden

- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise im Jugendamt, in den Einrichtungen und bei freien Trägern/Diensten sowie deren regelmäßige stichprobenartige Kontrolle/Thematisierung durch Jugendamt und Jugendhilfeausschuss
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte im Jugendamt, in Einrichtungen, bei freien Trägern und Diensten zu geschlechtersensibler Arbeit
- durchgängige paritätische Besetzung der Teams im Stadtteilsozialdienst (Jugendamt) sowie bei den Leistungserbringern/freien Trägern (Ausnahme: geschlechtshomogene Einrichtungen zur Inobhutnahme/Zuflucht)
- Evaluation der Daten zur Häufigkeit von geschlechterdifferenzierten Problemlagen, mit denen Mädchen und Jungen konfrontiert sind, um so eine explizitere Arbeitsweise zu ermöglichen und geschlechtersensibel handeln zu können
- Evaluation der Daten zu geschlechterdifferenzierten Problemlagen von Müttern und Vätern und Ableitung von frühen präventiven Maßnahmen, beispielsweise zur Familienbildung, Beratung und Erziehungsberatung
- verstärkte fachliche Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Bewältigungsmechanismen von Mädchen und Jungen in schwierigen Familiensituationen zum besseren Erkennen von verdecktem Hilfebedarf, diesbezügliche Schulung der Fachkräfte
- Schaffung von spezifischen Zufluchtsorten und Wohngruppen für Jungen bzw. junge Männer, die von Gewalt, Missbrauch o. Ä. betroffen sind
- Gewährleistung eines hohen Schutzes von Mädchen und Jungen (vor allem bei innerfamiliärer sexualisierter Gewalt) im Spannungsfeld der Beteiligungsrechte der Eltern
- weitere Professionalisierung des situationsorientierten Ansatzes innerhalb der Hilfen zur Erziehung bezogen auf die Arbeit mit Mädchen und Jungen sowie auf die Zusammenarbeit mit lesbisch, schwul, bisexuell und transsexuell orientierten Heranwachsenden, Verbesserung der Reaktionen auf Tendenzen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, hier insbesondere Homophobie
- Schaffung von Wohngruppen für Kinder und Jugendliche mit schwerer Behinderung und hohem Pflegebedarf, Gewährleistung des Rechts auf gleichgeschlechtliche Pflege in Zusammenarbeit mit dem entsprechendem Leistungsträger

245 Ebenda, S. 5

246 Landeshauptstadt Dresden. Jugendamt: Aussagen des Jugendamtes am 09.07.2010

8. Ermutigend: Psychosoziale Angebote für langzeitarbeitslose Frauen und Männer

Die Arbeitslosigkeit wirkt sich in der Regel für beide Geschlechter negativ auf das seelische Wohlbefinden aus, vor allem auf das Selbstwertgefühl und die physische Gesundheit. Die Gründe: In unserer Gesellschaft stiftet Erwerbsarbeit Identität. Das subjektive Erleben des behördlichen Umgangs mit Anspruch und Vergabe von Sozialleistungen führt bei vielen Menschen zu Stress und Überforderungen, die das vegetative Nervensystem in Mitleidenschaft ziehen. Daher ist eine psychosoziale Begleitung in dieser Situation notwendig, hilfreich und sinnvoll. Um diese Arbeit professionell zu leisten, ist es wichtig, auf zahlreiche Faktoren bewusst und von vornherein Rücksicht zu nehmen.

■ 8.1 Für den Erfolg von Bedeutung – die Benennung des Angebotes

Wie ein Angebot heißt, ist oft wegweisend für seine Akzeptanz und Wirkung. Die Bezeichnung des psychosozialen Angebotes mit „Betreuung“, so wie es das SGB II vorsieht, wirkt selbstwertmindernd und assoziiert eine Abhängigkeit, die weder sachlich gegeben noch sinnvoll ist. Denn sie soll ja gerade verhindert werden. Angemessen sind die Begriffe „Begleitung und Beratung“. Die konkreten Leistungsangebote werden daher im Folgenden als (geschlechtsspezifische) Beratungsstellen und (niedrigschwellige) Treffs bezeichnet.

■ 8.2 Erwerbsarbeit ist (nur) eine Form von Arbeit

Der Begriff „Arbeit“ wird in Politik und Gesellschaft meistens für Erwerbsarbeit verwendet, d. h. verkürzend für eine Tätigkeit, die entlohnt wird und damit zur finanziellen Lebensgrundlage beiträgt. So verständlich es angesichts der Rechtslage ist, dass nur Sozialleistungen bekommt, wer entsprechende Eigenbemühungen nachweist, so absurd erscheint es, beispielsweise eine Mutter mit vier Kindern unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen aktivieren zu wollen, etwa mit der Verpflichtung, Arbeitsgelegenheiten wahrzunehmen. Dringender benötigt sie die Anerkennung ihrer Situation als gesellschaftlich wertvolle Arbeit. Wichtiger erscheint es, Wahlfreiheit bei der Inanspruchnahme von aktivierenden Maßnahmen einzuräumen. Es gilt, echte Chancen und Perspektiven auf dem 1. Arbeitsmarkt zu entwickeln. Dies fördert die Motivation zur Arbeitsaufnahme und ermöglicht, Erwerbsarbeit und Familie effektiv zu vereinbaren. Der sowohl in der freien Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst zurzeit intensiv verfolgte Ansatz, familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen,

muss in besonderem Maße für Arbeitslose bzw. Arbeitssuchende umgesetzt werden.

■ 8.3 Geschlechtsspezifische Sozialisation beeinflusst den Umgang mit der Arbeitslosigkeit

Die Reaktionsweisen von Frauen und Männern auf Arbeitslosigkeit folgen den jeweiligen Sozialisationen und deren Differenzen. Häufig erleben Jungen schon zeitig, über Leistungen definiert und bewertet zu werden. Von ihnen werden unabhängige, auf niemanden angewiesene und manchmal auch unnachgiebige Problemlösungen erwartet. Gefühle wie Schwäche, Traurigkeit, Verletzlichkeit und Schmerz müssen sie bereits früh kontrollieren und gegebenenfalls unterdrücken. Körperkontakte und Zärtlichkeit werden abgewertet. Fehlende Fertigkeiten zur Selbstorganisation wirken sich bei Eintritt einer Arbeitslosigkeit besonders gravierend aus.

Mädchen werden zu Anpassung und zum Nicht-Wahrnehmen bzw. Vernachlässigen eigener Interessen und Bedürfnisse erzogen. Daher kämpfen Frauen weniger um ihre Rechte, geben sich mit geringeren Einkommen zufrieden und nehmen eher prekäre Arbeitsverhältnisse an. Hilfeangebote suchen sie hingegen leichter und früher als Männer auf. Untersuchungen lassen vermuten, dass Frauen auf Stress und Selbstwertverlust meist mit weniger riskantem Gesundheitsverhalten reagieren als Männer. Konflikte in der Partnerschaft, z. B. wechselseitige Versagensvorwürfe und Gewalt, physisch wie psychisch, belasten die arbeitslosen Frauen und Männer. Form und Umfang der Konflikte bzw. Strategien unterscheiden sich dabei nach Geschlecht signifikant.

■ 8.4 Folgen der geschlechtsspezifischen Sozialisation

Der Verlust gesellschaftlicher Anerkennung und der Zeitstruktur sowie die sich häufig einstellende innere Perspektivlosigkeit/Isolation infolge von Arbeitslosigkeit sind weitere Faktoren, mit denen erwerbslose Männer und Frauen in jeweils geschlechterdifferenzierter Weise zu kämpfen haben und die das Selbstwertgefühl gefährden. Die Hauptverantwortung für Familie und soziale Beziehungen liegt noch immer überwiegend bei den Frauen. Dies führt zu einer Doppelorientierung auf Beruf und Familie. Bei Frauen ist ein überdurchschnittliches Interesse an sozialen/kommunikationsorientierten Berufsfeldern wahrnehmbar, die wiederum oft weniger gut bezahlt werden als „typische

Männerberufe“.²⁴⁷ Auch sind die Karrierechancen von Frauen angesichts der Doppelorientierung deutlich geringer. Bei jungen Frauen, die zunächst überwiegend sogenannte „typisch männliche Berufe“ ergriffen haben, ist ein späteres Verlassen dieser Arbeitsbereiche häufig, was aber von den Sozialleistungsträgern (und Bildungseinrichtungen) leider nicht durch das Angebot entsprechender Umschulungen aufgegriffen wird. Das führt dazu, dass die betroffenen Frauen keine neuen beruflichen Perspektiven entwickeln können, sondern als ungelernete Hilfskräfte oder gar ohne Entlohnung arbeiten. Unserer Gesellschaft geht damit sehr viel Potenzial verloren. Die Arbeitsplätze in traditionell von Männern besetzten Berufsfeldern werden dem Augenschein nach weniger. In vielen Branchen (z. B. Dienstleistungsgewerbe) sind heute soziale Kompetenzen erwünscht bzw. notwendig. Diese haben Männer im Zuge ihrer Sozialisation oftmals nicht erworben bzw. nicht differenziert ausgeprägt. Dadurch erwachsen ihnen neue Probleme.

■ 8.5 Geschlechtersensible Ansätze zulassen

Frauen und Männer berichten, dass sie sich häufig von Ansprechpersonen des gleichen Geschlechts besser verstanden fühlen. Manchmal fällt es dann leichter, die eigene Situation zu erklären. Daher sollten Behörden die Wahl einer Ansprechperson des gleichen Geschlechts einräumen. Berechtigte Gründe sprechen dafür, dass bei Umsetzung dieses Vorschlages in der ARGE erfolgreichere Vermittlungsbemühungen zu verzeichnen wären. Unabhängig vom Geschlecht gilt natürlich, dass gerade auch Menschen, die Leistungen nach SGB II beziehen, Wertschätzung und würdevollen Umgang brauchen. Dieser trägt zur Wahrung des Selbstwertes bei, der wiederum entscheidend ist für den Erfolg der Bemühungen um einen neuen Arbeitsplatz.

■ 8.6 Arbeit der psychosozialen Angebote seit 2005

Die psychosoziale Betreuung nach Paragraph 16 a Nr. 3 SGB II umfasst ein Netz von Angeboten zur sozialen Stabilisierung, Neuorientierung und Aktivierung langzeitarbeitsloser Frauen und Männer.

Niedrigschwellige Treffs

In den stadtteilbezogenen niedrigschwelligen Treffs finden regelmäßige „Frühstücks-/und Cafétreffs“ statt. Dort kann man sich anonym aufhalten, ohne eine Verpflichtung einzugehen. Je nach Bedarfslage finden kompetenz- und gesundheitsfördernde Kurse, wie z. B. Englisch, Umgang mit Behörden, Entspannungstechniken oder Nordic Walking, statt. Diese verhelfen zu einer höheren Verbindlichkeit. Außerdem werden niedrigschwellige Beratungsangebote vorgehalten (Einzelgespräche nach Bedarf) und die Ratsuchenden gegebenenfalls an Fachberatungsstellen vermittelt. Die Beteiligung an den Aktivitäten

ist freiwillig. Im Laufe der Zeit entwickeln sich gemeinsame Unternehmungen und Kontakte unter den Langzeitarbeitslosen. So organisieren Besucherinnen und Besucher der Stadtteiltreffs Wanderungen und Veranstaltungen. Gegenseitiger Austausch und Besuche finden auch außerhalb der Einrichtungen statt, ebenso Hilfen bei Umzügen und bei handwerklichen Tätigkeiten sowie Wissens- und Erfahrungsaustausch. Einige Frauen nutzen regelmäßig die offenen Treffs, besuchen aber auch die Kurse in den geschlechtsspezifischen Beratungsstellen. Unter den Besucherinnen und Besuchern sind 60 Prozent Frauen und 40 Prozent Männer. Dabei fällt auf, dass in Angeboten, in denen Männer arbeiten, auch deutlich mehr Männer diese nutzen. Sie suchen dort überwiegend allgemeine Informationsangebote und Beratungen zum Umgang mit Behörden. Frauen hingegen bevorzugen die soziale Beratung. In den niedrigschwelligen Treffs ist zu beobachten, dass die Nutzerinnen und Nutzer stark Rollenklischees bedienen.

Frauen schätzen es, unter sich zu sein und organisieren sich passende Gelegenheiten. Motivation und Selbstwertaufbau sind bei Männern bedeutend schwerer zu erreichen. Sie brauchen scheinbar „handfeste“ Angebote, „blühen auf“ bei handwerklichen Arbeiten. Den Beobachtungen zufolge benötigen männliche Langzeitarbeitslose offenbar mehr Unterstützung, um selbst etwas zu organisieren. Ihnen fällt es schwerer, sich auf bestimmte Angebote festzulegen. Viele Frauen und Männer kommen aber auch zielgerichtet in die niedrigschwelligen Treffs, weil sie sich auf Angehörige des anderen Geschlechts beziehen wollen.

Spezielle Angebote der geschlechtsspezifischen Beratungsstellen

Die drei geschlechtsspezifischen Beratungsstellen für erwerbslose Frauen bzw. Männer sind stadtweit tätig. Sie sind darauf ausgerichtet, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und orientieren sich an den Problemlagen der Erwerbslosen. Der Zugang zu den Angeboten erfolgt grundsätzlich freiwillig. Beratungen sind auch anonym möglich. Das Angebotsspektrum umfasst eine individuelle ressourcenorientierte Beratung, offene Kreativ-, Gesprächs- und Bildungsangebote, mehrwöchige Kurse und weitere Projekte zur Unterstützung von Neuorientierung, Selbstwertaufbau und Kommunikation. Die Frauenberatungsstellen unterbreiten im Wesentlichen folgende Angebote:

- individuelle psychosoziale Beratung
- Kurse zur Selbstwertstärkung, zur persönlichen und beruflichen Neuorientierung
- Coaching-Gruppen zur Vorbereitung einer Existenzgründung
- Informationsveranstaltungen zu Arbeitslosengeld II und zu den speziellen Möglichkeiten für Berufsrückkehrerinnen
- offene Angebote, beispielsweise Lesecafé, Fahrradtouren, Gesprächsrunden, Rollenspiel, Bewerbungaktionen

Im Ergebnis guter Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise durch Inserate in Tageszeitungen, waren die Angebote sehr gut besucht und voll ausgelastet. Sie werden regelmäßig an die aktuellen Problemlagen angepasst. Die Tatsache, dass ein Beratungsangebot für Männer existiert, verändert schon die geschlechterdifferenzierte Wahrnehmung, dass auch (arbeitslose) Männer beraterbedürftig sein können. Das Beratungs- und Begleitungsangebot für Männer unterbreitet folgende Angebote:

247 Es ist zu beobachten, dass inzwischen mehr Frauen als Männer ergänzende Arbeitslosengeld-II-Leistungen zu Jobs über 400 Euro beziehen. 01/2007 waren es noch 1513 Frauen und 1865 Männer. 07/2009 hingegen mussten 1885 Frauen und 1656 Männer ergänzend Hartz-IV-Leistungen in Dresden in Anspruch nehmen. Frauen arbeiten grundsätzlich häufiger in Jobs unter 400 Euro als Männer: 01/2007 waren es 3173 Frauen und 2404 Männer. 07/2009 fielen 3960 Frauen und 3095 Männer darunter. (Bei den Zahlen wurde nicht zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit unterschieden.) Quelle: Dresden AA-Statistik, DD_68903_Ergänzer_RoA, Erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb) mit laufendem Leistungsanspruch und anrechenbarem Einkommen aus Erwerbstätigkeit (netto). Zuarbeiten der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Südost per E-Mails vom 24.11.2009 und 27.11.2009

- individuelle psychosoziale Beratung (1 bis 1,5 Stunden)
- Informationsberatungen
- offene Angebote wie Info-Café, offene Werkstatt
- Informationsveranstaltungen zu Arbeitslosengeld II
- mobile Angebote
- Projektbegleitung (Ehrenamt) und Ideenwerkstatt

Die Beratungsangebote werden seit ihrer Einführung im Jahr 2005 intensiv genutzt. Ebenfalls gut besucht sind die Informationsveranstaltungen sowie die mobilen Angebote.

■ 8.7 Vordergründige Problemlagen von Frauen

Entwertete Berufsqualifikationen

Frauen bereitet es (häufig) nach vielen Jahren Erziehungs-, Familien- und Pflegezeiten große Probleme, sich gemäß ihrer ursprünglichen Qualifikation zu präsentieren. Die Sozialarbeiterinnen erleben, dass Frauen schon aufgeben, bevor sie überhaupt versucht haben, wieder einzusteigen. Oft fordern sie Anpassungsqualifikationen bei der ARGE nicht ein. Erwerbslose Frauen (und Männer), die aus der Erziehungszeit kommen, empfinden es als diskriminierend, dass sie jeden Job, auch weit unter ihrem Qualifikationsniveau, annehmen müssen. Problematisch ist noch immer, dass Migrantinnen in ihren Herkunftsländern erworbene Berufs- oder Hochschulabschlüsse nicht oder nur teilweise anerkannt bekommen. Ein Anspruch auf Prüfung der Anerkennung ist nur für wenige Gruppen geregelt, ein Rechtsanspruch auf gegebenenfalls notwendige Anpassungsqualifikationen besteht nicht. Die Folge ist, dass Migrantinnen (und Migranten) als ungelernete bzw. Hilfskräfte arbeiten müssen und so ihre erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten nicht ausschöpfen, erhalten und verwerten können. Die Gesellschaft vergeudet somit enorme Ressourcen.

Alleinerziehende Mütter

Alleinerziehend sind überwiegend Frauen. Die Statistik zeigt, dass in den vergangenen fünf Jahren der Anteil alleinerziehender langzeitarbeitsloser Männer gegenüber dem der Frauen abgenommen hat. Die Sozialpädagoginnen beobachten, dass es für Alleinerziehende mit mehreren Kindern besonders schwierig ist, den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen. Daher tragen sie ein besonders hohes Armuts- und Gesundheitsgefährdungsrisiko. Zu viel Druck durch die Behörde lässt diese Frauen manchmal verzweifeln und demotiviert sie enorm. Er wirkt kontraproduktiv, wenn es gilt, neue Lebensperspektiven zu entwickeln.

Fehlende Leistungsberechtigung

Nichtleistungsempfängern und -empfängerinnen, die sich arbeitsuchend melden – im Jahr 2009 waren 54 Prozent von ihnen Frauen und 46 Prozent Männer –, bietet die Arbeitsagentur als Gegenleistung für die Anrechnung von Rentenzeiten an, eine Eingliederungsvereinbarung zu schließen. Wie alle Arbeitslosen müssen sie Bewerbungsbemühungen nachweisen und jede zumutbare Arbeit annehmen. Dennoch haben sie scheinbar nicht die gleichen Rechte wie Leistungsbeziehende. Immer wieder berichten Frauen, dass sie keine Weiterbildungen

und Anpassungsqualifikationen bekommen und den Eindruck haben, bei Arbeitsangeboten nicht bedacht zu werden. Nichtleistungsempfänger/-innen fühlen sich unter anderem dadurch ausgegrenzt und sehr isoliert. Die Statistiken zeigen einen Rückgang der gemeldeten Nichtleistungsempfänger/-innen in Dresden zwischen 2005 und 2009 um zwei Drittel. Dieser Trend ist in der Arbeit der Beratungsstellen hingegen nicht nachvollziehbar: Dort hat sich zur gleichen Zeit der Anteil der Nichtleistungsempfängerinnen 2008 um ein Drittel gegenüber 2006 erhöht. Im Jahr 2009 ist ihr Anteil nur geringfügig gesunken.

Trennung und Scheidung

Wenn Frauen aus der Wohnung ausziehen wollen, die sie bis dahin mit einer anderen Person teilten, müssen sie den Umzug zuvor von der ARGE genehmigen lassen und den Umzugsgrund angeben. Diese Situation ist dann entwürdigend, wenn die Behörde den Grund „Trennung“ nicht anerkennt, sondern den konkreten Trennungsgrund verlangt. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den psychosozialen Angeboten erleben häufig, wie bedrohlich und beschämend die Betroffenen dies empfinden. Aus Sicht der Fachleute ist eine derartige Regelung und die sich daraus entwickelnde Situation unvereinbar mit dem im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Recht auf Wahrung der Würde, Freiheit und auf individuelle Entwicklung der Persönlichkeit. Es wird daher vorgeschlagen, die Trennung von Partner/-in grundsätzlich als ausreichenden Umzugsgrund anzuerkennen. Denn dies würde wesentlich z. B. die Situation der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen verbessern: Sie müssten nicht gegenüber der Behörde über ihre Gewalterfahrungen sprechen, damit sie aus ihrer Wohnung ausziehen dürfen. Falls wirklich erforderlich, könnte eine Bestätigung der Notwendigkeit des Umzugs durch psychosoziale Beratungsstellen bzw. Ärzte/Ärztinnen oder andere professionelle Unterstützungsangebote den Behörden die für die Verwaltungsentscheidung notwendige Sicherheit im Hinblick auf den Wahrheitsgehalt der Angaben vermitteln.

Erwerbsunfähigkeit

Nach Beobachtung der Sozialpädagoginnen hat die Erwerbsunfähigkeit von langzeiterwerbslosen Frauen in Dresden zugenommen, vor allem die anerkannten psychisch bedingten Erwerbsminderungen. Oft geraten Frauen nach Mobbing am Arbeitsplatz in psychische Krisen, denen lange Krankheitszeiten und mitunter Erwerbsunfähigkeit folgen. Das wiederum führt zu Problemen bei einem beruflichen Neustart bzw. verhindert ihn vollständig.

■ 8.8 Vordergründige Problemlagen von Männern

Selbstorganisation und Sorgeselbstständigkeit

Männer haben in der Regel keine „natürlichen“ Sozialisationsinstanzen (z. B. Elternzeit), die das Erlernen von Selbstorganisation und Sorgeselbstständigkeit außerhalb von Erwerbsarbeit befördern. Im Gegenteil: Viele Männer sind nach Schule, Ausbildung und Wehrdienst auf rationales und zweckmäßiges Funktionieren/Erfüllen ausgerichtet. Eine hierarchisch organisierte Arbeitswelt erfordert einige Wenige die sagen, wo es lang geht, während alle anderen diese Vorgaben aus-

führen. Das reproduktive Aufgabenfeld (Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, soziale Kontakte zur Familie und Freunden) beanspruchen Frauen bzw. wird es diesen zugewiesen und ist als Entwicklungsmöglichkeit für Männer traditionell nicht vorgesehen. Langzeitarbeitslosigkeit böte die Chance, dies zu verändern. Nach Beobachtungen der Kollegen in der Männereinrichtung ist die ausschließliche Erwerbsorientierung bei langzeitarbeitslosen Männern aber ungebrochen hoch. Diese Entwicklung wird durch die Rahmenbedingungen des SGB II weiter befördert.

Arbeitslose Väter

Ein weiteres Problem für arbeitslos gewordene Männer ergibt sich aus der veränderten Familienkonstellation: Der sonst abwesende Vater ist den ganzen Tag zu Hause. Er fühlt sich in der Familie nicht mehr ernst genommen, vor allem wenn die Partnerin arbeiten geht. Er leidet zum einen unter dem Autoritätsverlust als Ernährer und wird zum anderen nur schwer als neue Erziehungsinstanz akzeptiert, wenn bisher die Frau die Haushalts- und Erziehungsarbeit geschultert hat. Selbst wenn langzeitarbeitslose Männer mit dem Herzen bei der Kindererziehung dabei sind, fällt es ihnen schwer, diese Form von Arbeit als solche anzuerkennen und daraus einen Selbstwert zu schöpfen, so wie es Frauen können. Sie fühlen sich wegen des fehlenden Erwerbs schuldig und minderwertig. Es gibt Partnerinnen, die ihre arbeitslosen Männer zusätzlich unter Druck setzen, sich Arbeit zu suchen, da auch sie, zumindest was die Erwerbstätigkeit angeht, an traditionellen Geschlechterrollen festhalten. Dabei verfügen die meisten Männer über Ressourcen, die häufig unentdeckt brach liegen, weil sie als unmännlich gelten und die aber geweckt werden sollten.

Fehlendes Werkzeug für die Arbeitslosigkeit

Der unbedingte Wille, auch in Problemsituationen handlungsfähig zu bleiben, kann eine starke Ressource für Männer sein, wenn sie arbeitslos sind. Sie führt unter Umständen schnell zurück in die Arbeit. Oder Mann macht sich fit im SGB II, um nicht ohnmächtig dem Verwaltungsapparat gegenüberzustehen. (Immer wieder bemerken die Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen in den Infoveranstaltungen aktive und gut informierte Männer.) Wenn aber alle rationalen Bemühungen nicht funktionieren (z. B. wenn ältere Arbeitslose trotz zahlloser Bewerbungen keine Stelle finden) und Hilflosigkeit sowie emotionale Reaktionen einsetzen (Sorge, Angst, Schuld etc.), dann fehlen den Männern die Werkzeuge, diese auftauchenden Gefühle zu bewältigen bzw. abzufedern. Männer tun sich schwer, eine Beratungsstelle aufzusuchen, da dies für sie gleichbedeutend mit einem Eingeständnis ist, nicht die „passenden“ Werkzeuge zu besitzen. Viele Männer verfügen über langjährige Therapieerfahrungen, wobei nicht immer eindeutig zu klären ist, ob psychische Probleme zur Arbeitslosigkeit geführt haben oder erst aufgrund von Arbeitslosigkeit entstanden sind.

Alleinsein

Langzeitarbeitslose Männer sind oft einsam und isoliert. Viele leben aus unterschiedlichen Gründen allein. Bekannte oder befreundete Männer wenden sich ab, die Situation beim Gegenüber rührt an der eigenen Hilflosigkeit, damit umzugehen. Selbst wenn sie die Arbeitslosigkeit ohne schwerwiegende psychosoziale Probleme bewältigen,

berichten Langzeitarbeitslose, wenig Chancen bei Frauen zu haben: „Welche will schon einen wie mich als Mann? Ich habe ja nichts zu bieten.“ Gleichzeitig verlieren Männer in der Arbeitslosigkeit die Kontakte zu ehemaligen Arbeitskollegen. Dies ist besonders dann schwierig, wenn die Partnerin im Privaten für Kontakte und Freundschaften gesorgt hat. Bei einem Auszug nimmt sie diese mit. Oft sind Männer auch der Ansicht, dass Gespräche nicht weiterhelfen. Besser wäre es, nicht mehr daran zu denken und schon gar nicht darüber zu sprechen.

■ 8.9 Kooperationen, Erfolge und Probleme

Vertreterinnen und Vertreter der Beratungsstellen und der niedrigschwelligen Treffs finden sich in einer gemeinsamen Fachgruppe regelmäßig zum Austausch zusammen. Bei Bedarf unterstützen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Einrichtungen gegenseitig mit kollegialer Beratung zu konkreten Fällen, halten gemeinsame Veranstaltungen ab und vermitteln gegebenenfalls Besucherinnen und Besucher untereinander.

Das Sozialamt nimmt die Fachaufsicht wahr und finanziert die Beratungsstellen sowie die Treffs. Der erwähnte Fachaustausch findet in der Managementgruppe für psychosoziale Betreuung nach Paragraph 16 a Nr. 3 SGB II mit den Zielen der Planung, Entwicklung und Koordinierung der kommunalen Angebote statt. Das Sozialamt koordiniert auch die Zusammenarbeit zwischen der ARGE, den psychosozialen Beratungs- und Betreuungsstellen, Sucht- und Schuldnerberatungsstellen sowie anderen Leistungsträgern. Dadurch können sich Mitarbeiter/-innen der ARGE besser über die jeweiligen Angebote informieren und Gelegenheit zu gemeinsamen Fallgesprächen mit Erwerbslosen, anderen ARGE-Beschäftigten und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen erhalten.

In den Jahren 2005 bis 2010 hat sich die Zusammenarbeit mit der ARGE auf vielen Gebieten positiv entwickelt. So finden regelmäßig, zirka alle drei Monate, Treffen mit der Geschäftsführung statt. Dort werden auftretende Problemlagen angesprochen. Zusätzlich führen einzelne Team- bzw. Bereichsleiter/-innen Informationsveranstaltungen in den Beratungsstellen und niedrigschwelligen Treffs durch; die ARGE-Geschäftsführung tritt z. B. zu sozialpolitischen Abenden im Frauenbildungszentrum auf. Darüber hinaus haben sich die Einrichtungen den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der ARGE 2008 in Infoveranstaltungen zu psychosozialen Problemlagen von erwerbslosen Frauen und Männern vorgestellt.

2009 überreichte das Sozialamt den Persönlichen Ansprechpartnern/Ansprechpartnerinnen und Fallmanagern/-managerinnen die gemeinsam erstellte Handakte, in der die Arbeitsweise und Angebote der psychosozialen Beratungsstellen dargestellt sind.²⁴⁸ Alle Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der ARGE haben den Angebotsflyer „Arbeitslos – was nun?“ mit den Ansprechpersonen der Einrichtungen vorliegen und können die Bürger/Bürgerinnen darüber informieren. Die Beschäftigten der Beratungsstellen bzw. niedrigschwelligen Treffs nahmen an einzelnen Weiterbildungen der ARGE teil. Es ist geplant, dies auszubauen.

In der Kommunikation mit der ARGE haben die Sozialpädagoginnen und -pädagogen der Einrichtungen positive Erfahrungen gemacht, teilweise haben sich Spannungen und Probleme aber auch vertieft. Aus

²⁴⁸ Landeshauptstadt Dresden. Sozialamt/Sozialplanung: Psychosoziale Betreuung nach § 16 a Nr. 3 SGB II i. V. m. § 17 SGB II – Handakte für die SGB II-Arbeitsgemeinschaft Dresden vom 01.10.2009

ihrer Sicht kam es im Berichtszeitraum verstärkt zu verzögerter oder rechtswidrig verweigerter Zahlung von Leistungen, was unter den Betroffenen viel Aufregung und Verärgerung bewirkte und sich nachteilig auf ihre Selbstwirksamkeitserwartung auswirkte. Problematisch für deren Wahrnehmung als öffentliche Behörde ist dann, wenn der subjektive Eindruck entsteht, die ARGE würde wissentlich falsche Bescheide erlassen bzw. die einschlägige Rechtsprechung nicht berücksichtigen. Zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Beschäftigten der ARGE, den Beratungsstellen bzw. niedrigschwelligen Treffs und den Betroffenen wird daher angeregt, Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten unabhängig vom Vermittlungsprozess einzurichten. Diese Treffen, möglicherweise in Form von Workshops oder Open-Space-Veranstaltungen, könnten gleichzeitig der qualitativen Evaluation dienen. Darüber hinaus treten weitere Probleme auf:

Die in Amtssprache verfassten Schreiben der ARGE rufen Angst und Beschämung hervor, Rechtsbehelfsbelehrungen und Rechtshinweise fassen viele Empfänger/-innen als Drohungen auf. Rückfragen des Amtes, Nachforderungen bereits abgegebener Unterlagen, Richtigstellungen von Sachverhalten – juristisch korrekt geschrieben – empfinden die Betroffenen als Vorwürfe. Ablehnungsbescheide erleben sie als existenzbedrohend und/oder als Unterstellung, die entstandene Situation selbst verschuldet zu haben. Oft fühlen sich die Ratsuchenden bzw. Antragsteller/-innen in der ARGE wie Angeklagte – nicht als Kunden und Kundinnen, wie die ARGE selbst ihre Klientel bezeichnet. Die Betroffenen berichten dies erst in den Beratungsstellen und offenen Treffs. Behördenschreiben und Bescheide sollten daher grundsätzlich in „Leichter Sprache“²⁴⁹ verfasst werden. Diese, zunächst mit Blick auf behinderte Menschen, entwickelte Sprache ist durchaus geeignet, Texte begreifbar zu schreiben. Es gibt Institute, die bei Bedarf Übersetzungen liefern. Nötigenfalls lässt sich der juristisch exakt formulierte Text als Anlage beifügen. Die Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen sind überzeugt, dass dies die Einsicht in die getroffenen Entscheidungen vertiefen und somit auch deren Akzeptanz erhöhen würde. Die Bürgerinnen und Bürger würden die Inhalte besser verstehen und sich würdevoller behandelt fühlen.

Zunehmend ist stattdessen eine undifferenzierte Zuweisung von Arbeitsgelegenheiten zu beobachten, die die Betroffenen entwürdigen (z. B. Nägel entrostet, wie in den Beratungsstellen und Treffs berichtet wurde, oder Arbeitsgelegenheiten für Mütter mit mehreren Kindern mit dem Ziel, diese kochen und nähen zu lehren). Dies widerspricht zudem den Richtlinien zur Umsetzung des SGB II. Die Anzahl der durch die ARGE geforderten Bewerbungen erscheint häufig als unrealistisch. Sie entspricht oft nicht der Zahl der auf dem Arbeitsmarkt überhaupt verfügbaren einschlägigen Stellen. Sinn- bzw. aussichtslose Bewerbungen zu verfassen, behindert die Entwicklung von aussichtsreichen Arbeitsperspektiven, die der individuellen Situation entsprechen. Es sollte dringend nach Kriterien gesucht werden, die in Ergänzung der quantitativen eine qualitative Bewertung der Bemühungen um Arbeit ermöglichen.

Immer wieder berichten Besucherinnen und Besucher von weiteren entwürdigenden Situationen. Deutlich sichtbar sind beispielsweise die Warteschlangen morgens vor dem Gebäude, auch bei größter Kälte und stets vor Augen Unbeteiligter. Das Bild gleicht bekannten historischen Fotos.

Problematisch, unwürdig und nicht nachvollziehbar war die Situation in jener Zeitspanne, als die ARGE nur über eine 180er Nummer, also mit entsprechend höheren Telefongebühren, zu erreichen war. Erfreu-

licherweise reagierte die ARGE inzwischen auf die vorgetragene Kritik mit Einrichtung einer Festnetznummer.²⁵⁰

Unverzichtbar für eine konstruktive Kommunikation ist, dass Anträge in jedem Fall entgegengenommen und ihr Eingang schriftlich bestätigt wird. Die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen und offenen Treffs erleben noch immer Ratsuchende, denen verweigert wurde, einen Antrag zu stellen bzw. die keine Eingangsbestätigung für ihre schriftlich eingereichten Unterlagen bekamen. Das erschwert sowohl den Betroffenen als auch den Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen das Gespräch über solche Unterlagen mit der ARGE. Die Verweigerung der Antragsannahme ist rechtswidrig. Eingangsbestätigungen sollten grundsätzlich erfolgen, möglichst schon im Eingangsbereich, am einfachsten durch Unterschrift auf einer auszuhändigenden Kopie.

Aus Sicht der Einrichtungen ist es wünschenswert, den Betreuungsschlüssel im Fallmanagement zu verringern, damit Mitarbeiter/-innen die für den individuellen Fall erforderliche Beratungs- bzw. Bearbeitungszeit haben. Auch hier sind die bereits oben erwähnten qualitativen Kriterien für die Ermittlung und Bewertung des realistischen Arbeitsaufwandes bezogen auf den Einzelfall unablässig. Eine Aufstockung des Personals der Leistungsabteilung könnte viele Krisensituationen verhindern.

Die Betroffenen wünschen sich zudem mehr Kontinuität bei den Ansprechpersonen. Aus Sicht der Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen würde dies nicht nur den Beratungsprozess, sondern auch den Erfolg der Vermittlungsbemühungen, die Zusammenarbeit und damit den Arbeitszeiteinsatz effektivieren.

Die ARGE sollte freiwillig aufgenommenes Ehrenamt bzw. gesellschaftliches Engagement als Aktivitäten zur Erhaltung eigener Leistungsfähigkeit anerkennen. Insbesondere wenn von der ARGE eingeschätzt wird, dass eine baldige Wiedereingliederung auf den 1. Arbeitsmarkt nur wenig wahrscheinlich ist, sollte den Langzeitarbeitslosen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch die Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Arbeit als sinnvolle Betätigung und unter Befreiung vom Nachweis der Bewerbungsbemühungen ermöglicht werden.

Liane Freudenberg sowie die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen und niedrigschwelligen Treffs für Frauen und Männer ohne Erwerbsarbeit

■ Handlungsbedarf in Dresden

Die wichtigste Prämisse der Arbeit muss lauten: Die arbeitslosen bzw. -suchenden Bürgerinnen und Bürger sind vollwertige Menschen und selbstverständlich gemäß Grundgesetz zu respektieren und gleichberechtigt zu behandeln. Dasselbe gilt auch für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der ARGE und der Einrichtungen gemäß Paragraf 16 a Nr. 3 SGB II. Im Januar 2011 tritt an die Stelle der ARGE das sogenannte Kooperative Jobcenter nach SGB II. Die im Folgenden genannten Handlungsbedarfe behalten ihre Gültigkeit für die neue Institution.

■ Weiterentwicklung der Vernetzung und der Kommunikation zwischen der ARGE, der Stadtverwaltung (Sozialamt, Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann), den Beratungsstellen, niedrigschwelligen Treffs unter Einbeziehung (von Vertreterinnen und Vertretern) der von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit Betroffenen

249 <http://www.leichtesprache.org>

250 Diese lautet: (03 51) 4 75 17 32

- Ausbau gemeinsamer Weiterbildungen der Beschäftigten in den Beratungsstellen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE, in denen wechselseitiges Zuhören möglich wird
- Formulierung der Schreiben und Bescheide der ARGE in „Leichter Sprache“
- Schaffung eines Aufenthaltsraumes im Objekt Budapester Straße, der bereits vor Öffnung der Behörde für Wartende verfügbar ist
- konsequente Abgabe von Eingangsbestätigungen durch die ARGE für Anträge und eingereichte Unterlagen
- Erstellung eines Informationsblattes durch die ARGE zu erforderlichen Genehmigungen, notwendigen Schritten und Verfahrensabläufen, die sich im Zusammenhang mit Umzug und Trennung ergeben
- Anerkennung des Umzugsgrundes „Trennung“ innerhalb der ARGE bzw. Anerkennung eines Bestätigungsschreibens anerkannter Dritter bezüglich der Notwendigkeit eines Umzugs ohne die Angabe von weiteren Gründen
- Schaffung der Möglichkeit für Betroffene, sich an einen Ansprechpartner/eine Ansprechpartnerin gleichen Geschlechts in der ARGE zu wenden (ohne Nennung von Gründen) und diese Person auch selbstverständlich telefonisch erreichen zu können
- Suche von Möglichkeiten für die Optimierung des Betreuungs-schlüssels im Fallmanagement, Verbesserung der personellen Betreuungskontinuität
- Benennung von kontinuierlich tätigen sowie telefonisch sicher und unkompliziert erreichbaren Ansprechpersonen für Einrichtungen und Beratungsstellen in der ARGE
- konsequente Umsetzung der Fördermöglichkeiten für Alleinerziehende, verbesserte Informationen der Betroffenen zu deren Rechten
- Gleichbehandlung von Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern mit Leistungsbeziehenden hinsichtlich der Vermittlung auf den 1. Arbeitsmarkt
- Suche von Möglichkeiten zur besseren Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen der Migrantinnen und Migranten
- Anerkennung von ehrenamtlicher Tätigkeit Langzeitarbeitsloser mit geringer Eingliederungswahrscheinlichkeit
- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in der ARGE und im Sozialamt
- wissenschaftliche Untersuchung zu den Einflüssen veränderter Sichtweisen auf Beruf und Lebenssinn infolge von Familiengründung/Kindererziehung mit der beruflichen Entwicklung von Frauen (z. B. Aufgabe bzw. Änderung des ursprünglich gewählten Berufes). Dabei sollten die Ressourcen sichtbar werden, die sich für die Gesellschaft neu erschließen, wenn die in solchen Lebensläufen erworbenen Familienqualifikationen mit Maßnahmen und Qualifizierungen unterstützt werden.

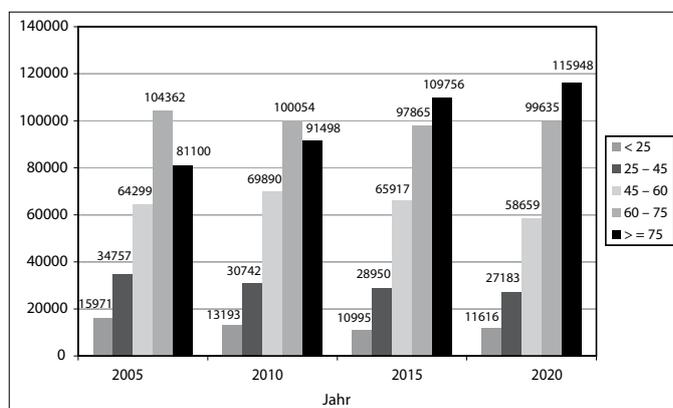
9. Vergessen? Problemlagen von Frauen und Männern mit Behinderungen

Wenn über Menschen mit Behinderungen und deren spezielle Problemlagen gesprochen wird, ist es sinnvoll zu wissen, wie der Begriff „Behinderung“ zu verstehen ist. Denn er steht immer im Verhältnis zu dem, was eine Gesellschaft als normal bezeichnet. Behinderung ist eine soziale Konstruktion und unterliegt damit Zuschreibungen und Stigmatisierungen.²⁵¹ Die Grenzen zwischen nicht behindert und behindert sind fließend. Das Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX) – definiert den Begriff der Behinderung als Ausgangspunkt für die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (Paragraf 2 Absatz 1 SGB IX). Nach diesem Gesetz sind „Menschen behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist“.²⁵² Es ist dabei unabhängig, ob die Behinderung angeboren, durch einen Unfall, eine Erkrankung oder ein anderes Ereignis eingetreten ist.²⁵³ Allerdings ist zu beachten, dass Behinderung nie geschlechtsneutral sein kann. „Denn behinderte Menschen sind genauso Frauen und Männer wie Nicht-Behinderte.“²⁵⁴

Zum 31. Juli 2009 lebten in Dresden 67 810 Menschen mit jeder Art von Behinderung, deren Grad zwischen 20 und 100 liegt. Somit hat durchschnittlich jede/jeder achte Dresdner/-in eine anerkannte körperliche, seelische und/oder geistige Behinderung. Davon sind 54,8 Prozent Frauen und 45,2 Prozent Männer.²⁵⁵ Der größere Frauenanteil wird durch die höhere Lebenserwartung und den Anstieg der Behinderungen im Alter verursacht. Die Behindertenstrukturstatistik der Landeshauptstadt Dresden, auf die sich die folgenden Daten beziehen, fasst unter dem Begriff der schweren Behinderung den Grad von 50 bis 100. Im Juli 2009 lebten in Dresden 49 351 Menschen, die dieses Kriterium erfüllten. Seit dem 31. Dezember 2005 nahm diese Bevölkerungsgruppe kontinuierlich um 25 Prozent zu.²⁵⁶ Ab einem

Alter von 25 Jahren steigt die Zahl der Menschen mit schweren Behinderungen an und hat bei den über 65-Jährigen das größte Ausmaß erreicht. Somit liegt die Anzahl der Menschen mit einem Grad der Behinderung zwischen 50 und 100 ab 65 Jahren ungefähr zehnmal so hoch wie bei den Menschen zwischen 18 und 35 Jahren.²⁵⁷ Aufgrund der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Alterung der sächsischen Bevölkerung steigt auch der Anteil an Menschen mit schweren Behinderungen. Nach Vorausschätzungen des Statistischen Bundesamtes (von 2003) wird die Anzahl der Menschen mit schwerer Behinderung bis zum Jahr 2020 nur gering zunehmen, während die sächsische Gesamtbevölkerung abnimmt. Das bedeutet eine Verschiebung der Verhältnisse: 2005 gab es in Dresden auf 1000 Einwohner/ Einwohnerinnen noch 74 Menschen mit schwerer Behinderung, 2020 sollen es bereits 81 sein.²⁵⁸

Abbildung 11: Prognostische Entwicklung der Anzahl von Menschen mit Behinderungen nach Altersgruppen in Sachsen



Quelle: Sächsisches Staatsministerium für Soziales: 4. Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Dresden 2009. S. 40

Demnach wird sich der Anteil der über 75-jährigen Menschen mit schwerer Behinderung in den nächsten zehn Jahren stark erhöhen, während bei den 25- bis 60-Jährigen ein geringfügiger Rückgang zu erwarten ist.

251 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Überschar, Urban, Weiblich, behindert – diskriminiert? Die Rechte behinderter Frauen und Mädchen stärken! Zusammenfassung der Konferenz vom 19. November 2009. Berlin 2009. S. 2

252 Paragraf 2 Absatz 1 SGB IX, http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_9/BjNR104700001.html, verfügbar am 25.08.2010

253 <http://ksv-sachsen.de/behinderte-menschen>, verfügbar am 07.03.2010

254 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Überschar, Urban, Weiblich, behindert – diskriminiert? Die Rechte behinderter Frauen und Mädchen stärken! Zusammenfassung der Konferenz vom 19. November 2009. Berlin 2009. S. 2

255 Landeshauptstadt Dresden. Sozialamt: Behindertenstrukturstatistik. Stand 16.11.2009. Zuarbeit des Sozialamtes per Telefax vom 07.12.2009

256 Sächsisches Staatsministerium für Soziales: 4. Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Anzahl der schwerbehinderten Menschen am 31.12.2005 in der Landeshauptstadt Dresden. Dresden 2009. S. 36

257 Landeshauptstadt Dresden. Sozialamt: Behindertenstrukturstatistik. Stand 16.11.2009. Zuarbeit des Sozialamtes per Telefax vom 07.12.2009

258 Sächsisches Staatsministerium für Soziales: 4. Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Dresden 2009. S. 36 - 37

■ 9.1 Geschlechterdifferenzierte Problemlagen werden selten wahrgenommen

Am 13. Dezember 2006 hat die UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen ein Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verabschiedet. In Artikel 6 wird erstmals explizit die mehrfache Diskriminierung von Frauen mit Behinderungen anerkannt. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich zudem bei allen Maßnahmen zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, die Geschlechterperspektive zu berücksichtigen.²⁵⁹ In Deutschland trat die Konvention am 26. März 2009 in Kraft. Am 26. Oktober 2009 kündigte die Bundesregierung im Koalitionsvertrag einen sogenannten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an.²⁶⁰ Damit hat erstmals auch in Deutschland eine Rechtsgrundlage der Realität mehrfacher Diskriminierung von behinderten Frauen entsprochen, was für die künftige geschlechtersensible Arbeit für und mit behinderten Menschen in Dresden positive Wirkungen haben wird.

Die Landeshauptstadt Dresden beschloss bereits im Jahr 2004 Leitlinien für die Behindertenarbeit. Sie beinhalten den Ausbau ambulanter Angebote, eine bedarfsgerechte Angebotsvielfalt, Barrierefreiheit, die Stärkung des Selbsthilfepotenzials sowie das Bekenntnis zur Vorrangigkeit der lebensbegleitenden Integration von Menschen mit Behinderungen.²⁶¹ Diese Leitlinien enthalten bisher jedoch keinen geschlechtersensiblen Ansatz. Die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der Landeshauptstadt Dresden machte auf Anfrage deutlich, dass die Mehrheit der Behindertenverbände und -vereine ebenfalls „(...) keine besonders hervorgehobene Wahrnehmung für geschlechterdifferenzierte Problemlagen“ von Frauen und Männern hat.²⁶² Allerdings berichtet sie, dass verschiedenen Arbeitspartnern/Arbeitspartnerinnen bewusst sei, dass folgende Lebensbereiche unterschiedlich erlebt werden:

- Gleichstellung im Beruf
- sexuelle Gewalt und Übergriffe
- fehlende barrierefreie Arztangebote (beispielsweise Gynäkologie) und Frauenschutzhäuser
- geschlechterdifferenzierte psychische Erkrankungen (beispielsweise Essstörungen, Selbst- und Fremdaggression)
- geschlechterdifferenzierte Probleme in der Beratungs- und Betreuungsarbeit sowie Pflege²⁶³

Eine speziell geschlechtersensibel arbeitende Ausnahme, auf die sich die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen bezieht, bildet der Lebendiger leben! e. V. Alle Mitarbeiterinnen dieses einzigartigen Vereins haben das Ziel, ein selbstbestimmtes Leben von sächsischen Frauen und Mädchen mit Behinderungen zu fördern.

259 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Überschar, Urban, Weiblich, behindert – diskriminiert? Die Rechte behinderter Frauen und Mädchen stärken! Zusammenfassung der Konferenz vom 19. November 2009. Berlin 2009. S. 1

260 <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=88294.html>, verfügbar am 07.03.2010

261 <http://www.dresden.de/de/03/060/leitlinien>, verfügbar am 07.03.2010

262 Landeshauptstadt Dresden. Beauftragte für Menschen mit Behinderungen: Zuarbeit der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen per Brief vom 01.02.2010

263 Ebenda

■ 9.2 Problemlagen von Frauen und Männern mit Behinderungen

Im Folgenden werden geschlechterdifferenzierte Problemlagen von Frauen und Männern mit Behinderungen in Dresden näher beschrieben. Die fachliche Grundlage dafür bildet, neben Statistiken und Literaturquellen, ein auf langjähriger Praxiserfahrung basierendes Thesenpapier von Angelika Weirauch, Vorstandsfräule und Mitgründerin des Lebendiger leben! e. V. sowie ein Expertinnen-Interview. Angelika Weirauch, Diplom-Sozialpädagogin, berichtet aus ihrem Arbeitsalltag, dass Frauen einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt seien: einerseits gegenüber Frauen ohne Behinderung und andererseits gegenüber Männern mit Behinderung.²⁶⁴ Deutlich sichtbar wird das beispielsweise beim Nettoeinkommen. (siehe Tabelle 25, Anlage)

Nur etwa 15 Prozent der Männer mit Behinderungen verdienen mehr als 1500 Euro, liegen aber mit knapp zehn Prozent der Einnahmen unter 500 Euro deutlich unter dem männlichen Durchschnittseinkommen in dieser Gehaltsklasse. Ein Viertel der Männer im arbeitsfähigen Alter, mit und ohne Behinderung, haben ein Nettoeinkommen zwischen 1100 und 1500 Euro. Der gleiche Anteil an Frauen mit Behinderungen hingegen verfügt lediglich über ein Einkommen von 500 bis 700 Euro. Auffallend ist auch, dass Frauen ohne Behinderung ein deutlich geringeres Einkommen als Männer mit Behinderungen haben und häufiger in Teilzeit beschäftigt sind.

Tabelle 23: Anteil der in Teilzeit beschäftigten Menschen mit und ohne Behinderung an den Erwerbstätigen in Sachsen*

	Menschen mit Behinderung	Menschen ohne Behinderung
Frauen	39,1	31,5
Männer	19,7	7,4
gesamt	29,1	18,7

* Stand 31.12.2005

Quelle: Sächsisches Staatsministerium für Soziales: 4. Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Dresden 2009. S. 80

Perspektivisch wirkt sich dies gravierend negativ auf spätere Rentenansprüche aus. Frauen erhielten Ende des Jahres 2005 im Durchschnitt rund 4,3 Prozent weniger Erwerbsminderungsrente. Besonders deutlich ist die Differenz bei der vollen Erwerbsminderung, hier beträgt sie 51 Euro, was sieben Prozent entspricht.

Tabelle 24: Durchschnittliche Rentenzahlbeträge wegen Erwerbsminderung in Sachsen*

	gesamt in €	volle Erwerbsminderung in €	teilweise Erwerbsminderung in €
Männer	690	725	451
Frauen	661	674	442
gesamt	670	698	448

* Stand 31.12.2005

Quelle: Sächsisches Staatsministerium für Soziales: 4. Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Dresden 2009. S. 103

264 Expertinnen-Interview mit Angelika Weirauch, Diplom-Sozialpädagogin, Projektkoordinatorin und Mitgründerin des Lebendiger leben! e. V. vom 06.03.2010

Frauen mit Behinderungen, aber auch Mütter mit behinderten Kindern, stehen im Arbeitsleben vor noch komplexeren Herausforderungen als Frauen ohnehin. Erfahrungen zeigen, dass Frauen, die bei einer Bewerbung angeben, ein behindertes Kind zu betreuen, besonders häufig die Zusage zur angestrebten Arbeitsstelle verwehrt wird. Die Angst der Arbeitgeber/-innen vor langen krankheitsbedingten Ausfällen sei enorm groß.²⁶⁵ Ungünstig auf den selbstbestimmten Arbeitseinstieg wirkt sich auch das Erleben im Elternhaus aus. Junge Mädchen und Frauen mit Behinderung werden oft mehr als notwendig behütet.²⁶⁶ Ihnen würde deutlich weniger zugetraut als jungen Männern mit Behinderungen. Eine Ablösung und Selbstständigkeit wird ihnen oft abgesprochen.²⁶⁷

Zu den Hürden zum Berufseinstieg und dem folgenden, oft schwierigen beruflichen Werdegang, kommen Benachteiligungen in der Freizeit. Die meisten kulturellen Begegnungsorte sind nicht barrierefrei, sei es aus Denkmalschutzgründen der Gebäude, mangelnden finanziellen Möglichkeiten oder einfach aus Unwissenheit. Barrierefreiheit bedeutet nicht nur den rollstuhlgerechten Zugang zu den Nutzungsräumen, sondern auch die Möglichkeit für seh- oder hörgeschädigte Menschen, ein Angebot zu nutzen. Reale, gleichberechtigte Barrierefreiheit würde dann beispielsweise kostenlose Gebärdensprachen-Dolmetscher/Dolmetscherinnen, längere Pausen, behindertengerechte Toiletten, Schriftzüge oder Texte in Braille-Schrift, sozialpädagogische oder therapeutische Konzepte für Menschen mit einer seelischen Behinderung usw. implizieren. Demgegenüber regelt Artikel 30 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen von 2006 eine Teilhabe am kulturellen Leben, wie beispielsweise Theater- und Filmvorführungen oder die Nutzung sonstiger, auch geschlechtersensibler, kultureller Freizeit- und Bildungsangebote.²⁶⁸

Den Expertinnen-Erfahrungen zufolge besteht auch in der medizinischen Betreuung ein Ungleichgewicht für Frauen mit Behinderungen. In der Lebensphase, in der sie eine Familie gründen möchten, sind sie besonders häufig auf ärztliche Beratung angewiesen. Ihre Schwangerschaften gelten per se als Risikoschwangerschaften, selbst wenn keine medizinische Rechtfertigung zugrunde liegt. Im Verlauf der Schwangerschaft sieht sich die werdende Mutter weiteren Hindernissen ausgesetzt, da die meisten Hebammen nicht speziell auf Frauen mit Behinderungen eingestellt sind. Nur wenige Ausbildungen beziehen das Thema ein.²⁶⁹

Der medizinische Fortschritt kommt Menschen mit Behinderungen oft zugute, wobei im Bereich der pränatalen Diagnostik eine ethische Debatte aufbricht. Für Frauen kann dieses Verfahren zur Früherkennung von Schäden am Embryo Segen und Fluch zugleich sein. Die körperliche und seelische Belastung ist auch für Frauen ohne Behinderung enorm und steigert sich bei Frauen mit Behinderung weiter. Die Untersuchung bringt die Mutter/Eltern des Ungeborenen in die Situation, ihrem Kind, vielleicht mit einer Einschränkung oder einer Behinderung, die Lebensberechtigung zu geben oder abzusprechen.²⁷⁰ Bei einer ungewollten Schwangerschaft nennt Paragraph 218 StGB verschiedene Indikationen für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch;

unter anderem die medizinische Indikation (bei der Gefährdung der physischen und/oder psychischen Gesundheit der Frau) und die kriminologische Indikation (beispielsweise Gewalt oder Zwang führten zur Schwangerschaft). Schwangere Frauen mit einer Behinderung bekommen leichter als andere die Zustimmung zu einem Abbruch wegen medizinischer Indikation.²⁷¹ Auch das stellt eine Form von Diskriminierung dar.

Männer und Frauen sind gleichermaßen betroffen, wenn es um persönliche Pflege-Assistenzdienste geht. Diese sind in Sachsen und Dresden noch nicht flächendeckend verbreitet. Bisher leisten diese häufig wechselnde Pflegepersonen, u. a. auch Zivildienstleistende aus den Sozialstationen. Das können Menschen mit Behinderungen mit Pflegebedarf besonders bei persönlichen und intimen Verrichtungen als entwürdigend erleben. Viele ältere und blinde Menschen möchten lieber eine gleichgeschlechtliche Pflege erfahren. Zwar haben sie darauf einen Rechtsanspruch²⁷², jedoch ist das Pflegepersonal überwiegend weiblich, was es Männern nicht einfach macht, gleichgeschlechtliche Pflege einzufordern.

Ein Antrag auf Persönliches Budget (mit der positiven Folge persönlicher Assistenz) ist für viele alte und unselbstständige Menschen mit Behinderungen praktisch nicht umsetzbar. Erfahrungsgemäß können sich Menschen im Alter nicht an das damit verbundene Arbeitgeber/-innen-Modell gewöhnen. In Anbetracht der genannten Bevölkerungsentwicklung für Dresden wird ein dringender Handlungsbedarf in diesem Feld absehbar. Die Anzahl der Menschen mit Behinderungen über 65 Jahren steigt, sodass voraussichtlich im gleichen Maße die Pflegebedürftigkeit steigen wird und zukünftig eine flächendeckende Versorgung gewährleistet sein muss.²⁷³

Die Kartei aller barrierefreien Arztpraxen, zu erhalten bei der Sächsischen Landesärztekammer, erfasst nur Barrierefreiheit in Bezug auf Rollstuhlnutzer/-innen.²⁷⁴ Nach Aussagen von Angelika Weirauch fehlt es im Allgemeinen an einer ausführlichen Kartei, in der Qualifikationen von Ärzten/Ärztinnen festgehalten sind in Bezug auf geschlechtersensible Probleme, beispielsweise urologische/gynäkologische Untersuchungen bei Menschen mit einer Körperbehinderung.²⁷⁵ Allerdings ist Dresden mit seinem Frauen- und Mädchengesundheitszentrum MEDEA e. V. gut aufgestellt. In die Erweiterung der vorhandenen Daten zu Dresdner Frauenärzten/-ärztinnen hat es die Frage nach der Barrierefreiheit eingearbeitet.²⁷⁶

Angelika Weirauch berichtet aus ihren Erfahrungen außerdem von Einschränkungen im Privatleben. Die Partnersuche ist erschwert. Gerade Frauen trifft das durch die Medien geprägte Schönheitsideal sehr. Sie können diesem selten entsprechen und leiden darunter. Sie fühlen sich häufig als Objekt betrachtet und in ihrer Sexualität nicht anerkannt. Das verhindert den Aufbau eines positiven Körpergefühls. Männer mit Behinderungen stehen aber ebenso unter dem Maskulinitätsdruck, der aus dem vorherrschenden Männerbild resultiert. Sie werden zwar weniger als Objekt gesehen, dafür werden sie schnell „(...) zur Projektionsfläche der Hilflosigkeit und Ohnmächtigkeit“, vor allem in der männlichen Bevölkerung.²⁷⁷ Zusätzlich erkennen die Klienten die

265 Lebendiger leben! e. V.: Thesenpapier zu den spezifischen Problemlagen von Frauen mit Behinderungen. Unveröffentlichtes Arbeitsmaterial. Stand 2010

266 Vgl.: Prof. Lothar Böhnisch; Prof. Heide Funk (Hrsg.): Soziale Arbeit und Geschlecht. Theoretische und praktische Orientierungen. München 2002. S. 322

267 Ebenda, S. 319 f.

268 Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen: alle inklusive! Die neue UN-Konvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. S. 28, http://www.alle-inklusive.behindertenbeauftragte.de/AI/Kampagne/Kampagne__node.html?__nnn=true, verfügbar am 14.06.2010

269 Ebenda; Lebendiger leben! e. V.: Thesenpapier zu den spezifischen Problemlagen von Frauen mit Behinderungen. Unveröffentlichtes Arbeitsmaterial. Stand 2010

270 Ebenda

271 Weiteres regelt das Schwangerschaftskonfliktgesetz-SchKG.

272 Auf der Basis des Paragraphen 2 SGB XI muss eine gleichgeschlechtliche Pflege auf Wunsch der Pflegebedürftigen (nach Möglichkeit) berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere den sensiblen Bereich der Körperpflege.

273 Lebendiger leben! e. V.: Thesenpapier zu den spezifischen Problemlagen von Frauen mit Behinderungen. Unveröffentlichtes Arbeitsmaterial. Stand 2010

274 Weiterführende Informationen unter: <http://www.slack.de>

275 Lebendiger leben! e. V.: Thesenpapier zu den spezifischen Problemlagen von Frauen mit Behinderungen. Unveröffentlichtes Arbeitsmaterial. Stand 2010

276 Weiterführende Informationen unter: <http://www.medeia-dresden.de>

277 Prof. Lothar Böhnisch; Prof. Heide Funk (Hrsg.): Soziale Arbeit und Geschlecht. Theoretische und praktische Orientierungen. München 2002. S. 318 f.

systemischen Wirkungszusammenhänge beim Scheitern beruflicher oder persönlicher Lebenspläne nicht und werten sie als persönliche Fehlleistung. Die Bewältigungsleistungen, das Beharrungsvermögen, die Konstruktivität und die Kreativität, welche sie zum Erreichen von Zielen aufbringen, erfahren keine Würdigung.²⁷⁸ Lebensqualifikationen sind vor allem in beruflichen Kontexten selten anerkannt, da zumeist rechtliche Bestimmungen darüber vorliegen, welche Zertifikate und Zeugnisse als Voraussetzung für bestimmte Berufe gelten. Menschen mit psychischer Behinderung, die beispielsweise unter Prüfungsängsten leiden, stoßen dabei an gesellschaftliche Grenzen.²⁷⁹

Ebenso zählen Mädchen und Frauen mit einer Behinderung zu einer Risikogruppe, die häufiger Opfer von Gewalt und sexualisierter Gewalt sind.²⁸⁰ In der neuen UN-Konvention hält Artikel 16 fest, dass Menschen beiderlei Geschlechts mit Behinderung besonders vor Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch zu schützen sind.²⁸¹ Vor allem Kommunikationseinschränkungen und Abhängigkeitsverhältnisse bei Betreuung oder Pflege erhöhen das Risiko für Gewaltübergriffe. Es geht um Macht, die an einer abhängigen Person schneller durch Gewaltübergriffe demonstriert werden kann. Sie hätten dankbar (d. h. auch gefügig) für Pflege, Aufmerksamkeit und den vermeintlichen Schutzraum zu sein.²⁸² Dies gilt gleichermaßen für Jungen und Männer mit Behinderungen, wobei deren sexuelle Gewalterfahrungen mit einem dreifachen Tabu belegt sind: „(...) behindert, Opfer sexueller Gewalt und, für viele nicht vorstellbar, männliche Opfer.“²⁸³ Bisher allgemein anerkannte Strategien der Prävention oder Bewältigung sexueller Übergriffe können nicht ohne Weiteres auf die Situationen behinderter Frauen und Männer übertragen werden. (Sexuelle) Gewalt gegen Men-

schen mit Behinderungen, besonders gegen Mädchen und Frauen, ist nach wie vor tabuisiert und mit hohen Dunkelziffern verbunden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen eine repräsentative wissenschaftliche Studie zum Thema „Ausmaß und Umfang von Gewalt gegen behinderte Frauen“, die es im Februar 2009 in Auftrag gab. Das Projekt soll repräsentative Daten im ambulanten, stationären und häuslichen Bereich für die Altersgruppe der 16- bis 65-Jährigen erheben und ersichtliche Problemfelder sowie Unterstützungs- und Handlungsbedarf herausarbeiten.²⁸⁴

Vor diesem Hintergrund verschärft sich die Problematik begrenzter Barrierefreiheit in Beratungs- und Schutzeinrichtungen gegen Gewalt in Dresden und Sachsen. Nur die wenigsten Frauenschutzhäuser in Sachsen sind barrierefrei. Für Frauen mit Behinderungen bieten sich weniger Fluchtmöglichkeiten und Schutz vor physischer, psychischer und sexueller Gewalt als anderen Frauen. Das Personal ist im Umgang mit Frauen mit Behinderungen nicht ausreichend geschult. Frauen mit Pflegebedarf haben keine Chance, denn Anonymität kann von Pflegediensten nicht gewahrt werden. Frauen mit erwachsenen geistig behinderten Söhnen finden in homogenen Einrichtungen, die nur minderjährige Söhne zulassen können, keine Aufnahme. Das Dresdner Frauenschutzhäuser vermittelt jedoch die Möglichkeit einer externen, anonymen Unterbringung für Frauen mit einer Körperbehinderung.

Benigna Jakisch

■ Anlage

Tabelle 25: Nettoeinkommen von Menschen mit und ohne Behinderung in Sachsen*

von ... bis unter ... €	gesamt		Männer		Frauen	
	mit Behinderung in %	ohne Behinderung in %	mit Behinderung in %	ohne Behinderung in %	mit Behinderung in %	ohne Behinderung in %
< 500	10,9	18,7	9,5	16,7	12,3	20,5
500 bis 700	17,7	14,9	11,2	9,8	24,5	19,6
700 bis 900	19,5	14,8	19,9	12,1	19,2	17,2
900 bis 1100	18,6	16,6	20,5	19,0	16,7	14,3
1100 bis 1500	20,8	21,4	24,3	24,3	17,2	18,7
> 1500	12,4	13,7	14,7	18,1	10,1	9,6

* Stand 31.12.2005, Berechnungen des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales

Quelle: Sächsisches Staatsministerium für Soziales: 4. Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Dresden 2009. S. 82

278 Ebenda

279 Expertinnen-Interview mit Angelika Weirauch, Diplom-Sozialpädagogin, Projektleiterin und Mitgründerin des Lebendiger leben! e. V. am 29.05.2010

280 Prof. Lothar Böhnisch; Prof. Heide Funk (Hrsg.): Soziale Arbeit und Geschlecht. Theoretische und praktische Orientierungen. München 2002. S. 320

281 Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen (Hrsg.): alle inklusive! Die neue UN-Konvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. S. 12, 17 ff., http://www.alle-inklusive.behindertenbeauftragte.de/Al/Kampagne/Kampagne_node.html?__nnn=true, verfügbar am 14.06.2010

282 Prof. Lothar Böhnisch; Prof. Heide Funk (Hrsg.): Soziale Arbeit und Geschlecht. Theoretische und praktische Orientierungen. München 2002. S. 321

283 Ebenda, S. 320

284 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Überschär, Urban, Weiblich, behindert – diskriminiert? Die Rechte behinderter Frauen und Mädchen stärken! Zusammenfassung der Konferenz vom 19. November 2009. Berlin 2009. S. 4

■ Handlungsbedarf in Dresden

- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen und Diensten, besonders in der Arbeit des Sozialamtes, des Behindertenbeirates und der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen
- Erweiterung der Leitlinien für die Behindertenarbeit der Landeshauptstadt Dresden um die Geschlechterperspektive und deren konsequente Umsetzung
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen/ bei Trägern, in den Behindertenverbänden und Diensten zu geschlechterdifferenzierten Lebenslagen von Frauen und Männern mit Behinderungen und zu entsprechenden Handlungsansätzen
- Information über das Recht auf gleichgeschlechtliche Pflege durch öffentliche und freie Leistungserbringer/Angebote für behinderte Menschen
- Umsetzung des Rechts auf gleichgeschlechtliche Pflege nach SGB XI in der städtischen Cultus gGmbH als Qualitätsstandard
- Einflussnahme auf die Bekanntmachung und/oder Umsetzung des Rechts auf gleichgeschlechtliche Pflege bei den verschiedenen Leistungsträgern und Aufsichtsbehörden durch das Sozialamt
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen und Diensten zur Prävention und zum Erkennen von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen
- Schaffung von Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Gewalt betroffener Frauen und Mädchen mit Behinderungen und bei Pflegebedürftigkeit an den Hilfe- und Schutzmöglichkeiten bei häuslicher Gewalt
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in den Schutz- und Beratungseinrichtungen bei häuslicher Gewalt für die besonderen Lebenslagen behinderter Frauen
- weiterer Ausbau und Stärkung der fachspezifischen Netzwerke für behinderte Menschen; Unterstützung und Ausbau der Vernetzung mit Einrichtungen, die im Gewaltschutz aktiv sind
- verstärkte Sensibilisierung und Qualifizierung von Ärztinnen und Ärzten im Umgang mit Frauen und Männern mit Behinderungen (beispielsweise mit spastischen oder traumatisierten Patientinnen und Patienten)
- Stärkung und Förderung der eigenen Persönlichkeit, der Kompetenzen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe
- konsequentere Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune zum Abbau von Symptomen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, hier insbesondere „Behindertenabwertung“

10. Unterschätzt: Die Notwendigkeit einer geschlechtersensiblen Seniorenarbeit und Altenhilfe

Dresden wird älter. Das gegenwärtige Durchschnittsalter in der Landeshauptstadt beträgt zirka 43 Jahre (Frauen rund 45, Männer zirka 41 Jahre). 1990 waren es noch 39 Jahre (Frauen etwa 42, Männer rund 36).²⁸⁵ 21,5 Prozent der Stadtbevölkerung sind bereits heute über 65 Jahre alt, 2025 werden es rund 24 Prozent sein.²⁸⁶ Auch die durchschnittliche Lebenserwartung steigt, der Anteil über 80-Jähriger wird sich bis 2020 um mehr als zwei Drittel gegenüber 2005 erhöhen.²⁸⁷ Damit verschieben sich die Relationen zwischen Jung und Alt weiter. Seniorenarbeit und Altenhilfe werden somit permanent an Bedeutung für die kommunale Planung und Ausgestaltung der Daseinsfürsorge gewinnen.

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Sachsen beträgt für neugeborene Mädchen 82,7 Jahre, für Jungen rund 76,8. Frauen und Männer im heutigen Alter von 60 können noch auf rund 25 bzw. 21 Lebensjahre hoffen.²⁸⁸ Damit wird Dresden nicht nur älter, sondern in zunehmendem Alter auch weiblicher.²⁸⁹ Aus dieser Perspektive kommt einer geschlechtersensiblen Ausgestaltung der Angebotsstrukturen der Seniorenarbeit und Altenhilfe eine enorme Bedeutung zu, will sie nachhaltig agieren und ihre Zielgruppen erreichen. Der gegenwärtig noch aus dem Jahr 2003 stammende kommunale Altenhilfeplan (Fortschreibung) wird dieser Aufgabe nicht vollumfänglich gerecht.²⁹⁰ Auch wenn er bereits punktuell statistische Differenzierungen zwischen Frauen und Männern vornahm, fehlen ihm jedoch geschlechterdifferenzierte Handlungsansätze und Maßnahmen (Gender Mainstreaming).²⁹¹

285 Landeshauptstadt Dresden. Kommunale Statistikstelle: Bevölkerung und Haushalte 2008. Durchschnittsalter 1990 bis 2008. Dresden 2009

286 Bertelsmann Stiftung: Wegweiser Kommune. Indikatoren des Politikfeldes Demographische Entwicklung/Bevölkerungspotenzial für Dresden, http://www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/demographiebericht/Demographiebericht.action?kennzahlen=kennzahlen&diagramme=diagramme&gkz=14262000&zeitraum=5&individuell=individuell&pdfilename=demographiebericht.pdf&zeigeDemobericht=Download+Bericht+%28pdf%29&_sourcePage=%2Fdatenprognosen%2Fdemographiebericht%2Findex.jsp&__fp=Z7N2DZ1i5iagY%2FBCnwNpFA%3D%3D, verfügbar am 04.01.2010

287 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020, <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog>, verfügbar am 04.01.2010

288 Statistisches Bundesamt: Lebenserwartung, <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung>, verfügbar am 02.12.2009

289 Dieser Trend schwächt sich jedoch zukünftig durch die gestiegene Lebenserwartung der Männer und die ausgewogenere Bevölkerungsstruktur gegenüber den Kriegsgenerationen ab.

290 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020, <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog>, verfügbar am 04.01.2010

291 Der im Sozialamt ansässige Bereich der Sozialplanung erfasst seit Jahren soziale und statistische Daten und bewertet diese geschlechterdifferenziert. Daraus werden Rückschlüsse auf besondere Bedarfe und Anforderungen an die Infrastruktur- und Angebotsgestaltung im Sozialbereich gezogen. Diese müssen jedoch konsequent in den neuen Fachplan Seniorenarbeit und Altenhilfe aufgenommen werden.

■ 10.1 Seniorenarbeit und Altenhilfe sind nicht geschlechtsneutral

Seniorenarbeit und Altenhilfe nach dem Paragraphen 71 SGB XII sind darauf ausgerichtet, ältere Menschen bei Schwierigkeiten, welche durch das Alter entstehen, zu unterstützen, diese zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und ihnen die Möglichkeiten zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Alle Menschen ab zirka 60 Jahren sowie deren Angehörige haben das Recht, freiwillig Angebote der Seniorenarbeit und Altenhilfe aufzusuchen und zu nutzen. Dabei spielen Einkommen oder Vermögen keine Rolle. Die vordergründig vorgetragenen Bedarfe in Dresden beziehen sich nach Auskunft des Sozialamtes auf:

- individuelle Information, Beratung, Unterstützung und Hilfe
- soziale Kontakte
- Betätigung und gesellschaftliches Engagement
- Beschäftigung
- Alltagsbewältigung
- Tagesstrukturierung

Bei diesen Bedarfen herrschen erwartungsgemäß geschlechterdifferenzierte Unterschiede; leider werden sie gegenwärtig noch nicht erfasst und ausgewertet. Sie fließen somit nicht ausreichend in die Fachplanung ein. Gleichzeitig verhalten sich Nutzerinnen und Nutzer der Angebote in der Seniorenarbeit und Altenhilfe geschlechterdifferenziert. Dies spiegelt sich vordergründig in den Beratungs- und Begegnungsangeboten wider. So berichtet das Sozialamt, dass mehr Frauen die Beratungseinrichtungen in Anspruch nehmen, während Männer schwieriger den Zugang zu diesen Möglichkeiten und anschließenden Hilfen finden. Neben der Notwendigkeit einer geschlechtersensiblen Angebotsausgestaltung liegen die Ursachen in der männlichen Sozialisation. Auch mit diesem Themenfeld muss sich die Fachplanung stärker befassen, um zukünftig mehr Männer zu erreichen.

■ 10.2 Männlichkeit und Alter heute

1998 erhoben Paul M. Zulehner und Rainer Volz eine repräsentative Studie über die Geschlechtsrollenpräferenzen deutscher Männer. Dabei differenzierten sie nicht nur nach männlichen Rollentypen, sondern auch nach dem Alter. Sie charakterisierten vier männliche Rollentypen: den Traditionellen, Pragmatischen, Unsicheren und den Neuen Mann.

Männer höheren Alters fanden sich überwiegend unter den ersten beiden Typen. Sie tragen zahlreiche Elemente einer traditionellen Orientierung in sich.²⁹²

Beide Rollentypen sehen die Frau in der Verantwortung für Haushalt und Kinder. Sie selbst sind für den Beruf und die finanzielle Versorgung der Familie zuständig. Als Mann erfahren sie in der Arbeit ihren Lebenssinn. Die Privatsphäre ist für sie von Bedeutung, um sich aus der äußeren Welt zurückzuziehen und zu erholen. Über persönliche Probleme reden beide Rollentypen sehr selten und wenn, mit ihrer Partnerin. Der Traditionelle Mann übernimmt nur sehr eingeschränkt Verantwortung für die Hausarbeit. Am ehesten sieht er sich für Autowaschen, Haushaltsreparaturen, Verhandlungen mit Behörden, Entsorgung des Mülls, Gartenarbeit sowie für den Besuch von kranken Angehörigen zuständig. Andere alltägliche Aufgaben delegiert er auf die Partnerin. Der pragmatische Rollentyp sieht beide Partner in einer größeren Verantwortung. Er beschönigt jedoch sein tatsächliches Engagement im Haushalt. Mehr Verantwortung übernimmt er für die Entsorgung des Mülls, die Gartenarbeit und den Besuch von kranken Angehörigen. Im Alltag verhält sich der pragmatische Rollentyp zu seinen Mitmenschen solidarischer.

Alter

Der Übergang in den Lebensabschnitt des Alters, häufig verbunden mit dem Ende der Erwerbstätigkeit, stellt traditionell orientierte Männer vor zahlreiche Entwicklungsaufgaben. Im Alter verlieren sie ihre Rollen als Ernährer und als Fachmann im Beruf. Die körperlichen Charakteristika von Männlichkeit schwinden stetig, und die Gebrechlichkeit nimmt zu. Gleichzeitig stehen die Externalisierung und alte emotionale Bewältigungsmechanismen, wie das Aufrechterhalten von Kontrolle, das Verdecken der eigenen Hilflosigkeit und der Mythos von der eigenen Überlegenheit, im Gegensatz zu den anstehenden Aufgaben und verlangen nach Auseinandersetzung.²⁹³ Das Alter erfordert allgemein eine hohe Kompetenz in der Bewältigung kritischer Lebenssituationen, wie schwere Krankheit, Partnerverlust und Pflegebedürftigkeit. Dies setzt beim traditionell orientierten Mann das Eingeständnis der eigenen Hilflosigkeit und Endlichkeit des Lebens voraus. Das höhere Lebensalter konfrontiert ihn mit seinem emotionalen Dilemma, dem eintretenden Kontrollverlust und seiner Externalisierung und verlangt von ihm, entweder mit den alten Mechanismen weiterzuleben oder sich auf seine Gefühlswelt zu besinnen. Für traditionell orientierte Männer erfordern diese Prozesse die Auseinandersetzung mit ihrer bisher nach außen gerichteten Selbstdefinition und dem daraus abgeleiteten Selbstbewusstsein. Sie müssen ihre eigene Hilflosigkeit erkennen und bewältigen.

Verwitwung

Der Tod der Ehefrau, und damit die Verwitwung, bedeutet für diese Männer ein sehr hohes soziales Risiko. Gegenwärtig beträgt das durchschnittliche Alter der Verwitwung bei Männern 77, bei Frauen 72 Jahre. Im Alter von 75 bis 79 Jahren sind zirka 18 Prozent der Män-

ner, jedoch zirka 57 Prozent der Frauen betroffen.²⁹⁴ Die Dauer der Verwitwung beträgt bei Männern rund acht bis neun Jahre und bei Frauen 14 bis 15 Jahre.²⁹⁵ Die Frau stellte für den traditionell orientierten Mann bis dahin die wichtigste Quelle informeller Hilfe dar. Ihr Tod bildet ein Krisenereignis, das Veränderungen der Lebenssituation, emotionale Betroffenheit sowie eine notwendige Verhaltensänderung, beispielsweise in der Haushaltsführung, nach sich zieht. Daraus kann eine Überforderung entstehen, welche die Tagesstrukturierungen gefährdet. Oftmals messen Männer dann den Mahlzeiten weniger Bedeutung zu und vernachlässigen die Reinigung der Wohnung sowie die Körperpflege. Die Betroffenen versuchen dabei oft aus Scham, die Situation zu verbergen und mit sich selbst auszumachen. Neben der Verschlimmerung des Wohlergehens kann die Verwitwung auch in Einsamkeit und Isolation führen. Nach einer 1996 durchgeführten Untersuchung zogen sich 50 Prozent der Verwitweten zurück und vermieden soziale Kontakte für längere Zeit oder gänzlich. Ältere Witwer lebten dabei emotional und sozial am meisten isoliert. Dies resultiert u. a. aus den männlichen Sozialisationsprinzipien sowie der Unfähigkeit des Eingehens sozialer Beziehungen ohne funktionalen Hintergrund.

Gefahren

Tritt die Verwitwung nach dem 75. Lebensjahr ein, ist die Neigung zu völliger Resignation besonders ausgeprägt, weil der Tod der Ehefrau auch als Abschluss des eigenen Lebens betrachtet wird. Traditionell orientierte Männer haben dann ein deutlich höheres Sterberisiko im Vergleich zu verwitweten Frauen. Gleichzeitig ist dieses nahezu doppelt so hoch wie das gleichaltriger Männer, welche noch in einer Partnerschaft leben. Ursächlich kommen hierfür Einflüsse auf die physische und psychische Gesundheit, die größere Lebensunzufriedenheit und das Bewältigungsverhalten in Frage. Auch das Suizidrisiko unterscheidet sich auffällig von dem der Frauen. In einer Untersuchung gaben 40 Prozent der befragten Witwer und 21,5 Prozent der Witwen an, Suizidgedanken gehabt zu haben.²⁹⁶ Der Anteil vollzogener Selbstmorde von alten Männern ist zudem rund dreieinhalb Mal so hoch wie bei alten Frauen, bezogen auf 100 000 Personen der gleichen Altersgruppe. Dieser Anteil steigt mit zunehmendem Alter weiter an und erreicht bei über 85-jährigen Männern fast das Vierfache des Wertes der Frauen.²⁹⁷

Bewältigungsstrategien

Hat der ältere traditionell orientierte Mann es nach dem Eintritt in das Rentenalter vermocht, die Entwicklungsaufgaben produktiv zu verarbeiten, wird die mit der Verwitwung eingetretene Isolation und Einsamkeit wahrscheinlich kürzer dauern. Zur Bewältigung ziehen diese

292 Nach der Darstellung ausgewählter Charakteristika des traditionellen und pragmatischen Rollentyps wird deshalb im Sinne eines Oberbegriffes die Formulierung „traditionell orientierter Mann“ verwendet.

293 Prof. Lothar Böhnisch; Reinhard Winter: Männliche Sozialisation. Bewältigungsprobleme männlicher Geschlechtsidentität im Lebenslauf. Weinheim, München 1997. S. 170

294 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Band 4. Berlin 2002. S. 126 ff.

295 Philipp Mayring; Winfried Saup (Hrsg.): Entwicklungsprozesse im Alter. Stuttgart, Berlin, Köln 1990. S. 59

296 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Band 4. Berlin 2002. S. 127

297 Sterblichkeitsziffern durch vorsätzliche Selbstbeschädigung nach Altersgruppen und Geschlecht. Deutschland 2007, <http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Selbsttoetung-Sterblichkeit.png>, verfügbar am 04.01.2010

Männer die Unterbringung in einer Senioren- oder Pflegeeinrichtung vor der Inanspruchnahme von Seniorenberatung in Betracht, um sich gleichzeitig von den Problemen in der Haushaltsführung zu entlasten. Viel häufiger jedoch erhalten diese Männer sich bis ins hohe Alter hinein ihr männliches Dominanz- und Kontrollverhalten sowie ihre geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Im Idealfall gelingt ihnen auch nach einiger Zeit, gegebenenfalls mit Unterstützung eines sozialen Netzwerkes, die Tätigkeiten zur alltäglichen Haushaltsführung zu organisieren bzw. selbstständig zu bewältigen. Greifen jedoch die möglichen Unterstützungsangebote nicht, besteht die akute Gefahr der Verstärkung des Zustandes, welcher nochmals durch Einsamkeit und Isolation begünstigt und verstärkt wird. Die Betroffenen leben unter diesen Umständen mit einem höheren Sterbe- und Suizidrisiko. Vielen erscheint der Tod als Lösung eines ausweglosen Zustandes. Unterstützungsangebote der Seniorenarbeit und Altenhilfe sind den Männern häufig nicht bekannt oder für sie schambesetzt, was dazu führt, dass sie diese Angebote erst sehr spät oder gar nicht in Anspruch nehmen. Nur ein sehr geringer Teil findet von sich aus diesen Weg.

■ 10.3 Geschlechterdifferenzierte Fachplanung entwickeln

Die beschriebene Zurückhaltung von Männern gegenüber Seniorenberatungsangeboten in Dresden, welche hier theoretisch fundiert werden konnte, zeigt sich nach Auskunft von mehreren Fachkräften auch in den Dresdner Seniorenbegegnungsstätten. Diese stehen jedoch im Widerspruch zur Aussage des Sozialamtes, welches auf Anfrage mitteilte, dass sich in Auswertung der statistischen Daten eine geschlechterdifferenzierte Nutzung nicht beobachten lässt.²⁹⁸ Innerhalb der einzelnen Angebote der Seniorenbegegnungsstätten ließe sich zudem kein geschlechterdifferenziertes Nutzungsverhalten ausmachen. Dennoch berichten Fachkräfte in den Einrichtungen von anderen Beobachtungen. Diese Widersprüche aufzuklären, ist nicht Aufgabe des Berichtes. Vielmehr weisen sie darauf hin, wie wichtig es ist, eine aussagekräftige geschlechterdifferenzierte Statistik zu führen, diese konsequent auszuwerten und durchgängig nach den Prinzipien des Gender Mainstreaming zu planen und zu arbeiten. Es besteht offensichtlich noch Handlungsbedarf, der im Rahmen der Fachplanung Seniorenarbeit und Altenhilfe aufgegriffen werden muss.²⁹⁹

Nach Auskunft des Sozialamtes verfolgt es nichtsdestotrotz bereits positive Ansätze in der Altenhilfe/Seniorenarbeit für ein geschlechterbewusstes Agieren, nämlich sobald Bedarf entsteht. Als Beispiele führt es das Bemühen an, Fachkräfte des gleichen Geschlechts bei frauen- bzw. mänderspezifisch bedingten Bedarfs-/Problemlagen (z. B. verursacht durch Inkontinenz) einzusetzen, oder die Bezuschussung einer Männertrauergruppe im Rahmen der Förderung eines Tageshospizes.

■ 10.4 Von den Schwierigkeiten, das Recht auf gleichgeschlechtliche Pflege einzufordern

An einer Schnittstelle zur Altenhilfe/Seniorenarbeit, der Pflege, besteht ebenfalls geschlechterdifferenzierter Handlungsbedarf. Auf der Basis des Paragraphen 2 SGB XI muss der Wunsch nach einer gleichgeschlechtlichen Pflege berücksichtigt werden, dies gilt vor allem für

die Körperpflege. Die Umsetzung dieses Rechts scheitert jedoch in der Praxis noch an vielen Hindernissen: Die älteren Menschen kennen ihre Rechte nicht bzw. werden nicht darauf hingewiesen; sie haben Angst, selbst Forderungen zu stellen und sich damit gegebenenfalls unbeliebt zu machen. Aber auch die Gestaltung des Schichtplans in den Stationen schränkt das Recht ein bzw. der Mangel an männlichen oder weiblichen Pflegekräften. Hier ist sowohl durch Information der Betroffenen, durch eine sensiblere Schichtplangestaltung und nach Möglichkeit geschlechterparitätische Besetzung der Pflegestellen Abhilfe zu schaffen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, inwieweit ein Ausbau der geschlechterdifferenzierten Angebote im teilstationären und stationären Bereich der Altenhilfe erfolgen kann.

■ 10.5 Partizipation von Seniorinnen verbessern

Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern bildet eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige kommunale Politik und Angebotsausgestaltung. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die Grundlagen für eine ausgewogene Beteiligung der Geschlechter an Entscheidungsprozessen zu schaffen und regelmäßig zu überprüfen. Im 2009 neu gewählten Seniorenbeirat, welcher den Dresdner Stadtrat berät, ist eine gleichberechtigte Teilhabe durch eine möglichst paritätische Besetzung mit Frauen und Männern noch nicht erreicht: Zwölf Männer und nur acht Frauen vertreten die Interessen der Dresdner Seniorenschaft. Vor dem Hintergrund des Faktes, dass in Dresden mehr Seniorinnen als Senioren leben und diese Besetzung auch den Maßgaben des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes nicht gerecht wird, ist die gegenwärtige Situation als nicht zufriedenstellend zu beurteilen. Positiv hervorzuheben sind jedoch die sozialräumlichen Fachplanungsgremien, welche das Sozialamt bei der Planung der Seniorenarbeit und Altenhilfe beraten. An diesen können laut Geschäftsordnung (vom 28. Februar 2008) auch Seniorinnen und Senioren teilnehmen. Gleichzeitig ist eine regelmäßige Beteiligung und Information der Bürgerschaft durch den Seniorenbeirat und die Ortsbeiräte/Ortschaftsräte sowie durch öffentliche Sitzungen der Fachplanungsgremien vorgesehen. Dabei ist jedoch von Seiten des Sozialamtes regelmäßig zu überprüfen, inwieweit Frauen und Männern gleiche Teilhabechancen eingeräumt werden und ob das Spektrum der Beteiligungsmöglichkeiten gegebenenfalls erweitert werden muss.

Kristina Winkler, Karsten Winkler

■ Handlungsbedarf in Dresden

- systematische und durchgängige Verankerung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise im Fachplan Seniorenarbeit und Altenhilfe
- Anregung geschlechterdifferenzierter Angebote im teilstationären und stationären Bereich der Altenhilfe durch den Fachplan Seniorenarbeit und Altenhilfe
- geschlechterdifferenzierte Erhebung/Auswertung der Statistiken, hier insbesondere der Angebotsnutzung, der Bedarfe/Problemlagen sowie einer geschlechtersensiblen Hilfeplanung und Umsetzung
- regelmäßige Evaluierung und Weiterentwicklung der geschlechtersensiblen Seniorenarbeit und Altenhilfe
- Kommunikation zur Notwendigkeit einer geschlechtersensiblen Arbeit in der Zusammenarbeit mit den Akteuren/Akteurinnen der freien Seniorenarbeit und Altenhilfe durch das Sozialamt

298 Landeshauptstadt Dresden. Sozialamt: Zuarbeit des Sozialamtes per Brief vom 30.10.2009

299 Mit Stadtratsbeschluss vom 25.09.2003 wurde Gender Mainstreaming als durchgängige politische Strategie für die Tätigkeit der Stadtverwaltung festgeschrieben.

- Aufnahme einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise als ein Förderkriterium bei der Vergabe von Mitteln des Sozialamtes im Bereich der Seniorenarbeit/Altenhilfe; Verankerung in den Förderbescheiden, Leistungsverträgen o. Ä.
- Unterstützung einer stärkeren Partizipation beider Geschlechter am gesellschaftlichen Leben, zum Beispiel durch die paritätische Besetzung des Seniorenbeirates und durch regelmäßige Prüfung der geschlechtergerechten Beteiligungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in der Arbeit der sozialräumlichen Fachplanungsgremien; Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten, z. B. durch Einbeziehung neuer Medien, um Mobilitätseinschränkungen auszugleichen
- Information über das Recht auf gleichgeschlechtliche Pflege innerhalb der öffentlichen und freien Senioren- und Pflegeberatung sowie innerhalb der städtischen Cultus gGmbH
- Umsetzung des Rechts auf gleichgeschlechtliche Pflege nach SGB XI in der städtischen Cultus gGmbH als Qualitätsstandard
- Einflussnahme auf die Bekanntmachung und/oder Umsetzung des Rechts auf gleichgeschlechtliche Pflege bei den verschiedenen Leistungsträgern und Aufsichtsbehörden durch das Sozialamt
- Nutzung des Boys' Day durch teilstationäre und stationäre Angebote der Altenhilfe, um Jungen für den Beruf des Altenpflegers zu gewinnen; Unterstützung der Werbung von Praxiseinrichtungen am Boys' Day durch das Sozialamt

11. Vorangekommen: Schutz vor häuslicher Gewalt. Entwicklungen, Tendenzen und Herausforderungen

Häusliche und sexuelle Gewalt gehören laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu den zentralen Gesundheitsrisiken für Frauen.³⁰⁰ Für sie ist die Gefahr weitaus größer, in ihrer eigenen Wohnung durch Partner und/oder andere Familienangehörige Gewalt zu erfahren als auf der Straße Opfer von Gewalt durch Fremde zu werden.³⁰¹ Häusliche Gewalt bezeichnet Gewalt zwischen Erwachsenen in Familie oder Partnerschaft.³⁰² Sie umfasst alle Formen der physischen, sexuellen, psychischen, ökonomischen und sozialen Gewalt zwischen erwachsenen Menschen. Die Haupttätergruppe sind männliche Partner, die Hauptopfergruppe sind Partnerinnen. Das heißt: Häusliche Gewalt ist vorrangig Gewalt gegen Frauen, ist geschlechtsspezifische Gewalt, die auf die ungleichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern in unserer Gesellschaft zurückzuführen ist.³⁰³ Opfer wie Täter/-innen stammen aus allen Schichten, allen Altersgruppen, sie gehören unterschiedlichsten Konfessionen und Ethnien an. Auch Migranten/Migrantinnen werden Opfer häuslicher Gewalt.³⁰⁴

11.1 Zahlen und Fakten

In einer repräsentativen bundesweiten Untersuchung erklärte jede vierte Frau, einmal oder mehrmals körperliche oder zum Teil zusätzlich sexuelle Gewalt durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt zu haben. Die Folgen sind gravierend.³⁰⁵ Während Frauen am häufigsten Gewalt in Partnerschaft und Familie erleiden, erfahren Männer häufiger Gewalt durch Fremde oder Bekannte. Körperliche Gewalt widerfährt Männern überwie-

gend in der Öffentlichkeit und Freizeit, psychische Gewalt überwiegend in der Arbeitswelt. Die Täter sind dabei meist Männer. Körperliche oder sexuelle Gewalt durch Partner/-innen haben neun Prozent der Männer erlebt. Psychische Gewalt in Partnerschaften nennen Männer häufiger. Weitere Tätergruppen bei Männern im Bereich häuslicher Gewalt sind männliche Familienangehörige sowie erwachsene Söhne, Brüder und Väter.³⁰⁶ Nach einer bundesweiten Befragung von 2003 nahmen nach körperlicher/sexueller Gewalt mit Verletzungsfolgen in Partnerschaften nur 21 Prozent der Opfer medizinische Hilfe in Anspruch, 17 Prozent der Opfer nutzten psychosoziale Beratungsangebote, 13 Prozent riefen die Polizei und acht Prozent erstatteten Anzeige.³⁰⁷ Diese Zahlen belegen, dass Gewalt in der Familie noch immer ein Tabu darstellt. Nur ein Fünftel der Betroffenen nahm medizinische Hilfe in Anspruch und nur jede/jeder zwölfte Gewaltbetroffene erstattete Anzeige. Es ist von einem hohen Dunkelfeld auszugehen.

In Sachsen wurden im Jahr 2008 laut der Statistik des Landeskriminalamtes 1867 Fälle häuslicher Gewalt gezählt. Von den 1457 Tätern/Täterinnen waren dabei 1243 männlich. Das entspricht 85,3 Prozent.³⁰⁸ Im darauffolgenden Jahr wurden im Freistaat 2222 Fälle registriert. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die polizeilich erfassten Fälle häuslicher Gewalt in Dresden im Zeitraum 2005 bis 2009.

Tabelle 26: Anzahl der gemeldeten Fälle häuslicher Gewalt

	2005	2006	2007	2008	2009
gemeldete Fälle	192	328	464	375	373

Quelle: Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI): Zuarbeiten des SMI per Brief bzw. Fax vom 22.12.2009 und 26.08.2010

In den Jahren 2005 bis 2007 ist eine Steigerung der polizeilich erfassten Fälle häuslicher Gewalt zu bemerken. Das bedeutet nicht, dass die Zahl der Gewalttaten, sondern eher, dass die Zahl der Anzeigen gestiegen ist und dass die Sensibilität sowie das Wissen über Hilfeangebote in der Bevölkerung und bei den Behörden angewachsen sind. Das Dresdner Frauenschutzhaus nahm im Jahr 2008 96 Frauen

300 WHO: Preventing violence: a guide to implementing the recommendations of the World Report on Violence and Health. Genf 2002
 301 Margrit Brückner: Wege aus der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Frankfurt/Main 1998
 302 Kinder sind in Gewaltbeziehungen immer mit betroffen von häuslicher Gewalt. Auch in Fällen, in denen Kinder nicht selbst Opfer, sondern „nur“ Zeugen/Zeuginnen häuslicher Gewalt zwischen Vater und Mutter werden, stellt das Miterleben der Gewalt-handlungen eine existenzielle Überforderungssituation mit weitreichenden Folgen dar. Siehe dazu: Andrea Siegert: Rahmenbedingungen und Erfordernisse einer bedarfsgerechten Infrastruktur zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt im Freistaat Sachsen. Dresden 2008
 303 Hildegard Hellbernd: Häusliche Gewalt gegen Frauen, gesundheitliche Versorgung. Das S.I.G.N.A.L.-Interventionsprogramm. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Berlin 2006; Andrea Siegert: Was ist häusliche Gewalt? In: Sächsisches Staatsministerium für Soziales. Sächsischer Leitfaden für Ärztinnen und Ärzte zum Umgang mit Opfern häuslicher Gewalt. Dresden 2007
 304 Monika Schröttle: Migration, Gesundheit, Gewalt. Eine vergleichende Sekundäranalyse zur gesundheitlichen und Gewaltsituation von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Berlin 2008
 305 Ursula Müller; Monika Schröttle: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Berlin 2004

306 Von sozialer Kontrolle bis zu massiven Eingriffen. Ludger Jungnitz; Hans-Joachim Lenz et al: Gewalt gegen Männer. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland. Nichtrepräsentative Studie. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Berlin 2004
 307 Ursula Müller; Monika Schröttle: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Berlin 2004
 308 Landeskriminalamt Sachsen 2010

mit insgesamt 93 Kindern auf. Im Jahr 2009 flüchteten sich 81 Frauen mit insgesamt 50 Kindern in die Einrichtung.³⁰⁹ Die Dresdner Interventions- und Koordinierungsstelle zur Bekämpfung häuslicher Gewalt/Gewalt im sozialen Nahraum (D.I.K.) beriet Opfer häuslicher Gewalt in den Jahren 2006 bis 2009 wie folgt:

Eckpfeiler des Gewaltschutzgesetzes und damit verbundener Schutzmaßnahmen wie die nach dem Sächsischen Polizeigesetz sind:

- häusliche Gewalt ist eine Straftat und keine Familienstreitigkeit
- polizeiliche Wegweisung des Täters/der Täterin
- Kontaktverbot für sieben Tage
- zivilrechtliche Schutzanordnungen auf Eilantrag

Tabelle 27: Anzahl der Opfer häuslicher Gewalt in der D.I.K.

2006			2007			2008			2009		
davon			davon			davon			davon		
gesamt	Frauen	Männer									
261	250	11	325	313	12	320	307	13	322	312	10

Quelle: Informationen der D.I.K. an die Autorin 2010

Der Anteil weiblicher Opfer, der in der D.I.K. beraten wurde, beträgt 96 Prozent und verdeutlicht, dass häusliche Gewalt hauptsächlich Gewalt an Frauen ist. Drei bis vier Prozent der beratenen Opfer in der D.I.K. waren Männer. Die Zahlen zeigen, dass Männer im häuslichen Bereich seltener Opfer von Gewalt werden.³¹⁰

Neue Hilfeangebote im Zuge des Gewaltschutzgesetzes sind:

- pro-aktive³¹² Kontaktaufnahme mit den Opfern
- Täter(innen)beratung (als Auflage und freiwillig)

Für Opfer häuslicher Gewalt gibt es in Dresden weitere spezifische Beratungsangebote, so z. B. im „AUSWEG“, Fach- und Beratungsstelle gegen häusliche Gewalt und sexuellen Missbrauch der AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH, und im *sowieso* BERATUNG BILDUNG KULTUR des Frauen für Frauen e. V.

Das Dresdner Bündnis gegen häusliche Gewalt haben die Fachkräfte, die seit 1990 Hilfestrukturen zur Unterstützung gewaltbetroffener Frauen aufgebaut haben, besonders die ebenfalls 2005 gegründete Dresdner Interventions- und Koordinierungsstelle zur Bekämpfung häuslicher Gewalt/Gewalt im sozialen Nahraum, initiiert. In diesem interdisziplinären Netzwerk arbeiten die unterschiedlichen Professionen und Einrichtungen aus freien und öffentlichen Trägern zusammen, um die Hilfen für Op-

Die folgende Tabelle verdeutlicht, mit wie vielen Tätern und Täterinnen die Beratungsstelle ESCAPE seit 2006 arbeitet.

Tabelle 28: Anzahl der Täter und Täterinnen in der Beratungsstelle ESCAPE

2006			2007			2008			2009		
davon			davon			davon			davon		
gesamt	Männer	Frauen									
40	33	7	49	41	8	67	57	10	68	k. A.	k. A.

Quelle: Informationen von ESCAPE an die Autorin 2010

Die Zahlen zeigen, dass das Angebot der Beratungsstelle ESCAPE seit ihrer Eröffnung 2006 allmählich stärker wahrgenommen wird und dass der überwiegende Teil der Täter häuslicher Gewalt mit rund 84 Prozent männlich ist. Der Anteil der Täterinnen beträgt rund 16 Prozent.

fer häuslicher Gewalt besser zu koordinieren und die Kooperation und Vernetzung der Akteure/Akteurinnen zu intensivieren. Über die Jahre ist es gelungen, die staatlichen Interventionsmöglichkeiten besser mit den Rahmenbedingungen nichtstaatlicher Akteure/Akteurinnen zu koordinieren, was den Opfern häuslicher Gewalt zugute kommt. Zu den zentralen Dresdner Hilfeeinrichtungen³¹³ gegen häusliche Gewalt gehören:

■ 11.2 Situation in Dresden

- die D.I.K., deren wichtigste Aufgaben die Krisenintervention, Beratung und Begleitung für Opfer im pro-aktiven Ansatz, fallbezogene Kooperation mit anderen Institutionen und die Koordinierung der interdisziplinären Kooperation im regionalen Netzwerk sind
- das Dresdner Frauenschutzhaus, das Schutz und anonyme Unterbringung von gewaltbetroffenen Frauen (und deren Kindern) sowie Krisenintervention, Beratung und Begleitung bietet

Seit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes im Jahr 2002 hat sich ein allmählicher politischer und strategischer Perspektivwechsel vollzogen.³¹¹ Gewalt im Geschlechterverhältnis wird nicht mehr vorrangig als Frauenproblem und als Privatangelegenheit betrachtet, sondern als gesamtgesellschaftliches Problem, bei dem der Staat sich mehr als bisher in der Pflicht sieht und die Fachkräfte die Arbeit gegen häusliche Gewalt insgesamt auf breitere Schultern verteilt sehen. Die

309 Information des Dresdner Frauenschutzhauses an die Autorin 2010

310 In der Praxis hat sich gezeigt, dass Männer noch größere Schwierigkeiten als Frauen haben, sich Hilfe zu holen, weil Männer zusätzlich noch die Angst vor dem Vorwurf der „Unmännlichkeit“ haben, wenn sie sich als Opfer häuslicher Gewalt zu erkennen geben.

311 Sylvia Müller: Zur Finanzierung der Frauenhäuser in Sachsen. Vortrag vor dem Sächsischen Landtag. Dresden 2009

312 Pro-aktive Beratung bedeutet aufsuchende Beratung: Die Berater/-innen rufen die Opfer häuslicher Gewalt an, informieren sie über die Unterstützungsmöglichkeiten und bieten ihnen Hilfe.

313 Die Angebote sind auch in folgender Broschüre vorgestellt: Landeshauptstadt Dresden. Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann: Schutz vor Gewalt. Hilfsangebote für Betroffene und Angehörige. Stand April 2010. Insgesamt sind 35 Angebote darin benannt, die sich unterschiedlichsten Themenstellungen widmen.

- Beratungsstellen für Opfer häuslicher Gewalt: „AUSWEG“, Fach- und Beratungsstelle gegen häusliche Gewalt und sexuellen Missbrauch der AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH, und im *sowieso* BERATUNG BILDUNG KULTUR des Frauen für Frauen e. V.
- sowie weitere Beratungsstellen, in den Opfer häuslicher Gewalt Unterstützung bekommen, wie die Beratungsstelle der Opferhilfe Sachsen e. V. und die Evangelische Ehe-, Lebens-, Familien-, Erziehungs- und Konfliktberatungsstelle des Diakonischen Werkes – Stadtmission Dresden e. V.
- die Dresdner Beratungsstelle ESCAPE, die Einzel- und Gruppenberatungen für Täter/-innen ermöglicht

Täter(innen)arbeit hat sich seit 2006 auch in Sachsen als wirksame Intervention zur Unterbrechung der häuslichen Gewaltspirale erwiesen. Ziel ist, dass Täter/-innen ihre Gewaltstrukturen reflektieren und abbauen. Alle genannten Akteurinnen und Akteure arbeiten im Dresdner Bündnis gegen häusliche Gewalt eng zusammen.

■ 11.3 Migrantinnen als Opfergruppe

Auch Migrantinnen sind von häuslicher Gewalt betroffen. Die Autorinnen der bundesweiten Studie zu Gewalt, Gesundheit und Migration warnen angesichts einer emotional aufgeladenen Debatte vor klischeehaften Haltungen, die z. B. häusliche Gewalt und die Gleichstellungsproblematik einseitig ethnischen Minderheiten zuordnen, während dabei gleichzeitig die Probleme häuslicher Gewalt und ausstehender Gleichberechtigung in der deutschen Mehrheitsgesellschaft in den Hintergrund geraten. Andererseits warnen die Autorinnen davor, Probleme von Migrantinnen mit häuslicher Gewalt zu ignorieren. Es geht vielmehr um eine differenzierte Wahrnehmung.³¹⁴

Von den Dresdner Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund stammen die meisten aus Russland, Vietnam und der Ukraine. Es liegen keine Untersuchungen vor, die die Betroffenheit von Dresdner Opfern häuslicher Gewalt hinsichtlich ihrer Nationalitäten vergleichen. Daher soll hier die bundesweite Studie von 2008 ausgewertet werden, in der Frauen deutscher, türkischer und (ehemals) sowjetischer Herkunft auf ihre Gewaltbetroffenheit hin untersucht wurden.³¹⁵ Im Vergleich von Frauen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion und Frauen deutscher Herkunft gibt es keine signifikanten Unterschiede im Hinblick auf Partnerschaftsgewalt: 27 bzw. 26 Prozent der Frauen waren laut dieser Untersuchung von körperlicher oder sexueller Gewalt durch aktuelle und/oder frühere Beziehungspartner betroffen. Unter den befragten türkischen Frauen waren es 37 Prozent. Sexuelle Gewalt durch den aktuellen Partner haben drei Prozent der Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion und ein Prozent der Frauen deutscher Herkunft erlebt. Stärkere Unterschiede herrschten bei psychischer Gewalt durch den aktuellen Partner: Mit 14 Prozent waren Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion im Vergleich zu sechs Prozent der Frauen deutscher Herkunft mehr als doppelt so häufig betroffen.³¹⁶

2008 betrug der Anteil der Migrantinnen im Dresdner Frauenschutzhause 21 Prozent, 2009 waren es 22 Prozent. Diese Zahl liegt über dem Anteil der Migrantinnen am Dresdner Bevölkerungsdurchschnitt und bedeutet, dass mehr als jede fünfte Bewohnerin im Dresdner Frauenschutzhause einen Migrationshintergrund hat. Zu vermuten ist, dass diese (noch) weniger als deutsche Frauen auf die Solidarität ihrer Familien und Netzwerke zählen können, wenn sie öffentlich machen, dass sie von ihren Partnern geschlagen werden. Zudem sind die Netzwerke der Migrantinnen/Migrantinnen meist leichter überschaubar, sodass schlagende Partner ihre Opfer leichter auffindig machen können. Eine viel größere Sicherheit bietet dann das Dresdner Frauenschutzhause. Andererseits kommen als Ursachen auch die Unterbringungsbedingungen von Asylsuchenden in Dresden in Betracht: Der häufig langwierige Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften wirkt nicht selten konfliktfördernd und begünstigt aggressives Verhalten.

Die Arbeit mit Migrantinnen stellt weit höhere Anforderungen an die Mitarbeiterinnen im Frauenschutzhause, vor allem wenn die Verständigung sprachbedingt schwierig ist und unterschiedliche kulturelle Gepflogenheiten im Alltag aufeinanderstoßen. Die meisten Migrantinnen, die sich ins Frauenschutzhause flüchteten oder in der D.I.K. beraten wurden, kamen aus der ehemaligen Sowjetunion, besonders aus Russland, der Ukraine und Kasachstan. Informationen über Hilfeeinrichtungen erhielten die Opfer aus der Gruppe der Russlanddeutschen. Die meisten von ihnen sprechen gut deutsch und haben daher keine/wenige Verständigungsprobleme. Diese Gegebenheit trifft allerdings keine Aussagen darüber, ob und wie viele Migrantinnen mit schlechten oder gar keinen Deutschkenntnissen den Weg in die Hilfeeinrichtung gar nicht erst antreten. Dass gewaltbetroffene Frauen mit vietnamesischem Migrationshintergrund als zweitstärkste Einwanderungsgruppe in Dresden seltener Hilfeeinrichtungen gegen häusliche Gewalt aufsuchen, könnte zum Beispiel auch Verständigungsschwierigkeiten geschuldet sein und macht neue Wege einer mehrsprachigen Öffentlichkeits- und Beratungsarbeit erforderlich.

Die Verfasserinnen der Bundesstudie zu Gesundheit, Gewalt, Migration (2008) weisen zudem darauf hin, dass sich Migrantinnen durch soziale und psychische Diskriminierungen in einer sozial geschwächten, verletzungsoffenen Position befinden und sich dadurch noch schwerer aus Gewaltbeziehungen lösen können als Opfer deutscher Herkunft.

Die meisten Hilfeeinrichtungen für Opfer häuslicher Gewalt verfügen über Informationsmaterial für Migrantinnen in mehreren Sprachen, nicht aber über ein mehrsprachiges Beratungsangebot. Für Übersetzungsleistungen stehen keine extra ausgewiesenen finanziellen Mittel bereit. Über den Gemeindedolmetscherdienst werden jedoch schnell und unkompliziert Übersetzer/-innen vermittelt, die auf geringer Honorarbasis tätig sind. Es bestehen Standards für den Einsatz von Dolmetschern/Dolmetscherinnen in Fällen häuslicher Gewalt.³¹⁷ Grundlegend anzustreben ist auch die Entwicklung interkultureller Kompetenz, besonders für Mitarbeiter/-innen im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie im öffentlichen Dienst.

314 Monika Schröttle: Migration, Gesundheit, Gewalt. Eine vergleichende Sekundäranalyse zur gesundheitlichen und Gewaltsituation von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Berlin 2008

315 Da Frauen türkischer Herkunft in Dresden keine große Bevölkerungsgruppe darstellen, bezieht die Autorin sich beim Vergleich auf die Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion.

316 Monika Schröttle: Migration, Gesundheit, Gewalt. Eine vergleichende Sekundäranalyse zur gesundheitlichen und Gewaltsituation von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Berlin 2008

317 Dabei sollte nicht auf Angehörige oder Menschen aus dem nahen Umfeld der Opfer zurückgegriffen werden, weil diese z. T. eigene Interessen gegenüber dem Opfer verfolgen und weil selbst die „bloße“ Übersetzung in Fällen häuslicher Gewalt eine starke Belastung darstellt, der die Dolmetscherin gewachsen sein muss. Ein professioneller Pool von Dolmetscherinnen, die Grundkenntnisse zum Thema häuslicher Gewalt besitzen und entsprechend honoriert werden, ist eine Konsequenz daraus. In der Stadt Leipzig werden Sprach- und Migrationsmittler/-innen ausgebildet. Sie kommen aus unterschiedlichsten Kulturen und sollen Landleute, die Verständigungsschwierigkeiten haben, z. B. zu Arzt/Ärztin und Behörden sowie Therapien begleiten. Dafür bekommen sie eine Ausbildung, in der z. B. Themen aus dem Gesundheitsbereich und häusliche Gewalt enthalten sind. Siehe auch: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (Hrsg.): Handreichung zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der Beratungsarbeit der Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen. Berlin 2007

■ 11.4 Situation der Angebote gegen häusliche Gewalt

Einerseits kann Dresden stolz auf die Angebotslandschaft und die Vielzahl der Akteure/Akteurinnen im städtischen Bündnis gegen häusliche Gewalt sein. Immer mehr Betroffene wenden sich an Hilfeeinrichtungen gegen häusliche Gewalt. Dies ist ein Erfolg. Andererseits bleibt die personelle Besetzung in einigen Einrichtungen hinter deren Aufgabenumfang zurück. So arbeitet die Dresdner Interventions- und Koordinierungsstelle zur Bekämpfung häuslicher Gewalt/Gewalt im sozialen Nahraum mit ihren eineinhalb bezahlten Stellen an der Grenze ihrer Möglichkeiten. Angemessen wären zwei Vollzeitstellen für die Interventions- und Koordinierungsarbeit.³¹⁸

Das Dresdner Frauenschutzhaus leistet seine Arbeit mit vier Vollzeitstellen bei 32 Plätzen. Das entspricht einem Betreuungsschlüssel von 1:8. Laut Bundesstandards der Frauenhausarbeit liegt ein angemessener Betreuungsschlüssel bei 1:5.³¹⁹ Die Arbeit mit Migrantinnen benötigt zusätzliche Betreuungszeit. Dolmetscher(innen)dienste für Migrantinnen mit wenig oder keinen Deutschkenntnissen bezahlt der Verein vorrangig aus Privatspenden. Hier wäre eine reguläre Finanzierung wünschenswert. Die Notrufarbeit von 17 bis 8 Uhr erfolgt unbezahlt, also ehrenamtlich. Es fehlen ein bundesweit verbindlicher Einwohner(innen)schlüssel pro Frauenschutzhausplatz, ein landeseinheitliches Finanzierungskonzept und Planungssicherheit für das Dresdner Frauenschutzhaus.³²⁰

Der Einzugsbereich der Dresdner Beratungsstelle ESCAPE umfasst die Stadt Dresden und das gesamte Gebiet Oberes Elbtal-Osterzgebirge, zu dem die regionalen Netzwerke in den Landkreisen Meißen, der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge und Riesa-Großenhain gehören. Die Beratungsstelle ESCAPE arbeitet demnach in vier Netzwerken gegen häusliche Gewalt aktiv mit. Für diese Arbeit werden eine Vollzeitstelle und zehn Wochenstunden Honorartätigkeit gefördert. Hier wird deutlich, wie gering der bezahlte Stundenumfang im Vergleich zu den Anforderungen ist. Mindestens zwei Vollzeitstellen sowie Außenstellen von ESCAPE im ländlichen Raum sind anzustreben.

Alle genannten Hilfeeinrichtungen gegen häusliche Gewalt sind als freiwillige Aufgaben definiert, um die daher jedes Jahr wieder neu gerungen werden muss. Es fehlt Planungssicherheit.

- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen und Diensten in interkultureller Kompetenz, auch mit (Erscheinungsformen) häuslicher Gewalt
- Erhöhung der Sensibilität der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen und Diensten für die Erscheinungsformen von Zwangsverheiratung, deren Abgrenzung zu häuslicher Gewalt und arrangierten Ehen sowie Vermittlung von Kenntnissen zu vorhandenen Interventionsmöglichkeiten und Interventionsketten
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen und Diensten zur Intervention und Prävention von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen
- Schaffung von Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Teilhabe der von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen mit Behinderungen und bei Pflegebedürftigkeit an den Hilfe- und Schutzmöglichkeiten bei häuslicher Gewalt
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in den Schutz- und Beratungseinrichtungen bei häuslicher Gewalt für die besonderen Lebenslagen behinderter Frauen
- Einsatz der Stadtverwaltung Dresden im Freistaat Sachsen für die Finanzierung von im Gewaltschutz tätigen Einrichtungen als Pflichtaufgabe des Landes/der Kommunen
- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen und Diensten

Andrea Siegert

■ Handlungsbedarf in Dresden

- bedarfs- und aufgabengerechte Finanzierung der Einrichtungen, die mit Opfern bzw. Tätern/Täterinnen häuslicher Gewalt arbeiten
- Übernahme der im Gewaltschutz tätigen Einrichtungen in eine (kommunale) Mehrjahresförderung
- kommunale Finanzierung der Rufbereitschaftsdienste des Frauenschutzhauses nachts und an Wochenenden
- Suche nach Ansätzen zur weiteren Enttabuisierung häuslicher Gewalt gegen Männer
- kommunale Finanzierung von Dolmetscher(innen)diensten für Gewaltbetroffene innerhalb von Schutzeinrichtungen
- Finanzierung mehrsprachiger Öffentlichkeits- und Beratungsarbeit für Migrantinnen und Migranten, die Opfer häuslicher Gewalt wurden

318 Andrea Siegert: Rahmenbedingungen und Erfordernisse einer bedarfsgerechten Infrastruktur zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt im Freistaat Sachsen. Dresden 2008

319 Siehe: <http://www.frauenhauskoordinierung.de>

320 Andrea Siegert: Rahmenbedingungen und Erfordernisse einer bedarfsgerechten Infrastruktur zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt im Freistaat Sachsen. Dresden 2008

12. Unbemerkt! Zwangsverheiratung in Dresden

Das Phänomen Zwangsverheiratung tritt als eine Sonderform häuslicher Gewalt auf, bei der die Gewalt über die Kernfamilie hinausgeht; sie existiert im häuslichen Nahbereich. Das Thema wird seit etwa fünf Jahren in Deutschland heftig diskutiert und schließt die Frage ein, ob die zwangsweise Verheiratung junger Frauen und Männer in Familien mit Zuwanderungsgeschichte die Ausnahme bildet oder doch häufiger auftritt. Die Zwangsverheiratung oder auch -ehe hat viele Facetten und betrifft in den überwiegenden Fällen junge Frauen. So werden beispielsweise junge Frauen, meist ohne Ausbildung und Sprachkenntnisse, nach Deutschland für eine Hochzeit geholt. Oder junge Männer werden in das Herkunftsland der Familie geschickt und dort verheiratet. Die Anzahl der von Zwangsverheiratung betroffenen jungen Frauen scheint weitaus höher zu liegen als die von jungen Männern³²¹, wobei hier Forschungsbedarf besteht, um die Situation der betroffenen Frauen und Männer gleichermaßen zu untersuchen. Eine detaillierte Statistik ist derzeit für Deutschland nicht verfügbar. Zahlen aus Berlin, Hamburg und anderen Städten belegen jedoch das regelmäßige Auftreten.

Nach der bisherigen Rechtslage steht Zwangsverheiratung seit Februar 2005 als besonders schwerer Fall der Nötigung im Strafgesetzbuch (Paragraf 240 Absatz 4) unter Strafe. 2009 nahm die Bundesregierung in den Koalitionsvertrag die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsverheiratung auf. Der Bundesrat hat im Jahr 2010 einen Gesetzesentwurf, das Zwangsheirat-Bekämpfungsgesetz³²², zur Ergänzung des Strafgesetzbuches verabschiedet, der einen neuen Tatbestand, die Zwangsverheiratung, beinhaltet. Zwangsverheiratung soll nun mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren geahndet werden und nicht mehr nur eine Nötigung darstellen. Der Opferschutz soll gleichzeitig ergänzt werden durch mehrere Änderungen im Zivilrecht. Die Antragsfrist für die Aufhebung einer durch widerrechtliche Drohung zu Stande gekommenen Ehe soll von einem auf drei Jahre erweitert werden.³²³ Diese Veränderungen befinden sich jedoch gegenwärtig noch im Gesetzgebungsverfahren und waren daher zu Redaktionsschluss noch nicht in Kraft getreten.

„Zwangsverheiratung ist Vergewaltigung auf Lebensdauer“, schreibt Serap Çileli³²⁴, eine Betroffene, auf ihrer Homepage. Diese schwere Menschenrechtsverletzung liegt dann vor, wenn sich mindestens einer der Eheleute zur Heirat gezwungen fühlt und mit seiner Weigerung kein Gehör bei Eltern, Familie, Verlobte/-n und Schwiegereltern findet, um sich deren Macht- und Gewaltausübung zu entziehen.³²⁵ Zwangsverheiratung ist Gewalt an und Unterdrückung von Menschen und verletzt die persönliche Freiheit sowie das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen. Sie kommt in allen sozialen Schichten vor. Opfer befinden sich häufig im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Die Ursachen scheinen in erster Linie mit einem traditionell-patriarchalischen Ehrverständnis zusammenzuhängen und kommen in vielfältigen kulturellen Kontexten vor.³²⁶ Häufig tritt Zwangsverheiratung da auf, wo arrangierte Ehen weit verbreitet sind. Arrangierte Ehen in diesen kulturellen Traditionen sind jedoch nicht zu verwechseln mit einer Zwangsverheiratung. Eine klare Abgrenzung ist in der Praxis allerdings schwer möglich. Dennoch: Arrangierte Ehen basieren auf dem freien Willen der Eheleute und beruhen generell auf einem gegenseitigen Einverständnis der Familien, eine eheliche Verbindung herbeizuführen. Die Zwangsverheiratung hingegen passiert immer gegen den Willen eines oder beider Ehepartner. Das wichtigste Indiz zur Unterscheidung bildet daher das subjektive Empfinden der Betroffenen, das sehr ernst genommen werden muss.

321 Berliner AK gegen Zwangsheirat: 378 Fälle wurden 2007 bekannt, davon waren 86 zwangsverheiratet, 292 Zwangsverheiratungen angedroht, in zwölf Fällen männliche Betroffene, <http://www.frauenrechte.de>, verfügbar am 19.11.2009

322 Deutscher Bundestag. Bundesrat: Opfer von Zwangsheirat besser schützen, Recht/Gesetzesentwurf – 01.04.2010; Bundesrat: Zwangsheirat künftig strafbar, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/059/1505951.pdf>, verfügbar am 12.04.2010

323 Ebenda

324 Serap Çileli: Preisträgerin des Bundesverdienstkreuzes im Kampf gegen Zwangsverheiratung, <http://www.serap-cileli.de/Home.htm>, verfügbar am 20.11.2010

325 „Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden.“ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, Artikel 16 Absatz 2, <http://www.unric.org/de/menschenrechte/16>, verfügbar 21.01.2010

326 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwangsverheiratung. Risikofaktoren und Ansatzpunkte zur Intervention. Berlin 2007. S. 39

■ 12.1 Zwangsverheiratung kennt viele Facetten

Bei Zwangsverheiratung werden vier Ausprägungsformen unterschieden:³²⁷

- In Deutschland aufgewachsene und hier lebende Frauen und Männer werden zur Erhaltung bzw. zur Erweiterung der Community verheiratet.
- Bei den sogenannten „Importbräuten“ wird meist ein in Deutschland lebender Mann mit einer Frau aus seinem Herkunftsland verheiratet. Häufig wird hier als ein Vorteil die Erziehung im Herkunftsland gesehen. Diese Frauen leben dann häufig völlig isoliert in der Schwiegerfamilie. Zugang zu Hilfe, Spracherwerb oder Ausbildung wird meist verwehrt. Ihr Aufenthaltsrecht ist zumindest für zwei Jahre vom Ehemann und dem Bestand der Ehe abhängig. In den meisten Fällen können die Frauen nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren.
- Von der sogenannten Ferienverheiratung oder Heiratsverschleppung sind meist Mädchen/Frauen, aber auch Männer betroffen, die in Deutschland geboren und/oder aufgewachsen sind. Bei Ferien- oder Verwandtschaftsbesuchen im Herkunftsland der Familie werden sie dort gegen ihren Willen verheiratet und sollen dann häufig im Land bleiben. Oft sind sie vorher nicht darüber in Kenntnis gesetzt. Schaffen sie es nicht, innerhalb der Frist von sechs Monaten wieder nach Deutschland einzureisen, erlischt ihre Aufenthaltserlaubnis.
- Bei der Verheiratung für ein Einwanderungsticket wird die Heirat zumeist als Mittel genutzt, einem Mann die Einwanderung nach Deutschland zu ermöglichen. Zunehmend werden dafür auch deutsche Frauen instrumentalisiert.

■ 12.2 Heirat unter Zwang – ein Thema für Sachsen und Dresden?

Der Anteil an Migrantinnen und Migranten ist im Freistaat Sachsen vergleichsweise gering, konkrete Fallzahlen zur Betroffenheit von drohender oder vollzogener Zwangsverheiratung lagen lange nicht vor. Mittlerweile ist Zwangsverheiratung jedoch auch im Freistaat wahrnehmbar, vor allem in den Ballungsgebieten Leipzig, Dresden und Chemnitz. Seit 2007 hat das Projekt KOBRAnet, die Fachberatungsstelle für Menschenhandel im Multikulturellen Zentrum e. V. Zittau, auf einzelne Fälle aufmerksam gemacht. Im Mai 2009 wurden die Ergebnisse einer Abfrage der Sächsischen Ausländerbeauftragten in Einrichtungen/Behörden zu bekannt gewordenen Fällen von Zwangsverheiratung veröffentlicht. Für den Zeitraum 2007/08 waren insgesamt 58 Fälle bekannt. Auf Dresden entfielen davon neun, die Opfer waren Frauen.³²⁸ Diese Fallzahlen wurden jedoch als unscharfe Datenlage eingeschätzt, da eine ungenaue Differenzierung bei den befragten Einrichtungen zwischen Zwangsverheiratung sowie häuslicher Gewalt in binationalen und arrangierten Ehen zu diesem Zeitpunkt zu vermuten war.³²⁹ Im gesicherten Hellfeld, basierend auf der

systematisch geführten Fallstatistik von KOBRAnet, waren in Sachsen 21 Fälle, davon zwei männliche, zu verzeichnen.³³⁰ Niedrigschwellige Beratungsangebote waren dabei diejenigen Einrichtungen, an die sich Opfer mit der Bitte um Hilfe am häufigsten wandten oder in denen es Fachkräften auffiel, dass eine Person von Zwangsverheiratung bedroht oder betroffen sein könnte. Dabei ist anzunehmen, dass häufig erst in akuter Notlage sichtbar wird, dass eine junge Frau oder ein junger Mann von Zwangsverheiratung bedroht oder bereits betroffen ist. Die Dunkelziffer liegt vermutlich, ähnlich wie bei Fällen häuslicher Gewalt, beträchtlich höher. Ressourcen der Prävention liegen daher in niedrigschwelligem Beratungsangeboten und Treffs für Jugendliche, in der Schulsozialarbeit sowie bei Lehrkräften.³³¹

■ 12.3 Motive als Ausdruck eines traditionellen Verständnisses

Warum werden im 21. Jahrhundert junge Frauen und Männer zwangsverheiratet? Mögliche Ursachen sind ein traditionell-patriarchalisches Ehrverständnis oder eine eher traditionelle Heirats- und Familienpolitik in den Herkunftsländern. Fachkräfte der sozialen Arbeit berichten u. a. von folgenden Motiven der Familien:

- Erhaltung der Großfamilie/der Community und der Tradition
- alltägliche innerfamiliäre Gewalt
- Beziehungsstörung der Eltern und Kinder
- Angst vor Entfremdung der Kinder von der eigenen Kultur
- Schutz des Ansehens und des damit dominanten Wertes der „Ehre“
- wirtschaftliche oder soziale Gründe
- aufenthaltsrechtliche Gründe bzw. um eine Einreise zu ermöglichen
- „Erziehungsmaßnahme“ bzw. um Sexualität zu „kanalisieren“
- Verheiratung der Betroffenen, um Homosexualität zu verbergen oder zu „kurieren“

■ 12.4 Immense Folgen für Betroffene

Die Folgen einer Zwangsverheiratung sind gravierend. Widerspruchslose Unterwerfung fordern und erwarten häufig die Vorschriften des Vaters, des Bruders oder der Familie. Bei den jungen Frauen entsteht meist eine absolute Abhängigkeit vom Ehemann, in der physische und/oder psychische Gewalt oft zur Alltäglichkeit wird. Infolge von Überwachung, Ausnutzung und Demütigung liegen immense seelische Verletzungen vor. Der Lebensstil wird eingeschränkt, ebenso wie die Ausbildungs- und Berufswahl, die häufig gar nicht mehr zur Disposition steht. Diese jungen Frauen besitzen durch „Behütung und Kontrolle“ der Großfamilie meist keine eigenen oder nennenswerten außerhäuslichen Erfahrungen mehr. Sie haben in Folge dessen wenig bzw. keine Erfahrungen im Umgang mit eigenem Geld oder mit Behörden. Daher sind sie den Mechanismen der Zwangsverheiratung, vor allem dem ungeheuren emotionalen Druck von der Familie, bedrohlich ausgeliefert. Die Betroffenen können sich dieser „Ehre“ selten entziehen, ohne sie, aus Sicht der Peiniger, „zu beschmutzen“. Im Falle einer Flucht hat das Opfer mit dem Verlust des gesamten familiären und sozialen Umfeldes zu rechnen, was zur Ächtung und Ausstoßung führen kann. Beim Ausbrechen aus den restriktiven Familienkonstruktionen leben die Betroffenen daher im Zwiespalt zwischen Selbstbestimmung und Tradition. Die Angst vor dem Zerfall der Familie, der Verfolgung und dem möglichen „Ehrenmord“ bestimmt fortan

327 KOBRAnet – Sächsische Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel (Hrsg.): Zwangsheirat, Hintergründe, Praxiserfahrungen und sächsische Hilfenetzwerke für Betroffene. Dokumentation zur Fachkonferenz vom 6. Mai 2009 in Dresden. Dresden 2009. S. 1; vgl.: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Leitfaden für Schulen zum Umgang mit Zwangsverheiratungen. Berlin 2010. S. 8

328 Sächsische Ausländerbeauftragte: Auswertung der Umfrage Zwangsverheiratung und häusliche Gewalt. Stand 12.02.2009. Bereich Landeshauptstadt Dresden. Handout. Dresden 2009

329 KOBRAnet – Sächsische Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel (Hrsg.): Zwangsheirat, Hintergründe, Praxiserfahrungen und sächsische Hilfenetzwerke für Betroffene. Dokumentation zur Fachkonferenz vom 6. Mai 2009 in Dresden. Dresden 2009. S. 9

330 Ebenda, S.10

331 Ebenda

ihr Leben.³³² In vielen Fällen verbleibt den Opfern ohne professionelle Hilfe nur Einsamkeit, Angst und Verzweiflung, nicht selten wählen sie den Selbstmord oder verüben Suizidversuche. Die Scham sich anderen anzuvertrauen ist groß. Häufig wird man auf die Opfer erst in akuten Bedrohungssituationen aufmerksam. In eine Kriseneinrichtung zu gehen, scheint ein letzter Schritt in einer sehr verzweifelten Situation zu sein.

■ 12.5 Hilfe durch Netzwerke

Die Unterstützung bei der Bewältigung von Heiratskonflikten hängt stark von den sozialen Netzwerken der Betroffenen ab, die daher verschiedene Wege beschreiten. Unterstützung für Betroffene oder Bedrohte von Zwangsverheiratung tritt selten durch die Familie und deren Umfeld ein, sondern vielmehr vordergründig durch Freundinnen oder Partner/-innen. Bei besonders restriktiven Auflagen des Elternhauses waren meist Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Vertrauenslehrer und -lehrerinnen erste Anlaufpersonen.³³³ Später kamen Mitschüler/-innen, die allgemeine Lehrerschaft, gute Freunde/Freundinnen und deren Familien, Beschäftigte des Jugendamtes, Krisennotdienste und Frauenschutzhäuser, die Polizei, Sozialarbeit, Arbeitskollegen/-kolleginnen und Arbeitgeber/Arbeitgeberinnen hinzu. Unterstützungskontakte suchten jedoch nicht alle Betroffenen von Zwangsverheiratung, diese wurden dann eher durch Zufall entdeckt.³³⁴ Professionelle Hilfe und Beratung wird vor diesem Hintergrund als sehr wesentlich erachtet. Ebenso die Hilfe bei der intensiven Auseinandersetzung der Betroffenen mit den Konsequenzen der Flucht aus der Familie. Häufig jedoch haben sie kaum familienunabhängige Kontakte und können somit nicht auf ein hilfreiches soziales Netz zurückgreifen, sondern sind tatsächlich völlig auf sich allein gestellt. Bei der eigenen Entscheidung zur Flucht ist die Hilfe von außerhalb dringend notwendig, um den Gefühlen des Verlustes zu begegnen, einen eigenständigen Lebensplan entwickeln zu können und vor der Familie in Sicherheit gebracht zu werden. Dabei ist die Wahrung der Anonymität der Wohnanschrift unbedingt zu beachten. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, werden Stadt- und auch Bundesländergrenzen überschritten. Das setzt eine professionelle ämterübergreifende Interventionskette bzw. ein funktionierendes Hilfenetzwerk voraus, um die Unterstützungsmöglichkeiten tatsächlich erfolgreich umzusetzen.

■ 12.6 Praxisprobleme heute

Die von Zwangsverheiratung Betroffenen haben oft noch weitere negative Folgen zu tragen, da sie aufgrund ihrer Gefährdung durch die eigene Familie häufig in anderen Städten oder Bundesländern Schutz suchen müssen. Mit dem damit verbundenen Wechsel ihres Wohnortes, ihrer Schule oder des Ausbildungsplatzes können sie auf erhebliche Hürden, verursacht durch Fragen der örtlichen Zuständigkeit der Sozialleistungsträger, stoßen. Hier stellt sich u. a. die Frage, „(...) ob zur Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit der Wohnort oder der Zufluchtsort maßgeblich ist.“³³⁵ Entsteht dann zusätzlich noch Streit

über die Zuständigkeit zwischen Jugendamt und dem Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende oder anderen Ämtern, kann den Betroffenen schwer eine zeitnahe Hilfe in Aussicht gestellt werden. Das Bedrohungspotenzial, vor allem bei Mädchen, die aufgrund der belasteten Lebenssituation und der schlimmen Erfahrungen unter psychischen Problemen leiden, wird dabei aus Unkenntnis oft unterschätzt und sie erhalten nicht immer den angemessenen Schutzraum. Die unterstützenden Kriseneinrichtungen berichten, dass sie nur durch sehr viel Überzeugungsarbeit bei den Behörden für die Betroffenen die erforderliche Unterstützung in angemessener Zeit bekommen. Ohne professionelle Unterstützung sind jedoch die betroffenen Jugendlichen kaum in der Lage, diese Situation durchzustehen. Aufgrund ihrer Gefährdungslage brauchen sie sofortige Hilfe und eine anonyme Unterkunft.

■ 12.7 Schnelle Hilfe vor Ort

Im Sinne einer angemessenen und schnellen professionellen Hilfe für die Betreuung der von Zwangsverheiratung betroffenen Opfer bildet ein komplexes Verwaltungshandeln die Voraussetzung. Sachsen und damit auch Dresden braucht ein strukturell verankertes Hilfenetzwerk. Für die oft sehr schwierige und bedrohliche Situation der Betroffenen sollten langwierige Verwaltungsentscheidungen und Streit um Zuständigkeiten vermieden werden. Sachliche und örtliche Zuständigkeiten der finanziellen Unterstützung und Unterbringung sowie Fragen des Datenschutzes sind dabei zu berücksichtigen. Bei Kenntnis einer drohenden oder vollzogenen Zwangsverheiratung sind im Interesse der Betroffenen unterschiedlichste Akteure und Akteurinnen zwingend darauf angewiesen, miteinander vertrauensvoll zu agieren, um eine zügige Intervention im Einzelfall zu gewährleisten. Der Zugriff auf ein abgestimmtes Hilfenetzwerk ist dabei unverzichtbar. Sensibilisierende Öffentlichkeitsarbeit und Austausch für unterschiedliche Professionen flankieren diese Grundlage.

Im Dezember 2009 schloss sich unter der Federführung von KOBRA-net – Sächsische Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel – ein Sächsisches Netzwerk gegen Zwangsverheiratung zusammen. Sein Ziel besteht zunächst in der Sicherung schneller, wirksamer und nachhaltiger Unterstützung für Opfer von drohender oder vollzogener Zwangsverheiratung mit Hilfe funktionierender Interventionsketten. Aus diesem Netzwerk heraus gründete sich in Dresden, unter Federführung der städtischen Integrations- und Ausländerbeauftragten, eine Arbeitsgruppe gegen Zwangsverheiratung, die mit schon vorhandenen Ressourcen eine verbindliche Interventionskette möglichst stadtübergreifend bis zum Jahresende aufstellen soll.³³⁶ Seit Juni 2010 ist diese Arbeitsgruppe im Dresdner Bündnis gegen häusliche Gewalt angesiedelt.

Darüber hinaus besteht bereits heute ein allgemeiner Hilfeleitfaden für die Arbeit mit Betroffenen. Er steht seit 2007 als interaktive PDF-Datei zum Download auf der Homepage von TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e. V. bereit. Ein Faltblatt „Du entscheidest, wen und wann Du heiratest!“³³⁷ wurde vom Integrationsbeauf-

332 In besonders schlimmen Fällen wird das Opfer der Zwangsehe beim Auffinden oder Widersetzen gegen das Rückkehrbegehren der Familie ermordet.

333 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwangsverheiratung. Risikofaktoren und Ansatzpunkte zur Intervention. Berlin 2007. S. 34

334 Ebenda

335 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwangsverheiratung bekämpfen – Betroffene wirksam schützen. Eine Handreichung für die Kinder- und Jugendhilfe. Berlin 2009. S. 29

336 Mitglieder: Integrations- und Ausländerbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann, Landeskriminalamt, D.I.K., Anonyme Zuflucht, Frauenschutzhäuser Dresden, Caritasverband für Dresden e. V., Opferhilfe Sachsen e. V., Jugendamt, Sozialamt, ARGE Dresden

337 Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg: Zwangsheirat – du kannst nein sagen. Faltblatt, <http://www.jum.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/show/1220706/Integrationsbeauftragter%20Flyer%20Zwangsheirat.pdf>, verfügbar am 21.01.2010

tragten der Landesregierung Baden-Württemberg gemeinsam mit TERRE DES FEMMES entwickelt und ist zum Download unter www.integrationsbeauftragter.de abrufbar. Ein bundesweites Angebot der anonymen Beratung ist zudem auch online bei Papatya (Deutsch Türkischer Frauenverein e. V.) in den Sprachen Deutsch, Türkisch, Französisch und Englisch zu erhalten.³³⁸ In der Landeshauptstadt Dresden können sich bei akuter Gefahr Frauen und Männer an die Dresdner Interventions- und Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt/Gewalt im sozialen Nahraum wenden. Mädchen unter 18 Jahren erhalten Hilfe in der Anonymen Mädchenzuflucht. Jungen und Mädchen im Alter bis 18 Jahre bekommen zudem im Kinder- und Jugendnotdienst erste angemessene Unterstützung. Im Frauenschutzhaus Dresden finden Frauen ab 18 Jahren vorab die erforderliche Hilfe.

Sabine Pfeiffer

- kommunale Finanzierung von Dolmetscher(innen)diensten für von Zwangsverheiratung Bedrohte oder Betroffene innerhalb von Schutzeinrichtungen
- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen und Diensten in Zusammenhang mit verbesserter interkultureller Kompetenz
- konsequente und zügige Umsetzung des Integrationskonzeptes vom 28. Mai 2009

■ Handlungsbedarf in Dresden

- Entwicklung einer abgestimmten ressortübergreifenden Interventionskette bei drohender oder vollzogener Zwangsverheiratung für die Landeshauptstadt Dresden
- Gewährleistung einer unbürokratischen ressortübergreifenden schnellen Hilfe bei drohender oder vollzogener Zwangsverheiratung
- konsequente geschlechterdifferenzierte Erhebung/Auswertung der Statistiken, hier insbesondere bei bekannt gewordener Zwangsverheiratung in Dresden
- Erhöhung der Sensibilität der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen und Diensten für die Erscheinungsformen von Zwangsverheiratung, deren Abgrenzung zu häuslicher Gewalt und arrangierten Ehen sowie Vermittlung von Kenntnissen zu vorhandenen Interventionsmöglichkeiten und Interventionsketten
- weiterer Ausbau und Stärkung der fachspezifischen Netzwerke gegen Zwangsverheiratung und häusliche Gewalt allgemein, Unterstützung und Ausbau der Vernetzung mit Einrichtungen, die im Gewaltschutz aktiv sind
- Suche nach Ansätzen zur weiteren Enttabuisierung von männlicher Zwangsverheiratung
- weitere Professionalisierung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie weiterer niedrigschwelliger Angebote für die Erscheinungsformen der Zwangsverheiratung sowie Vermittlung von Kenntnissen zu vorhandenen Interventionsmöglichkeiten und Interventionsketten
- Stärkung und Förderung der eigenen Persönlichkeit, der Kompetenzen von zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund
- weiterer Ausbau und Stärkung der Schulsozialarbeit bei jugendhilfeplanerischer Bedarfsermittlung
- bedarfsgerechte Entwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stärkung der geschlechtersensiblen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe
- gezielte mehrsprachige und zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung über das selbstbestimmte Recht auf Heirat, Aufklärung über Erscheinungsformen und Folgen von Zwangsverheiratung sowie über die bestehende Rechtslage, einschließlich zu Kontaktadressen für Jugendliche, Eltern und Fachkräfte

338 Siehe: <http://www.sibel-papatya.de>

13. Verborgen: Die Lebenssituation von Lesben, Schwulen, bisexuell und transsexuell orientierten Menschen

Lesbisch, schwul, bisexuell und transsexuell orientierte Menschen prägen die Kulturlandschaft in Dresden mit. Wenn davon ausgegangen wird, dass laut sozialwissenschaftlicher Studien schätzungsweise fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung homosexuell orientiert sind und Dresden über eine Einwohneranzahl von rund 500 000 Personen verfügt, so leben hier etwa 25 000 bis 50 000 homosexuell, bisexuell oder transsexuell orientierte Menschen. Obwohl sich Politik und Gesetzgebung um deren rechtliche Gleichstellung bemühen, ist die Akzeptanz homosexueller Lebensformen in der Bevölkerung noch nicht durchgängig erreicht. Anstelle der Selbstverständlichkeit und Anerkennung der Vielfalt homosexueller Lebensformen, findet sich in der gesellschaftlichen Struktur die Aufrechterhaltung der heterosexuellen Normativität in Verbindung mit Geschlechterhierarchie, sozialer Ungleichheit und ethnischer Diskriminierung. Trotz des Bemühens um Akzeptanz erleben Schwule und Lesben nach wie vor Benachteiligung und Diskriminierung, hauptsächlich durch alltägliche Belästigungen oder Beleidigungen. Die gleichgeschlechtliche Sexualität und ihre Liebesbeziehungen verbleiben daher häufig in der Unsichtbarkeit, denn sie werden im Alltag immer noch stigmatisiert und sozial geächtet. Der größte Anteil der Lesben und Schwulen, vor allem der Bisexuellen (sowohl hetero- als auch homosexuell Orientierte), lebt daher aus Angst vor Diskriminierungen im Dunkel der Anonymität. Schwule erleben aufgrund ihrer traditionellen männlichen Sozialisation meist noch eine stärkere Isolation als Lesben. Das gesellschaftliche Bild vom Schwulen entspricht oft nicht dem traditionellen Rollenverhalten des Mannes, der Krisen sowie Gefahren autonom zu meistern hat. Das Bild des sogenannten schwachen Mannes ist verpönt. Dies schafft Angst, führt zum Ausschluss aus Sozialbeziehungen in Familie und Gesellschaft und zur Antizipation von Stigmatisierung.³³⁹ Im Gegenzug wird die Anerkennung des gleichgeschlechtlichen weiblichen Begehrens verleugnet und der heterosexuellen Normativität angeglichen. Lesbisch orientierte Frauen verweigern scheinbar mit ihrer Lebensweise die „übliche“ Frauenrolle und die Übernahme der Mutterrolle. Das widerspricht dem kulturell herrschenden „Sozialisationsauftrag“ der Frau zur Gründung einer Familie und bedeutet für die lesbischen Frauen, sich im Alltag zurückhaltend und unsichtbar zu geben, um körperliche Bedrohung und verbale Angriffe zu vermeiden. Das bestehende Recht auf Selbstverwirklichung und der damit einhergehende

Anspruch auf selbstbestimmte Sexualität sind somit individualisiert und auf sich gestellt.

■ 13.1 Auf der Suche nach Akzeptanz – homosexuelle Jugendliche in einer (scheinbar) heterosexuellen Welt

Homosexuelle Mädchen und Jungen fühlen sich oft in der Arbeitswelt, Ausbildung, Schule und besonders in ihrer Herkunftsfamilie diskriminiert; sie werden ausgegrenzt und nicht anerkannt. Lesben, Schwule und Bisexuelle unterscheiden sich, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, in nichts von anderen Menschen. Jugendliche, d. h. Mädchen und Jungen, befinden sich in der Pubertät in einer besonderen, spannungsgeladenen Lebensphase. Sie ist einerseits geprägt durch das Ausprobieren auf der Suche nach individueller einschließlich sexueller Identität und wird bestimmt von der Ablösung von der Herkunftsfamilie, der Berufs- und Bildungsorientierung sowie von der Orientierung an Gleichaltrigen-Gruppen. Andererseits ist diese Lebensphase geprägt durch individuelles und gruppenspezifisches Risikoverhalten. Während dieser Zeit bewältigen Mädchen und Jungen die Prozesse der Auseinandersetzung mit kulturellen Tradierungen und mit ihrer sexuellen Neigung zum eigenen oder anderen Geschlecht. Homosexuelle haben wie heterosexuell orientierte Jugendliche Schwierigkeiten mit der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen. Sie müssen in ihrer Entwicklung eine schwierige Aufgabe bewältigen und ein positives Selbstbild aus einer Position der sozialen Verwerfung sowie gesellschaftlicher Abwertung heraus entwickeln. Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule, Gesellschaft und Gleichaltrigen-Gruppen sind dabei von erheblicher Bedeutung, sie stellen jedoch gleichzeitig einen Grundkonflikt dar: Im Spannungsfeld von Erziehung und Homosexualität werden fast ausschließlich heterosexuelle Erziehungsmuster realisiert. Die familiäre oder institutionalisierte Erziehung ist ihrem Wesen nach heterosexuell und damit rollenspezifisch ausgerichtet. Eine autonome Rollenwahl und die Wahl der sexuellen Orientierung macht sie damit unmöglich. Die Erziehung mit ihrer heterosexuellen Zielrichtung versucht ein eindeutiges sexuelles Orientierungsbild von Junge zu Mädchen oder Mädchen zu Junge zu vermitteln und übt damit strukturelle Gewalt gegenüber Homosexuellen aus. Homosexuell veranlagte Jugendliche haben eine besonders schwierige Ausgangslage als Minderheit. Im Prozess ihres Coming-out, der eingebettet ist in den Übergang vom Jugendlichen zum Heranwachsenden im engeren und das Coming-out als lebenslanger Begleitprozess im weiteren Sinn, haben sie stets ihre gleichgeschlechtlich orientierte Lebensform zu

339 Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Einsamkeit und soziale Isolation schwuler Männer. Düsseldorf 2003. S. 2

begründen und möglicherweise ebenso zu verteidigen. Sie kollidieren gleichzeitig mit gesellschaftlichen Normen sowie der individuell verinnerlichten heterosexuellen Sozialisation. In dieser Zeit des Experimentierens nehmen sie sich vorrangig fehlerhaft wahr. Diese Wahrnehmung wird von ihrer Umwelt maßgeblich bestätigt. Mit anderen Worten leben homosexuell orientierte Mädchen und Jungen während dieser Zeit im Alltag unter der ständigen Angst, einerseits sich selbst anzunehmen und andererseits mit ihrem Coming-out die Reaktion ihrer Umwelt nicht zu kennen. Um psychischen und gesellschaftlichen Verletzungen vorzubeugen, verschweigen viele Jugendliche mit meist geringem Selbstwertgefühl ihre tatsächliche sexuelle Orientierung.³⁴⁰

■ 13.2 Ergebnisse relevanter Studien

In Deutschland liegen bislang nur wenige repräsentative Studien über homosexuell orientierte Menschen vor. Allgemeingültige Aussagen, auch für Dresden zutreffend, beinhalten nur wenige. Die Ergebnisse einiger Untersuchungen lassen jedoch aufhorchen und werden hier kurz reflektiert.

Sie liebt sie, er liebt ihn

1999 erfasste eine erste im deutschsprachigen Raum realisierte empirische Studie die Erfahrungen und Einstellungen junger Lesben, Bisexueller und Schwuler (bis 27 Jahren) im Auftrag der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin, unter dem Thema „Sie liebt sie, er liebt ihn“.³⁴¹ Im Ergebnis nannte sie Einsamkeit als häufigstes Problem. Erschreckend viele Jugendliche reagierten mit destruktiven Strategien auf ihre Probleme und hatten Suizidgedanken; die jungen Frauen häufiger als die Jungen und Männer. Die meisten der Befragten bestätigten einen Bedarf an Beratungsangeboten. Nur jede dritte weibliche und jeder vierte männliche Befragte erhielt ausschließlich positive Reaktionen von beiden Elternteilen. Eine besonders ablehnende Haltung zur Homosexualität nahmen Väter ein, drei Viertel der weiblichen und sechs von zehn der männlichen Befragten hatten negative Reaktionen von ihrem sozialen Umfeld oder von Fremden erfahren. Alkohol- und Drogenkonsum waren die häufigsten Reaktionen auf Probleme, wobei sie bei den Mädchen deutlich stärker als bei den Jungen auftraten.

Uferlos. Jugendliche erleben sexuelle Orientierungen

In einer Internet-Befragung untersuchte Heike Watzlawik (2004) rund 800 Jugendliche jeglicher sexueller Orientierung zwischen zwölf und 16 Jahren mit dem Ergebnis, „(...) dass weit über die Hälfte der (homosexuellen – d. A.) Jugendlichen das Bewusstwerden der eigenen homosexuellen Orientierung als negativ erlebte.“ Etwa ein Viertel gab an, „Panik oder Verzweiflung zu empfinden“ und rund ein Fünftel ver-

drängte die eigene Sexualität oder wollte sie nicht wahrhaben. 16 Prozent bedrückte die Unklarheit ihrer sexuellen Gefühle und die Frage, ob sie diese ausleben können. Fünf Prozent lehnten sich selbst sogar ab. Positive Empfindungen traten deutlich seltener auf. Traumatische Erfahrungen, resultierend aus negativen Empfindungen, deuteten unter anderem auf klischeehafte oder fehlende Informationen über sexuelle Orientierungen hin. Die Identitätsentwicklung dieser Jugendlichen schien verzögert zu sein. Der Aufbau eines positiven Selbstwertgefühls und das Sammeln von Beziehungserfahrungen waren davon ebenso betroffen wie die wichtige Phase des Sich-Ausprobierens mit der Geschlechterrolle, die massiv erschwert bzw. oftmals ganz verhindert wurde. Eine hochgradige Verunsicherung trat besonders bei den bisexuell orientierten Jugendlichen auf, die sich weder in das System von Hetero- noch das der Homosexualität einordnen ließen.³⁴²

Lamda will's wissen

Die bemerkenswerten Ergebnisse der Internet-Umfrage vom Jugendnetzwerk Nordrhein-Westfalen (2005) mit rund 3800 vor allem männlichen Befragten (bis 27 Jahren) erbrachten, dass in der Altersgruppe der bis 17-Jährigen bereits 54 Prozent der lesbischen Mädchen, aber nur 39 Prozent der schwulen Jungen offen mit Homosexualität umgingen. Die Offenheit des Umgangs junger Lesben hing weniger von der Toleranz als von der unterschiedlichen Bewertung von männlicher und weiblicher Sexualität in der Gesellschaft ab. Weibliche Homosexualität wird allgemein weniger ernst genommen als männliche und stellt daher eine geringere „Bedrohung“ gegenüber der Gesellschaft dar. Jungen wurden meist von ihren Geschlechtsgenossen zum Außenseiter stigmatisiert und isoliert, denn 37 Prozent gaben an, durch das Coming-out Freundinnen oder Freunde verloren zu haben. Die 18- bis 21-Jährigen waren mit 41 Prozent davon besonders stark betroffen. Wegen ihrer sexuellen Orientierung mussten vier Prozent von zu Hause ausziehen und fast ebenso viele einen Schul- oder Lehrstellenwechsel vornehmen. Besorgnis erregen die überdurchschnittliche Angabe der Diskriminierungen Jugendlicher unter 18 Jahren sowie die Angabe des seltenen Beistands durch die Familie. Unterstützung beim Coming-out erhielten diese jungen Lesben, Schwulen und Bisexuellen vorrangig von Freunden und Freundinnen mit 82 Prozent; die Familie folgte mit weitem Abstand (37 Prozent), danach nannten sie das Internet, das Jugendamt, Beratungseinrichtungen und zuletzt mit zehn Prozent die Schule.³⁴³

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen – das Symptom Homophobie

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird in einer Langzeitstudie zu Erfahrungen und Einstellungen der Bevölkerung seit 2002 in ost- und westdeutschen Gemeinden, Kleinstädten und Stadtteilen am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter Leitung von Professor Wilhelm Heitmeyer untersucht. Im Fokus des Interesses steht eine Menschenfeindlichkeit, „(...) die sich nicht auf Feindschaftsverhältnisse zu einzelnen Personen bezieht,

340 Sabine Pfeiffer: Homosexuelle im Freistaat Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der Landeshauptstadt Dresden – Situation und erreichter Stand der Gleichbehandlung im Jahr 2009. Diplomarbeit an der Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Soziale Arbeit. Mittweida 2009

341 Karin Schupp: Sie liebt sie, er liebt ihn. Eine Befragung von lesbischen, schwulen und bisexuellen Jugendlichen. S. 21 - 44. In: Thomas Hofsäss (Hrsg.): Jugendhilfe und gleichgeschlechtliche Orientierung. Band 4. Soziale Arbeit aktuell in Praxis, Forschung und Lehre. Berlin 1999; Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: Sie liebt sie, er liebt ihn. Eine Studie zur psychosozialen Lage junger Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin 1999

342 Landeshauptstadt München. Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen: Unter'm Regenbogen. Lesben und Schwule in München. Ergebnisse einer Befragung durch die Landeshauptstadt München. München 2004

343 Stefan Timmermanns: Lebenssituation lesbischer, bisexueller und schwuler Jugendlicher in Deutschland. Vortrag auf dem LSVD-Verbandstag in Köln am 25.03.2006

sondern auf ganze Gruppen, die Ziel von Feindseligkeiten sind.³⁴⁴ Unter Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist demzufolge zu verstehen, dass Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig „(...) abweichend von einer wie auch immer definierten Normalität gekennzeichnet“³⁴⁵ und damit Feindseligkeiten ausgesetzt sind. Diese Feindseligkeiten wirken sich in Abwertung und Ausgrenzung aus und münden in passiver oder aktiver Diskriminierung, schlimmstenfalls führen sie zu Verfolgung und Gewalt. Das Phänomen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in seiner Spannbreite ergibt sich daraus, dass Menschen mit ganz unterschiedlichen Merkmalen als abweichend von der „Mehrheitsgesellschaft“ bestimmt werden. Dies können ihre Herkunft, ihre Hautfarbe, ihr Geschlecht, ihre körperliche oder seelische Beschaffenheit, ihre sexuelle Orientierung oder auch ihre Verhaltensweise und ihr Lebensstil sein. Das Syndrom beruht auf neun Elementen, den Symptomen. Diese sind miteinander, jedoch unterschiedlich eng verknüpft und „(...) aus einem gemeinsamen Kern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gespeist.“³⁴⁶ Eine Expertise zur bundesweiten Untersuchung wurde eigens für den Zeitraum 2002 bis 2005 für Sachsen im Rahmen der Evaluation des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ formuliert und deren Ergebnisse im Juni 2006 in der Staatskanzlei vorgestellt. Gut 30 Prozent der Sachsen und damit einschließlich der Dresdnerinnen und Dresdner neigen laut der Expertise zur Homophobie. Und dass, obwohl bei der Abwertung von Homosexuellen tendenziell im gesamtdeutschen Verlauf diese erfreulicherweise auf das Niveau von 2005 zurückgegangen ist.³⁴⁷ Die signifikanten Unterschiede bei der Einstellung der Sachsen zu Homosexuellen liegen mit knapp einem Drittel höher gegenüber den alten und ebenso neuen Bundesländern. „Die Sachsen erweisen sich hierbei (...) mit 30 Prozent (...) als besonders homophob.“³⁴⁸ Bei diesem Symptom sind zudem unterschiedliche Wertorientierungen zwischen Jüngeren und Älteren besonders ausgeprägt, d. h. junge Sachsen weisen geringere durchschnittliche Zustimmungswerte als die älteren auf. Auffällig ist, dass junge Sachsen eher aufgeschlossen gegenüber Homosexualität sind als ihre Altersgenossen in den neuen und alten Bundesländern; hingegen die Altersgruppe ab 35 Jahren durchgängig ablehnender als die sonstigen Deutschen sind. Die Einstellungen der jungen und älteren Sachsen zur Homosexualität liegen am weitesten auseinander. Nach dem Geschlecht geurteilt sind Männer homophober in ihren Aussagen als Frauen. Die Schulbildung hatte zudem einen erheblichen Einfluss. Mit zunehmendem Bildungsniveau sanken die Zustimmungswerte zu den Symptomen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Auch Nichterwerbstätige in Sachsen, ebenso wie in den alten und neuen Bundesländern, pflegten deutlich mehr Vorurteile gegenüber Minderheiten als Erwerbstätige. Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen erwiesen sich in Sachsen sowie „(...) über ganz Deutschland hinweg im Vergleich zu Konfessionslosen insgesamt als feindseliger.“³⁴⁹ Im Vergleich zu den Konfessionslosen erreichten Angehörige einer christlichen Religionsgemeinschaft höhere Zustimmungswerte und waren eher bereit, Aussagen zu den Symptomen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuzustimmen. Dies galt auch für das Merkmal Homophobie. Die Toleranz der

befragten Sachsen in Abhängigkeit von der Stadt- und Gemeindegröße unterschied sich ebenfalls deutlich: So waren in ländlichen Regionen die Bewohner/-innen weniger homophob eingestellt als jene mittelgroßer Städte. Großstädter/-innen dagegen äußerten sich „(...) toleranter als die restlichen Sachsen.“³⁵⁰

MANEO-Umfrage zu Gewalterfahrungen – Toleranzkampagne

Die MANEO-Umfrage (Anti-Gewalt-Projekt in Berlin, 2007 veröffentlicht) hat die Gewalterfahrungen von fast 24 000 schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland zwölf Monate lang untersucht.³⁵¹ Zu den Ergebnissen zählte die Erkenntnis, dass homophobe Gewalt mit 60 Prozent überwiegend aus Gruppen heraus begangen wird, wobei die Täter meist männlich und jüngeren Alters sind; in 40 Prozent der Fälle sind es Einzeltäter. Mehr als jeder dritte Befragte (35,5 Prozent) gab Gewalterfahrungen an, wobei zwei Drittel der schwulen und bisexuellen Jugendlichen unter 18 Jahren (63 Prozent) von Gewalt betroffen waren, dabei tendenziell jedoch jüngere Schwule weniger Anzeigen bei der Polizei erstatteten. Ausgewählte Ergebnisse der Studie berichten über das Ausmaß an Gewalterfahrungen insgesamt und über jeweils einen Vorfall, der die Betroffenen in den vergangenen zwölf Monaten subjektiv am stärksten bewegt hatte. Der überwiegende Anteil der Vorfälle entfiel auf Formen von Belästigungen und Beleidigungen (75,7 Prozent). Es wurde deutlich, „(...) dass die große Mehrheit der von Gewalt Betroffenen auf bekanntem, scheinbar sicherem Terrain Opfer geworden ist.“³⁵² Gewalterfahrungen nehmen mit zunehmendem Alter offensichtlich ab, von der Größe des Wohnorts scheinen sie weniger abhängig und der soziale Status des Opfers wirkt nur geringfügig (beispielsweise Bildungsgrad der Befragten) beeinflussend.³⁵³ Die Gewalttaten geschehen überwiegend am späten Abend, an gut bekannten Orten und in den meisten Vorfällen den Angaben zufolge auf der Straße. Die Täter sind zu 87 Prozent männlich und überwiegend jung, zu drei Prozent weiblich (weitere sechs Prozent entfallen auf beide Geschlechter und vier Prozent sind unbekannt).³⁵⁴ „Der höchste Anteil eines berichteten Vorfalls hinsichtlich des Bundeslandes fand sich in Berlin (38,9 Prozent), gefolgt vom Saarland (37,4 Prozent), Hamburg (37,2 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (37,1 Prozent).“³⁵⁵ Einen niedrigeren Anteil wiesen Bremen (34,1 Prozent), Bayern (33,1 Prozent) und Baden-Württemberg (32,8 Prozent) auf. Sachsen kam auf 34,1 Prozent in der Nennung eines subjektiv bedeutsamen Vorfalls. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern waren damit nicht stark ausgeprägt. Ein Blick auf die Städte zeigte mit Spitzenanteilen Aachen (41,7 Prozent) und Bielefeld (40 Prozent). Am geringsten wurde in Magdeburg (29,6 Prozent) und Duisburg (22,1 Prozent) über Vorfälle berichtet. Die ausgewiesenen sächsischen Städte Leipzig und Dresden erzielten 34,6 beziehungsweise 35,3 Prozent. Die Landeshauptstadt liegt damit über dem sächsischen Durchschnittswert.

344 Dr. Anja Stichs: Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002 - 2005). Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Bielefeld 2006. S. 4

345 Ebenda

346 Ebenda, S. 5

347 Prof. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt/Main 2009. S. 39

348 Dr. Anja Stichs: Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002 - 2005). Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Bielefeld 2006. S. 19

349 Ebenda, S. 32

350 Ebenda, S. 35; Anmerkung: Die von der Landeshauptstadt Dresden im Sommer 2010 beauftragte Untersuchung zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird Erkenntnisse über die spezifische Situation in Dresden liefern und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

351 MANEO-Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (Hrsg.): MANEO-Umfrage. Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2006/07. S. 18, <http://www.maneo-toleranzkampagne.de/umfrage-bericht1.pdf>, verfügbar am 11.06.2010

352 Ebenda, S. 7

353 Ebenda, S. 19

354 Ebenda, S. 22

355 Ebenda

Bemerkenswerte Vielfalt – Homosexualität und Diversity Management

Die gleichnamige Studie (2010) hat die Arbeitswelt von 826 Lesben und 482 Schwulen mit einem Arbeitsplatz in Deutschland untersucht und im Ergebnis festgestellt, dass diese dort deutlich offener und selbstverständlicher mit ihrer Homosexualität umgehen, sofern sie das Arbeitsklima als unterstützend wahrnehmen.³⁵⁶ Mit anderen Worten kann der Einsatz von Diversity Management einen Beitrag dazu leisten, dass lesbische und schwule Menschen am Arbeitsplatz weniger Energie für die Rechtfertigung oder das Verstecken der eigenen Homosexualität oder für das Vortäuschen von Heterosexualität aufwenden müssen. Im Vergleich zu Alter, Geschlecht, geistigen und körperlichen Fähigkeiten sowie ethnischer Herkunft wird die Kerndimension der sexuellen Orientierung am meisten negiert und tabuisiert. Dies sollte daher verstärkt thematisiert werden.

Sächsische Männerstudie

Homophobie erreicht in der Sächsischen Männerstudie (300 befragte Männer) einen bedenklichen Stellenwert mit 43,7 Prozent der Befragten, die angaben, sich nicht vorstellen zu können, dass ihr Sohn schwul oder ihre Tochter lesbisch sein könnte. 34 Prozent setzten Heterosexualität als soziale Norm voraus und fänden es furchtbar, wenn ihre Kinder homosexuell orientiert leben würden. Sie unterstrichen das problematische gesellschaftliche Ansehen von Lesben und Schwulen in weiten Teilen der Gesellschaft.³⁵⁷ Das gezeichnete Bild unterstreicht die Aussagen der Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen.

Spannungsgeladen: Homosexualität und Kirche

„Homophobie ist da, wo die katholische Kirche ist“ heißt es provokant im Kölner Anti-Gewalt-Bericht von 2008.³⁵⁸ Ihm ist zu entnehmen, dass die Evangelischen Landeskirchen meist mit Homosexuellen freundschaftlich offen umgehen. Im Gegenzug nimmt der Bericht wahr, dass die römisch-katholische Kirche regelmäßig einen problematischen argumentativen Rahmen wählt, um gegen Homosexuelle zu agieren. Von einem Dialog mit Lesben und Schwulen wirkt diese Konfession noch weit entfernt.³⁵⁹ Homophobe Textstellen scheinen ein zentrales Dilemma, besonders von Religionsgemeinschaften, auszudrücken. Negative Äußerungen zur Homosexualität sind nicht nur im Koran, sondern auch in der Thora und in der Bibel, sowohl im alten als auch im neuen Testament, zu finden. Homosexuelle Praktiken werden dort durchgängig als Sünden bezeichnet. Dennoch ist die Heilige Schrift nicht nur im Hinblick auf ihre Gebote zu lesen und sollte, nach Volker Faigle, evangelischer Theologe und Oberkirchenrat beim Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Europäischen Union, im Kontext betrachtet werden und nicht als biblizistische Inter-

pretation wie in vielen evangelikalen Kreisen.³⁶⁰ Gemäß seiner Glaubensüberzeugung sei die Schrift so zu interpretieren, wie sie von Jesus Christus offenbart wurde. Dieser habe sich nie zu Homosexualität geäußert. Volker Faigle kommt nach evangelischer Auffassung zu dem Fazit, dass Homosexualität für Christen akzeptabel sei und darin keine Sünde, sondern eine Lebensweise zu erachten sei. „Homosexualität (ebenso) wie Heterosexualität könne zum sündigen Verhalten werden bei Anwendung von Gewalt und Ausbeutung.“³⁶¹ Darüber hinaus spiele Homosexualität eine Nebenrolle in der Bibel. Nicht alle Mitglieder der evangelischen Kirche sähen diese Frage gleichermaßen fortschrittlich. Besonders gelte das für die Evangelikalen, wobei unter ihnen nicht alle radikal seien.³⁶²

■ 13.3 Fazit

Sehr viele Menschen mit homosexueller, bisexueller oder transsexueller Orientierung durchleben spätestens mit Beginn ihrer Pubertät subtile Ängste und Schwierigkeiten, die durch psychische, physische, emotionale oder strukturelle Gewalt geprägt sind. Bei der Bewältigung ihrer Probleme spielen die Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule, Gesellschaft und Gleichaltrigen-Gruppen eine besondere Rolle. Ihnen und den weiteren Verlauf ihres Lebens begleitenden Instanzen kommt in der zunehmend pluralistischeren Gesellschaft eine elementare Bedeutung zu. So lange es noch in der „Mehrheitsgesellschaft“ in Ordnung ist, sich über die Minderheit homosexuell orientierter Lebensweisen lustig zu machen oder die Liebe zwischen zwei Frauen oder zwei Männern als minderwertig zu erklären, kann sich vor allem bei Kindern und Jugendlichen nichts Grundlegendes ändern. Im Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Wer die Würde von homosexuell orientierten Menschen nicht akzeptiert, stellt sich ins Abseits. Die Akzeptanz der Vielfalt und Hilfe bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen ist für die gleichberechtigte Teilhabe dieser Menschen als wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Politik und Angebotsgestaltung geboten.

Sabine Pfeiffer

■ Handlungsbedarf in Dresden

- Erhöhung der Sensibilität der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen und Diensten für die Problemlagen von Menschen mit gleichgeschlechtlicher bzw. bisexueller oder transsexueller Orientierung und zu diesbezüglichen Diskriminierungstendenzen innerhalb der Gesellschaft
- weiterer Ausbau und Stärkung der fachspezifischen Netzwerke für lesbisch, schwul, bisexuell und transsexuell orientierte Menschen, Unterstützung und Ausbau der Vernetzung mit Einrichtungen, die im Gewaltschutz aktiv sind

356 Thomas Köllen: Bemerkenswerte Vielfalt: Homosexualität und Diversity Management – betriebswirtschaftliche und sozialpolitische Aspekte der Diversity-Dimension sexuelle Orientierung. München, Mering 2010

357 Männernetzwerk Dresden e. V. (Hrsg.): Sächsische Männerstudie. Lebensthemen von Männern in Sachsen. Eine Kooperation zwischen der Technischen Universität und der Fachstelle für Jungen- und Männerarbeit. Dresden 2009

358 Schwules Überfalltelefon Köln 19228 (Hrsg.): diskriminiert? beleidigt? bedroht? beraubt? Mann ruf an: Köln 19228 – Schwules Überfalltelefon. Anti-Gewalt-Bericht 2008. Köln 2009

359 Ebenda, S. 4

360 „Die Evangelikalen sind nach der römisch-katholischen Kirche die größte Bewegung der Christenheit. Weltweit rechnen sich etwa 460 Millionen Christen den theologisch Konservativen zu, die meisten davon sind Mitglieder protestantischer Volks- und Freikirchen.“ In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): POLICY. Politische Akademie. Nr. 35. Berlin 2009. S. 22

361 Dr. hc. Volker Faigle, evangelischer Theologe, seit 2003 Oberkirchenrat beim Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der EU mit Dienstsitz in Berlin. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): POLICY. Politische Akademie. Nr. 35. Berlin 2009. S. 7

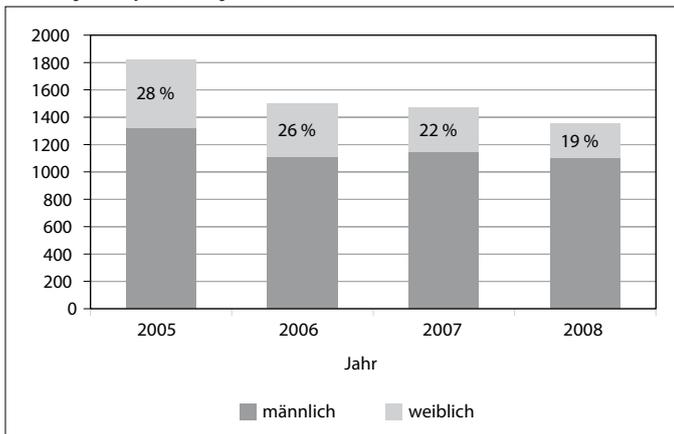
362 Ebenda, S. 8

- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen und Diensten
- weitere Professionalisierung des situationsorientierten Ansatzes innerhalb der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Hilfen zur Erziehung bezogen auf die Zusammenarbeit mit heranwachsenden lesbisch, schwul, bisexuell und transsexuell orientierten Menschen und in Reaktion auf Tendenzen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, hier insbesondere Homophobie
- Stärkung und Förderung der eigenen Persönlichkeit, der Kompetenzen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lesbischer, schwuler, bisexueller und transsexueller Orientierung
- bedarfsgerechte Entwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stärkung der geschlechtersensiblen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe
- weiterer Ausbau und Stärkung der Schulsozialarbeit bei jugendhilfeplanerischer Bedarfsermittlung
- Unterstützung des Ausbaus der Zusammenarbeit zwischen Trägern von gesellschaftlicher und politischer Bildungsarbeit mit Vereinen für lesbisch, schwul, bisexuell und transsexuell orientierte Menschen
- gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bürgerschaft für die Lebenslagen von lesbisch, schwul, bisexuell und transsexuell orientierten Menschen
- konsequentere Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune zum Abbau von Symptomen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, hier insbesondere Homophobie
- konsequente und zügige Umsetzung des „Lokalen Handlungsprogramms für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus“ vom 29. Oktober 2009
- bedarfs- und aufgabengerechte Finanzierung von Einrichtungen zur Unterstützung von lesbisch, schwul, bisexuell und transsexuell orientierten Menschen sowie der Einrichtungen, die mit Gewaltopfern arbeiten
- Förderung eines fairen Dialoges im Spannungsfeld Homosexualität und Kirche

14. Sichtbar: Geschlechterdifferenzierte Aspekte von Flucht und Asyl

Dem bundesweiten Trend entsprechend gingen die Zahlen der Asylanträge auch in Sachsen deutlich zurück. Verzeichnete Sachsen 2001 noch 6917 Asylanträge, darunter 5973 Erstanträge, waren es 2008 nur noch 1826 Asylanträge, unter ihnen 1323 Erstanträge. Seit 2006 stagnierte die Neuzuwanderung ins Asylverfahren auf niedrigem Niveau.³⁶³

Abbildung 12: Asylerstanträge in Sachsen



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Referat 222: Statistische Angaben für alle Herkunftsländer. Bundesland Sachsen. Zuarbeit des BAMF per E-Mail vom 22.12.2009

Frauen und Kinder stellen weltweit rund 80 Prozent aller Flüchtlinge. Die langjährigen Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)³⁶⁴ verdeutlichen jedoch, dass die Hürden für Asyl in Westeuropa für weibliche Flüchtlinge wesentlich höher sind als für männliche. Bundesweit lag 2005 der Anteil der Mädchen und Frauen unter den Asylerstantragstellenden bei 38,7 Prozent und 2008 bei 32,2 Prozent. In Sachsen betrug er 2005 noch 28 Prozent und sank bis 2008 auf 19 Prozent. Vietnam, der Libanon, der Irak, die Türkei, Indien, Pakistan, der Iran, Tunesien und Russland (inklusive Tschetschenien) waren in Sachsen die Hauptherkunftsländer der Asylerstantragstellenden. Nach einzelnen Hauptherkunftsländern und

Geschlecht der Flüchtlinge getrennt, liegen Statistiken nur für das Bundesgebiet vor.³⁶⁵

Im Jahr 2008 lag in Sachsen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Asylanträge von weiblichen Flüchtlingen bei 7,5 Monaten und von männlichen bei 5,8 Monaten.³⁶⁶ Die unterschiedliche Bearbeitungszeit der Anträge ermöglicht jedoch keine Aussage über die Qualität der einzelnen Entscheidung, da die Anforderungen an die Asylentscheidung von den jeweils vorgetragenen Fluchtgründen abhängt.

Unterschieden wird in den Asylverfahren zwischen Asylfolgeantragstellenden, die mehrheitlich bereits im Bundesgebiet lebten, und Erstantragstellenden, von denen die meisten neu nach Deutschland eingewandert sind. Insgesamt unterschreitet der Anteil der Folgeanträge stets den der Erstanträge. Frauen und Mädchen bemühten sich jedoch noch seltener als Jungen und Männer nach bereits abgeschlossenen Asylverfahren abermals um die Anerkennung als Flüchtlinge. Im Vergleich der Geschlechter betrug z. B. bei männlichen Flüchtlingen der Anteil der Folgeanträge 2005 rund 29, bei weiblichen 25 Prozent, und 2008 rund 21 gegenüber 19 Prozent.

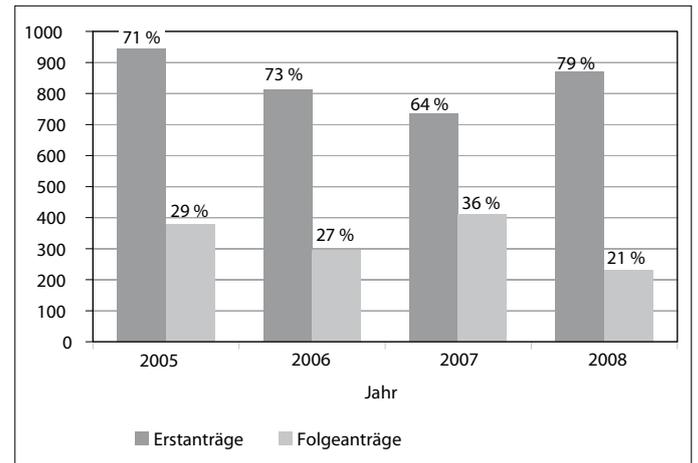
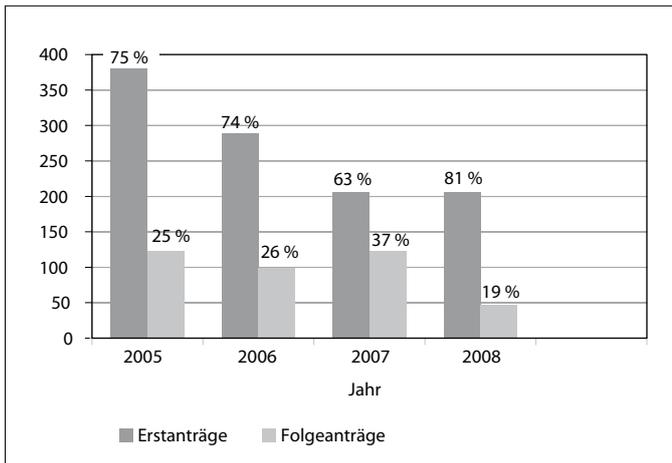
363 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Referat 222: Statistische Angaben für alle Herkunftsländer. Bundesland Sachsen. Zuarbeit des BAMF per E-Mail vom 22.12.2009

364 Bis 2004 trug diese Behörde die Bezeichnung: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFL).

365 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Migration, Integration und Asyl in Zahlen 2005, http://www.integration-in-deutschland.de/cln_006/nn_283736/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Sonstige/statistik-broschuere-publikation,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/statistik-broschuere-publikation.pdf, S. 33 und Asyl in Zahlen 2008, http://www.bamf.de/cln_101/nn_442496/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Publikationen/broschuere-asyl-in-zahlen-008,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/broschuere-asyl-in-zahlen-2008.pdf, S. 26, verfügbar am 31.05.2010

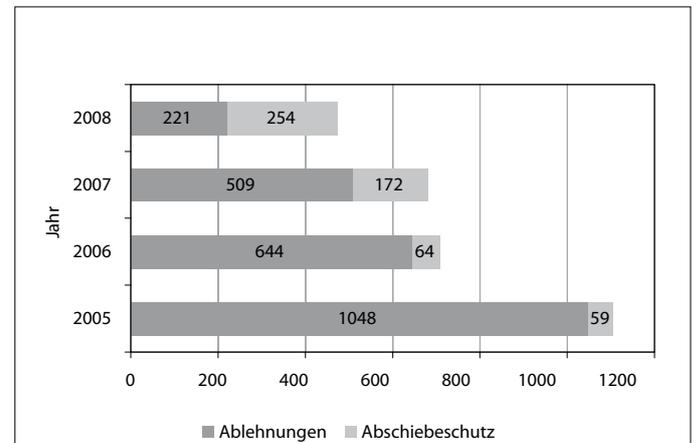
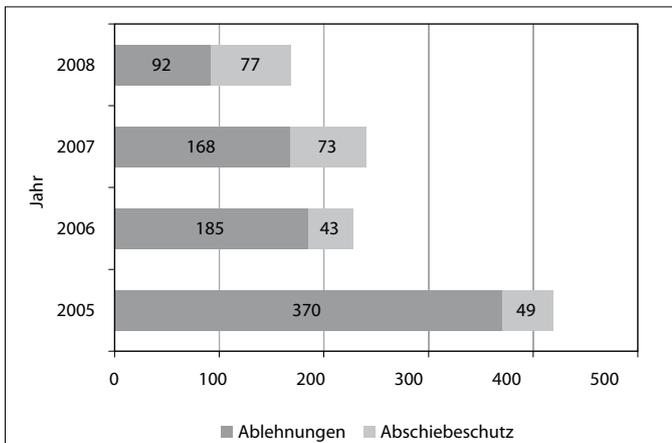
366 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Stab Leitungshilfen Nürnberg: Zuarbeit des BAMF per E-Mail vom 21.10.2009

Abbildungen 13/14: Asylanträge weiblicher (links) und männlicher (rechts) Flüchtlinge in Sachsen



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Referat 222: Statistische Angaben für alle Herkunftsländer. Bundesland Sachsen. Zuarbeit des BAMF per E-Mail vom 22.12.2009

Abbildungen 15/16: Entscheidungen über Asylanträge weiblicher (links) und männlicher (rechts) Flüchtlinge in Sachsen



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Referat 222: Statistische Angaben für alle Herkunftsländer. Bundesland Sachsen. Zuarbeit des BAMF per E-Mail vom 22.12.2009

14.1 Asylgründe von Frauen und Männern

Die Formen geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund sind vielfältig. Zumeist betrifft sie Mädchen und Frauen. Sie sind u. a. von sexueller Gewalt, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung, menschenrechtswidrigen Strafen wegen Verletzung der „Familienehre“, Strafen wegen Verletzung von Verhaltens- und Bekleidungs Vorschriften, Kindesentzug bei Trennung vom Ehemann, Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation sowie Genitalverstümmelung betroffen. Vereinzelt suchen aber auch Jungen und Männer Schutz vor sexuellen Übergriffen, Zwangsprostitution und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung. Im Iran, im Jemen, in Saudi-Arabien, dem Sudan, Mauretanien und in Teilen Nigerias steht auf Homosexualität die Todesstrafe. In 77 weiteren Ländern drohen Schwulen Gefängnisstrafen. In vielen Staaten sind Homo- und Transsexuelle durch homophobe Gesetze bedroht. Lesbische Beziehungen werden zwar selten per Gesetz bestraft, doch müssen auch diese Frauen in vielen Ländern um ihr Leben fürchten.

Zu jenen Herkunftsstaaten in Sachsen lebender Flüchtlinge, in denen es Verfolgung aus geschlechtsspezifischen Gründen gibt, gehören besonders Afghanistan, der Irak, die Türkei, der islamische Norden

Nigerias, Pakistan, der Kosovo und Indien.³⁶⁷ Dementsprechend wurden in der BAMF-Außenstelle in Sachsen zwischen 2005 und 2008 vor allem folgende geschlechtsspezifische Fluchtgründe vorgetragen:³⁶⁸

- drohende Zwangsverheiratung oder arrangierte Eheschließung
- drohende Strafen wegen Verletzung von „Verhaltensvorschriften“
- sexuelle Gewalt außerhalb des familiären Umfeldes
- menschenrechtswidrige Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung

Die Anerkennung der geschlechtsspezifischen Verfolgung als Asylgrund behandelten deutsche Asylverfahren lange Zeit als Stiefkind. Die Gründe dafür waren mannigfaltig:

³⁶⁷ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Stab Leitungshilfen Nürnberg: Zuarbeit des BAMF per E-Mail vom 21.10.2009

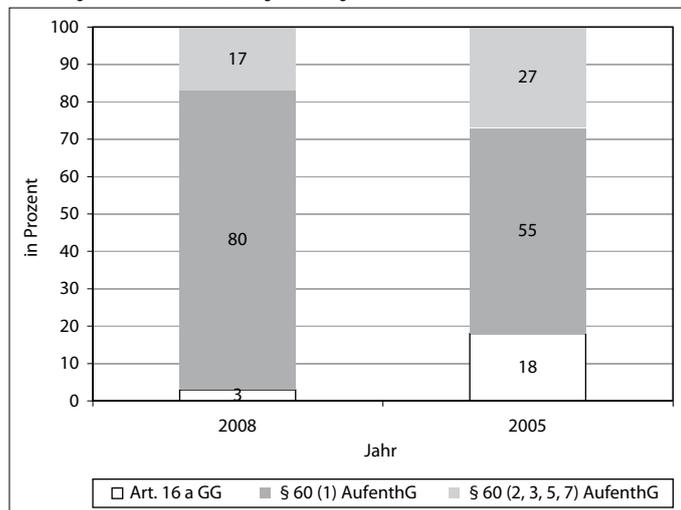
³⁶⁸ Ebenda

- Es fehlten klare Definitionen und Kriterien für diese Verfolgungsformen.
- Die Verfolgung war nur asylrelevant, wenn sie im Verantwortungsbereich des Staates lag; vom privaten Umfeld ausgehende Verfolgung führte kaum zur Asylanerkennung.
- Schamgefühl, Traumatisierung und Angst vor erneuter Ausgrenzung erschwerten es den Betroffenen, geschlechtsspezifische Verfolgung detailliert und glaubhaft zu schildern.
- Es mangelte an Personal, das für die Asylanerkennung von geschlechtsspezifisch verfolgten und/oder traumatisierten Flüchtlingen speziell geschult ist.

Erst die asylpolitischen Richtlinien der Europäischen Union gaben Kriterien für die Bewertung geschlechtsspezifischer Verfolgung vor.³⁶⁹ 2007 erfolgte die Übernahme in das nationale Recht. Inzwischen arbeitet auch in jeder BAMF-Außenstelle speziell geschultes Personal für die Befragung besonders verletzlicher Flüchtlinge (unbegleitete Minderjährige, Folteropfer und Frauen). Diese Maßnahmen spiegeln sich positiv in den Anerkennungsquoten in Sachsen wider. Immerhin wurde 2008 in fast der Hälfte der entschiedenen Asylverfahren weiblicher Flüchtlinge ein Schutzanspruch festgestellt.

Der Anteil der weiblichen Flüchtlinge, denen der Flüchtlingsstatus im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention nach Artikel 16 a Grundgesetz (GG) sowie nach Paragraph 60 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zuerkannt wurde, hat sich seit 2005 erhöht; zuungunsten des Anteils jener Entscheidungen, die sich auf einen subsidiären Schutz (Paragraph 60 Absatz 2, 3, 5 und 7 AufenthG) beschränkten, mit vergleichsweise ungünstigeren Bedingungen für den weiteren Aufenthalt. Diese positive Entwicklung ist jedoch nicht ausschließlich auf die asylrechtliche Aufwertung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe zurückzuführen, sondern auch auf die Relevanz sonstiger Fluchtgründe, die Frauen und Mädchen im Asylverfahren vortrugen.

Abbildung 17: Formen der Schutzgewährung für Frauen



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Referat 222: Statistische Angaben für alle Herkunftsländer. Bundesland Sachsen. Zuarbeit des BAMF per E-Mail vom 22.12.2009

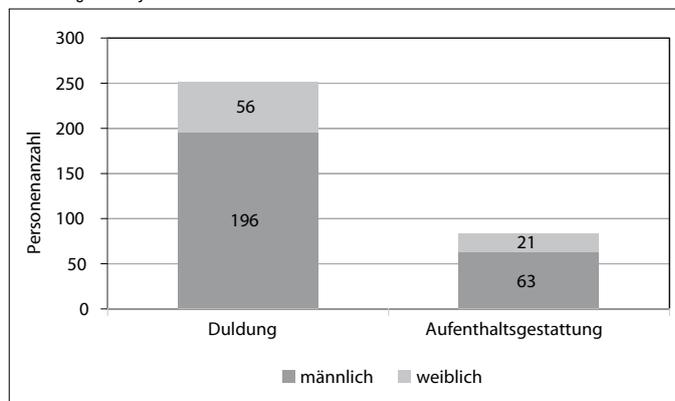
³⁶⁹ Richtlinie 2004/83/EG des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes vom 29. April 2004 in Verbindung mit der Richtlinie zum internationalen Schutz: Geschlechtsspezifische Verfolgung im Zusammenhang mit Artikel 1 A (2) des Abkommens von 1951 bzw. des Protokolls von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 7. Mai 2002

Personen mit Flüchtlingsstatus und der größere Teil jener Flüchtlinge, denen Asylverfahren lediglich subsidiären Abschiebeschutz zugestehen, erhalten in Verbindung mit der Aufenthaltserlaubnis auch Zugang zu allen integrationspolitischen Maßnahmen. In Dresden betraf das zum 31. Dezember 2008 88 männliche und 53 weibliche Personen.

■ 14.2 Wirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes auf Frauen und Männer

Soweit subsidiärer Abschiebeschutz gewährt, aber nur eine Aufenthaltserlaubnis nach Paragraph 25 Absatz 5 AufenthG erteilt wurde, bleiben diese Personen im Bedarfsfall auf soziale Versorgung nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) angewiesen. Leistungsberechtigt nach AsylbLG sind außerdem jene, die sich noch im Asylverfahren befinden (Asylbewerber/-innen mit Aufenthaltsgestattung) oder deren Asylanträge abgelehnt wurden, aber deren Abschiebung ausgesetzt ist (sogenannte Duldung).

Abbildung 18: Asylbewerber/-innen und Geduldete in Dresden*



* Stand 31.12.2008

Quelle: Ausländerzentralregister. Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 01.03.2010

Im November 2009 waren in Dresden 117 Personen mit Aufenthaltsgestattung und 224 Personen mit Duldung gemeldet.³⁷⁰ Die Mehrheit dieser Leistungsberechtigten in Dresden wird in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Damit gehört Dresden zu den sächsischen Städten und Kommunen mit geringem Anteil an dezentraler Unterbringung. Im April 2007 lebten von insgesamt 363 Personen, die auf Hilfen nach Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen waren, nur 34 (9,4 Prozent) in angemieteten Wohnungen.³⁷¹ Im November 2009 durften das nur zwei Familien mit zwölf Personen (3,5 Prozent), während die Mehrzahl der Leistungsberechtigten, 336 Personen, weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften wohnte.³⁷² Allerdings kommen Familien und alleinreisende Frauen in Dresden bevorzugt in Gemeinschaftsunterkünften mit abgeschlossenen Wohneinheiten unter. Sexuelle Belästigungen, denen Frauen und Mädchen in anderen Gemeinschaftsunterkünften häufig ausgesetzt sind, besonders wenn sie ohne erwachsene

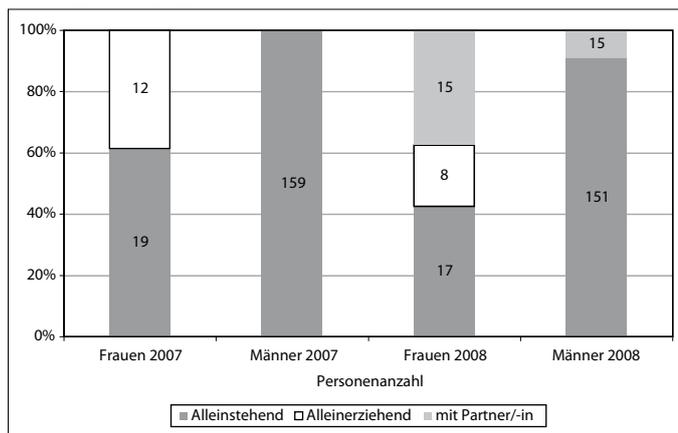
³⁷⁰ Landeshauptstadt Dresden. Geschäftsbereich Soziales: Antwort auf die Anfrage der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.12.2009

³⁷¹ Landeshauptstadt Dresden. Sozialamt: Mitteilung des Sozialamtes an den Ausländerbeirat Dresden per Brief vom 03.05.2007

³⁷² Landeshauptstadt Dresden. Geschäftsbereich Soziales: Antwort auf die Anfrage der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.12.2009

männliche Familienmitglieder im Haushalt leben, sollen damit weitgehend vermieden werden.

Abbildung 19: Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte



Quelle: Ausländerzentralregister. Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 01.03.2010

Andere geschlechterdifferenzierte Probleme der Heimunterbringung lassen sich jedoch auch durch abgeschlossene Wohneinheiten nicht lösen, zum Beispiel räumliche Enge und fehlende Rückzugsmöglichkeiten. Nur sechs Quadratmeter stehen einer Person dort zu.³⁷³ Die Beschränkung von Warmwasser- und Küchennutzungszeiten erschweren in einzelnen Gemeinschaftsunterkünften das Leben zusätzlich. Mit dieser Situation sind zwar auch die männlichen Bewohner konfrontiert, doch aufgrund der Aufgabenverteilung in vielen Familien sind es eben eher die Frauen, die sich im Alltag stärker mit den schwierigen Unterbringungsbedingungen konfrontiert sehen und weniger Möglichkeiten haben, sich diesen zumindest zeitweise zu entziehen. Ob und nach welchen Kriterien die zuständigen Behörden im Einzelfall das Vorliegen eines besonderen Schutzbedarfes laut EU-Aufnahmerichtlinie³⁷⁴ prüfen, der z. B. für eine Wohnungsunterbringung sprechen würde, ist für die Betroffenen kaum nachvollziehbar. Das Gleiche gilt teilweise auch für die Bewilligung medizinischer Behandlungen.

Positive Effekte brachte in Dresden 2007 die Umstellung der Versorgung mit Lebensmitteln, Bekleidung und Hygieneartikeln nach AsylbLG von Sachleistungen auf Bargeld. Das bestätigen nicht nur die Leistungsberechtigten, sondern auch die zuständigen Behörden. Für die Flüchtlinge bedeutet das vor allem, wieder etwas mehr Eigenverantwortung im Alltag übernehmen zu dürfen.

Integration bildet, solange kein Aufenthaltstitel erteilt wurde, kein politisches Ziel. Dementsprechend wird sie auch nicht gefördert. Diese Politik wirkt sich vielfältig und gravierend auf die betroffenen Migrantinnen und Migranten, aber auch für die Gesellschaft, aus. Berufliche und soziale Kompetenzen der Flüchtlinge bleiben ungenutzt und verkümmern teilweise. Das erschwert sowohl eine spätere Integration in Deutschland als auch die Reintegration im Fall einer Rückkehr in die Herkunftsländer. Erwerbstätig sind nur sehr wenige Asylsuchende und

Geduldet, da sie nur in Ausnahmefällen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Diese Tatsache und die fehlende Integrationsförderung beeinflussen die geschlechts- und generationsspezifische Rollenverteilung negativ. Die Ernährerrolle der Eltern entfällt, eine Situation, mit der sich besonders die Männer schlecht arrangieren können. Die Kinder dieser Familien, denen der Freistaat Sachsen uneingeschränkte Bildungsförderung gewährt, integrieren sich sprachlich und sozial viel schneller in die Aufnahmegesellschaft als ihre Eltern. Letztere sind somit für Kontakte zum deutschen Umfeld häufig auf die Hilfe ihrer Kinder angewiesen und können sie auch schulisch kaum unterstützen. Rollenverlust bzw. -umkehr innerhalb der Familien gehören, neben anderen Faktoren, zu den Ursachen von Konflikten, die sich unter anderem in häuslicher Gewalt äußern können.

Häusliche Gewalt in Migranten-Familien, vor allem gegen Frauen und Mädchen, wird gegenwärtig viel diskutiert. Keinesfalls darf jedoch der Eindruck entstehen, Migranten-Familien seien per se anfälliger für dieses Delikt. Die Religionszugehörigkeit oder das Herkunftsland allein bilden keine Indikatoren dafür. Erheblichen Einfluss auf die Stellung der Mädchen und Frauen nehmen vor allem die soziale Vorgeschichte der jeweiligen Familie, ihr Bildungsstand und der Grad der sozialen Einbindung in die hiesige Gesellschaft. Für die in Sachsen bekannt gewordenen Fälle häuslicher Gewalt innerhalb von Flüchtlingsfamilien ist festzustellen, dass sich die isolierte Unterbringung und fehlende Integrationsförderung ebenso manifestierend auf gewalttätige Konfliktlösungen in diesen Familien auswirken wie langfristig fehlende Bleiberechts- oder zumutbare Rückkehrperspektiven.

Positiv ist festzustellen, dass Opfer häuslicher Gewalt aus Flüchtlingsfamilien im Bedarfsfall von den Netzwerken profitieren, die in Sachsen und somit auch in Dresden gebildet wurden. Frauenschutzhäuser und Zufluchtsstätten für Mädchen stehen ihnen genauso offen wie die Einrichtung einer Informationssperre durch die Meldestellen oder eine Wohnungsunterbringung, die weitere Nachstellungen seitens der Familie unterbindet.

Die fehlende Integrationsförderung erschwert Asylsuchenden und Geduldeten den Erwerb von Deutschkenntnissen erheblich. Nur sehr wenige freie Träger bieten für diese Migrantinnen und Migranten in Dresden zumindest niedrigschwellige Sprachkurse an. Dem Umstand, dass die absolute Mehrheit der Asylsuchenden und Geduldeten männlich ist, trägt die soziale Arbeit in diesem Feld wenig Rechnung. Gibt es in Dresden vereinzelt befristete Projekte, die sich an Mädchen und Frauen aus dieser Gruppe richten, fehlen spezielle Angebote für die erwachsenen Männer unter ihnen vollständig.

Asylsuchende und Geduldete blendet die Dresdner Öffentlichkeit weitgehend aus. Bis heute treten sie in den lokalen Medien zumeist nur als Tatverdächtige oder Opfer in Erscheinung. Begrüßenswert ist, dass sich seit 2005 mehrere Initiativen gegründet haben, die sich gemeinsam mit engagierten Flüchtlingen, dem Dresdner Ausländerbeirat und etablierten Vereinen öffentlich für die Interessen Asylsuchender und Geduldeter einsetzen.

■ 14.3 Fazit

Zu wenige und zu isolierte Daten zu geschlechterdifferenzierten Aspekten, speziell bei der Aufnahme von Flüchtlingen, erschweren die Einschätzung der Gesamtsituation. Spürbar immerhin hat sich die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung im Asylverfahren seit 2005 verbessert. Die BAMF-Außenstelle Chemnitz ist um Transparenz der Verfahren und die Zusammenarbeit mit Netzwerken zur Betreuung von Opfern geschlechtsspezifischer Verfolgung besonders bemüht.

373 Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Mindestempfehlungen zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften und zur sozialen Betreuung (VwV – Unterbringung und soziale Betreuung) vom 26. Juni 2009

374 Richtlinie 2004/83/EG des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes vom 29. April 2004 in Verbindung mit der Richtlinie zum internationalen Schutz: Geschlechtsspezifische Verfolgung im Zusammenhang mit Artikel 1 A (2) des Abkommens von 1951 bzw. des Protokolls von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 7. Mai 2002

Weniger Fortschritte im Interesse der Flüchtlinge sind hinsichtlich der Aufnahmebedingungen während und nach dem Asylverfahren zu verzeichnen. Ungeachtet der erheblich zurückgegangenen Zahl von Leistungsempfängern und Leistungsempfängerinnen nach AsylbLG hält die Stadtverwaltung Dresden an der Regelunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften fest. Die Einzelfallprüfung, ob es sich um eine besonders schutzbedürftige Person nach EU-Aufnahmerichtlinie³⁷⁵ handelt, erfolgt durch die unteren Unterbringungsbehörden nur punktuell. Geschlechterdifferenzierte Aspekte finden nur in offenen

Konfliktfällen Berücksichtigung. Dem Kindeswohl, das laut EU-Richtlinie vorrangig zu berücksichtigen ist, kann ein langjähriger Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften kaum dienlich sein. Erwerbslosigkeit, Isolation und fehlende Integrationsförderung beeinträchtigen komplex und nachhaltig die sozialen Kompetenzen von Flüchtlingen im Asylverfahren bzw. mit Duldung.

Johanna Stoll

■ Anlagen

Tabelle 29: Asylverfahren weiblicher Flüchtlinge in Sachsen

Jahr	Asylanträge			Sachentscheidungen					offene Verfahren
	gesamt	Erst-anträge	Folge-anträge	Schutzgewährungen			Ablehnungen	formelle Entscheidungen	
				Art. 16 a GG	§ 60 (1) AufenthG	§ 60 (2, 3, 5, 7) AufenthG			
2005	504	380	124	9	27	13	370	211	119
2006	390	290	100	5	24	14	185	116	160
2007	329	206	123	1	64	8	168	81	165
2008	253	206	47	2	62	13	92	59	193

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Referat 222: Statistische Angaben für alle Herkunftsländer. Bundesland Sachsen. Zuarbeit des BAMF per E-Mail vom 22.12.2009

Tabelle 30: Asylverfahren männlicher Flüchtlinge in Sachsen

Jahr	Asylanträge			Sachentscheidungen					offene Verfahren
	gesamt	Erst-anträge	Folge-anträge	Schutzgewährungen			Ablehnungen	formelle Entscheidungen	
				Art. 16 a GG	§ 60 (1) AufenthG	§ 60 (2, 3, 5, 7) AufenthG			
2005	1322	943	379	10	31	18	1048	600	292
2006	1110	813	297	5	39	20	644	358	371
2007	1146	735	411	4	161	7	509	373	477
2008	1100	869	231	2	241	11	221	265	841

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Referat 222: Statistische Angaben für alle Herkunftsländer. Bundesland Sachsen. Zuarbeit des BAMF per E-Mail vom 22.12.2009

375 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten. Kapitel IV Bestimmungen betreffend besonders bedürftiger Personen

Tabelle 31: Erstanträge Hauptherkunftsländer nach Geschlecht in Deutschland

2005			2008		
Herkunftsland	gesamt	davon weiblich (in %)	Herkunftsland	gesamt	davon weiblich (in %)
Serbien-Montenegro (inkl. Kosovo)	5522	2491 (45,1)	Irak	6836	1847 (27,0)
Türkei	2958	926 (31,3)	Türkei	1408	417 (29,6)
Irak	1983	889 (44,8)	Vietnam	1042	460 (44,1)
Russische Föderation	1719	750 (43,6)	Kosovo	879	358 (40,7)
Vietnam	1222	564 (46,2)	Iran	815	309 (37,9)
Syrien	933	398 (42,7)	Russische Föderation	792	374 (47,2)
Iran	929	328 (35,3)	Syrien	775	318 (41,0)
Aserbaidschan	848	353 (41,6)	Serbien	729	282 (38,7)
Afghanistan	711	272 (38,8)	Afghanistan	657	207 (31,5)
China	633	264 (41,7)	Nigeria	561	215 (38,3)

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Migration, Integration und Asyl in Zahlen 2005 und Asyl in Zahlen 2008

Tabelle 32: Ausländer/-innen in der Landeshauptstadt Dresden nach asylrelevanten Aufenthaltstiteln*

Aufenthaltstitel	gesamt	männlich	weiblich
Duldung nach § 60 a AufenthG (alt)	14	10	4
Duldung nach § 60 a Abs. 1 AufenthG	15	11	4
Duldung nach § 60 a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	223	175	48
Aufenthaltsgestattung im Erstverfahren	83	62	21
Aufenthaltsgestattung in einem weiteren Erstverfahren	1	1	–
sonstige Aufenthaltsgestattung	13	9	4
Aufenthaltserteilung nach AufenthG 2004 – nach § 25 Abs. 1 AufenthG (Asyl)	9	7	2
Aufenthaltserteilung nach AufenthG 2004 – nach § 25 Abs. 2 AufenthG (GfK)	57	39	18
Aufenthaltserteilung nach AufenthG 2004 – nach § 25 Abs. 3 AufenthG (Abschiebungshindernisse)	75	42	33
Aufenthaltserteilung nach AufenthG 2004 – nach § 25 Abs. 4 AufenthG (dringende persönliche oder humanitäre Gründe)	28	14	14
Aufenthaltserteilung nach AufenthG 2004 – nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG (Verlängerung wegen außergewöhnlicher Härte)	11	6	5
Aufenthaltserteilung nach AufenthG 2004 – nach § 25 Abs. 5 AufenthG (rechtliche oder tatsächliche Gründe)	172	105	67
Aufenthaltserteilung nach AufenthG 2004 – nach § 104 a Abs. 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltserteilung auf Probe)	26	15	11
Aufenthaltserteilung nach AufenthG 2004 – nach § 23 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 104 a Abs. 1 Satz 2 AufenthG (Altfallregelung)	1	1	–
gesamt	784	540	244

* Stand 31.12.2008

Quelle: Ausländerzentralregister. Zuarbeit des Statistischen Landesamtes Sachsen per E-Mail vom 01.03.2010

■ Handlungsbedarf in Dresden

- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen und Diensten sowie in der Arbeit für Flüchtlinge und mit Flüchtlingen
- regelmäßige Evaluation geschlechterdifferenzierender Aspekte von Flucht, Asyl und Aufnahmebedingungen im und nach dem Asylverfahren, um Defizite bei der Wirksamkeit von Maßnahmen zu erkennen und abzubauen
- Unterstützung der Asylsuchenden zur Erhaltung ihrer Integrationsfähigkeit und zur Konfliktprävention innerhalb und außerhalb der Familien
- stärkere Beachtung der humanitären Aussage der Richtlinienvorgabe³⁷⁶ in der Einzelfallprüfung, ob ein Flüchtling besonders schutzbedürftig ist, durch das Sozialamt und Schaffung von günstigeren Bedingungen, z. B. für die Unterbringung und die medizinische Versorgung
- konsequente dezentrale Unterbringung von Frauen und Kindern, Traumatisierten und chronisch Kranken sowie von Männern, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung geflohen sind
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen und Diensten in interkultureller Kompetenz, auch im Zusammenhang mit (Erscheinungsformen) häuslicher Gewalt
- Finanzierung mehrsprachiger Öffentlichkeits- und Beratungsarbeit für Asylsuchende, die Opfer häuslicher Gewalt wurden
- bedarfs- und aufgabengerechte Finanzierung der Einrichtungen zur Unterstützung von Asylsuchenden sowie der Einrichtungen, die mit Gewaltopfern arbeiten
- Schaffung von Möglichkeiten für niedrighschwellige Deutschkurse für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach AsylbLG, um Isolation entgegenzuwirken und Zugänge zu Regeldiensten zu erleichtern
- konsequente und zügige Umsetzung des „Lokalen Handlungsprogramms für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus“ vom 29. Oktober 2009 sowie des Integrationskonzeptes vom 28. Mai 2009

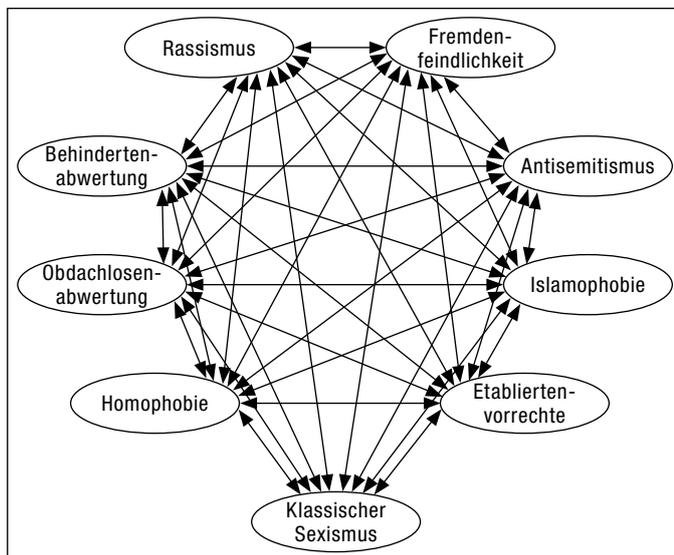
376 Ebenda

15. Erschreckend! Frauen und Männer im Spiegel des Rechtsextremismus

Welche Assoziationen verbinden sich mit dem Begriff Rechtsextremismus? Junge Männer mit rasierten Köpfen in Bomberjacken und Springerstiefeln, die Parolen brüllen und Hakenkreuze an die Wände schmieren?

Rechtsextremismus bedeutet heute mehr als nur Rechtsradikalismus. Neuere Studien³⁷⁷ zeigen, dass es viele unterschiedliche Formen gibt, die sich im Wandel der Gesellschaft ebenso weiterentwickeln. Allen gemein ist die wachsende Abwertung gegenüber vermeintlich schwächeren Gruppen. Feindselige Einstellungen richten sich meistens nicht nur gegen eine, sondern gleichzeitig gegen mehrere dieser Gruppen und stehen in Wechselbeziehung zueinander. Das bedeutet, dass Personen, die fremdenfeindlichen Ansichten zustimmen, häufig diese Meinungen auch in Bezug auf rassistische, antisemitische und sexistische Aussagen vertreten.

Abbildung 20: Symptome der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in ihren wechselseitigen Zusammenhängen



Quelle: http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_gmf_2.pdf, verfügbar am 31.05.2010

Menschenfeindliche Einstellungen kennzeichnen rechtsextreme Weltbilder, die in Gewalt münden können. Dem männlichen Rechtsextremismus und dessen Ursprung widmen sich bisher weitaus öfter Forschungen als der Untersuchung der Beteiligung von Frauen. Das Abdriften von männlichen Jugendlichen in den Rechtsextremismus ist im Ansatz mit dem Prinzip der Externalisierung im Sinne einer Außenorientierung in Wahrnehmung und Handeln zu erklären. Mit diesem Grundmuster der männlichen Sozialisation gehen die Prinzipien von Gewalt und Benutzung einher. Gerade rechtsextrem orientierte Gruppen beziehen ihr Zusammengehörigkeitsgefühl aus der Abgrenzung gegenüber Schwächeren und deren Abwertung.³⁷⁸ Ausländerfeindlichkeit bildet den Mittelpunkt dieses Gruppenprozesses und wird immer wieder verbal und öffentlich demonstriert, um das Ansehen des Einzelnen innerhalb der Gruppe und somit auch den Selbstwert zu steigern. Die Entwicklung einer rechtsextremen Subkultur hat sich in den vergangenen zehn Jahren zu einer der wichtigsten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus ausgewachsen. Darunter ist ein jugendlicher Lifestyle mit rechtsextremer Einstellung, Musik, Kleidung, Symbolen, Code und Verhaltensweisen zu verstehen, der auch Militanz und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung akzeptiert und teilweise praktiziert. Diese Jugendlichen gehören selten rechtsextremen Organisationen an, orientieren sich in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen allerdings daran. Expertinnen und Experten schätzen, dass etwa 20 bis 35 Prozent der männlichen ostdeutschen Jugendlichen diesem Lifestyle folgen und zur rechten Subkultur gezählt werden müssen.³⁷⁹ Sie stellen ein erhebliches Rekrutierungspotenzial für den organisierten Rechtsextremismus dar. Freizeitangebote und eine sogenannte „nationale Jugendarbeit“, die eine Erlebniswelt aus Konzerten, Demonstrationen und Veranstaltungen zu gestalten sucht, sowie rechtsextreme Agitation in Zeitschriften und neuen Medien sprechen jugendliche Gruppen und Szenen an. Sozialökonomische Verhältnisse spielen in der Prägung dieser Gruppen durchaus eine Rolle, dennoch sind unter rechtsextremistisch auftretenden jungen Männern zum Beispiel Arbeitslose nicht überrepräsentiert.

377 Dr. Anja Stichs: Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002 - 2005). Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Bielefeld 2006

378 Prof. Lothar Böhnisch: Männliche Sozialisation – Eine Einführung. Weinheim, München 2004. S. 167

379 Lokales Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus der Landeshauptstadt Dresden. Beschlossene Fassung vom 29. Oktober 2009. S. 7

15.1 Frauen im Rechtsextremismus wahrnehmen

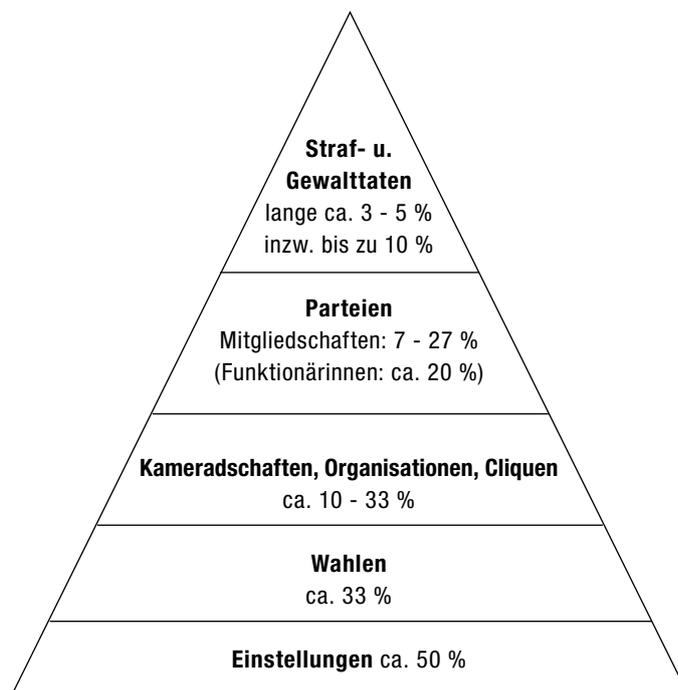
In Medien und öffentlichen Debatten um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus dominiert meist das stereotype Bild des jungen, männlichen und gewaltbereiten Skinheads. Eine derartig klischeehafte Darstellung ist problematisch und blendet oftmals die Existenz rechtsextremer Frauen und Mädchen aus.³⁸⁰ Diese machen bislang nur einen kleinen Teil der rechtsextremen Szene aus, ihre Zahl aber wächst. In der NPD stellen sie bisher etwa ein Fünftel der Mitglieder und einen kleinen Anteil der Funktionäre. In der Männerwelt des Rechtsextremismus galten sie lange Zeit als Risiko, weil die Beziehung zu einer Frau häufig den Grund für junge Mitläufer lieferte, sich aus der Szene zu lösen. Von Frauen, die dort auftauchten, wurden Geschlechtsrollenstereotype wie Fürsorglichkeit, Opferbereitschaft und Selbstständigkeit erwartet, da ihre Hilfe an den Bruchstellen der Männlichkeit benötigt wird. Sie wurden stark abgewertet und benutzt, jedoch gleichzeitig auch gebraucht und gesucht, um Schutz und Geborgenheit zu erlangen. Inzwischen werden Frauen deutlich stärker in die Strukturen integriert.³⁸¹

„Haus, Hof, Hierarchie und Hass, das sind die ideologischen Leitlinien der Rechtsextremen“, so fasste Anetta Kahane, Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, die nationalkonservative Denkweise zusammen.³⁸² Für die Weitergabe dieser Prinzipien spielen Frauen eine tragende Rolle, denn sie bilden das soziale Bindeglied in der Szene. Sie helfen in Kindergärten, übernehmen Betreuungsaufgaben, sind liebevolle Mütter und Ehefrauen. In Jugendeinrichtungen oder Krabbelgruppen bereiten sie über scheinbar harmlose Angebote einen Zugang in die rechte Szene. Frauen beteiligen sich nicht mehr nur an der Organisation im Hintergrund und Aufrechterhaltung der Infrastruktur. Sie betreiben Gaststätten und Szenetreffpunkte, stellen als Gönnerinnen größere Spenden und Immobilien bereit, fungieren als „Netzmeisterinnen“ und treiben Handel im Internet.³⁸³

Das Spektrum der Beteiligung von Frauen an rechtsextremen Gewalttaten reicht von aktiver Gewaltanwendung, unterstützender Tatbeteiligung bis hin zur geistigen Brandstiftung und Rechtfertigung der Taten. Rechtsextrem denkende Frauen setzen ihre Einstellung vergleichsweise wenig in politische Aktivitäten um, sind aber stärker in öffentlichkeitswirksame Aktivitäten involviert. Ihre Umwelt schätzt sie zumeist als freundlich, zugänglich und angenehm ein. Nach außen treten sie sanfter auf als die Männer und leben konsequent das propagierte Ideal von „Gebären und Aufzucht“. Die Gewalt, die von der rechten Szene ausgeht, erscheint in ihrer Nähe auf einmal unwirklich.³⁸⁴ Im Alltag geben sie dem Rechtsextremismus ein sozialeres, sympathischeres Gesicht, das auch Demokraten durchaus wählbar erscheint. Doch rechtsorientierte Frauen, beispielsweise vom Ring Nationaler Frauen (RNF), meinen „weiße“ Kinder, wenn sie sich für Kinder-

rechte einsetzen, oder fordern eine ausschließlich inländerfreundliche Familien- und Bevölkerungspolitik.

Abbildung 21: Frauenanteile an verschiedenen Ausdrucksformen des Rechtsextremismus³⁸⁵



Quelle: Renate Bitzan: Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus (Vortrag). Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23.01.2008 im Forum Berlin, http://www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/080123_bitzan.pdf, verfügbar am 04.08.2010

All diese Faktoren führen zu Wahrnehmungsproblemen in Bezug auf rechtsextrem orientierte Frauen und Mädchen, die sich zudem nicht auf einen einheitlichen rechten Typ reduzieren lassen. Vom öffentlich wahrnehmbaren, rechtsextrem orientierten und engagierten ist deshalb noch der Typ der nicht öffentlich wahrnehmbaren, politisch rechtsextrem interessierten und sympathisierenden Mädchen und Frauen zu unterscheiden.

Die Männer in der NPD sehen diese Frauen als strategisches Element im Kampf um die Stimmen im Parlament, denn in ihrer Ideologie gelten sie vornehmlich als Mütter und Hüterinnen des männlichen Nachwuchses und weniger als ernst zu nehmende Politikerinnen. Sie sollen das Volk durch „rassenreinen“ Nachwuchs erhalten und im „nationalen Geiste“ erziehen sowie als „Kameradinnen“ den „nationalen Kampf“ unterstützen.³⁸⁶ Als Folge steigenden Selbstbewusstseins ist jedoch eine wachsende Selbstorganisation von Frauen im rechten Spektrum zu beobachten, welche die Stärkung politischen Engagements vorsieht und sich in der Gründung eigenständiger Frauenorganisationen zeigt, z. B dem bereits benannten RNF. Organisationen wie diese propagieren die vorrangige Notwendigkeit einer „nationalen So-

380 Gabi Elverich in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Rechtsextrem orientierte Frauen und Mädchen – eine besondere Zielgruppe? Die Rolle von weiblichen Neonazis wird bislang unterschätzt, <http://www.bpb.de/themen/A8QXFY.html>, verfügbar am 31.05.2010

381 Andrea Röpke in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Schwerpunkt Frauen in der rechtsextremen Szene, <http://www.bpb.de/themen/09SHBS.html>, verfügbar am 31.05.2010

382 Anetta Kahane: Vorwort zur Tagung Frauen und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 7. Mai 2009 in Berlin

383 Gabi Elverich in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Rechtsextrem orientierte Frauen und Mädchen – eine besondere Zielgruppe? Die Rolle von weiblichen Neonazis wird bislang unterschätzt, <http://www.bpb.de/themen/A8QXFY.html>, verfügbar am 31.05.2010

384 Birk Meinhardt in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Die ganz harten Weichspülerinnen. Rechtsradikale Frauen – Weiblich, smart und extrem, <http://www.bpb.de/themen/TL3W72.html>, verfügbar am 31.05.2010

385 Renate Bitzan: Zusammenstellung von teils belegten und teils geschätzten Angaben aus unterschiedlichen Quellen bezogen auf die vergangenen zirka 15 Jahre. 2007. In: Frauen im Rechtsextremismus in Theorie und Praxis. Impulsreferat zur Veranstaltung Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23. Januar 2008 im Forum Berlin, http://www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/080123_bitzan.pdf, verfügbar am 04.08.2010

386 Renate Bitzan: Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus (Vortrag). Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23. Januar 2008 im Forum Berlin, http://www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/080123_bitzan.pdf, verfügbar am 04.08.2010

lidargemeinschaft“ und werben mit ihrem ausgeprägten „Heimat- und Familiensinn“. Daneben treten sie gegen die Umsetzung des Gender Mainstreaming ein (ohne die Strategie wirklich verstanden zu haben), betonen die „besondere Verantwortung der Frau“ im Hinblick auf ihre biologische Rolle und stehen für die Förderung „typisch weiblicher“ und mütterlicher Qualitäten.

■ 15.2 Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Rassismus in Sachsen

Laut der von der Universität Bielefeld erhobenen Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen“, stimmen 18,2 Prozent der Befragten zu, dass Juden zu viel Einfluss in Deutschland hätten. Der hiesige Antisemitismus liegt demnach etwa im Durchschnitt der anderen neuen Bundesländer (19 Prozent), jedoch unter dem der alten Bundesländer (22,7 Prozent). Fast zwei Drittel der Befragten sind dagegen der Ansicht, dass zu viele Ausländer/-innen in Deutschland leben. Dieser Wert liegt in den übrigen neuen Bundesländern mit knapp 70 Prozent noch darüber, während er in den alten Bundesländern bei 56,4 Prozent liegt. Ob Ausländer/-innen in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollen, wenn die Arbeitsplätze hierzulande knapp werden, wird von 45,1 Prozent der Sachsen bejaht. Dieser Wert ist im Freistaat am höchsten ausgeprägt, während in den restlichen neuen Bundesländern die Zustimmung bei 43,7 Prozent liegt. In den alten Bundesländern stimmen dem nur 29,2 Prozent zu. Ursächlich dafür dürfte der höhere Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den alten Bundesländern wirken, der sich grundsätzlich in einer höheren Alltagsakzeptanz niederschlägt. Fast 30 Prozent der Sachsen meinen, Muslimen sollte die Zuwanderung generell untersagt werden. In den anderen neuen Bundesländern liegt dieser Wert bei 34,5 Prozent, während er in den alten Bundesländern bei knapp 23 Prozent liegt. Dafür liegt das Empfinden, sich aufgrund der Vielzahl an Muslimen „wie ein Fremder im eigenen Land“ zu fühlen in den alten Bundesländern mit 33,1 Prozent signifikant über dem sächsischen Wert von 29,6 Prozent. In den restlichen neuen Bundesländern beträgt die Zustimmung 24,8 Prozent. Fast alle Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stehen in einem Zusammenhang mit der abgeschlossenen Schulbildung: Befragte mit höherer Schulbildung (Abitur oder Fachabitur) äußerten sich weniger fremdenfeindlich, rassistisch, islamophob, antisemitisch und homophob. Auch äußerte sich diese Gruppe weniger abwertend gegenüber Obdachlosen und betonte weniger die Etabliertenrechte. Sachsen mit niedriger Schulbildung äußerten sich insgesamt am deutlichsten abwertend. Sächsische Frauen stehen in diesen Punkten den Männern keineswegs nach. Allerdings stimmen Frauen fremdenfeindlichen, rassistischen und islamophoben Aussagen stärker zu als Männer, wohingegen diese eher antisemitisch, homophob und behindertenfeindlich eingestellt sind.³⁸⁷

■ 15.3 Rechtsextremistische Straftaten in Sachsen und Dresden

Laut Bundesamt für Verfassungsschutz waren in Deutschland (2008) 156 rechtsextreme Gruppen mit insgesamt etwa 30 000 Mitgliedern bei leicht fallender Tendenz aktiv.³⁸⁸ Unter den Tatverdächtigen bei fremden-

feindlichen Straf- und Gewalttaten befinden sich mehrheitlich Jugendliche oder junge Erwachsene. Etwa drei Viertel sind unter 25 Jahre alt. Davon wiederum sind neun von zehn männlich und schon durch andere Straftaten polizeilich in Erscheinung getreten.³⁸⁹ Gemäß den Zahlen des Landeskriminalamtes Sachsen ist die Zahl rechtsextremer Straftaten in Sachsen in den Jahren 2006 bis 2008 um fast 20 Prozent gestiegen. Ebenso alarmieren muss die Entwicklung in der Landeshauptstadt Dresden. Hier hat sich die Anzahl der erfassten Straftaten in diesem Zeitraum nahezu verdoppelt.³⁹⁰ Während Mädchen und junge Frauen insgesamt seltener straffällig werden als Jungen und junge Männer, steigt doch deren Zahl stetig an.³⁹¹ Innerhalb der rechtsextremistischen Gruppierungen werden häufiger als früher weibliche Jugendliche auffällig. Oftmals haben rechtsextreme Gewalttäter und -täterinnen das Gefühl, lediglich in die Tat umzusetzen, was viele Andere denken.

Tabelle 33: Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität (PMK) rechts in Sachsen und Dresden

Jahr	PMK rechts Sachsen	davon weiblich	PMK rechts Dresden	davon weiblich
2006	2064	104	182	4
2007	2154	133	224	4
2008	2425	77	331	9

Quelle: Landeskriminalamt Sachsen: Zuarbeit des Landeskriminalamtes per Brief vom 07.10.2009

Im Stadtgebiet Dresden staffelten sich die politisch motivierten Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in den vergangenen Jahren wie folgt:

Tabelle 34: Politisch motivierte Kriminalität rechts nach ausgewählten Straftaten

Jahr	2007	2008
PMK rechts	gesamt 224, davon 15 Gewalttaten 137 Propagandadelikte 18 fremdenfeindliche Straftaten 16 antisemitische Straftaten	gesamt 331, davon 22 Gewalttaten 237 Propagandadelikte 42 fremdenfeindliche Straftaten 30 antisemitische Straftaten

Quelle: Landeskriminalamt Sachsen: Zuarbeit des Landeskriminalamtes zum Lokalen Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus per E-Mail vom 20.05.2009

In Dresden ist somit ein sehr beunruhigender Anstieg an registrierten rechtsextremistischen Straftaten im Vergleich der Jahre 2007 und 2008 um insgesamt 48 Prozent, an Gewalttaten um 50 Prozent, bei Propagandadelikten um 73 Prozent, bei fremdenfeindlichen Straftaten um 133 Prozent und bei antisemitischen Straftaten um 87 Prozent zu verzeichnen, bei gleichzeitig zu konstatierendem Rückgang der Anzahl von rechtsextremistischen Personen im Freistaat.³⁹² Dieses Alarmsig-

387 Dr. Anja Stichs: Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002 - 2005). Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Bielefeld 2006

388 Bundesamt für Verfassungsschutz: Zahlen und Fakten zum Rechtsextremismus in Deutschland (Zafarex), http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/zahlen_und_fakten/zuf_gesamtuebersicht.html, verfügbar am 31.05.2010

389 Markus Gamper; Helmut Willems: Rechtsextreme Gewalt – Hintergründe, Täter und Opfer. In: Wilhelm Heitmeyer; Monika Schrötle (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn 2006. S. 439 - 461

390 Landeskriminalamt Sachsen: Zuarbeit des Landeskriminalamtes per Brief vom 07.10.2009

391 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Mädchen und Jungen in Deutschland, Lebenssituationen – Unterschiede – Gemeinsamkeiten, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationendid=104208.html>, verfügbar am 31.05.2010

392 Landeskriminalamt Sachsen: Zuarbeit des Landeskriminalamtes zum Lokalen Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus per E-Mail vom 20.05.2009

nal zeigt den dringenden und sehr komplexen Handlungsbedarf in der Politik an.

2009 registrierten die Opferberatungsstellen in Sachsen 263 rechts und/oder rassistisch motivierte Angriffe mit insgesamt 416 Straftaten gegen 446 direkt betroffene Personen. Abweichend zur Statistik des Landeskriminalamtes handelt es sich hierbei ausschließlich um Fälle von Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung, Brandstiftung und massiver Sachbeschädigung, die sich gezielt gegen Personen oder indirekt gegen gewisse Betroffenen-Gruppen richteten.³⁹³ Vorrangig wendeten sich diese Angriffe (121) gegen nichtrechte bzw. alternative Jugendliche. In 66 Fällen bildete Rassismus das Tatmotiv und in 49 Fällen waren politisch aktive Personen betroffen, die sich z. B. gegen Rechtsextremisten engagieren. Die zahlenmäßig häufigsten Straftatbestände stellten Körperverletzungsdelikte und versuchte Tötungen dar. Dem folgten 119 Fälle von Nötigung/Bedrohung und versuchter Körperverletzung. Erfahrungen der Opferberatungsstellen legen eine hohe Dunkelziffer an fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Straftaten, vor allem Gewalttaten, nahe, da längst nicht alle Ereignisse zur Anzeige kommen. Den Tiefpunkt der verübten Gewalttaten bildete der rechtsextremistisch und rassistisch motivierte Mord an Marwa El Sherbiny am 1. Juli 2009 im Landgericht Dresden.

Im Vergleich zum generellen Anstieg rechtsextremer Straftaten sank die Zahl der Delikte an sächsischen Schulen im vergangenen Jahr um fast 19 Prozent. Ein Drittel aller Vergehen wurde allein an sächsischen Mittelschulen registriert, die damit den Schwerpunkt der Taten bildeten. Doch auch Grundschulen und Gymnasien sind betroffen. Denn überraschenderweise traten 2009 die Gymnasien an zweiter Stelle der Delikthäufigkeit in Erscheinung. Als Grund dafür kommt unter anderem die sogenannte „Jungwählerkampagne“ der rechtsextremen NPD im Vorjahr in Betracht.³⁹⁴

Der insgesamt verhältnismäßig geringe Frauenanteil im Bereich rechtsextremer Straf- und Gewalttaten prägt sicher maßgeblich das gesellschaftliche Bild, welches Frauen bisher seltener mit Rechtsextremismus in Verbindung bringt.

■ 15.4 Ausblick: Demokratie durch Aufklärungsarbeit

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ist die Grundbedingung für ein demokratisches Gemeinwesen. Aktivitäten und Haltungen, die andere einschränken und abhängig von ihrem Aussehen, ihrer Herkunft oder ihrer religiösen oder sexuellen Orientierung behindern, diskriminieren und grenzen sie aus. Um solchen Abwertungsprozessen entgegenzuwirken, besteht erheblicher Aufklärungsbedarf. Neben dem offenen Wirken gegen rechtsextremistisch geprägte Gewalt müssen vor allem die Verhinderung von Desintegration und die Stärkung des schwindenden Integrationspotenziales der Gesellschaft in den Fokus der Aufklärungsarbeit rücken.

Unter dem Eindruck zunehmender rechtsextremistischer Straftaten geht die Landeshauptstadt Dresden im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit in die Offensive. Am 29. Oktober 2009 beschloss der Stadtrat das „Lokale Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus“ mit 68 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen. Des Weiteren erteilte er der Oberbürgermeisterin den Auftrag, dieses Handlungsprogramm mit ihren Möglichkeiten und im Rahmen ihrer

Zuständigkeit umzusetzen bzw. zu koordinieren. Mit einer jährlichen Unterstützung von 150 000 Euro sieht es die Einrichtung eines Ämternetzwerkes, einer Steuerungsgruppe sowie einer „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ vor, außerdem den Ausbau von Opferberatungsstellen und eine vertiefte Demokratievermittlung in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten empfiehlt das Konzept von Anfang an den Diversity-Ansatz als maßgebliches Qualitätsmerkmal, um beispielsweise auch der notwendigen Sensibilität für Geschlechterfragen in allen Belangen Rechnung zu tragen.

Alexander Hartmann, Andrea Matzen

■ Handlungsbedarf in Dresden

- verstärkte Qualifizierung und Sensibilisierung der Fraueneinrichtungen, von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, der Kindertageseinrichtungen zu den Themen Umgang mit Rechtsextremismus allgemein und Mädchen/Frauen im Rechtsextremismus
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in Ämtern/Einrichtungen und bei Trägern zum Themenfeld Mädchen/Frauen im Rechtsextremismus
- Entwicklung von spezifischen auf die aktuellen Gegebenheiten der rechtsextremen Szene zugeschnittenen Angeboten der Jugendarbeit, besonders auch für Mädchen und junge Frauen, um die demokratischen Kräfte zu stärken
- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen und Diensten bei der Umsetzung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus
- konsequentere Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune zum Abbau von Symptomen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, hier besonders im Zusammenhang mit Rechtsextremismus (u. a. Islamophobie, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Homophobie)
- bedarfsgerechte Entwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stärkung der geschlechtersensiblen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe
- weiterer Ausbau und Stärkung der Schulsozialarbeit bei jugendhilfeplanerischer Bedarfsermittlung
- konsequente und zügige Umsetzung des „Lokalen Handlungsprogramms für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus“ vom 29. Oktober 2009 sowie des Integrationskonzeptes vom 28. Mai 2009

393 Rechts und/oder rassistisch motivierte Angriffe in Sachsen 2009. Eine Statistik der sächsischen Opferberatungsstellen, http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik_2009.pdf, verfügbar am 31.05.2010

394 Jürgen Kochinke: Weniger rechtsextreme Straftaten an sächsischen Schulen. In: Dresdner Neueste Nachrichten vom 11. Februar 2010

16. Entdeckt: Frauen und Männer im Dresdner Sport

Im Jahr 2009 waren 25 817 Mädchen und Frauen (38,3 Prozent) und 41 546 Jungen und Männer (61,7 Prozent) in einem Dresdner Sportverein aktiv. Diese 67 363 Personen übten in 873 Vereinen 81 Sportarten aus. Vier Vereine wiesen 2009 ausschließlich männliche Mitglieder vor, sechs sind demgegenüber reine Frauen- und Mädchenvereine. Im Vergleich zu 2003 ist ein Anstieg der Mitgliederzahlen um 5831 Mädchen und Frauen sowie 8669 Jungen und Männer zu verzeichnen (gesamt +14 500). Der Mädchen- und Frauenanteil am Vereinssport machte 2003 einen Anteil von 37,8 Prozent aus. Bis 2009 stieg er geringfügig um 0,5 Prozent an.

Die präferierten Sportarten der Mädchen und Frauen waren 2009 Gymnastik (3366), gefolgt von der allgemeinen Sportgruppe (2326), dem Rehabilitationssport (1532), Volleyball (1415) und Schwimmen (1377). Diesen folgten Bergsteigen/Klettern (1213), Turnen (1201), Kneippsport (1097), Tanzsport (945), Tennis (766), Aerobic (762) und Fußball (746). Die höchsten prozentualen Anteile an weiblichen Mitgliedern finden sich in den Sportarten Rhönrad (100 Prozent), rhythmische Sportgymnastik (100 Prozent), Aerobic (97,8 Prozent), Sportakrobatik (95,6 Prozent), Synchronschwimmen (98,3 Prozent), Cheerleader (92,6 Prozent) und Gymnastik (94,8 Prozent).³⁹⁵

Die beliebtesten Sportarten der Jungen und Männer stellten 2009 Fußball (13 122 Mitglieder), allgemeine wie Turnen, Ballspiele usw. (2750), Volleyball (2517), Bergsteigen/Klettern (2149) und Schwimmen (1571) dar, gefolgt von Tennis (1343), Tischtennis (1244), Kegeln (1127), Handball (881), Karate (832) und Rehabilitationssport (774). Die höchsten prozentualen männlichen Mitgliederanteile weisen die Sportarten Turnspiele (100 Prozent), Wasserball (100 Prozent), Schiffsmo-
dellbau (100 Prozent), Ringen (98,1 Prozent), Boxen (97,9 Prozent) und Fußball (94,6 Prozent) auf.³⁹⁶ Tabelle 35 auf der folgenden Seite ist zu entnehmen, dass Jungen und Männer 2009 im Dresdner Vereinssport die Mehrheit der Mitglieder in nahezu dreimal so vielen Sportarten vorweisen als Mädchen und Frauen.

Positiv ist anzumerken, dass 2009 im Vergleich zum Jahr 2003 in mehreren Sportarten, in welchen Frauen und Mädchen unterrepräsentiert sind, eine Zunahme der weiblichen Mitgliederzahl zu verzeichnen war. Einen hohen weiblichen Mitgliederanstieg konnten die Sportarten Bergsteigen/Klettern (+1167), allgemeine Sportgruppe (+995), Fußball (+353), Tanzsport (+338), Behinderten- und Versehrtensport (+312),

Kneippsport (+226) sowie Turnen (+216) verzeichnen. Besonders stark stieg im Vergleich zu 2003 der prozentuale Anteil der weiblichen Mitglieder in den Sportarten Baseball (+24,5 Prozent), Rugby (+19,4 Prozent), Gesundheitssport (+19,1 Prozent), Motorsport (+14,1 Prozent), Behinderten- und Versehrtensport (+13,9 Prozent), Bergsteigen/Klettern (+13 Prozent), Faustball (+12,5 Prozent), Bogensport (+10,7 Prozent), Drachenboot (+10,4 Prozent) und Handball (+10,3 Prozent). Einen hohen männlichen Mitgliederanstieg verzeichneten 2009 Fußball (+4490), Bergsteigen/Klettern (+1985), allgemeine Sportgruppen (+635), Sportschießen (+284), Schwimmen (+276), Handball (+244) und Eissport (+236). Der prozentuale Anteil der männlichen Mitglieder wuchs im Vergleich zu 2003 besonders deutlich in den übergreifenden Sportarten, also denen, die unterschiedliche Formen von Sport (wie die Förderung von Beweglichkeit, Schnelligkeit und Kraft) verbinden (+12,7 Prozent), und dem Rollsport (+11,3 Prozent).³⁹⁷ Trotz dieses positiven Signals hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit wird anhand der aktuellen Zahlen deutlich, dass eine Ausgewogenheit an weiblichen und männlichen Vereinsmitgliedern in Dresden noch nicht erreicht ist. Es stellt sich nun aufgrund der durchgehend niedrigeren weiblichen Mitgliederzahlen von insgesamt nur 38,3 Prozent die Frage, ob die Sportvereine generell weniger attraktiv für Mädchen und Frauen sind und warum das so sein könnte.

Auch bei einem Blick auf die Geschlechterverhältnisse bei den Übungsleiterinnen und Übungsleitern zeigt sich ein ähnliches Bild: Von den 2009 insgesamt 3394 aktiven unter ihnen waren 1208 weiblich und 2186 männlich, was einer Verteilung von 35,6 Prozent zu 64,4 Prozent entspricht. Eine statistisch aussagekräftige Datenerhebung über ihre Geschlechterdifferenzierung in den einzelnen Sportarten fehlt. Es liegt jedoch die Vermutung nahe, dass diese einer eher traditionellen Geschlechtsspezifität unterliegt, folglich im jungen- und männerdominierten Ballsport, wie beispielsweise Fußball, vermehrt Übungsleiter und in von Frauen und Mädchen bevorzugten Sportarten, wie zum Beispiel Gymnastik, vor allem Übungsleiterinnen tätig sind.³⁹⁸ Zur Repräsentanz von Frauen und Männern in Vorständen der Dresdner Vereine liegen aktuell keine Daten vor, was eine Aussage zur Gleichstellungssituation in diesem bedeutenden Partizipationsfeld verhindert.

395 Landeshauptstadt Dresden. Beigeordneter für Allgemeine Verwaltung: Zuarbeit des Beigeordneten für Allgemeine Verwaltung per Brief vom 16.11.2009. Hier: Übersicht zur Mitgliederentwicklung in den verschiedenen Sportarten 2003 und 2009 (Anlage 2)

396 Ebenda

397 Ebenda

398 Landeshauptstadt Dresden. Beigeordneter für Allgemeine Verwaltung: Zuarbeit des Beigeordneten für Allgemeine Verwaltung per Brief vom 16.11.2009

Tabelle 35: Anteile von Frauen und Männern in den einzelnen Sportarten

Sportarten mit überwiegendem Mädchen- und Frauenanteil*	Sportarten mit weitgehend ausgeglichenem Anteil**	Sportarten mit überwiegendem Jungen- und Männeranteil*	
Aerobic	Allgemeine Sportgruppe	Aikido	Karate
Cheerleader	Behinderten- und Versehrtensport	American Football	Kegeln
Gesundheitssport	DLRG	Angeln	Leichtathletik
Gymnastik	Eissport	Asiatischer Kampfsport	Luftsport
Kneippsport	Fechten	Badminton	Motorsport
Musik/Spielleute	Hundesport	Baseball	RadSPORT
Nordic Walking	Orientierungslauf	Basketball	Ringens
Popgymnastik	Schwimmen	Bergsteigen/Klettern	Rudern
Pferdesport	Wandern	Billard	Rugby
Rehabilitationssport	Wasserspringen	Bodybuilding	Schach
Rhönrad		Bogensport	Schiffsmodellbau
Rhythmische Sportgymnastik		Boxen	Sportschießen
Rollsport		CVJM Sachsen	Seesport
Skeleton		Dart	Segeln
Sportakrobatik		Drachenboot	Skisport
Synchronschwimmen		Faustball	Squash
Tanzsport		Fußball	Tauchsport
Trampolin		Gehörlosensport	Taekwondo
Turnen		Gewichtheben	Tennis
		Golf	Tischtennis
		Handball	Triathlon
		Hockey	Turnspiele
		Inline-Skating	übergreifend
		Judo	Unihockey
		Ju-Jutsu	Volleyball
		Kanu	Wasserball
19	10	52	

* Anteile mehr als 60 Prozent, ** Anteile 40 bis 60 Prozent

Quelle: Landeshauptstadt Dresden, Beigeordneter für Allgemeine Verwaltung; Zuarbeit des Beigeordneten für Allgemeine Verwaltung per Brief vom 16.11.2009. Anlage 2

■ 16.1 Sportförderung – Potenziale für eine geschlechtergerechte Entwicklung

Die Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden zur Förderung des Sports, kurz Sportförderrichtlinie, vom 30. April 2009 stellt die aktuelle Grundlage der Sportförderung in Dresden dar. Die Verteilung der bereitgestellten Mittel für die tägliche Sportarbeit der Sportvereine erfolgt auf Grundlage dieser Richtlinie in den folgenden Kategorien.

Indirekte Förderung

Die indirekte Förderung regelt sowohl die langfristige Überlassung von städtischen Liegenschaften für den Vereinssport, die Bereitstellung kommunaler Sportstätten (Bezirkssportanlagen und Stadien, Sporthallen, Schulsportanlagen, Eis- und Rollsportanlagen, Schwimmhallen und Bäder, sonstige Anlagen zur sportlichen Nutzung) als auch die Grundsätze und Überlassungsbedingungen der Anmietung von Trainingszeiten für Dritte. Geschlechtersensible Förderung ermöglicht Punkt 5.1.2.4 Bereitstellungsgrundsätze: Besonders bevorzugt wird nach dem Kinder- und Jugendsport auch der Mädchen- und Frauensport, der Behindertensport folgt diesen.³⁹⁹ Auch bei Antragskon-

kurrenz sind Kriterien wie unter anderem die Erhöhung des Mädchen- und Frauenanteils heranzuziehen.⁴⁰⁰ Im Punkt 5.1.3 Anmietung von Trainingszeiten für Dritte werden die Bereitstellungsgrundsätze, das heißt die Bevorzugung bestimmter Gruppen wie beispielsweise Mädchen und Frauen, ebenfalls bedacht.⁴⁰¹ Diese Regelungen unterstützen Vereine, welche den Mädchen- und Frauensport aktiv fördern, denn es ist eine anerkannte Tatsache in Dresden, dass bislang mehr Männer als Frauen die vorhandenen Sportanlagen nutzen.

Direkte Förderung

Zur direkten Förderung zählen unter anderem Betreuungszuschüsse für Sportanlagen, Zuschüsse zur Errichtung und Großinstandsetzung von Sportanlagen, die Kinder- und Jugendförderung sowie die Förderung von Menschen mit Behinderung und die Förderung von Übungsleiter/-innen. Bei all dem ist eine geschlechtersensible Förderung bisher nicht vorgesehen.⁴⁰²

Die Sportförderung in Dresden erfolgt bis auf die genannten Punkte ohne weitere geschlechterdifferenzierte Ausrichtung, wie aus der Ana-

400 Ebenda

401 Landeshauptstadt Dresden, Beigeordneter für Allgemeine Verwaltung; Zuarbeit des Beigeordneten für Allgemeine Verwaltung per Brief vom 16.11.2009

402 Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden zur Förderung des Sports vom 30. April 2009. S. 4 ff.

399 Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden zur Förderung des Sports vom 30. April 2009. S. 4 ff.

lyse der Förderrichtlinie hervorgeht. Statistische Datenerhebungen, welche Aussagen über die durchschnittliche geschlechterdifferenzierte Verteilung der kommunalen Sportfördermittel zulassen, liegen derzeit nicht vor. Dass sie zur geschlechterdifferenzierten Nutzung der Fördermittel jedoch von Interesse zur Durchsetzung einer gleichberechtigten Teilhabe bzw. Förderung der Geschlechter am Dresdner Vereinssport sind, wird im Folgenden tiefergehend erläutert. Sie wären darüber hinaus nötig, um das positive Potenzial der Sportförderrichtlinie auch wirklich nutzen zu können.

■ 16.2 Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung als Chance

Der Projektbericht zur „Evaluation der Maßnahmenumsetzung & Fortschreibung der Integrierten Sportentwicklungsplanung in der Stadt Dresden“ des Sportentwicklungsplans von 2005 verfolgt in der Fortschreibung unter anderem das Ziel der „Erstellung einer geschlechterdifferenzierten Bedarfsanalyse für verschiedene Zielgruppen auf gesamtstädtischer und Ortsamtsebene (...)“ als Grundlage zur weiteren Sportentwicklungsplanung. Diese Bedarfsanalyse bilanziert Bestand und Bedarf und wird im November 2010 abgeschlossen sein.⁴⁰³ Dies ermöglicht dann, Ziele und Maßnahmen zur geschlechtersensiblen Förderung des Dresdner Sports festzusetzen. Zusätzlich zur Bestandsanalyse erfolgte im Rahmen einer stadtteilbezogenen Sportverhaltensstudie eine Bürgerumfrage in Dresdner Haushalten.⁴⁰⁴ Erste Ergebnisse liegen bereits vor und vermitteln interessante Erkenntnisse aus der Geschlechterperspektive:

- Frauen treiben weniger Sport als Männer. Selbst als Mitglied eines Vereins sind sie in geringerem Umfang sportlich aktiv.
- Männer sind häufiger in Sportvereinen Mitglied. Sie legen zur Sportstätte weitere Wege zurück.
- Unter den Personen, denen der Weg zum gewünschten Sportverein zu weit ist, befinden sich wesentlich mehr Frauen (66 Prozent) als Männer (34 Prozent).
- Frauen betreiben Sport eher innerhalb der Landeshauptstadt und wollen wie ältere Menschen häufiger preiswerte Sportangebote. Rund zehn Prozent mehr Frauen als Männer wünschten sich demnach eine Senkung der mit dem Vereinssport verbundenen Kosten.
- Unter den Personen, die nur schwer die finanziellen Mittel aufbringen können, um an einem Sportverein teilzunehmen, liegt der Prozentsatz der Frauen mit 63 Prozent signifikant über dem der Männer (37 Prozent).
- Frauen wünschen sich mehr Angebote in den Sportarten Schwimmen, Gymnastik, Reiten, Tanz und Volleyball und treiben tendenziell eher bei kommerziellen Anbietern Sport.
- Normierte Sportanlagen werden eher von Männern genutzt.
- Frauen nutzen Schwimmbäder häufiger als Männer.
- Befragt nach zusätzlichen Gelegenheiten des Sporttreibens wünschen sich Männer Sportanlagen und Frauen Bewegungsräume.⁴⁰⁵

Betrachtet man die einzelnen untersuchten Teilräume im Stadtgebiet, ergeben sich weitere interessante Differenzierungen:

- Im Teilraum mit dem höchsten Frauenanteil in Sportvereinen existiert gleichzeitig der geringste Anteil von Frauen bei kommerziellen Anbietern.
- In einem Teilraum mit zahlreichen sozialen Problemlagen der Bewohner/-innen sinkt die allgemeine Sportaktiven-Quote relativ zum Durchschnitt aller Teilräume spürbar. Frauen sind dabei am wenigsten sportlich aktiv im Vergleich zu den anderen Teilräumen und sind auch am seltensten in Sportvereinen organisiert. Frauen wie Männer vermissen in diesem Teilraum am seltensten Sportanlagen.
- Ein Teilraum mit guter Einkommensstruktur und weniger sozialen Problemlagen bildet die gegenläufige Tendenz ab: Dort treiben die meisten Frauen bei kommerziellen Anbietern Sport, gleichzeitig weist der Teilraum die höchste Aktiven-Quote von Frauen im Stadtgebiet auf.

Nach Abschluss der Bedarfsanalyse und der Auswertung der Bürgerumfrage fließen die Ergebnisse in den integrierten kooperativen Planungsprozess der zukünftigen Sportentwicklungsplanung teilraumbezogen ein. Dabei werden die Planungen durch konkrete Ziele und Maßnahmen untersetzt, die des Weiteren zur Erstellung eines „Masterplans für mittelfristige Aktionsfelder“ dienen. Er verfolgt das Ziel der Nachhaltigkeit der Sportentwicklungsplanung.⁴⁰⁶ Dieser Ansatz ermöglicht bei durchgängiger und konsequenter Umsetzung, der Chancengleichheit und gleichen Partizipationsmöglichkeiten der Geschlechter ein Stück näherzukommen.

■ 16.3 Sport ist nicht geschlechtsneutral

Sport als soziale Ressource trägt zur Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung bei. Schon im Kindesalter beginnt eine (immer noch) an traditionellen Werten orientierte geschlechtsspezifische Sozialisation: Jungen wird oftmals mehr Platz zum Austoben und zu körperlicher Aktivität gegeben. Mädchen werden eher zu ruhigerem Spielen und weniger Bewegung angehalten. Traditionell geschlechtsspezifische Spielmaterialien (Fußball, Puppen etc.) unterstützen diesen Erziehungsansatz.⁴⁰⁷ Auch das Sportinteresse während der Pubertät muss differenziert betrachtet werden: Während für viele Mädchen einige oder „die“ beste Freundin zentrale Bedeutung einnehmen, mit denen/der sie gemeinsam Sport ausüben können, stellt für die meisten Jungen eine Gleichaltrigen-Gruppe, die gemeinsam sportlich aktiv ist, den wichtigeren Bezugspunkt dar. Jungen erfahren Sport meist als Gemeinschaftserlebnis, in welchem sie Konkurrenzsituationen, aber auch Teamzusammenhalt spüren. Sie entscheiden sich öfter als Mädchen für bestimmte Wettkampf- oder Mannschaftssportarten, in denen Konkurrenzkampf und Teambildung eine Rolle spielen. Mädchen hingegen wählen eher Sportarten, die sie individuell ausüben können und ihnen einen Anreiz zur Steigerung der körperlichen Schönheit und Körperkontrolle liefern (beispielsweise Aerobic). Die unterschiedlichen geschlechterdifferenzierten Vorstellungen von Körperlichkeit können sich somit auf die Sportartwahl, aber auch auf das generelle Interesse an Sport sowie das Sportverhalten auswirken. Körperlichkeit sollte ei-

403 Prof. Dr. Alfred Rütten; Jana Ziemainz: Projektbericht. Evaluation der Maßnahmenumsetzung und Fortschreibung der Integrierten Sportentwicklungsplanung in der Stadt Dresden. Berichtszeitraum April bis Dezember 2008. Institut für Sportwissenschaft und Sport der Universität Erlangen-Nürnberg. S. 3

404 Ebenda

405 Prof. Dr. Alfred Rütten; Jana Ziemainz: Auswertung des Sportverhaltens und der Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung nach Alter und Geschlecht. Teilräumlicher Abgleich. Handout im Workshop 3 der Integrierten Sportentwicklungsplanung in der Landeshauptstadt Dresden am 21.06.2010

406 Ebenda, S. 6

407 Heidi Scheffel; Gabriele Sobiech: Ene, Mene, Muh, aus bist du? Die Raumaneynung von Mädchen und Frauen durch Körper und Bewegung. In: Palzkill et al. (Hrsg.): Bewegungs(träume. Frauen – Körper – Sport. München 1991. S. 31 - 47

nen Weg bereiten, um den eigenen Körper selbstbestimmt und positiv zu erfahren und zu akzeptieren, ohne dem Zwang zu erliegen, ihn ändern zu müssen. Dies umfasst darüber hinaus Kleidung, Ernährung und Hygiene. Sport kann demnach als Mittel dienen, ein bestimmtes Ideal vom eigenen Körper zu erreichen: schlank und trainiert gilt hier und heute als ein Schönheitsideal, das Beherrschung, Willensstärke und Körperkontrolle ausdrückt. Dieses Körperideal gilt nicht nur für Frauen und Mädchen, sondern für beide Geschlechter in unterschiedlicher Weise.⁴⁰⁸ Seine Verwirklichung dient mächtigen Interessengemeinschaften aus Wirtschaft, Gesundheit(-politik) und Gesellschaft. Ziel sollte stattdessen sein, zu einer Kultur von Körperlichkeit zu finden, die auf Wertschätzung und individueller Selbstbestimmung beruht und dieser auch im Sport Ausdruck verleihen kann. Auf diese Weise trägt sportliche Betätigung zur ganzheitlichen Körpererfahrung und zu einer individuellen, gesunden Körperlichkeit bei.⁴⁰⁹

Sport kann, auch unbewusst, nicht offensichtlich oder als schleicher Prozess, die traditionellen Rollenbilder fortschreiben: So verbinden sich mit einer „frauentypischen“ Sportart wie Gymnastik Assoziationen wie Gesundheit und Anmut. Mit der „männertypischen“ Sportart Fußball setzt man Eigenschaften wie Kraft und Durchsetzungsfähigkeit gleich. Diese Zuschreibungen sind an bestimmte traditionelle geschlechtsspezifische Verhaltensnormen und Erwartungen an Frauen und Männer gekoppelt. Die gängigen Rollenbilder von Gymnastik ausübenden Frauen und Mädchen oder Fußball spielenden Männern und Jungen herrschen allgegenwärtig in unserer Gesellschaft. Sie geben bestimmte Norm- und Wertvorstellungen sowie geschlechtsspezifische Erwartungen weiter. Demnach fühlen sich Menschen in „geschlechtsuntypischen“ Sportarten oft fehl am Platz und empfinden Hemmungen trotz ihres individuellen Interesses. Werbung und Medien bedienen weiterhin die vorherrschenden Bilder und untermauern die mit Geschlechtszugehörigkeit verbundenen Erwartungen. All dies führt zum Fortbestehen überlieferter traditioneller Rollenbilder im Sport und zum Beharren in den traditionellen Verhältnissen. Auskunft über die wirklichen Bedürfnisse und Interessen geben sie nicht.

Das Sportausrüstungsangebot richtet sich mitunter nicht an den Bedürfnissen beider Geschlechter aus, sondern orientiert sich entweder an Frauen oder Männern. So kann es sich z. B. für Mädchen und Frauen schwierig gestalten, die passende Kletterausrüstung zu finden, welche auf ihre Körpermaße abgestimmt ist, da viele Hersteller männliche Körpermaße und -proportionen im Blick haben.

In den vergangenen fünf Jahren sind die absoluten Zahlen der weiblichen Mitglieder in Dresdner Sportvereinen zwar durchgehend gestiegen, liegen aber relativ immer noch weit hinter denen der männlichen Mitglieder. Dies hat ebenso komplexe Ursachen wie die durch die Bürgerumfrage im Rahmen der Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung gezeigten Unterschiede, u. a. im Sportverhalten. Einige Ursachen wurden bereits genannt. Zusätzlich liegen weitere Gründe vor: So befanden sich unter den Personen, die zustimmten, dass es ihnen an Informationen über die regionalen Sportangebote mangelt oder sie bestimmte Sportarten ganz vermissen, mehr Frauen (über 60 Prozent) als Männer (knapp 40 Prozent).⁴¹⁰

Frauen wünschen sich mehr Möglichkeiten zur Ausübung von beispielsweise Schwimmsport, Gymnastik, Reiten, Tanz und Volleyball aber auch Badminton, Schießsport oder Eissport; Männer erhoffen sich ein breiteres Angebot in den Sportarten Wasser-, Motor- und Beachsport.⁴¹¹ Auch liegt die Zustimmung der Frauen am Gesamtteil der Personen, die angaben, dass sie zu wenig Zeit haben oder ihnen die Zeit, die sie für den Sport nutzen könnten, der Familie verloren geht, bei 60 Prozent.⁴¹² Außerdem fühlen sich nach wie vor Frauen und Mädchen von den auch im Sport stark ausgeprägten Rollenbildern weniger als Jungen und Männer dazu animiert, einem Sportverein beizutreten. Denn das vorherrschende traditionelle und ständig reproduzierte Rollenbild fordert Erstere dazu auf, ihr Äußerliches zu perfektionieren, ihren Körper zu kontrollieren und dies durch bestimmte Sportarten zu erreichen, um als diszipliniert und erfolgreich im Umgang mit dem eigenen Körper gesellschaftlich anerkannt zu werden. Auf diese Weise entsprechen sie der gesellschaftlichen Vorstellung eines perfekten weiblichen Körpers, wie ihn Werbung und Medien, auch im Zuge des Gesundheits- und Fitnesstrends des vergangenen Jahrzehnts, vorgeben. Diese Ausrichtung des Sportverhaltens auf Körperkontrolle und Fitness verfolgen viele Mädchen und Frauen privat oder in kommerziellen Sportstudios, weshalb ihnen ein Vereinsbeitritt zusätzlich zu anderen genannten Gründen unnötig erscheinen kann.⁴¹³

Betrachtet man die Untersuchungen zum Freizeitverhalten in Deutschland getrennt nach Geschlechtern, so fällt auf, dass Frauen im Durchschnitt über weniger freie Zeit verfügen als Männer.⁴¹⁴ Dafür verwenden sie mehr Zeit für Hausarbeit und Kinderbetreuung. Dies kann als weiterer Grund der geringeren Mitgliederzahlen von Frauen und Mädchen in Sportvereinen gedeutet werden: Die wenige freie Zeit nutzen sie für anderweitige Aktivität und Vereinssport gerät dabei in den Hintergrund. Des Weiteren spricht der Zuschnitt von Ausschreibungen und Angeboten der Sportvereine oft nur ein Geschlecht an. So richten sich Trainingszeiten und -methoden nicht nach den jeweiligen Bedürfnissen von Frauen und Männern, sondern oft auf männliche Interessen aus oder Männer haben sie entwickelt. Auch Fragen der für die Sportausübung notwendigen Wegestrecken und des subjektiven Empfindens von akzeptablen Distanzen spielen hierbei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Hinzu kommt, dass das dem Vereinssport zugrunde liegende Sportverständnis oft männliche Norm- und Wertvorstellungen prägen, was Frauen und Mädchen weniger anspricht. An dieser Stelle muss der positive Ansatz der Sportförderrichtlinie nochmals betont werden, der sich für die bewusste Förderung des Frauen- und Mädchensports einsetzt, und damit die Chance bietet, unter anderem den dargestellten z. T. strukturellen Zugangsbarrieren für Mädchen und Frauen entgegenzutreten. Die Umfrage hat verdeutlicht, dass auch die finanzielle Situation von Frauen dazu beiträgt, sich für oder gegen die Ausübung von Sport oder die Mitgliedschaft in einem Sportverein zu entscheiden. Im ostdeutschen Durchschnitt verdienen Frauen immer noch sechs Prozent weniger als Männer.⁴¹⁵ Bedenkt man neben dem Mitgliedschaftsbeitrag die Kosten für Ausrüstung, Fahrten

411 Ebenda, S. 57 - 65

412 Ebenda, S. 3

413 Claudia Kugelmann: Starke Mädchen, schöne Frauen? Weiblichkeitszwang und Sport im Alltag. Butzbach 1996. S. 13 - 55

414 dts nachrichtenagentur: OECD-Studie zum Freizeitverhalten in den reichsten Ländern. Veröffentlicht am 09.03.2010, <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2010-03/16334131-studie-maenner-haben-mehr-freizeit-als-frauen-003.htm>, verfügbar am 09.03.2010

415 Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg Essen, Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt (FIA)/GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie, Geschlecht am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg: Bewertung der SGB II-Umsetzung aus gleichstellungspolitischer Sicht. Abschlussbericht. Duisburg, Berlin, Marburg 2009

408 Claudia Kugelmann: Starke Mädchen, schöne Frauen? Weiblichkeitszwang und Sport im Alltag. Butzbach 1996. S. 60 - 90

409 Dr. Petra Tzschoppe: Mädchen und Frauen im Sport in Sachsen. In: Landeshauptstadt Dresden. Gleichstellungsstelle (Hrsg.): Der Marathon zur Gleichberechtigung. Frauenfußball – Männergymnastik? Tagungsdokumentation vom 6. Mai 2002. Dresden 2002

410 Prof. Dr. Alfred Rütten; Jana Ziemainz: Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung in der Landeshauptstadt Dresden. Stadt entwickelt Sport und Bewegung. Auswertung nach Geschlecht über Gesamtstadt, gewichtet. Institut für Sportwissenschaft und Sport der Universität Erlangen-Nürnberg 2010. S. 6

etc., so stellt sich die Vereinszugehörigkeit oder die Nutzung kommerzieller Anbieter für Frauen problematischer als für Männer dar. Um die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter im Bereich Sport auf allen Ebenen tatsächlich zu verwirklichen, bedarf es also noch zahlreicher, komplexer und vor allem konsequenter Schritte und viel Ausdauer.

■ 16.4 Noch mal ein Blick zurück in die Kommune II

Abschließend noch einige weitere interessante Aspekte der Bürgerumfrage innerhalb der Sportverhaltensstudie, welche vor allem von kommunalpolitischem Interesse sein sollten: Frauen beurteilen tendenziell das Angebot an Sportanlagen mit den Prädikaten „sehr gut“ bzw. „gut“ etwas besser als Männer. Gleiches gilt für die Beurteilung der Angebote kommerzieller Anbieter. Männer hingegen stimmten häufiger der Aussage zu, dass nur komplexe, mehrfach nutzbare Sportanlagen errichtet werden sollten. Große Unterschiede im Antwortverhalten gab es in der Frage, ob dringend benötigte Sportanlagen gebaut werden sollten: „Völlige Zustimmung“ bzw. „Zustimmung“ brachten rund 28 Prozent der befragten Frauen, aber zirka 36 Prozent der befragten Männer zum Ausdruck. Befragt nach kommunalpolitischen Schwerpunktsetzungen in Zeiten leerer Kassen bejahten Frauen tendenziell etwas stärker als Männer, dass die Förderung des Sports dann eingeschränkt werden soll, weil andere kommunale Aufgaben wichtiger sind. Männer hingegen wünschen sich eine stärkere Bedeutung für den Sport in der Dresdner Kommunalpolitik und beurteilen diese gegenwärtig häufiger als noch viel zu gering. Befragt nach der Einschätzung, ob bei Großveranstaltungen das Sehen bekannter Spitzensportler „sehr wichtig“ oder „wichtig“ ist, schlossen sich rund 32 Prozent der befragten Frauen, aber rund 42 Prozent der befragten Männer an.⁴¹⁶

Benigna Jakisch, Jessica Schüle, Kristina Winkler

■ Handlungsbedarf in Dresden

- durchgängige Berücksichtigung der im Rahmen der Fortschreibung der integrierten Sportentwicklung gewonnenen geschlechterdifferenzierten Erkenntnisse bei der Entwicklung von teilräumlichen und gesamtstädtischen Zielen und Maßnahmen der Sportentwicklungsplanung sowie deren anschließende konsequente Umsetzung
 - Überarbeitung der Sportförderrichtlinie und Implementierung der aus der Fortschreibung der integrierten Sportentwicklung gewonnenen geschlechterdifferenzierten Erkenntnisse; ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf der Förderung von Maßnahmen liegen, die zur Erhöhung des Anteils von Frauen und Mädchen im Dresdner Vereinssport beitragen und die Sportaktiven-Quote der Frauen allgemein erhöhen
 - Analyse der geschlechterdifferenzierten Verteilung der kommunalen Sportfördermittel, um die Verteilungsgerechtigkeit überprüfen und ggf. gegensteuern zu können (Gender Budgeting)
 - Unterstützung einer stärkeren Teilhabe beider Geschlechter am gesellschaftlichen Leben, Überprüfung der Partizipation von Frauen und Männern in den Vorständen der Dresdner Sportvereine; Frauen und Männer sollten dabei mindestens entsprechend ihres Anteils im Verein selbst in den Vorständen und ggf. weiteren Gremien vertreten sein
- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern/Einrichtungen und Vereinen sowie der Kommunalpolitik, um einer traditionellen geschlechtsspezifischen Sozialisation im Sport entgegenzuwirken und um die gleiche Teilhabe der Geschlechter zu fördern
 - gezielte Öffentlichkeitsarbeit für den Vereinssport, besonders für die Zielgruppe der Frauen und Mädchen
 - Stärkung und gezielte Unterstützung von Aktivitäten, die den Frauensport in Dresden bekannter machen und zu seinem Ausbau beitragen
 - Stärkung und gezielte Unterstützung sowie verbesserte Öffentlichkeitsarbeit für Sportarten, in denen noch eine Unterrepräsentanz von Frauen bzw. Männern herrscht

416 Prof. Dr. Alfred Rütten; Jana Ziemainz: Auswertung FoSep nach Geschlecht über Gesamtstadt, gewichtet. Dresden 2010. o. S.

17. Relevant: Geschlechtersensible Stadtentwicklung und Verkehrs(entwicklungs)planung

Gemäß dem Ziel des Gender Mainstreaming, in sämtliche Entscheidungsprozesse die Perspektive der Geschlechterverhältnisse einzubeziehen, müssen die unterschiedlichen Lebenssituationen sowie Bedürfnisse von Frauen und Männern auch im Städtebau (Stadtentwicklung, -planung, -bau) Berücksichtigung finden. Im Jahr 2004 wurde der Abwägungsbelang „Chancengleichheit“ in das Europarechtsanpassungsgesetz Bau des Baugesetzbuches (BauGB) aufgenommen, erhielt mithin rechtsverbindliche Bedeutung.⁴¹⁷ Gleichzeitig verpflichteten sich Bund und Länder seit 2005 regelmäßig in der „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung“ dem Ziel der Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit.⁴¹⁸ Die Nichtbeachtung der Chancengleichheit kann somit rechtlich als Abwägungsfehler oder -mangel gewertet werden. Darüber hinaus sind die unterschiedlichen Bedürfnisse und Wirkungen des Städtebaus auf Frauen und Männer im Baugesetzbuch festgeschrieben.⁴¹⁹ Man wird demnach kaum mehr argumentieren können, dass ein Bauleitplan geschlechtsneutral ist, solange man den Beweis schuldig bleibt. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen und konkrete Planungsprojekte haben darüber hinaus nachgewiesen, dass sich die Geschlechterverhältnisse in der Nutzung und Gestaltung der räumlichen Umwelt widerspiegeln.⁴²⁰ Allerdings zeigen nach wie vor traditionelle Normen und Verfahrensweisen im Städtebau deutlich die Handschrift ihrer überwiegend männlichen Konstrukteure und Planer. Ein derartig zentrierter Blickwinkel auf den Mann in Vollzeiterwerbstätigkeit vernachlässigt geschlechterdifferenzierte Bedürfnisse im Hinblick auf die Versorgungsstrukturen, die Nutzung öffentlicher Räume, die Sicherheit sowie die Mobilität und Verkehrswege.

■ 17.1 Qualitätsgewinn mittels Geschlechterperspektive

Nicht nur wegen der gesetzlichen Maßgaben, sondern auch aufgrund des steigenden Bewusstseins, dass die zeitige Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in erster Linie einen Qualitätsgewinn für den Städtebau und die Lebensqualität bedeutet und auf diese Weise kostenintensive Fehlplanungen bzw. Nachbesserungen vermeidbar werden, widmen sich seit den 1990er-Jahren immer mehr Kommunen diesem Thema und seiner Umsetzung.⁴²¹ Beispielsweise hat Ende 2003 das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung das Forschungsfeld „Gender Mainstreaming im Städtebau“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) ins Leben gerufen, welches das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung betreute. Das Forschungsvorhaben konzentrierte sich auf die konkrete kommunale Praxis in den ausgewählten Modellstädten Dessau, Pulheim und Bremen. Kernstück des Vorhabens bildete die Erarbeitung allgemeingültiger und übertragbarer Strategien des Gender Mainstreaming in alltägliche Verwaltungsabläufe städtebaulicher Handlungsfelder. Aus den Ergebnissen der Studie wurden Indikatoren zur Umsetzung des Gender Mainstreaming im Städtebau erarbeitet. Entsprechende Modellprojekte gibt es für Sachsen hingegen bisher nicht.

■ 17.2 Geschlechtergerechte Stadtentwicklung – (k)ein Thema?

In Dresden wurde per Stadtratsbeschluss vom 25. September 2003 Gender Mainstreaming in der Stadtverwaltung eingeführt. Darauf verwies die Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann seit 2007 regelmäßig in ihren Stellungnahmen zu Vorentwürfen und/oder Entwürfen von Bebauungsplänen beziehungsweise zu schriftlichen Bemerkungen im Hinblick auf Anlaufberatungen des Stadtplanungsamtes. Mit diesem Hinweis verband sich auch die Absicht, das allgemeine Raster des Stadtplanungsamtes zur Klärung bestimmter Auswirkungen auf Umwelt, Erschließung, Verkehr etc. um die Prüfung auf angewandtes Gender Mainstreaming zu ergänzen. Nach intensiver Sensibilisierungsarbeit floss schließlich im April 2009 ein expliziter Hinweis darauf in das Raster für Bebauungspläne ein. Allerdings erfolgt eine tatsächliche geschlechtersensible Prüfung des jeweiligen Bauvorhabens nur

417 Gemäß Paragraph 1 Absatz 6 Baugesetzbuch sind bei der Bauleitplanung insbesondere „(...) die unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen“ zu berücksichtigen. Vgl. dazu auch: Marie-Luis Wallraven-Lindl: Gender Mainstreaming im Bauplanungsrecht. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumplanung: ExWoSt-Informationen Nr. 26/3 – 09/2005. Gender Mainstreaming im Städtebau – Wenn nützt es? S. 17 - 22

418 Siehe Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2010, Präambel, VII, http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/bauen/staedtebaufoerderung/vorschrift/vv_sbf_2010.pdf, verfügbar am 20.08.2010

419 Vgl.: Baugesetzbuch. 1. Kapitel Allgemeines Städtebaurecht. 1. Teil Bauleitplanung. 1. Abschnitt Allgemeine Vorschriften Paragraph 1 Absatz 6 Punkt 3

420 Vgl. stellvertretend für die Fülle an Literatur: Uta Bauer; Stephanie Bock; Ulrike Meyer; Heike Wohltmann: Gender Mainstreaming in der Bauleitplanung. Eine Handreichung mit Checklisten. Berlin 2007; Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (Hrsg.): Der andere Blick – Gender Mainstreaming in der Planung. Heftreihe Planerin Nr. 3/2004 und die zahlreichen Veröffentlichungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zu Gender Mainstreaming im Städtebau.

421 Vgl. stellvertretend: Amt der Voralberger Landesregierung – Frauenreferat/Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg – Geschäftsstelle Gender Mainstreaming (Hrsg.): Genderplanung. Leitfaden für gendergerechte Planung in der Gemeinde. Melk 2008

sehr bedingt, was die Zuständigen häufig mit einer „ausgeglichenen Berücksichtigung von Frauen und Männern“ ohne tiefergehende Prüfung abtun.⁴²² In eine ähnliche Richtung weisen auch die Aussagen des Stadtplanungsamtes im Vorfeld des Gleichstellungsberichtes 2010. Auf die Geschlechterdimension der inhaltlichen Arbeit, die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse von Frauen und Männern hinsichtlich der Gestaltung und Nutzung von öffentlichem Raum sowie die Implementierung des Gender Mainstreaming in seiner zukünftigen Arbeit hin befragt, äußerte es sich dahingehend, dass es Konzepte und Planungen nicht geschlechterdifferenziert erarbeite.⁴²³ Darüber hinaus würde der derzeit „im Verfahrensschritt der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit befindliche (...)“ Flächennutzungsplan als strategischer Plan „mit Zielstellungen für einen (...) mittelfristigen Zeithorizont“ keine Aussagen zu Projekten und Maßnahmen enthalten. Diese seien der Ebene der Bauleitplanung sowie weiteren Fachplanungen vorbehalten. Dort flössen auch Anforderungen hinsichtlich Kindererziehung, Haushalt und Pflege ein. Die Erreichbarkeit von ausgewählten Gemeindebedarfseinrichtungen und die Sicherung einer wohnortnahen Grundversorgung mit sämtlichen Dienstleistungen der sozialen Infrastruktur würde bei verschiedenen Konzepten und Planungen analysiert und gewährleistet. Auf eine Verankerung des Gender Mainstreaming im Amt ging die Zuarbeit nicht dezidiert ein, sondern hob wiederum den Flächennutzungsplan und dessen Strategie kleinteiliger Nutzungsmischung „(...) mit ihrer nachbarschaftsfördernden Wirkung und Vielfalt unterschiedlicher Lebensformen“ hervor.⁴²⁴ Es drängt sich hierbei die Sorge auf, dass sich die Umsetzung des Gender Mainstreaming für das Stadtplanungsamt auf diese sehr allgemeinen Formulierungen der Flächennutzungsplanung beschränken könnte. Weitere Relevanz besitzt der geschlechtersensible Ansatz, auch innerhalb der Strukturen der eigenen Behörde, offensichtlich nicht. Dessen Potenzial für die Stadtgestaltung ist dort noch nicht vollumfänglich erkannt. Dies tritt auch anhand der nicht geschlechterdifferenzierten Statistiken im Dresdner Stadtentwicklungsbericht 2009 deutlich vor Augen.⁴²⁵ Entsprechende Rückschlüsse im Hinblick auf Bevölkerung, Wohnen und Stadtbau, Arbeiten und Wissenschaft, Kultur-, Bildungs-, Sport-, Freizeit- und Sozialeinrichtungen sowie Umwelt und Natur (um nur einige Aspekte des Inhaltsverzeichnis herauszugreifen) und daraus erwachsende Handlungsansätze sind im Stadtentwicklungsbericht somit nur bedingt aussagefähig. Denn: „Verwaltungsmodernisierung gemäß dem Leitbild der Verwaltung als Dienstleister mit Kundenorientierung ist ohne Gender-Blickwinkel nicht realisierbar, (...) ist doch der Ausgangspunkt, festzustellen, wer die Kundinnen und Kunden sind, was ihre Anforderungen sind, inwieweit Prioritätensetzungen und Qualitätskriterien differieren, welche Informationen und Zugangsbedingungen sie brauchen.“⁴²⁶

Es besteht also noch Handlungsbedarf im Stadtplanungsamt. Gleichzeitig scheint sich jedoch dort langsam ein Bewusstsein für die Bedeutung des Gender Mainstreaming zu entwickeln: Auf verbal-

persönlicher Ebene zeichnet sich in Anlaufberatungen zu Bauvorhaben, an denen eine Vertreterin des Büros der Gleichstellungsbeauftragten seit drei Jahren regelmäßig teilnimmt, eine zunehmende Aufgeschlossenheit hinsichtlich dieser Thematik ab. Und auch bei größeren Stadtplanungsvorhaben gibt es Positives zu vermelden: So werden beispielsweise beim Integrierten Handlungskonzept „Soziale Stadt Prohlis“ zukünftig bereits bei der Erarbeitung von Planungen und Studien der Genderaspekt von Anfang an beachtet und die Gleichstellungsbeauftragte bei der Entwurfsplanung beratend hinzugezogen.⁴²⁷

■ 17.3 Verkehrs(entwicklungs)planung ist nicht geschlechtsneutral

Die Umsetzung des Gender Mainstreaming in Verkehrspolitik und -planung als einem Teilbereich des Städtebaus zielt auf die Schaffung gleicher Mobilitätschancen für alle und damit auf deren gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben. Die Mobilitätsbedürfnisse einer Person werden durch ihre jeweilige Lebenssituation und die entsprechenden Alltagsanforderungen maßgeblich geprägt.⁴²⁸ Bedingt durch die heute noch vorhandene gesellschaftliche Rollenzuweisung unterscheiden sich diese Anforderungen bei Männern und Frauen häufig, da Männer derzeit noch überwiegend einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen, während Frauen neben der eigenen Berufstätigkeit eher eine Vielzahl von Aufgaben und Wegen miteinander kombinieren und immer noch weitestgehend für die Haus- und Versorgungsarbeit zuständig sind.⁴²⁹ Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) als wichtiger Baustein in einem multimodalen Verkehrssystem trägt zur Sicherung von Mobilität und damit Erreichbarkeit der gewünschten Ziele bei. Er befördert dabei auch viele Menschen, die über keine motorisierte Alternative verfügen. Dazu zählen noch überwiegend Frauen. Aus diesem Grund stellen sie an die Angebote des ÖPNV andere Anforderungen als Männer, beispielsweise gilt dies hinsichtlich der Erreichbarkeit, Benutzungsfreundlichkeit, Bedarfsangemessenheit, Nutzungsmischung und Verlässlichkeit. Unter Erreichbarkeit versteht man dichte Raumschließung, feinmaschige Netze und oberflächigen Verkehr. Benutzungsfreundlichkeit umfasst zeitliche und räumliche Verfügbarkeit von Angeboten im ÖPNV; leichte, barrierefreie Zugänglichkeit und Bequemlichkeit im Sinne einer entsprechenden Fahrzeugausstattung inklusive Informationsmöglichkeiten. Bedarfsangemessenheit berücksichtigt unterschiedliche Bedürfnisse und damit unterschiedliche Geschwindigkeiten und verschiedene zeitliche Intervalle von Verkehrsmitteln. Die Nutzungsmischung bedeutet Kombination von und einfachen Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln. Verlässlichkeit betrifft die öffentliche Sichtbarkeit des ÖPNV sowie die räumliche Einsehbarkeit (nebst entsprechender Beleuchtung) von Haltestellen, zeitliche Zuverlässigkeit, eine umfassende Präsenz öffentlicher Verkehrsmittel sowie Alarmsysteme und technische Hilfsapparate.⁴³⁰

422 Die Leugnung der Ungleichbehandlung der Geschlechter in den Fachaufgaben der Kommunalverwaltungen kritisiert Marianne Weg „Was hat man denn von Gender Mainstreaming? Nutzenargumente für Gender Mainstreaming im kommunalen Handeln“. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumplanung: ExWoSt-Informationen Nr. 26/3 – 09/2005. Gender Mainstreaming im Städtebau – Wem nützt es? S. 7 - 12

423 Landeshauptstadt Dresden. Stadtplanungsamt: Zuarbeit des Stadtplanungsamtes per Brief vom 12.11.2009

424 Ebenda

425 Vgl.: Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.): Stadtentwicklungsbericht 2009. Veröffentlicht als: Landeshauptstadt Dresden. Stadtplanungsamt (Hrsg.): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Dresden. Bericht 2009. Dresden 2010

426 Marianne Weg: Was hat man denn von Gender Mainstreaming? Nutzenargumente für Gender Mainstreaming im kommunalen Handeln. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumplanung (Hrsg.): ExWoSt-Informationen Nr. 26/3 – 09/2005. Gender Mainstreaming im Städtebau – Wem nützt es? S. 8

427 Landeshauptstadt Dresden. Geschäftsbereich Stadtentwicklung: Zuarbeit des Stadtplanungsamtes per E-Mail vom 20.05.2010

428 Frauenbeauftragte – Kreisverwaltung. Gleichstellungsstelle Ludwigshafen/Rhein (Hrsg.): Frauenbeteiligung an Planungsprozessen. Handreichung für eine nachhaltige Verkehrsplanung unter Frauenaspekten. Ludwigshafen/Rhein. o. J.

429 Vgl. zur Problematik der adäquaten statistischen Erhebung von Wegeketten: Bente Knoll: Die Wege des Herren und der Frau sind ergründlich. Gender und Mobilitäts-erhebungen in der Verkehrsplanung. In: Zukunft 8. Leipzig 2009. S. 5 - 6; Doris Damyanovic (Hrsg.): Frauen und Männer unterwegs. Ein Leitfaden zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Wegenetzplanung in Gemeinden am Beispiel der Stadtgemeinde Hermagor-Pressegger See. Wien, Klagenfurt, Hermagor 2005

430 Christine Bauhardt: Gender Mainstreaming in der Verkehrspolitik – Anstöße aus der feministischen Verkehrsforschung. In: Friedrich-Ebert-Stiftung. Forum Politik und Gesellschaft (Hrsg.): Gleiche Mobilitätschancen für alle! Gender Mainstreaming im Öffentlichen Personennahverkehr. Berlin 2006. S. 10 f.

Bundesweit werden bereits seit Jahren in vielfältiger Weise geschlechtersensible Verkehrsplanungen für einzelne Projekte durchgeführt, sei es im Bereich von Nahverkehrsplänen, im kommunalen Beteiligungsverfahren von Planungsprozessen oder auf der Ebene der Verkehrsentwicklungsplanung.⁴³¹ Sie demonstrieren übereinstimmend die auf geschlechterdifferenzierten Erhebungen basierende Bedeutung des Gender Mainstreaming für Planung und Politik. In Sachsen-Anhalt beispielsweise ist als verbindlicher Bestandteil des Nahverkehrsplans eine Mängel- und Bedarfsanalyse für den öffentlichen Verkehr aus Sicht der Nutzerinnen gesetzlich vorgeschrieben.⁴³²

■ 17.4 Untersuchungen belegen Mobilitätsunterschiede

Dresden nahm 2008 wiederholt an der bundesweiten Kampagne „Mobilität in Städten – System repräsentativer Verkehrserhebungen (SrV) 2008“ teil, welche der Ermittlung von Mobilitätskennwerten der Bevölkerung dient.⁴³³ Die Ergebnisse der Befragung sind grundlegend für die Erarbeitung des Dresdner Verkehrsentwicklungsplanes 2025+ mit angemessener Berücksichtigung der Belange sämtlicher Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.⁴³⁴ Den Auswertungen des Modal Split (Verkehrsmittelwahl) im System repräsentativer Verkehrserhebungen zufolge ist in Dresden für 2008 eine leichte Zunahme des ÖPNV, vor allem jedoch des Radverkehrs, zu verzeichnen⁴³⁵, was den Wunsch nach mehr Flexibilität in der Erledigung von Wegen verdeutlicht. Damit liegt die Landeshauptstadt im deutschlandweiten Trend. Allgemein stellen hier Wege zum Zweck des Einkaufs, der Versorgung und der Freizeit die höchsten Anteile an Verkehrszwecken, erst dann folgt der Arbeits-, Schul- oder Ausbildungsweg. Nach Abhängigkeit von Alter und Geschlecht ausgewertet, bewegen sich in der Gruppe der über 65-Jährigen die Senioren deutlich mehr außer Haus als die Seniorinnen. Gerade im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der allseits bekannten Tatsache, dass Frauen im Allgemeinen ein höheres Lebensalter erreichen, muss hier noch besser den Seniorinnen Rechnung getragen werden. Des Weiteren ist die Gruppe der 25- bis 45-Jährigen am häufigsten unterwegs. Dies dürfte im Zusammenhang sowohl mit der Erwerbstätigkeit als auch mit der Kinderbetreuung zu interpretieren sein. Besonders Frauen in (Teilzeit-)Erwerbstätigkeit und mit noch nicht schulpflichtigen Kindern weisen die meisten Ortsveränderungen pro Tag auf. Sie nehmen dabei überwiegend den ÖPNV in Anspruch. Dresdnerinnen verfügen darüber hinaus in geringerem Maße über ein Auto als Männer, wobei Letztere für ihre allgemeine Mobilität in erster Linie gerade den PKW nutzen. Untersuchungen belegen ferner, dass Männer den PKW nicht nur als ein Fortbewegungs-

mittel schätzen.⁴³⁶ Sowohl im Hinblick auf die Verkehrszwecke als auch bezüglich der Wege (bzw. der Öffentlichkeitsmeidung) der unterschiedlichen Altersgruppen eröffnen sich somit breite Handlungsfelder für eine geschlechterdifferenzierte Verkehrs(entwicklungs)planung.

■ 17.5 Unterschiede auch im ÖPNV

In der Landeshauptstadt sind mehr Frauen als Männer mit dem ÖPNV mobil. Insgesamt gesehen schneiden die Dresdner Verkehrsbetriebe AG (DVB) bezüglich der Aspekte Kompetenz im Nahverkehr, Sicherheit und Familienfreundlichkeit gut bis sehr gut ab, wenn auch weibliche Nutzende die beiden letztgenannten etwas negativer beurteilen als Männer.⁴³⁷ Dies gilt ebenso im Hinblick auf die Fragen nach der Kompetenzzuschreibung für den Verkehrswegebau und der Beeinflussung städtischer Verkehrspolitik.⁴³⁸ Frauen bewerten des Weiteren nahezu sämtliche Leistungsmerkmale der DVB (wie beispielsweise Anschlüsse, Takt, Pünktlichkeit) kritischer. Am stärksten betroffen sind davon die Aspekte Abend- und Nachtverkehr, Sicherheit, Sauberkeit und Störungsinformationen.⁴³⁹ In einigen Punkten führen die DVB die unterschiedliche Zufriedenheit auf den „(...) höheren Anteil von ‚Zwangskunden‘ unter den Frauen zurück, die auch bei ungünstigem Angebot den ÖPNV nutzen müssen“.⁴⁴⁰ Dies betreffe vor allem die Merkmale Anschlüsse, Takt und Pünktlichkeit. Gleichzeitig sei jedoch beispielsweise hinsichtlich des Sicherheitsaspektes eine geschlechtsbezogene Erklärung denkbar.⁴⁴¹ (siehe Abbildung 22 auf der folgenden Seite)

Seit mehreren Jahren steigt zudem laut ÖPNV-Kundenbarometer die Gesamtzufriedenheit der Fahrgäste mit den DVB und dem Verkehrsverbund Oberelbe (VVO) kontinuierlich, vor allem bezogen auf Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Deutliche Nachbesserungen wünschen die Befragten indes in den Bereichen Abend- und Nachtverkehr, abendliche Haltestellensicherheit, Zugänglichkeit der Haltestellen für behinderte Menschen, Informationen bei Störungen sowie Sauberkeit; hier lagen DVB und VVO in den vergangenen Jahren nicht auf den vorderen Plätzen. Die größte Kritik bezüglich dieser Punkte erhielt der Öffentliche Personennahverkehr von Frauen.⁴⁴² Aufgrund der genannten Ergebnisse sehen die Dresdner Verkehrsbetriebe künftige Arbeitsfelder im Hinblick auf die Geschlechterthematik

- bei Frauen im Abbau von Hemmnissen aufgrund empfundener Sicherheitsdefizite in den Abendstunden sowie
- in der Erschließung der bei Männern in größerem Maße vorhandenen Potenziale für den ÖPNV.⁴⁴³

431 Vgl. die verschiedenen Beispiele bei: Friedrich-Ebert-Stiftung. Forum Politik und Gesellschaft (Hrsg.): Gleiche Mobilitätschancen für alle!; Gender Mainstreaming im Öffentlichen Personennahverkehr. Berlin 2006; Project partnership GenderAlp! Spatial Development for Women and Men (Ed.): Location Factor: Human. Salzburg 2007; Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung: Der andere Blick – Gender Mainstreaming in der Planung. Heftreihe Planerin Nr. 3/2004

432 Susanne Barck: Die unfreiwillige ökologische Avantgarde. Frauen im Verkehr – Größtes Hemmnis für Mobilität sind Angst und Unsicherheit im Dunkeln. In: Der Freitag vom 09.02.2001

433 Auswertungen zur Mobilität nach Geschlecht im SrV 2008. Bereitstellung der Daten durch die Dresdner Verkehrsbetriebe AG. Abteilung Markt- und Qualitätsforschung (DVB). Stand 16.11.2009. Zuarbeit der DVB per E-Mail vom 06.07.2010

434 Im Lenkungskreis der Landeshauptstadt Dresden für die Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans 2025+ sind auch die Ausländer- und Integrationsbeauftragte, die Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann und die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen Mitglied.

435 Vgl. diesbezüglich die Maßnahmen Dresdens zur Förderung des Radverkehrs: Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.): Stadtentwicklungsbericht 2009. S. 59 ff.

436 Vgl.: Auswertungen zur Mobilität nach Geschlecht im SrV 2008. Bereitstellung der Daten durch die Dresdner Verkehrsbetriebe AG. Abteilung Markt- und Qualitätsforschung (DVB). Stand 16.11.2009. Zuarbeit der DVB per E-Mail vom 06.07.2010; Marktforschungsergebnisse der Dresdner Verkehrsbetriebe aus einer bevölkerungsrepräsentativen Studie zur Bewertung von Image-Items des Jahres 2007. Zuarbeit der DVB per E-Mail vom 13.08.2010

437 ÖPNV-/DVB-Kundenbarometer 2010. Studie zur Zufriedenheit der Fahrgäste 2010. Zuarbeit der DVB per E-Mail vom 13.08.2010

438 Marktforschungsergebnisse der Dresdner Verkehrsbetriebe aus einer bevölkerungsrepräsentativen Studie zur Bewertung von Image-Items des Jahres 2007. Zuarbeit der DVB per E-Mail vom 13.08.2010

439 ÖPNV-/DVB-Kundenbarometer 2010. Studie zur Zufriedenheit der Fahrgäste 2010. Zuarbeit der DVB per E-Mail vom 13.08.2010

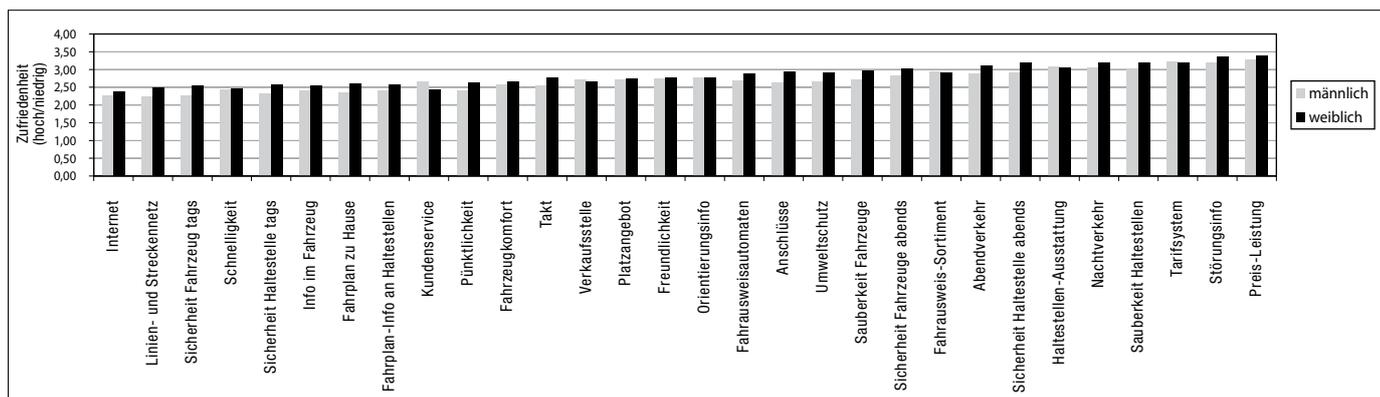
440 Ebenda

441 Ebenda

442 Christoph Springer: Preise für Bus und Bahn mal wieder in der Kritik. In: Dresdner Neueste Nachrichten vom 18.12.2009; Dresdner geben gute Noten für ihre Verkehrsunternehmen. In: Sächsische Zeitung vom 18.12.2009

443 Dresdner Verkehrsbetriebe AG: Zuarbeit der DVB per Brief vom 10.12.2009

Abbildung 22: Zufriedenheit von Frauen und Männern mit verschiedenen Leistungsmerkmalen der DVB in Dresden 2010



Quelle: TNS-Infratest. ÖPNV-/DVB-Kundenbarometer 2010. Zuarbeit der DVB per E-Mail am 27.08.2010

Neben der Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes innerhalb der DVB, welches sich auf die Innenräume und deren Ausgestaltung in Verkehrsmitteln und an Haltestellen bezieht, ist es jedoch notwendig, auch das jeweilige Umfeld hinsichtlich einer (ausreichenden) Beleuchtung der Wegeführung, der Sauberkeit, technischer Sicherheitseinrichtungen sowie der Sichtbeziehungen und Einsehbarkeit zu prüfen. Will ein Sicherheitskonzept erfolgreich sein, muss es also die Geschlechterperspektive einschließen. Zur Steigerung des empfundenen Sicherheitsgefühls ist es zudem von Bedeutung, all die genannten Aspekte bereits im Rahmen der Planungen von Verkehrsvorhaben zu prüfen und zu berücksichtigen.

17.6 Noch mal ein Blick zurück in die Kommune III

Unter Federführung der Abteilung Verkehrsentwicklungsplanung des Stadtplanungsamtes diskutieren gegenwärtig am Runden Tisch Verkehrsentwicklungsplanung die Beteiligten auf der Basis eines intensiven kooperativen Planungsprozesses die Leitziele zukünftiger kommunaler Verkehrspolitik und -entwicklung für die Landeshauptstadt Dresden (VEP 2025+). Vertreterinnen und Vertreter der Verkehrsträger, der Wirtschaftsverbände, der Stadtverwaltung und weiterer gesellschaftlicher Interessengruppen (z. B. Seniorenbeirat, Allgemeiner deutscher Fahrrad-Club e. V.) formulierten zunächst in speziellen Arbeitsgruppen Ziele und Prioritäten künftiger Verkehrsentwicklung. Das Büro der Gleichstellungsbeauftragten konnte in die Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung die Berücksichtigung der chancengleichen Teilhabe an den Mobilitätsmöglichkeiten aufgrund des Geschlechts einbringen. Weitere Kategorien in diesem Kontext bilden Alter, Mobilitätseinschränkungen und Migrationshintergrund. In der momentanen Arbeitsphase zeigte sich, dass auch die meisten anderen Arbeitsgruppen als Leitziel die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen und die Berücksichtigung sozialer Kriterien formulierten. Daher einigte sich der Runde Tisch im August 2010 auf ein Leitziel, welches gegenwärtig unter dem Arbeitstitel „Gewährleistung einer sozial gerechten und chancengleichen Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben“ steht. Denn Mobilitätsmöglichkeiten mit ihrer dienenden Funktion kommt für die chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine entscheidende Rolle zu. Diese würdigt die explizite Formulierung. In der Folge ist geplant, die Leitziele mit Hauptzielen und Prioritäten zu untersetzen. Auch hier wird sich die Gleichstellungsbeauftragte einbringen, um die spezifischen Lebenslagen von Frauen und Männern unterschiedlichen Alters angemessen zu berücksichtigen.

Handlungsbedarf in Dresden

- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern und bei Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs
- durchgängige Implementierung des Gender Mainstreaming in allen Planungsprozessen der Stadt- und Verkehrs(entwicklungs)planung, Schaffung von Möglichkeiten einer ausgewogenen und frühzeitigen Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern
- verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in Ämtern und bei Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs zu geschlechtersensibler Arbeit
- geschlechterdifferenzierte Erhebung/Auswertung der Statistiken, hier insbesondere in Stadtplanung, Verkehrs(entwicklungs)planung sowie zu Mobilitätsverhalten und Kundenzufriedenheit im ÖPNV
- konsequente Förderung der „Stadt der kurzen Wege“ mittels Nutzungsmischung im Rahmen der Stadt- und Verkehrs(entwicklungs)planung
- Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes sowie optimierte Verknüpfung mit dem ÖPNV zur Verbesserung von Wegeketten
- weitere Verbesserung der fußläufigen Erreichbarkeit und Ausgestaltung von Haltestellen sowie deren Umfeldes zur Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum (Sicherung von Belebtheit, Einsehbarkeit, Ruf- und Sichtkontakte, Beleuchtung, Notrufeinrichtungen, Bepflanzung, Sicherheitspersonal)
- Berücksichtigung von Zeitrestriktionen, z. B. im Hinblick auf Kinderbetreuungszeiten bei der Fahrplangestaltung im ÖPNV, Überprüfung der Bedienungshäufigkeit in Schwach- und Nebenverkehrszeiten auf höheren Bedarf
- Prüfung des Bedarfs für weitere flexiblere Bedienungsformen des ÖPNV (Nachttaxi, Rufbusse, Anrufsammeltaxi) für die Abend- und Nachtzeit, Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit für die vorhandenen Möglichkeiten des Nachtverkehrs
- Verbesserung der sozialen Fahrzeugausstattung im ÖPNV (Öffnungsintervalle von Türen der Verkehrsmittel, Verbreiterung von Stellflächen zur Vermeidung von Nutzungskonflikten zwischen Rollstühlen, Fahrrädern und Kinderwagen)

Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah, Kristina Winkler

18. Was ist hinter dem Bild? – Zur Lage Bildender Künstlerinnen und Künstler

**„Kunst ist ein sonderbares Ding, sie braucht den Künstler ganz.“
(Kurt Schwitters)⁴⁴⁴**

Der Freistaat Sachsen bezeichnet sich als Kulturland und die Landeshauptstadt Dresden erhebt den Anspruch einer europäischen Kulturmetropole. Sachsen verzeichnet die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben aller neuen Bundesländer für Kultur und nimmt in der Bundesrepublik damit eine Spitzenposition ein. Dresden liegt sachsenweit mit 120 Euro pro Kopf auf Platz fünf im Vergleich der Kulturausgaben je Einwohner/Einwohnerin.⁴⁴⁵ Doch schaut man die vorhandene Situation der Kulturschaffenden und deren Lebens- und Schaffensbedingungen genauer an, so stellt sich die Frage, warum diese trotzdem so schwierig sind.

Künstler/-in zu werden, stellt in erster Linie ein Lebenskonzept mit weitreichenden Konsequenzen dar. Die Bedingungen, unter denen Kunstschaffende agieren, sind von entscheidender Bedeutung für das Kunstschaffen selbst. Der Austausch, die Kommunikation sowie die Begegnung mit Kollegen/Kolleginnen, ein Grundeinkommen, bezahlbare Arbeitsräume, eigene Ausstellungsmöglichkeiten sowie der Besuch anderer Ausstellungen zählen zu maßgeblichen Voraussetzungen. Die Ausgangssituation hat sich in den vergangenen 20 Jahren vor allem in Ostdeutschland schleichend, aber grundlegend verändert. Konnten Künstler/-innen nach einem Studium mit einem hohen Anteil an Grundlagen-, Handwerks- und Technikvermittlung ihren, wenn auch bescheidenen Lebensunterhalt mit Aufträgen, Stipendien, Verkäufen und freien Arbeiten bestreiten, sind heute die Selbstvermarktung, das persönliche Image, die Anpassung an den Zeitgeschmack, der Bekanntheitsgrad und Beziehungen wichtiger denn je. Erst danach kommen die berufliche Qualifikation, der Inhalt und die Qualität der Arbeit.

Nur ein Bruchteil jener Künstlerinnen und Künstler, die ihre Ausbildung erfolgreich an einer Kunsthochschule absolviert haben, erreicht den Bekanntheitsgrad, der ihnen gestattet, von ihrer Arbeit leben zu können. Bildende Kunst gehört dabei zu den minderbezahlten Genres. Dies gilt nicht für eine Handvoll Ausnahmekünstler, die als staatliches „Aushängeschild“ dienen, oder für Kunstschaffende, die sich sehr stark am Markt orientieren – man spricht hierbei von einer Marktfixierung der Kunst, die die Inhalte außer Acht lässt. Künstlerinnen sehen sich zudem aufgrund gesellschaftlicher Rollenzuweisungen in

vielfacher Hinsicht einer Mehrfachbelastung ausgesetzt. Sie müssen sich (familiäre) Freiräume schaffen, um künstlerisch tätig werden zu können, gleichzeitig aber ihren Lebensunterhalt sichern und sich darüber hinaus noch möglichst gut vermarkten. Dieser Balanceakt gelingt nur sehr wenigen. Vielmehr erhalten in der Praxis Künstlerinnen und Künstler für die Ausstellung ihrer Werke trotz hohen zeitlichen Aufwands und des kulturellen Wertes für die Gesellschaft keine Honorare. Die meisten Kunstschaffenden sind somit von anderen Erwerbsquellen abhängig. Viele üben Lehr- oder niedrigqualifizierte Tätigkeiten sowie solche auf Honorarbasis aus, oft an verschiedenen Einrichtungen gleichzeitig, was mit einem hohen Kräfteverschleiß einhergeht.⁴⁴⁶ Die seit Jahren steigenden Lebenshaltungskosten und Preise, darunter für künstlerisches Material, verschärfen die wirtschaftliche Situation weiter. Honorare für künstlerische Leistungen und Lehrtätigkeiten haben sich am Markt demgegenüber nur in den seltensten Fällen adäquat angepasst.

Nach einer Umfrage des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler aus den Jahren 2007/08 ist der Anteil an Festanstellungen bei den männlichen Kollegen höher als bei Frauen, die eher auf Honorarbasis arbeiten.⁴⁴⁷ Aufgrund von Einsparungsmaßnahmen und öffentlichen Haushaltskonsolidierungen ist zu befürchten, dass die Lehrtätigkeiten auf Honorarbasis zurückgehen werden, da diese zu meist Ganztagsangebote in Schulen oder Kursleitungen in kulturellen Vereinen und Einrichtungen betreffen. In diesen Bereichen deuten sich schon jetzt finanzielle Einschnitte an, die dann überwiegend Frauen treffen werden. Gegen diesen Trend steigen die Zahl der Unternehmen und die Umsätze in der Kultur- und Kreativwirtschaft an.⁴⁴⁸ Dennoch sinkt die Zahl der Erwerbstätigen in Festanstellung bei gleichzeitiger

444 Kurt Schwitters: Ich und meine Ziele. Erstes Veilichenheft Merz 21. 1931. Zitiert nach Friedhelm Lach (Hrsg.): Kurt Schwitters. Das literarische Werk. Band 5. Köln 1981. S. 340 ff.

445 Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit; Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst: Kulturwirtschaftsbericht 2008. Dresden 2008. S. 83 - 86

446 Marlies Hummel: Die wirtschaftliche und soziale Situation bildender Künstlerinnen und Künstler. Ergebnisse der BBK Umfrage 2007/08. Expertise im Auftrag des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V. Königswinter 2008. S. 22

447 Ebenda

448 „Unter dem Begriff Kultur- und Kreativwirtschaft werden diejenigen Kultur- und Kreativunternehmen erfasst, die überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind und sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen/kreativen Gütern und Dienstleistungen befassen. Der verbindende Kern jeder kultur- und kreativwirtschaftlichen Aktivität ist der schöpferische Akt von künstlerischen, literarischen, kulturellen, musischen, architektonischen oder kreativen Inhalten, Werken, Produkten, Produktionen oder Dienstleistungen. Alle schöpferischen Akte, gleichgültig ob als Unikat, Liveaufführung, serielle bzw. digitale Produktion oder Dienstleistung, zählen dazu. Ebenso können die schöpferischen Akte urheberrechtlich geschützt oder frei sein. Mit dem Begriff Kultur- und Kreativwirtschaft werden verschiedene Einzelbranchen, wie zum Beispiel die Musikwirtschaft, die Filmwirtschaft, der Buchmarkt jeweils zu einem Branchenkomplex zusammengefasst.“, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit; Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst: Kulturwirtschaftsbericht 2008. Dresden 2008. S. 8

Steigerung der Anzahl von Beschäftigten in Minijobs. Der Anteil der Selbstständigen in diesem Sektor liegt mit 21 Prozent gegenüber der Gesamtwirtschaft (dort sind es rund zehn Prozent) deutlich höher.⁴⁴⁹ Dies kann als ein Indiz für den hohen Grad an Engagement und Verantwortung der Kulturschaffenden für ihr Aufgaben- und Betätigungsfeld gewertet werden.

In der Bildenden Kunst sind die Arbeitsgebiete von Künstlern/Künstlerinnen überwiegend in der klassischen Gattung Malerei und Grafik zu finden. Danach folgen dreidimensionale Kunst, Installationen und Kunst im öffentlichen Raum, Kunst und Bauen sowie Kunsthandwerk, Bühnenbild und Videokunst. Es zeigt sich, dass die Bereiche Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau überwiegend von Männern dominiert werden.⁴⁵⁰

In Dresden leben 476 Künstlerinnen und Künstler, die Mitglieder des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V.⁴⁵¹ sind, rund 46 Prozent von ihnen sind Frauen. Die Zahl der Künstlerinnen insgesamt liegt um ein Wesentliches höher, da diese Kolleginnen, junge Absolventinnen der Kunsthochschulen bzw. Künstlerinnen, die in sozial schwierigen Verhältnissen leben und arbeiten, oft aus finanziellen Gründen nicht im Berufsverband organisiert sind.⁴⁵² Diese personelle Konzentration in der Landeshauptstadt resultiert im Besonderen aus der Existenzsituation der Einzelschaffenden. Zum einen bildet Dresden mit seiner Hochschule für Bildende Künste einen Ausbildungsort und speist den Nachwuchs aus eigener Quelle, zum anderen sind Kunstmuseen und Galerien in hoher Dichte vorhanden. Die Nähe zu Kolleginnen und Kollegen sowie zu Ausstellungsmöglichkeiten ist für Einzelschaffende immens wichtig. Dafür nehmen sie, bedingt durch die Miethöhe, meist kleinere Ateliers in Kauf. Doppelt belastet sind Künstlerinnen, die aufgrund geringerer Einkommen auf externe Ateliers verzichten müssen und oft in den eigenen Wohnräumen arbeiten.⁴⁵³ Eine Umfrage des Sächsischen Künstlerbundes – Landesverband Bildende Kunst e. V. unter den beruflich tätigen bildenden Künstlerinnen und Künstlern aus dem Jahr 2005, an deren Aktualität sich nichts geändert hat, ergab: Das monatliche Durchschnittsnettoeinkommen aus Verkäufen freier bildender Kunst durch Künstlerinnen und Künstler aller Altersstufen (also auch Rentner/-innen) betrug 386,09 Euro, das aus künstlerischer Nebentätigkeit 246,78 Euro. Betrachtet man das monatliche Durchschnittsnettoeinkommen aus künstlerischer Haupt- und Nebentätigkeit von Künstlern/Künstlerinnen im erwerbsfähigen Alter, zeigen sich die prekäre Lage von Kulturschaffenden allgemein und die gravierenden Unterschiede zwischen Frauen und Männern.

Tabelle 36: Verteilung des Einkommens von Kulturschaffenden

Einkommen in €	gesamt in %	Frauen in %	Männer in %
0 bis 500	62	68	56
501 bis 1500	32	26,5	36,5
mehr als 1500	6	5,5	7,5

Quelle: Auswertung einer Umfrage aus dem Jahr 2005, durchgeführt vom Sächsischen Künstlerbund unter 1000 Künstlerinnen und Künstlern, Rücklauf rund 65 Prozent

Über zwei Drittel der Kulturschaffenden können demnach von ihrer Kunst nicht leben. Nur einem verschwindend geringen Teil der Frauen gelingt es, den Lebensunterhalt mit der eigenen künstlerischen Arbeit zu sichern.

Die Künstlersozialversicherung (KSK) hat seit 1983 die selbstständigen Künstler/-innen in den Schutz der gesetzlichen Sozialversicherung einbezogen. Es gilt dort die Besonderheit, dass Künstler/-innen nur etwa die Hälfte ihrer Beiträge selbst tragen müssen und damit ähnlich günstig gestellt sind wie Arbeitnehmer/-innen. Die andere Beitragshälfte finanziert sich über einen Bundeszuschuss und eine Abgabe jener Unternehmen, die künstlerische und publizistische Leistungen verwerten. Mitglied der Künstlersozialversicherung kann werden, wer mindestens 3900 Euro im Jahr Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit nachweisen kann. Anhand der ermittelten Einkommen sächsischer Künstler und Künstlerinnen wird deutlich, dass nur ein kleiner Teil in den Genuss der KSK-Mitgliedschaft kommt. Ein offenes Geheimnis ist, dass die Kulturschaffenden oft zu optimistische voraussichtliche Verdiensthöhen angeben. Eine Kontrolle durch die Künstlersozialversicherung bedeutet dann für sie den Ausschluss aus der Versicherung. Die logische Folge davon ist, dass die Selbstversicherung diese Freiberufler/-innen doppelt so viel kostet, was sie sich erst recht nicht mehr leisten können. Die Alternativen: Sie arbeiten entweder anderweitig, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, oder empfangen Arbeitslosengeld II.⁴⁵⁴ Kulturschaffenden ALG-II-Empfängern/-Empfängerinnen verbieten die gesetzlichen Regelungen, einen Arbeitsraum oder ein Atelier zu halten. Eingliederungsmaßnahmen nach SGB II berücksichtigen zudem kaum deren berufliche Hintergründe. All dies drängt sie noch weiter weg vom eigenen künstlerischen Werk, was bei vielen zur völligen Berufsaufgabe und damit letztlich zu kulturellen Verlusten für die Gesellschaft führt.

■ 18.1 Die Situation von Künstlerinnen

Aufgrund traditioneller Rollenzuschreibungen tragen Frauen immer noch die Hauptlast familiärer Versorgungsarbeit. Zu großen Teilen sind sie es, die nach der Geburt eines Kindes Elternzeit in Anspruch nehmen. Die Folge für Künstlerinnen ist, dass sie aufgrund von Altersbeschränkungen bei Berufsförderungen in Form von Wettbewerben und Stipendien nach einer familienbedingten Pause oftmals zu alt sind, um von diesen Unterstützungen in der wichtigen Anfangsphase ihres Schaffens noch profitieren zu können. In der Realität gehen Förderungen, wie Stipendien, zu 90 Prozent an junge Kulturschaffende im Alter von bis zu 30, maximal 35 Jahren.⁴⁵⁵ Daher stellt sich für Künstlerinnen nach Abschluss des Studiums häufig die Frage: Karriere oder Kind(er)?

449 Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit; Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst: Kulturwirtschaftsbericht 2008. Dresden 2008. S. 13 ff.

450 Marlies Hummel: Die wirtschaftliche und soziale Situation bildender Künstlerinnen und Künstler. Ergebnisse der BBK Umfrage 2007/08. Expertise im Auftrag des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V. Königswinter 2008. S. 10

451 Der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) ist die Berufsvertretung der freischaffenden bildenden Künstlerinnen und Künstler in Deutschland. Weiteres unter www.bbk-bundesverband.de

452 In Sachsen gibt es vier Regionalverbände des BKK – Dresden, Leipzig, Chemnitz und Vogtland. Die Künstler/-innen der Oberlausitz sind im Regionalverband Dresden organisiert. Im Regionalverband Leipzig sind 204 Künstlerinnen und Künstler Mitglied, davon 37 Prozent Frauen. Der Chemnitzer Regionalverband vereint 119 Künstlerinnen und Künstler, 42 Prozent von ihnen sind Frauen. Der Regionalverband Vogtland beheimatet 17 Mitglieder, davon 23 Prozent Frauen.

453 Marlies Hummel: Die wirtschaftliche und soziale Situation bildender Künstlerinnen und Künstler. Ergebnisse der BBK Umfrage 2007/08. Expertise im Auftrag des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V. Königswinter 2008. S. 26 ff.

454 Aussage von Kristine Schmidt-Köpf, Künstlerbund Dresden e. V.

455 Statement von Kristine Schmidt-Köpf zum Thema: Sachsens Frauen im demografischen Wandel – weniger, älter, ärmer? am Beispiel der bildenden Künstlerinnen Sachsens mit Blick auf das 20-jährige Jubiläum der Dresdner Sezession 89 e. V.

Mit steigender Tendenz ist zudem zu beobachten, dass vor allem weibliche Kunstschaaffende, um für sich ein den Grundbedarf sicherndes Erwerbseinkommen zu erzielen, ein Zusatzstudium der Kunsttherapie absolvieren. Damit bewegen sie sich vom freien Schaffen weg, was wiederum dessen Qualitätsminderung und somit eine sinkende Akzeptanz auf dem Kunstmarkt nach sich zieht.

Nur 35 Prozent der von den Bundesländern angekauften Kunstwerke hat eine Künstlerin geschaffen.⁴⁵⁶ Laut der Datenbank des Sächsischen Künstlerbundes wurden seit 1990 778 Kunstprojekte im öffentlichen Raum des Freistaates verwirklicht. Davon haben 216 Werke Künstlerinnen geschaffen.⁴⁵⁷ Auch Dresdner Künstlerinnen berichten, dass bei Ausschreibungen und Auftragsvergaben, u. a. aufgrund der vorrangig männlichen Gremienbesetzung (in der Kunstkommission z. B. sitzen zwei Drittel Männer einem Drittel Frauen⁴⁵⁸ gegenüber), seltener weibliche Kunstschaaffende berücksichtigt werden als Männer. Dies gilt häufig auch für die Vergabe von Stipendien und bei Preisverleihungen. So wurde der Kunstpreis der Stadt Dresden seit 1993 an vier Frauen und 15 Männer, der Förderpreis der Landeshauptstadt Dresden an vier Frauen und zehn Männer sowie an sechs Künstlervereinigungen vergeben. In Sachsen sieht es ähnlich aus, hier beträgt der Anteil von Frauen an Preisen und Stipendien 20 Prozent.⁴⁵⁹ Für diese problematische Situation beschreibt die Autorin Annegret Künzel folgende bundesweit auftretende Ursachen: „Staatliche Kunst- und Kulturförderung zielt auf die Besten; diese werden bevorzugt. Dass damit eine Diskriminierung einhergehen könnte, wird mit dem Hinweis auf die Chancengleichheit aller Kunstschaaffenden und dem Verweis darauf, Kunstförderung erfolge in einem neutralen Kontext, abgewiesen. Kunst- und Kulturförderung erfolgt jedoch innerhalb eines geschlechterdiskriminierenden gesellschaftlichen Rahmens. Sie dient nicht nur der Sicherung künstlerischer Vorhaben, sondern wirkt sich auch auf die Repräsentanz von Frauen und Männern in der Kunst aus. Die dabei weitgehend unsichtbare Bedeutung von Geschlecht hat vor allem für Frauen nachteilige Effekte, die sich im Rahmen aktueller Finanzierungsdebatten zu verstärken scheinen. (...) Von Seiten des Bundes wird angesichts enger öffentlicher Haushaltslagen auf den ‚verschärften Legitimationsdruck‘⁴⁶⁰ von Kultur- und Kunstförderung hingewiesen. Der Föderalismus bringt es mit sich, dass sich die Förderung des Bundes auf die ‚Leuchttürme‘ konzentriert. Da nur ausgewählte Einrichtungen eine Spitzenförderung erhalten und Frauen (...) in diesen wesentlich schwächer vertreten sind, profitieren von dieser Förderung vor allem männliche Künstler.“⁴⁶¹

Nach einer im Auftrag der Kultusministerkonferenz erstellten Dokumentation „Frauen in Kunst und Kultur II (1995 bis 2000) Partizipation von Frauen an den Kulturinstitutionen und an der Künstlerinnen- und Künstlerförderung der Bundesländer“ wird deutlich: Relativ oft sind Frauen an der Spitze der Kulturverwaltung der Länder, also als Ministerinnen anzutreffen. Bereits eine Hierarchiestufe darunter als Staatssekretärinnen oder Abteilungsleiterinnen sind sie mit der sprichwörtlichen Lupe zu suchen. Bei den Referatsleiterinnen ist in einigen Ländern eine Aufwärtsbewegung festzustellen, d. h. hier rückten in der

zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums vermehrt Frauen in diese Position. Erst auf der Ebene der Referenten und Referentinnen sind Frauen angemessen vertreten. Der Frauenanteil in den Kulturdezernten in Sachsen beträgt 28 Prozent, in der Kulturamtsleitung 34 Prozent.⁴⁶² In Dresden sind die Leitung des Amtes für Kultur und Denkmalschutz sowie die drei Abteilungsleitungen (Kulturmanagement, Kunst und Kultur sowie Denkmalschutz) männlich besetzt. Von den sieben Sachgebieten der Abteilung Kunst und Kultur ist eines mit einer weiblichen Leitung besetzt.⁴⁶³ Insgesamt unterschreitet der Frauenanteil im Dresdner Amt für Kultur und Denkmalschutz mit 45,2 Prozent den Durchschnitt in der Stadtverwaltung von 61 Prozent⁴⁶⁴ sowie den weiblichen Gesamtanteil an der Dresdner Bevölkerung (52 Prozent).

In den Hochschulen sieht es ähnlich aus: Der Anteil von Frauen am künstlerisch-wissenschaftlichen Lehrpersonal in Sachsen beträgt 23 Prozent, obwohl der Anteil der Studentinnen in Sachsen im Fach Bildende Kunst und Neue Medien bei 52 Prozent liegt. Die Hälfte der Studierenden sind Frauen, aber nur ein Viertel der Lehrenden.⁴⁶⁵ Verfolgt man die Biografien der Absolventinnen und vergleicht sie mit den objektiven Möglichkeiten ihrer Repräsentanz im Kunstgeschehen, fällt der Anteil im Verlauf sehr schnell ab.

Im April 2010 existierten in Dresden rund 141 Ausstellungsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler. In jenem Monat stellten 23 Einrichtungen die Werke von Künstlern und zwölf die von Künstlerinnen aus. 71 Einrichtungen präsentierten Sammlungen bzw. Ausstellungen mit Künstlerinnen und Künstlern, 35 Einrichtungen machten keine Angaben.⁴⁶⁶

Diese Ungleichgewichte fördern den Überhang männlicher Denkstrukturen und provozieren Gleichmacherei. Sie bringen keine objektive Gleichstellung. Zwei beispielhafte Initiativen aus Dresden, die diesem Zustand entgegenwirken, werden im Folgenden vorgestellt.

■ 18.2 Engagiert für mehr Geschlechtergerechtigkeit – Beispiele gelungener Praxis

Die Dresdner Sezession 89

Im Dezember 1989 gründeten 23 Malerinnen, Grafikerinnen, Plastikerinnen und Kunstkritikerinnen die Dresdner Sezession 89 e. V. Mit der Namensgebung wurde bewusst auf die historische Sezessionsbewegung Bezug genommen, in der Künstlerinnen kaum Zugang fanden. Seit 1990 betreibt der Verein eine eigene Galerie, die „galerie drei“. In 20 Jahren stellte die Vereinigung an drei Standorten (Galerie Comenius in der Bautzner Straße, Galerie Nord in der Leipziger Straße und gegenwärtig die „galerie drei“ in der Prießnitzstraße) Ausstellungen und Werkpräsentationen von Künstlerinnen aus dem In- und Ausland der Öffentlichkeit vor, so z. B. Leiko Ikemura, Tina Bara, VALIE EXPORT, Rune Mields, Natalia LL, Nuria Quevedo.

456 Jens Leberl; Gabriele Schulz in: Deutscher Kultururrat e. V. (Hrsg.): Frauen in Kunst und Kultur II. Berlin 2002. S. 57 f.

457 siehe Homepage Sächsischer Künstlerbund, <http://www.saechsischer-kuenstlerbund.de/datenbank-kunst-im-oeffentlichen-raum.html>, verfügbar am 15.04.2010

458 http://ratsinfo.dresden.de/to0045.php?__context=0&__ksnr=594; <http://www.dresden.de/media/pdf/kulturamt/Mitgliederliste.pdf>, verfügbar am 20.05.2010

459 Jens Leberl; Gabriele Schulz in: Deutscher Kultururrat e. V. (Hrsg.): Frauen in Kunst und Kultur II. Berlin 2002. S. 55

460 Vgl. Christina Weiss: Leuchttürme der Gegenwartskunst. In: Kulturstiftung des Bundes (Hrsg.): Kulturstiftung des Bundes. Nr. 3. Halle/Saale 2004. S. 27

461 Annegret Künzel: Geschlechtsspezifische Aspekte von Kunst- und Kulturförderung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (BpB 2004). S. 34

462 Jens Leberl; Gabriele Schulz in: Deutscher Kultururrat e. V. (Hrsg.): Frauen in Kunst und Kultur II. Berlin 2002. S. 18 ff.

463 http://www.dresden.de/de/02/or/anliegen/c_396.php, verfügbar am 30.07.2010

464 Landeshauptstadt Dresden. Haupt- und Personalamt: Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen in der Landeshauptstadt Dresden (Frauenförderplan) vom 20.09.2010. Anlage

465 Jens Leberl; Gabriele Schulz in: Deutscher Kultururrat e. V. (Hrsg.): Frauen in Kunst und Kultur II. Berlin 2002. S. 52 ff.

466 siehe Ausstellungskalender der Landeshauptstadt Dresden im April 2010, http://www.dresden.de/de/05/02/02_museen_kunst.php – Ausstellungskalender, verfügbar im April 2010

Anliegen der Dresdner Sezession 89 ist es, Künstlerinnen den ihnen gebührenden Platz innerhalb des Kunstschaffens einzuräumen, deren Werk nachhaltiger in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu tragen und verstärkt denjenigen, die am Anfang ihres künstlerischen Weges stehen, eine Plattform zu bieten, die sogenannte „verlorene Generation“ dem Vergessen zu entreißen sowie internationale künstlerische Kontakte auf- und auszubauen. Zur „verlorenen Generation“ zeigte der Verein Ausstellungen von Gussy Hippold, Anna Elisabeth Angermann und Annemarie Balden-Wolff. Bis heute, nach mehr als 20 Jahren, haben die Vereinsziele nichts an ihrer großen Aktualität eingebüßt und haben ihre Tragfähigkeit in vergangenen Projekten nachdrücklich bewiesen. Die Dresdner Sezession erreichte mit ihrem Wirken 1991 die Verleihung des Kunstpreises der Landeshauptstadt Dresden an die Sezessionistin Gerda Lepke und 1996 die Verleihung des entsprechenden Förderpreises an die Künstlerinnengruppe Dresdner Sezession 89. Ebenso förderte sie die Nominierung der Tänzerin und Tanzpädagogin Hanne Wandtke für den Kunstpreis der Stadt Dresden 2008.

Seit 1993 veranstaltet die Dresdner Sezession 89 temporäre „land-art-Projekte“ – mit internationaler Beteiligung – zum Thema „Kunst MIT und AM Wasser“. Dabei geht es darum, mit künstlerischen Mitteln auf die ökologische Bedeutung von Stadtgewässern zu verweisen. MELUSINE und MNEMOSYNE leisteten wesentliche künstlerische Beiträge zum Thema Wasserkreislauf und urban-ökologische Entwicklung. Besonders nach der heftigen Flut im August 2002 stellt MNEMOSYNE eine reflektierende Beschäftigung mit der künstlichen Eindämmung von Flussläufen und deren teilweise verheerenden Folgen dar. Dieser WasserKunstWeg – finanziert aus Mitteln für Kunst im öffentlichen Raum der Landeshauptstadt Dresden – führt von der Quelle des Kaitzbaches zu den Gewässern des Großen Gartens und durch das Stadtzentrum, er setzt einen wesentlichen Akzent innerhalb der Kunst im Stadtraum. Er bildet darüber hinaus wohl einen der am längsten bestehenden Skulpturenparcours in der Region. Die in den zurückliegenden 17 Jahren entstandenen Arbeiten gehören mittlerweile zu wichtigen Anlaufpunkten für das Kunstpublikum und – mindestens genauso wichtig – funktionieren als beliebte städtische Markierungen für Passanten und Anwohner/-innen jeder Interessenlage.

Die Dresdner Sezession 89 engagiert sich seit ihrer Gründung 1989 mit verschiedenen Aktionen am kulturellen und politischen Geschehen der Stadt Dresden und darüber hinaus. Ebenso engagiert sie sich für einen kulturellen Austausch in Bezug auf die Ost-Erweiterung der EU. Dem Annäherungsprozess der europäischen Nationen auch auf den vielfältigsten künstlerischen Gebieten Rechnung zu tragen und diesen zu befördern und auszubauen – darin sieht die Dresdner Sezession zunehmend ihre in die Zukunft reichenden Aufgaben. Dresden als „Tor zum Osten“ bildet für diesen Ansatz einen idealen Ausgangspunkt. Bestehende traditionelle Verbindungen und langjährige Kontakte zu den östlichen Nachbarstaaten bilden die Basis der Zusammenarbeit mit den Kolleginnen aus Polen, Tschechien und Russland.

Darüber hinaus präsentierte sich die Dresdner Sezession 89 während 58 Ausstellungen in anderen Galerien in Dresden, deutschland- und europaweit. Durch zusätzliche Veranstaltungen (Salonabende, Lesungen, Filmpräsentationen) und weitere geplante Projekte, wie exemplarisch „Schule des Sehens“, versucht der Dresdner Sezession 89 e. V., einem breiten Publikum Bildende Kunst verständlich und erlebbar zu vermitteln.⁴⁶⁷

Die Kreative Werkstatt Dresden

Der von Frauen gegründete eingetragene Verein Kreative Werkstatt Dresden arbeitet seit 1995 in einem angemieteten Gebäude im Galvanohof in Dresden-Pieschen mit den Zielen, Kunst und kreative Ansätze sowie die Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung weiblicher Positionen in der Kunst zu fördern. Dieses Projekt entstand aus der Initiative der Dresdner Malerin und Grafikerin Karin Heyne. Die Kreative Werkstatt entwickelte sich als Frauenprojekt aus der Trägerschaft der Dresdner Sezession 89 und des Vereins Frauen für Frauen zum eigenständigen gemeinnützigen Verein, dessen Gründung am 23. November 1994 stattfand. Im Frühjahr 1995 erhielt die Kreative Werkstatt in der ehemaligen Galvanofabrik in Dresden-Pieschen die ersten Räume, welche die Vereinsfrauen für die öffentliche Nutzung und zahlreiche Angebote herrichteten. Mit der Rekonstruktion des Galvanohofes in den Jahren 1999/2000 wurde das heutige Gebäude der Kreativen Werkstatt mit Fördergeldern aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zweckgebunden saniert. Seit Gründung des Vereines haben Künstlerinnen und Vereinsfrauen eine Vielzahl von Fachkursen, Workshops, Aktionen, Ausstellungen und Kunstprojekten in Dresden sowie darüber hinaus mit Kooperationen im In- und Ausland auf den Gebieten der Malerei, Plastik, Bildhauerei und Grafik initiiert und abgehalten. Dazu gehören u. a. die Projektfahrt „Auf den Spuren des Matriarchats“ gemeinsam mit griechischen Frauenprojekten; „Wer lebt, stört“ – Installation im Theatervorhof zur Eröffnung der Spielzeit im Kleinen Haus Dresden; die Eröffnung der „Werkgalerie“; das Projekt „Frauenhände aus Partnerstädten“, eine internationale Begegnung mit Künstlerinnen aus sieben Partnerstädten Dresdens; die „Frauenbildungswerkstatt Kunst“ sowie „Tarotgarten“ – Kunst- und Ausstellungsprojekt mit 18 sächsischen Künstlerinnen. Diese Aktivitäten wurden in den letzten fünf Jahren kontinuierlich fortgesetzt:

- 2005/06 „Künstlerinnen, die den 13. Februar erlebten“ – Ausstellungsprojekt mit jeweils vier älteren Künstlerinnen und Filmdokumentation über die ausstellenden Künstlerinnen in der Werkgalerie
- 2005 „Gestalten eines Quellsteines“ (Material Sandstein) unter Anleitung einer Bildhauerin mit Projektteilnehmerinnen
- 2006 „Gestalten eines Schlangenbaumes“ (Material Robinie) für Spielplätze unter Anleitung einer Bildhauerin mit Projektteilnehmerinnen, gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt sowie dem Grünflächenamt der Landeshauptstadt Dresden
- 2006 bis 2007 „Festtafel – Künstlerinnenrunde“ – Projekt zum Schaffen Dresdner Künstlerinnen mit Ausstellung der von ihnen gestalteten Teller aus keramischem Material im Stadtarchiv und Entstehung eines Kataloges 2006, Fortsetzung des Projektes im Folgejahr und Entstehung eines zweiten Kataloges, Beteiligung von insgesamt 124 Künstlerinnen im Alter zwischen 26 und 96 Jahren, Förderung durch die Gleichstellungsbeauftragte des Regierungspräsidiums Dresden
- 2008 Ausstellung der Gesamtkollektion der Teller in Wroclaw und Organisation eines Reiseprojektes zur Vernissage, an der 30 deutsche Künstlerinnen teilnahmen
- 2009 Organisation von zwei Ausstellungen der Gesamtkollektion des Projektes „Festtafel – Künstlerinnenrunde“ im Neuen Sächsischen Kunstverein in Dresden, die von der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Eva-Maria Stange, und im Kunstverein Schloss Wiligrad Schwerin durch die Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, eröffnet wurden⁴⁶⁸

467 Dresdner Sezession 89 e. V. Selbstdarstellung 2010

468 Konzeption Kreative Werkstatt Dresden e. V. für 2010

■ 18.3 Fazit

Viele Entscheidungsträger, aber auch Kunstschaffende behaupten, Gleichstellung und Chancengleichheit seien in der Kunst heute Realität. Dies lässt sich nicht nachweisen. Frauen, die sich engagiert für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen, erfahren Widerstand oder werden häufig nicht ernst genommen. Umso höher ist es einzuschätzen, dass sich in Dresden gleich zwei Vereine diesem Ziel verschrieben haben und mit ihrer jahrzehntelangen erfolgreichen Arbeit zur Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit beitragen.

Kristin Thöring

- gleiche Beteiligung von Frauen und Männern bei der Würdigung künstlerischen Schaffens sowie bei Auszeichnungen/Preisverleihungen
- konsequente Umsetzung der „Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen in der Landeshauptstadt Dresden“ (Frauenförderplan) vom 20.09.2010

■ Handlungsbedarf in Dresden

- systematische und durchgängige Verankerung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise im Kulturentwicklungsplan sowie seiner Teilkonzepte, diesbezügliche Überarbeitung des städtischen Kulturleitbildes
- systematische Berücksichtigung einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise in Ämtern und Einrichtungen des Kulturbereiches
- verstärkte Qualifizierung der Führungskräfte sowie der Beschäftigten in Ämtern/Einrichtungen und Diensten des Kulturbereiches zu geschlechtersensibler Arbeit
- konsequente geschlechterdifferenzierte Erhebung/Auswertung der Statistiken, hier insbesondere der Angebotsnutzung, der Bedarfe/Problemlagen sowie einer geschlechtersensiblen Ableitung von Handlungsansätzen
- Verankerung von Kunst und Kultur als kommunalpolitische Querschnittsaufgabe
- verstärkte inhaltliche und finanzielle Förderung der kulturellen Bildung
- kostenfreie Überlassung geeigneter und leerstehender öffentlicher Liegenschaften für die Arbeit bedürftiger Künstler/-innen (Ateliers)
- Zahlung von Ausstellungshonoraren in kommunalen Galerien sowie weiteren öffentlichen Räumen
- Erhöhung der Transparenz von Fördermöglichkeiten und öffentlichen Ausschreibungen, Vereinfachung der Beantragungs- und Beteiligungsmodalitäten
- Aufnahme einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Arbeitsweise als ein Förderkriterium bei der Vergabe von Mitteln des Amtes für Kultur und Denkmalschutz; Verankerung in den Förderbescheiden, Leistungsverträgen o. Ä.
- Überprüfung der Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden zur kommunalen Kulturförderung sowie weiterer Förderkriterien auf Mechanismen der mittelbaren Diskriminierung von Frauen
- Analyse der geschlechterdifferenzierten Verteilung der kommunalen Kulturfördermittel, um die Verteilungsgerechtigkeit überprüfen und ggf. gegensteuern zu können (Gender Budgeting)
- bedarfsgerechte Aufstockung der Zuwendung an den Künstlerbund Dresden
- Gewährung von freiem Eintritt für Kunstschaffende in Galerien und Museen
- durchgängige paritätische Besetzung der Gremien im Bereich Kultur und Kunst (z. B. der Ausschüsse, Jurys, Beiräte und Kommissionen) mit Frauen und Männern

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

-
- **Alexander Hartmann**, Diplom-Kaufmann, Mitarbeiter im Büro der Gleichstellungsbeauftragten 2009/10
-
- **Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah**, promovierte Historikerin, Autorin der 2006 erschienenen Studie „Steine im Weg?! Zur Situation von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen in Dresden“
-
- **Andrea Matzen**, Konfliktberaterin, M. A. Mediation
-
- **Andrea Siegert**, Diplom-Sozialpädagogin, freiberufliche Supervisorin, seit 1991 gegen Gewalt an Frauen engagiert
-
- **Benigna Jakisch**, Philosophin und Theologin M. A., Bildungsreferentin der Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen
-
- **Claudia Joseit**, Mitarbeiterin im Büro der Gleichstellungsbeauftragten
-
- **Janett Schmiedgen**, Studentin der Erziehungswissenschaften/Sozialpädagogik an der Technischen Universität Dresden
-
- **Jessica Schüle**, Studentin der Erziehungswissenschaft, Politischen Wissenschaft und der Ethnologie an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg
-
- **Johanna Stoll**, Diplom-Sozialpädagogin, Projektleiterin im Sächsischen Flüchtlingsrat e. V., Mitglied der Sächsischen Härtefallkommission
-
- **Karsten Winkler**, Diplom-Sozialpädagoge und Erzieher
-
- **Kristin Thöring**, Vorstandsvorsitzende Kreative Werkstatt Dresden e. V.
-
- **Kristina Winkler**, Diplom-Sozialpädagogin und Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann seit 2004
-
- **Kristina Wopat**, promovierte Diplom-Ingenieurin, Pädagogin, Leiterin der Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen
-
- **Liane Freudenberg**, Diplom-Sozialpädagogin, Systemische Beraterin, Frauenbildungszentrum „Hilfe zur Selbsthilfe“
-
- **Sabine Pfeiffer**, Diplom-Sozialpädagogin und Mitarbeiterin im Büro der Gleichstellungsbeauftragten
-
- **Stephanie Schmidt**, Studentin der Soziologie an der Technischen Universität Dresden
-



www.dresden.de/frau-mann

Impressum

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin

Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann
Telefon (03 51) 4 88 22 67
Telefax (03 51) 4 88 31 09
E-Mail: gleichstellungsbeauftragte@dresden.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon (03 51) 4 88 23 90
Telefax (03 51) 4 88 22 38
E-Mail: presse@dresden.de

Postfach 12 00 20
01001 Dresden

Fachberatung
Kristina Winkler

Endredaktion
Kristina Winkler, Una Giesecke

Herstellung
SAXONIA Werbeagentur

Titelfoto
vertrauen positive stimmung entschlossenheit © detailblick

Redaktionsschluss
27. September 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht
unbedingt die Meinung der Herausgeberin wider.

Kein Zugang für elektronisch signierte und verschlüsselte
Dokumente. Verfahrensanhträge oder Schriftsätze können
elektronisch, insbesondere per E-Mail, nicht rechtswirksam
eingereicht werden. Dieses Informationsmaterial ist Teil der
Öffentlichkeitsarbeit der Landeshauptstadt Dresden. Es darf
nicht zur Wahlwerbung benutzt werden. Parteien können es
jedoch zur Unterrichtung ihrer Mitglieder verwenden.